

04.01.2019, 08:29 Uhr

Krise der Demokratie

An den Grenzen des Systems

Weltweit diffamieren Autokraten und Populisten freiheitliche Werte. Was muss sich ändern, damit die Demokratie sich dagegen behaupten kann? Ein Essay von MORITZ DÖBLER

Um die Demokratie zu retten bedarf es mehr als guter Intentionen und eindringlicher Appelle. Denn sie ist weltweit bedroht, und das zeigt sich am Ende des Jahres 2018 deutlich. Donald Trump, Wladimir Putin, Viktor Orban oder Recep Tayyip Erdogan stellen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit infrage. In Frankreich rütteln die Gelbwesten an der politischen Legitimität der Regierung. Auch in Deutschland macht sich ein Hass auf Eliten breit, besonders auch auf die gewählten Vertreter des Staates. Eine offen antiparlamentarische Partei stellt bereits die stärkste Oppositionsfraktion im Bundestag und ist in allen Landesparlamenten vertreten.

Die Demokratie bröckelt in vielen Staaten. Vom Ende der Geschichte, das den Sieg dieses politischen Systems beinhaltet, ist längst keine Rede mehr. Denn es bringt auch offenkundige Pannen hervor. Oder wie soll man es sonst nennen, wenn ein Volk wie im Fall des Brexit eine demokratische Entscheidung trifft, die seinen eigenen Interessen völlig zuwiderläuft? Was soll man von einem US-Präsidenten halten, der die Mehrheit der Stimmen knapp verfehlte, aber dank eines komplizierten Wahlrechts trotzdem an die Macht kam und nun demokratische Werte verächtlich macht?

Solche Phänomene lassen sich nicht als Kollateralschäden eines ansonsten funktionierenden Systems entschuldigen. Demokratien müssen lernen, sich zu reformieren – sonst gehen sie tatsächlich unter. Ohnehin ist die geordnete Mehrheitsentscheidung historisch gesehen eine exotische Angelegenheit. In der 300.000-jährigen Geschichte des Menschen nimmt sie keinen breiten Raum ein. Selbst wer nur die sogenannte Neuzeit der jüngsten 500 Jahre betrachtet, wird vielfältige politische Systeme finden, in denen Demokratie aber selten eine Rolle spielte. Wenn sie unterginge, bliebe sie eine kurze Episode der Geschichte.

Viele Menschen empfinden sich nicht als "frei"

An Appellen, die Demokratie zu schützen, fehlt es nicht. Aber die Begründungen bleiben seltsam vage. Von Freiheit ist dann die Rede, aber viele Menschen empfinden sich nicht als frei, obwohl sie in demokratischen Systemen leben. „Wir sind das Volk“, hieß es vor fast 30 Jahren auf Massendemonstrationen in der wenig später untergegangenen DDR. Die Losung galt als Ruf nach Freiheit und Demokratie. Doch heute, da sich ein freiheitliches und demokratisches System an der Stelle des Staatssozialismus etabliert hat, ist es vielen Menschen auch nicht recht. Die Freiheit scheint ihnen nicht ihre Freiheit zu sein – und so ihren Reiz verloren zu haben.

Im Westen Deutschlands stand die Überlegenheit – vor allem die moralische – der Demokratie nie infrage. Sie galt in ihrer bundesrepublikanischen Ausprägung als das Gute, als die quasi evolutionäre Konsequenz aus der Herrschaft der Barbarei in den NS-Jahren. Und als wirtschaftliches System, das untrennbar mit der Demokratie verbunden sei, galt die Marktwirtschaft. Beide Vorstellungen sind, aus heutiger Sicht betrachtet, mindestens naiv. Weder setzt Demokratie sich zwangsläufig durch, denn die Geschichte hat kein Ende, noch ist Marktwirtschaft nicht auch in Verbindung mit anderen politischen Systemen denkbar. Das zeigt sich nirgendwo deutlicher als in China.

Nach einer Konferenz mit dem Titel „Deutsch-Chinesischer Mediendialog“, zu der das Auswärtige Amt im vergangenen Jahr nach Peking eingeladen hatte, saßen die deutschen Journalisten, zu denen auch der Autor dieses Essays zählte, verdattert beisammen. Mit im Raum standen die unausgesprochenen Fragen der chinesischen Gastgeber. Fragen wie: Welchen Nutzen hat denn eure Demokratie? Oder: Wie schnell hättet ihr mit eurem politischen System wohl den Wohlstand geschaffen, der das heutige China prägt?

Worin liegt die Rendite der Demokratie?

Nun lässt sich mühelos [umfassende Kritik am Modell China](#) formulieren, angefangen bei der systematischen Verletzung der Menschenrechte, aber trotzdem sind diese Fragen mit dem Blick von außen auf Deutschland und Europa und im Kontext der Geschichte legitim. Ganz unabhängig von China: Welchen Nutzen hat die Demokratie jenseits der gefühlten moralischen Überlegenheit? Oder, noch schärfer, worin liegt ihre Rendite? Schwerfällig ist sie auf jeden Fall. In der Theorie sollten demokratische Entscheidungen stets die besseren sein, weil hinter ihnen die Mehrheit im Sinne einer Schwarmintelligenz steht. Selbst wenn vielleicht nicht sofort die richtige Richtung eingeschlagen wird, am Ende hat der Schwarm immer recht, das ist die Theorie. Aber die Praxis des Brexit spricht eine andere Sprache. Und auch die Beweglichkeit, die im Bild des Fischeschwarms zum Ausdruck kommt, zeigt sich in der Realität demokratischer Systeme kaum. So flink, geschlossen und klug, wie der im Meer Gefahren ausweicht, präsentiert sich wohl keine einzige Demokratie auf der Welt.

Dass der deutsche Staat der gesetzlichen Rentenversicherung, die sich eigentlich aus den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern speisen soll, inzwischen pro Jahr fast 100 Milliarden Euro aus Steuermitteln zuschießt, mag eine innere Logik haben, aber eine nachhaltige Alterssicherung für alle kann so nicht entstehen. Also bleibt es so verkorkst, wie es ist, weil es keine Mehrheiten für eine Reform gibt. Vor nun schon zehn Jahren ging die Lehman-Bank in New York pleite, doch bis heute tut sich die Europäische Union schwer, die Folgen der globalen Finanzkrise gemeinschaftlich zu lösen. Die quälende Langsamkeit, demokratisch legitimiert, bringt immer wieder neue, enorme Risiken hervor, vor allem für die südlichen, weniger wohlhabenden Staaten der Gemeinschaft. Dass der Klimawandel die Menschheit bedroht, lässt sich nicht übersehen, aber die Effekte selbst der schärfsten Emissionsvorgaben in Europa greifen offensichtlich zu kurz.

Politiker, die sich an den vier oder fünf Jahren bis zum nächsten Wahltag orientieren, werden solche Themen nur selten mit der nötigen Vehemenz angehen wollen. Alterssicherung, Finanzkrise, [Klimawandel](#) – drei Beispiele für das Unvermögen des demokratischen Systems, angemessene Antworten auf wirklich bedeutende Fragen zu finden. Vieles, was in Deutschland längst einer Erneuerung bedürfte, bleibt im Gewirr des

Föderalismus' stecken. Weder das Bildungs- noch das Steuersystem sind zeitgemäß, doch wirksame Reformen sind nicht absehbar. Stattdessen werden komplizierte Ausgleichsmechanismen gefunden, wenn es hakt, etwa über einen Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.

Im neuen Jahr jährt sich die Gründung der Bundesrepublik und das Inkrafttreten ihrer demokratischen Verfassung zum 70. Mal. Das gilt es zu feiern, keine Frage. Aber wenn man diesen Staat neu erfinden müsste, wäre er ganz sicher nicht so aufgebaut, wie er sich heute präsentiert. Ähnlich ist es auf der Ebene der Europäischen Union. So sehr sie ohne jeden Zweifel eine historische und nicht zu schmälernde Errungenschaft darstellt, mit der ein Kontinent Krieg und Verwüstung überwunden hat, so sehr hat sie sich auch in einen bürokratischen Moloch mit undurchsichtigen Entscheidungsmechanismen entwickelt. Freiheit als Begründung für diese Ausprägungen demokratischer Systeme greift offensichtlich zu kurz.

Gerechtigkeit ließe sich zusätzlich anführen. Aber wer mit den Augen jener chinesischen Gesprächspartner auf Deutschland und Europa blickt, dürfte Zweifel empfinden. Die Schicksale der vielen Menschen, die hier zu kurz kommen, ob nun Rentnerinnen der früheren DDR, arbeitslose Jugendliche in Spanien oder gar der zu Tausenden im europäischen Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge zeigen, dass auch demokratische Systeme nicht zwingend für Gerechtigkeit sorgen, selbst dann nicht, wenn sie Milliarden für Transfer- und Hilfsleistungen mobilisieren. Geht es zum Beispiel in Griechenland, einem demokratisch verfassten Mitgliedsland der Europäischen Union, wirklich überall gerechter zu als in China?

Die EU wäre mächtiger, wenn sie geeint wäre

Wenn aber die Demokratie keinen Effizienzgewinn bietet, wenn die Menschen am Wert der Freiheit zweifeln und sich Gerechtigkeit nicht hinreichend einstellt, ist die schwindende Bindungskraft dieses Systems kein Wunder. Es wird nur dann nicht untergehen, wenn es den Wettbewerb mit anderen Formen der politischen Willensbildung gewinnt. Die Europäische Union wäre die größte Volkswirtschaft der Erde, wenn sie politisch geeint wäre, und ihre Überlegenheit wäre offensichtlich. Als überlegen im Wettbewerb der Systeme kann die Demokratie auf Dauer nur sein, wenn sie effizient organisiert ist und Wohlstand für alle produziert. Dann lässt sie sich legitimieren, dann hat sie gelenkten und autoritären Systemen nicht nur ihren Freiheitsbegriff voraus. Aber wie reformieren sich demokratische Systeme, die in die Jahre gekommen sind? Wie überwindet etwa die Bundesrepublik Vorkehrungen, die den Vätern des Grundgesetzes vor 70 Jahren sinnvoll erschienen, die aber im Wettbewerb der Systeme heute hinderlich geworden sind? Dass der Bundestag mit dem Bundesrat ein dezentral austariertes Gegengewicht haben sollte, mag richtig sein, aber über die notwendige Zahl der Bundesländer und deren Zuständigkeiten sagt das noch nicht viel.

Nun lässt sich Vernunft nicht verordnen. Die Demokratie wird nur dann überleben, wenn sie sich auf ihre Stärke besinnt, nämlich die Kraft der kollektiven, mehrheitlichen Entscheidungen. Die Menschen müssen ihre politische Teilhabe neu schätzen lernen und nicht nur auf die Kreuze reduzieren, die sie gelegentlich auf Wahlzetteln machen dürfen. Demokratie lebt vom Mitmachen; sie ist kein System, das man erduldet. Parteien und Institutionen müssen sich öffnen.

So wie der Flügelschlag eines Schmetterlings das Wetter beeinflusst, kann eine öffentlich vorgetragene Meinung die Gesetzgebung verändern. Die 15-jährige schwedische Schülerin Greta Thunberg hat das gerade gezeigt. Das Video von ihrer Rede bei der Uno-Klimakonferenz in Kattowitz ging um die Welt. Noch erstaunlicher ist die Vorgeschichte: Nach den vergangenen Sommerferien, als es auch in Schweden ungewöhnlich heiß war, startete sie Schulstreiks, um für einen kompromisslosen Klimaschutz einzutreten. Binnen weniger Monate haben sich ihr Jugendliche in vielen Ländern angeschlossen. Warum für die Zukunft lernen, wenn es keine Zukunft gibt? Mit dieser Frage hat Greta Thunberg die Interessen ihrer Generation auf die Tagesordnung der schwedischen Regierung und der Vereinten Nationen gesetzt.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit dürfen nicht untergehen

Ohne das Internet wäre das nicht möglich gewesen. Bisher scheint es den Feinden der Demokratie besser zu gelingen, sich die Informationstechnologie zunutze zu machen, etwa in Russland, China und den USA. Über soziale Medien lassen sie falsche Behauptungen massenhaft verbreiten, um Regierungen zu destabilisieren oder Wahlen zu beeinflussen. Die europäischen Institutionen halten technologisch nicht Schritt. Das muss sich dringend ändern. Die gesamte Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren radikal verändert. Mit den Möglichkeiten eines weltumspannenden, leistungsfähigen Datennetzes finden Angebot und Nachfrage auf neue Art zusammen.

Der Sinn der Demokratie in der Europäischen Union ist es, rund einer halben Milliarde Menschen ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und relativem Wohlstand zu ermöglichen. Die Deutschen sollten sich berufen fühlen, dieses großartige politische System zu schützen. Dafür muss es in all seinen Ausprägungen – von der Kommune über Land und Bund bis zum Europaparlament, das in fünf Monaten neu gewählt wird – effizienter werden. Denn die Demokratie steht in einem ständigen, an Fahrt zunehmenden inneren und äußeren Wettbewerb. Das geht jeden Stadtrat, jeden Abgeordneten, jeden Minister und jede Ministerin etwas an. Wer von seinen demokratischen Rechten Gebrauch macht, muss nicht nur Sachfragen, sondern mehr denn je das politische System als Ganzes im Blick haben. Jede demokratische Institution sollte sich ganz konkret fragen, wie sie effizienter und besser werden kann, welche Regeln sie dafür verändern muss und welche Technologien sie einsetzen sollte. Die Demokratie muss sich besser organisieren, wenn sie überleben soll. Es wäre eine Katastrophe für die Menschheit, wenn ihre Feinde triumphierten. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit dürfen nicht untergehen.

Gesellschaft in der Krise

Was stimmt nicht mit unserer Demokratie?



„Wie lässt sich die Demokratie erhalten? Nur, indem man sie erweitert, meinen Klaus Dörre und Robin Celikates.“ (imago images / Ikon Images/ Klaus Meinhardt)

Populismus, Politikverdrossenheit, Stagnation: Es kriselt merklich in den Demokratien. Liegt das an unserem Wirtschaftssystem? Das diskutieren der Philosoph Robin Celikates und der Soziologe Klaus Dörre.

Ist der Kapitalismus schuld am desolaten Zustand der Demokratie? Diese These vertritt der Jenaer Wirtschaftssoziologe Klaus Dörre: Kapitalismus und Demokratie stünden in einem Spannungsverhältnis und das werde angesichts sinkender Wachstumsraten nun verstärkt auch im globalen Norden spürbar, da die sozialen Verwerfungen nicht mehr durch Wohlstandsgewinne befriedet werden könnten. Von einer Krise der demokratischen Idee mag Dörre dagegen nicht sprechen: „Ich glaube, dass demokratische Institutionen – Parlamentarismus, Mehrheitsprinzip, eingebettet in Menschen- und Völkerrecht – nach wie vor eine große Ausstrahlung haben.“

Der Sozialphilosoph Robin Celikates, der ab Herbst an der Berliner FU lehren wird, sieht dagegen die Institutionen der Demokratie in der Krise und die politische Kultur, auf die sie sich stützt. Er stellt fest, dass demokratische Verfahren, „auf die wir uns verlassen haben, nicht mehr so gut funktionieren“ und dass die „Akzeptanz von Pluralität, Toleranz, wechselseitige Anerkennung“ nicht mehr selbstverständlich unterstellt werden könnten. Zwar sieht auch Celikates ein „Widerspruchsverhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie“, glaubt aber nicht, „dass man die Komplexität der Krise der Demokratie nur mit Bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus erklären kann“.

Kommt die Krise vom Kapitalismus?

Dörre diagnostiziert eine „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“ der kapitalistischen Demokratien: „Ökonomisches Wachstum war immer die Voraussetzung für die Pazifizierung des industriellen Klassenkonflikts, wie das Habermas genannt hat, und es ist immer unterstellt worden, dass das so weitergeht.“ Inzwischen aber habe das Wachstum auf Basis fossiler Energien einen Schwellenwert erreicht, der das Ökosystem unumkehrbar destabilisiere, was sich inzwischen auch in den wohlhabenden Ländern bemerkbar mache.

Ressourcenintensives Wachstum – das wichtigste Mittel, um Wirtschaftskrisen und gesellschaftliche Spaltungen im Kapitalismus zu überwinden – treibe zugleich die Zerstörung der Umwelt und unserer Lebensgrundlagen voran. Das Bemühen um wirtschaftliche Stabilität münde so in ökologische und soziale Destabilisierung.

Damit stünden die demokratischen Gesellschaften vor einem Dilemma, das sich nur durch eine „dramatische Veränderung ihrer Produktionssysteme und ihrer Lebensweisen“ lösen lasse, meint Dörre und führt weiter aus:

„Diese Entscheidungssituation führt dazu, dass die Eliten geradezu ratlos sind und dass die Einmischung der Vielen – das bedeutet ja Demokratie – zum Problem wird, weil es schwieriger wird, politisches Handeln zu legitimieren.“



Robin Celikates, deutscher Sozialwissenschaftler und Philosoph. (privat)

Celikates stimmt dieser Diagnose im Wesentlichen zu und ergänzt: „Was wir jetzt als Krise erfahren, war an anderen Orten, zu anderen Zeiten für viele Menschen auf der Erde Realität – die fragile Konstruktion eines zeitlich begrenzten Kompromisses zwischen Kapitalismus und Demokratie hat an vielen Orten und für viele Bevölkerungsgruppen nie auf diese Weise funktioniert.“ Dennoch, hält er fest, müsse man „noch andere, politisch-kulturelle Faktoren mit in Betrachtung ziehen“.

Die Demokratie erweitern, um sie zu erhalten

Ein entscheidendes Problem sieht Celikates in der mangelnden Einbindung betroffener, aber marginalisierter Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess. Deshalb plädiert er dafür, „auch jenseits der existierenden Institutionen nach neuen Verfahren und Institutionen der Demokratie [zu] suchen“ – und zwar gerade auch über den Nationalstaat hinaus.

„Nur so werden wir die tatsächlich Betroffenen wirksam integrieren können, weil, oft sind sie ja gar nicht mehr Teil einer Gemeinschaft der Staatsbürger, sondern entweder als irreguläre Migranten auf dem Territorium oder werden durch Entscheidungen aus einem Land in einem ganz anderen Land tangiert.“

Auch Dörre vertritt die These, „dass man Demokratie nur erhalten kann, wenn man sie ausweitet“, und zwar insbesondere auf den Bereich der Wirtschaft:

„Wir müssen uns fragen, ob es unter Bedingungen der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise, wo die Entscheidungen großer Unternehmen Überlebensinteressen der Menschheit tangieren, noch angemessen ist, dass diese Entscheidungen von Wirtschaftseliten getroffen werden. Oder ob wir nicht Entscheidungsmacht in den ökonomischen Institutionen rückverteilen müssen an die Gesellschaft.“

Wie kann eine nachhaltige Wirtschaft aussehen?

Dabei sieht er den Ansatzpunkt dafür zunächst auf der Ebene des Nationalstaats, da es hier bereits mehr demokratische Rechte gebe, an die man anknüpfen könne. So schlägt er beispielsweise vor, bei Bundestagswahlen auch über den Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen abstimmen zu lassen. Darüber hinaus befürwortet er es, große Unternehmen in „Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnen-Gesellschaften“ umzuwandeln – also in eine neue Eigentumsform, „die nicht Staatseigentum, aber auch nicht Privatbesitz ist, sondern eine Art kollektives Selbsteigentum, wie in genossenschaftlichen Organisationen“.



Porträt des Wirtschaftssoziologen Klaus Dörre. (dpa/ Michael Schinke)

Für einen vielversprechenden Anfang hält Dörre auch die Idee, Nachhaltigkeitsziele im Grundgesetz zu verankern – wie es jüngst auch der CSU-Vorsitzende Söder gefordert hat.

Mehrheiten finden für eine andere Gesellschaft

Wie aber sollen sich für derart umfassende Veränderungen des politischen Systems Mehrheiten finden? Hier setzen Dörre und Celikates vor allem auf soziale Bewegungen, die Ideen für eine demokratisch-ökologische Transformation aufgreifen und in die Gesellschaft hineintragen. Ein Beispiel für eine Bewegung, die aus der Mitte der Gesellschaft Druck aufbauen und Mehrheiten generieren könnte, sehen sie in „Fridays for Future“.

Auch gebe es zahlreiche Anknüpfungspunkte für alternative Lebens- und Produktionsformen, betont Dörre: „Ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts wird inzwischen genossenschaftlich oder in solidarischer Ökonomie erzeugt, oft unter sehr prekären Bedingungen.“ Von diesen „nicht-kapitalistischen Formen der Produktion“ könne man sich inspirieren lassen: „Wenn man die Sonde so anlegt auch an unsere Gesellschaft, wo gibt’s schon was, was anders funktioniert, als die großen kapitalistischen Unternehmen, wird man eine ganze Menge finden.“

Demokratie ohne Wohlstandsversprechen?

In Zukunft müsse Demokratie ohne das klassische Wohlstandsversprechen auskommen, auf dem die Stabilität der westlichen Demokratien bisher gründete, so meinen beide übereinstimmend. Allerdings müssten bei weitem nicht alle gleichermaßen verzichten, betont Dörre. So gehe ein Großteil der zusätzlichen CO₂-Emissionen seit 1990 auf die „wachsende Ungleichheit innerhalb der Staaten“ zurück, weil immer mehr Reiche immer mehr konsumierten: „Mehr substanzielle Gleichheit wäre auch ein Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit.“ Vor diesem Hintergrund brauche es ein neues

Wohlfahrtsversprechen, das stärker auf die „Entfaltung der Fähigkeiten“ setze statt auf einen „Luxuskonsum der Eliten“.

Statt massenhafter „Selbstkasteiung“ bedürfe es grundsätzlicher Veränderungen, ist auch Celikates überzeugt:

„Natürlich ist es gut, wenn Leute wiederverwertbare Strohhalme benutzen und das sollen sie auch tun, aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die radikalen Reformen auf einer anderen Ebene ansetzen müssen – bei der Großindustrie oder den Lebensstilen.“

GASTKOMMENTAR

Erleben wir eine Krise der Demokratie?

Die Demokratie als Staatsform hat schon bessere Zeiten gesehen. Die Demokratisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg ist ins Stocken geraten oder die Entwicklung läuft sogar rückwärts. Sind das partielle Rückschläge, die es bei allen politischen Veränderung gibt oder zeigt sich darin ein Niedergang der Demokratie?

Daniel Kübler und Sarah Engler 28.9.2019, 05:00 Uhr

Sarah Engler ist Politologin und Projektleiterin am ZDA. Der Artikel ist die gekürzte Fassung ihres Beitrags im kürzlich erschienenen Buch "Brennpunkt Demokratie: 10 Jahre ZDA" (hier + jetzt-Verlag).

Daniel Kübler ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Abteilungsleiter am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).

Keine andere Staatsform ist besser geeignet, das Zusammenleben der Menschen friedlich zu regeln, als die Demokratie. Sie garantiert individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und Mitsprache und führt zu weniger Kriegen und mehr Wohlstand, als das bei Autokratien der Fall ist.

Dennoch stehen Demokratien heute weltweit unter Druck.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind zunehmend unzufrieden und misstrauen Parteien und Eliten. In mehreren Ländern sind demokratische Errungenschaften rückgängig gemacht worden. Und selbst in einigen der ältesten Demokratien der Welt sind Personen an die Macht gekommen, welche die demokratischen Grundprinzipien offen in Frage stellen. Befindet sich die Demokratie heute in der Krise?

Die drei Demokratisierungswellen

Historisch stellt sich die Ausbreitung der Demokratie als wellenartiger Prozess dar. Die erste Welle begann mit der Amerikanischen und Französischen Revolution, schwoll mit den europäischen Revolutionen von 1830 und 1848 weiter an und erreichte ihren Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit brachen viele junge Demokratien als Folge von Militärcoups oder faschistischen Regimen wieder zusammen. Die zweite Welle begann 1945, als die westlichen Siegermächte die Demokratie in ihrer Einflussphäre einführten. Auch in Lateinamerika und in den neuen Staaten Afrikas wurden demokratische Verfassungen verabschiedet. Oftmals konnte sich die demokratische Ordnung dort aber nicht festigen, und auch in Europa kam es zu Staatsstreichen. Die dritte Demokratisierungswelle begann in den 1970er Jahren mit dem Ende der Militärdiktaturen in Südeuropa und erreichte nach der Wende in Mittel- und Osteuropa ihren Höhepunkt. Seit den 2000er Jahren übersteigt die Anzahl Demokratien weltweit erstmals diejenige von Nicht-Demokratien. Heute sind etwa 60 Prozent aller Staaten weltweit Demokratien.

Seit rund zehn Jahren ist ihre Zahl jedoch nicht weiter gestiegen. Wie ist diese «demokratische Stagnation» zu beurteilen? Optimisten geben zu bedenken, dass Rückfälle in die Autokratie Einzelereignisse seien und vor allem junge Demokratien betreffen, in denen die neue Ordnung ohnehin instabil war. Ausserdem sei es nicht verwunderlich, dass die Demokratie mit zunehmender Verbreitung irgendwann ins Stocken geraten musste. Unter den Nicht-Demokratien finden sich heute viele stabile Autokratien, wie die Volksrepublik China, Nordkorea oder die arabischen Golfmonarchien, die gegenüber Demokratisierungsbestrebungen besonders resistent sind.

Pessimisten sehen in der Stagnation jedoch einen Niedergang der Demokratie.

Sie führen drei Entwicklungen an. Erstens ist in den stabilen Nicht-Demokratien eine Vertiefung des Autoritarismus zu beobachten. Zweitens findet weltweit eine Erosion von demokratischen Prinzipien statt. Besonders betroffen sind die liberalen Prinzipien der Demokratie wie die Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit oder bürgerliche Freiheiten. Drittens, und dies ist besonders besorgniserregend, sind auch in den etablierten Demokratien des Westens die Institutionen unter Druck gekommen. Politische Polarisierung beeinträchtigt die Stabilität und Handlungsfähigkeit demokratischer Regierungen. Das Vertrauen in die Demokratie als Regierungsform schwindet.



Beschädigte Marianne, beschädigte Demokratie? Das Staatssymbol der Französischen Republik in der Galerie im Arc de Triomphe in Paris litt unter den Protesten der Gelbwesten am 1. Dezember 2018. (Bild: Kamil Zihnioglu/Keystone)

Zustand und Entwicklung der Demokratie in Europa

Das am Zentrum für Demokratie (ZDA) entwickelte Demokratiebarometer misst seit 1990 die Qualität der Demokratien weltweit. Gemäss unserer Messung ist in Europa kein genereller Qualitätsverfall der Demokratie festzustellen. Bei näherer Betrachtung zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Ländern. Während in den meisten die Demokratiequalität stabil geblieben ist oder sogar zugenommen hat, war in sechs europäischen Staaten ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Am stärksten zurückgegangen ist die Demokratiequalität in Griechenland, vor allem wegen der Wirtschafts- und Schuldenkrise seit Mitte der 2000er Jahre. Viele einschneidende Sparmassnahmen beschlossen die griechischen Regierungen per Notdekret, unter Umgehung oder Einschränkung des Parlamentes. Soziale Proteste und sinkendes Vertrauen in die schon stark in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkte Regierung waren die Folge. Neuwahlen brachten keine klaren Mehrheiten hervor und verstärkten die politische Instabilität.

Ähnliche Entwicklungen während der Wirtschaftskrise sah man auch in Spanien. Die Spannungen zwischen den Unabhängigkeitsbefürwortern Kataloniens und der Basken mit der Spanischen Zentralregierung und die darauf folgenden Einschränkungen der regionalen Autonomie wirkten sich zusätzlich negativ auf die Demokratiequalität aus.

In Frankreich wurzelt die abnehmende Demokratiequalität in der abnehmenden Handlungsfähigkeit der Regierung, die sich in häufigen Ministerwechseln, sozialen Protesten und Streiks widerspiegeln. Aber auch die demokratischen Freiheiten sind etwa aufgrund einer Schmälerung der Religionsfreiheit und zunehmender Polizeigewalt zurückgegangen. Die Freiheitsrechte wurden nach Anschlägen ab 2012 im Rahmen von Anti-Terrormassnahmen weiter beschränkt.

In Italien ist die Demokratiequalität vor allem wegen der Beeinträchtigungen der Rechtsstaatlichkeit während der Regierungszeit von Silvio Berlusconi gesunken. Ab 2004 wurde zudem die Pressefreiheit beschnitten, indem die Regierung zunehmend Druck auf die öffentliche Berichterstattung ausübte. Die notorische Instabilität der Regierungen sowie die Einschränkung individueller Freiheiten im Rahmen von Terrorismusbekämpfung setzen der Demokratiequalität ähnlich wie in Frankreich zu. Zu guter Letzt haben verschiedene Wahlreformen den Wählerwillen weiter verzerrt und führten zu starken Schwankungen der Wahlbeteiligung.

Bemerkenswert ist der Fall von Ungarn. Nach dem Ende des Kommunismus stieg die Demokratiequalität stark an, bevor sie seit 2000 wieder zu sinken begann und dann sogar unter das Anfangsniveau zu liegen kommt. Zurückzuführen ist dies zunächst auf die Schwächung des Rechtsstaates durch verschiedene ungarische Regierungen. Auch die individuellen Freiheiten wurden beschnitten, besonders diejenigen von gesellschaftlichen Minderheiten. Seit der zweiten Amtszeit von Viktor Orbán kam es zudem zu drastischen Einschränkungen der Pressefreiheit, und die 2014 erfolgte Wahlreform führte zu einer Benachteiligung der Oppositionsparteien.

In Polen ist der Rückgang der Demokratiequalität in erster Linie auf die Einschränkungen der Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen, die in der mangelnden Unabhängigkeit und Ineffizienz der Judikative wurzeln. Wie in Ungarn, erfuhr auch in Polen die Pressefreiheit drastische Einschränkungen.

Drei Muster von demokratischen Rückschritten

Der Blick auf diese sechs Länder zeigt drei Muster. Zunächst bestätigt sich, dass die Wirtschaftslage für Demokratie von grosser Bedeutung ist. Rezessionen setzen die öffentlichen Finanzen unter Druck und schränken die Handlungsfähigkeit gewählter Regierungen ein. Dies kann zu sozialen Konflikten führen, welche durch die etablierten Institutionen nicht mehr kanalisiert werden.

Zweitens zeigt sich das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit. Die Verschärfung der Anti-Terror-Gesetzgebung führte insbesondere in Frankreich zu einer drastischen Einschränkung der individuellen Freiheiten.

Schliesslich wurde in einigen Ländern Europas ein demokratischer Rückschritt von gewählten Politikern willentlich herbeigeführt. Konkret legen die Entwicklungen in Italien, Ungarn und Polen nahe, dass der Aufschwung des Populismus die Demokratie gefährden kann. Besonders betroffen sind liberale Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz oder Pressefreiheit.

Dennoch führt der Einzug von Populisten in der Regierung nicht automatisch zu demokratischen Einbussen: in der Schweiz sind solche Tendenzen bisher nicht zu beobachten, obwohl mit der SVP eine populistische Partei schon lange an der Regierung beteiligt ist.

The future of the EU**Emmanuel Macron warns Europe: NATO is brain-dead***America is turning its back on the European project. Time to wake up, the French president tells The Economist*

Nov 7th 2019

EMMANUEL MACRON, the French president, has warned European countries that they can no longer rely on America to defend NATO allies. “What we are currently experiencing is the brain death of NATO,” Mr Macron declares in a blunt interview with *The Economist*. Europe stands on “the edge of a precipice”, he says, and needs to start thinking of itself strategically as a geopolitical power; otherwise we will “no longer be in control of our destiny.”

During the hour-long interview, conducted in his gilt-decorated office at the Elysée Palace in Paris on October 21st, the president argues that it is high time for Europe to “wake up”. He was asked whether he believed in the effectiveness of Article Five, the idea that if one NATO member is attacked all would come to its aid, which many analysts think underpins the alliance's deterrent effect. “I don't know,” he replies, “but what will Article Five mean tomorrow?”

NATO, Mr Macron says, “only works if the guarantor of last resort functions as such. I'd argue that we should reassess the reality of what NATO is in the light of the commitment of the United States.” And America, in his view, shows signs of “turning its back on us,” as it demonstrated starkly with its unexpected troop withdrawal from north-eastern Syria last month, forsaking its Kurdish allies.

In President Donald Trump, Europe is now dealing for the first time with an American president who “doesn't share our idea of the European project”, Mr Macron says. This is happening when Europe is confronted by the rise of China and the authoritarian turn of regimes in Russia and Turkey. Moreover, Europe is being weakened from within by Brexit and political instability.

This toxic mix was “unthinkable five years ago,” Mr Macron argues. “If we don't wake up [...] there's a considerable risk that in the long run we will disappear geopolitically, or at least that we will no longer be in control of our destiny. I believe that very deeply.”

Mr Macron's energetic recent diplomatic activity has drawn a great deal of interest abroad, and almost as much criticism. He has been accused of acting unilaterally (by blocking EU enlargement in the Western Balkans), and over-reaching (by trying to engineer direct talks between America and Iran). During the interview, however, the president is in a defiant but relaxed mood, sitting in shirt sleeves on the black leather sofa he has installed in the ornate salon doré, where Charles de Gaulle used to work.

The French president pushes back against his critics, for instance arguing that it is “absurd” to open up the EU to new members before reforming accession procedures, although he adds that he is ready to reconsider if such conditions are met.

Mr Macron's underlying message is that Europe needs to start thinking and acting not only as an economic grouping, whose chief project is market expansion, but as a strategic power. That should start with regaining “military sovereignty”, and re-opening a dialogue with Russia despite suspicion from Poland and other countries that were once under Soviet domination. Failing to do so, Mr Macron says, would be a “huge mistake”.

Transcript**Emmanuel Macron in his own words***The French president's interview with The Economist*

Nov 7th 2019

Editor's note: The interview was conducted at the Elysée Palace in Paris on October 21st. The French transcript ([here](#)) has been lightly edited for clarity. This English translation was made by The Economist

The Economist: We were all struck by the very sombre tone of your recent speech at the ambassadors' conference. You began on an almost existential note about the future of Europe; you spoke of Europe's possible disappearance. Aren't you over-dramatising the situation? Why such a bleak vision of Europe's future?

Emmanuel Macron: I don't believe I'm over-dramatising things, I'm trying to be lucid. But just look at what is happening in the world. Things that were unthinkable five years ago. To be wearing ourselves out over Brexit, to have Europe finding it so difficult to move forward, to have an American ally turning its back on us so quickly on strategic issues; nobody would have believed this possible. How did Europe come into existence? I'm trying to face the facts. Personally, I think Europe is a miracle. This continent has the greatest geographical concentration of cultural and linguistic diversity. Which explains why, for almost two millennia, Europe was rocked by constant civil wars. And over the past 70 years we've achieved a minor geopolitical, historical and civilisational miracle: a political equation free of hegemony which permits peace. And this is due to the fact that Europe experienced one of the most brutal conflicts, the most brutal in its entire history, and, I would say, reached its lowest ebb in the 20th century.

Europe was built on this notion that we would pool the things we had been fighting over: coal and steel. It then structured itself as a community, which is not merely a market, it's a political project. But a series of phenomena have left us on the edge of a precipice. In the first place, Europe has lost track of its history. Europe has forgotten that it is a community, by increasingly thinking of itself as a market, with expansion as its end purpose. This is a fundamental mistake, because it has reduced the political scope of its project, essentially since the 1990s. A market is not a community. A community is stronger: it has notions of solidarity, of convergence, which we've lost, and of political thought.

Moreover, Europe was basically built to be the Americans' junior partner. That was what lay behind the Marshall Plan from the beginning. And this went hand in hand with a benevolent United States, acting as the ultimate guarantor of a system and of a balance of values, based on the preservation of world peace and the domination of Western values. There was a price to pay for that, which was NATO and support to the European Union. But their position has shifted over the past 10 years, and it hasn't only been the Trump administration. You have to understand what is happening deep down in American policy-making. It's the idea put forward by President Obama: "I am a Pacific president".

So the United States were looking elsewhere, which was in fact very astute from their point of view at the time: they were looking at China and the American continent. President Obama then theorised it as a geopolitical strategy of trading blocs, signed treaties and withdrew from the Middle East, saying: "This is no longer my neighbourhood policy". But that then created a problem and a weakness: the 2013-2014 crisis, the failure to intervene in response to the use of chemical weapons in Syria, which was already the first stage in the collapse of the Western bloc. Because at that point, the major regional powers said to themselves: "the West is weak". Things that had already begun implicitly became apparent in recent years.

Which already modified the relationship between Europe and the United States?

EM: The United States remains our major ally, we need them, we are close and we share the same values. I care a lot about this relationship and have invested a great deal in it with President Trump. But we find ourselves for the first time with an American president who doesn't share our idea of the European project, and American policy is diverging from this project. We need to draw conclusions from the consequences. The consequences, we can see them in Syria at the moment: the ultimate guarantor, the umbrella which made Europe stronger, no longer has the same relationship with Europe. Which means that our defence, our security, elements of our sovereignty, must be re-thought through. I didn't wait for Syria to do this. Since I took office I've championed the notion of European military and technological sovereignty.

So, firstly, Europe is gradually losing track of its history; secondly, a change in American strategy is taking place; thirdly, the rebalancing of the world goes hand in hand with the rise—over the last 15 years—of China as a power, which creates the risk of bipolarisation and clearly marginalises Europe. And add to the risk of a United States/China “G2” the re-emergence of authoritarian powers on the fringes of Europe, which also weakens us very significantly. This re-emergence of authoritarian powers, essentially Turkey and Russia, which are the two main players in our neighbourhood policy, and the consequences of the Arab Spring, creates a kind of turmoil.

All this has led to the exceptional fragility of Europe which, if it can't think of itself as a global power, will disappear, because it will take a hard knock. Finally, added to all this we have an internal European crisis: an economic, social, moral and political crisis that began ten years ago. Europe hasn't re-lived civil war through armed conflict, but has lived through selfish nationalism. In Europe there has been a north-south divide on economic issues, and east-west on the migration issue, resulting in the resurgence of populism, all over Europe. These two crises—economic and migration—hit the middle classes particularly hard. By raising taxes, by making budgetary adjustments which hurt the middle classes, which I believe was a historic mistake. That's incidentally what lies behind the rise in extremism throughout Europe. A Europe that has become much less easy to govern.

Given all the challenges I've just listed, we have a Europe in which many countries are governed by coalitions, with fragile majorities or unstable political balances. Look at Germany, Italy, Spain, Belgium, look at the United Kingdom which you know well, look at France. Admittedly, we have strong institutions, a majority until 2022. But we've also had a very tough social crisis, which we haven't yet put behind us, and which has been the French way of responding to this crisis. Not a single European country has been spared. Except those that turned their backs on liberal democracy, and decided to get much tougher. You could say that Hungary and Poland have sheltered themselves from such crises, even though there are warning signs in Budapest. So, given all these factors, I don't think I'm being either pessimistic or painting an overly gloomy picture when I say this. I'm just saying that if we don't wake up, face up to this situation and decide to do something about it, there's a considerable risk that in the long run we will disappear geopolitically, or at least that we will no longer be in control of our destiny. I believe that very deeply.

But how in practical terms can you meet the challenge you describe? How will you actually overcome all the resistance, the obstacles, and build this European sovereignty?

EM: First of all, things are changing; we need to keep explaining this. There is a deep current of thought that was structured in the period between 1990 and 2000 around the idea of the “end of history”, of a limitless expansion of democracy, of the triumph of the West as a universal value system. That was the accepted truth at the time, until the 2000s, when a series of shocks demonstrated that it wasn't actually so true.

So I think the first thing to do is to regain military sovereignty. I pushed European defence issues to the forefront as soon as I took office, at the European level, at the Franco-German level. At the Franco-German Council of Ministers on 13 July 2017, we launched two major projects: the tank and the aircraft of the future. Everyone said: “We'll never manage that.” It's very tough, but we're making progress, it's possible. We launched the European Intervention Initiative that I announced at the Sorbonne and which is now a reality: on Bastille Day this year, we had the nine other member states in Paris. Since then, Italy has joined us, and Greece would also like to join this initiative. This shows that there is growing awareness of the defence question. Countries like Finland and Estonia have joined this initiative, countries which up until now were, for one, deeply suspicious of NATO, and, for the other, distrustful of Russia, so in a mindset of: “I surrender completely to NATO”. The instability of our American partner and rising tensions have meant that the idea of European defence is gradually taking hold. It's the aggiornamento for a powerful and strategic Europe. I would add that

we will at some stage have to take stock of NATO. To my mind, what we are currently experiencing is the brain death of NATO. We have to be lucid.

“The brain death of NATO?”

EM: Just look at what’s happening. You have partners together in the same part of the world, and you have no coordination whatsoever of strategic decision-making between the United States and its NATO allies. None. You have an uncoordinated aggressive action by another NATO ally, Turkey, in an area where our interests are at stake. There has been no NATO planning, nor any coordination. There hasn’t even been any NATO deconfliction. A meeting is coming up in December. This situation, in my opinion, doesn’t call into question the interoperability of NATO which is efficient between our armies, it works well in commanding operations. But strategically and politically, we need to recognise that we have a problem.

Do you now believe that Article Five doesn’t work either, is that what you suspect?

EM: I don’t know, but what will Article Five mean tomorrow? If the Bashar al-Assad regime decides to retaliate against Turkey, will we commit ourselves under it? It’s a crucial question. We entered the conflict to fight against Daesh [Islamic State]. The paradox is that both the American decision and the Turkish offensive have had the same result: sacrificing our partners who fought against Daesh on the ground, the Syrian Democratic Forces [a militia dominated by Syrian Kurds] That’s the crucial issue. From a strategic and political standpoint, what’s happened is a huge problem for NATO. It makes two things all the more essential on the military and strategic level. Firstly, European defence—Europe must become autonomous in terms of military strategy and capability. And secondly, we need to reopen a strategic dialogue, without being naive and which will take time, with Russia. Because what all this shows is that we need to reappropriate our neighbourhood policy, we cannot let it be managed by third parties who do not share the same interests. So that for me is an important point, it’s a priority issue which is both geopolitical and military. Then there’s the technological issue...

The gap between Europe’s defence, which doesn’t have an Article Five equivalent, and NATO is very hard to bridge though, isn’t it? It’s very hard to guarantee each other’s security with the same credibility that NATO has, even allowing for the weakening of NATO that you’ve just spoken of. So how do you get from an idea of collaboration to the guarantee of security, that NATO perhaps can’t provide anymore? How do you cross that gap, and project power too if necessary?

EM: First of all, NATO is only as strong as its member states, so it only works if the guarantor of last resort functions as such. I’d argue that we should reassess the reality of what NATO is in the light of the commitment of the United States. Secondly, in my opinion, Europe has the capacity to defend itself. European countries have strong armies, in particular France. We are committed to ensuring the safety of our own soil as well as to many external operations. I think that the interoperability of NATO works well. But we now need to clarify what the strategic goals we want to pursue within NATO are.

Europe may be in a position to do so if it accelerates the development of European defence. We’ve decided on enhanced cooperation between several member states, which involves pooling, a solidarity clause between member states. A European Defence Fund has been set up. We have the European Intervention Initiative, designed to be complementary to NATO. But you also need to have stress tests on these issues. France knows how to protect itself. After Brexit, it will become the last remaining nuclear power in the European Union. And so it’s also essential to think about this in relation to others.

It’s an *aggiornamento* for this subject. NATO was designed in response to an enemy: the Warsaw Pact. In 1990 we didn’t reassess this geopolitical project in the slightest when our initial enemy vanished. The unarticulated assumption is that the enemy is still Russia. It’s also true that when we intervene in Syria against terrorism, it’s not actually NATO that intervenes. We use NATO’s interoperability mechanisms, but it’s an ad hoc coalition. So, the question about the present purpose of NATO is a real question that needs to be asked. Particularly by the United States. In the eyes of President Trump, and I completely respect that, NATO is seen as a commercial project. He sees it as a project in which the United States acts as a sort of geopolitical umbrella, but the trade-off is that there has to be commercial exclusivity, it’s an arrangement for buying American products. France didn’t sign up for that.

You’re right, Europe hasn’t demonstrated its credibility yet. I just think that attitudes are changing and that today European defence is complementary to NATO. But I also believe it now needs to become stronger,

because it needs to be able to decide and increasingly take responsibility for more of our neighbourhood security policy, that's legitimate.

In my discussions with President Trump when he says, "It's your neighbourhood, not mine"; when he states publicly, "The terrorists, the jihadists that are over there, they're European, they're not American"; when he says, "It's their problem, not mine"—we must hear what he's saying. He's stating a fact. It simply means what was only implicit under NATO until now: I am no longer prepared to pay for and guarantee a security system for them, and so just "wake up". The NATO we've known since the beginning is changing its underlying philosophy. When you have a United States president who says that, we cannot, even if we don't want to hear it, we cannot in all responsibility fail to draw the conclusions, or at least begin to think about them. Will he be prepared to activate solidarity? If something happens at our borders? It's a real question. When he says such things, which are perfectly legitimate from the standpoint of a United States president, it means that perhaps some alliances, or the strength of these ties, are being reconsidered. I think that many of our partners have realised this and things are starting to move on this issue.

As I was saying, I also see the issue of technology as essential: artificial intelligence, data, digital technology and 5G, all forms of technology which are both civilian and military.

But on the question of 5G, Europe is divided...

EM: Because Europe has simply failed to have any degree of thinking or coordination on the issue. In other words, sovereign decisions and choices were de facto delegated to telecoms operators. I would put it as bluntly as that. I discussed it the other day at the European Round Table with the German Chancellor, and it was as if I'd used a swear word when I said: "Can you guarantee that the development of 5G on the most technologically sensitive cores will be totally European?" Nobody can. In my opinion some elements must only be European.

Exactly, these are divisions...

EM: They're not divisions!

Opinions diverge on the attitude to be taken towards Huawei, for example.

EM: I don't want to stigmatise any manufacturer in particular, it wouldn't be effective. And those on the other side of the Atlantic who have occasionally stigmatised them ended up making deals. I'm just saying that we have two European manufacturers: Ericsson and Nokia. We have a number of key issues. The day that everyone is connected to 5G with critical information, will you be able to protect and secure your system? The day you have all your cyber-connections on a single system, will you be able to ring-fence it? That's the only thing that matters to me. On the other issues I'm business-neutral. But this is a sovereign matter. This is what sovereignty is all about.

For years we delegated the thinking on these issues to the telecoms operators. But they're not in charge of the sovereignty of security systems. Their duty is to provide their shareholders with profits, I can't blame them for that. In a way we've completely abandoned what used to be the "grammar" of sovereignty, which are issues in the general interest that cannot be managed by business. Business can be your partner, but it's the role of the state to manage these things. So we put our foot in it, and I think there's a change starting to take place on this issue. But it isn't about mistrust or being commercially aggressive towards anyone.

I've always said to our partners, whether it's the Americans or the Chinese: "I respect you because you're sovereign". And so I believe Europe will only be respected if it reconsiders its own sovereignty. You have to grasp the sensitivity of what we're talking about. On the issue of 5G, we refer mostly to relationships with Chinese manufacturers; on the subject of data we mostly talk about relationships with US platforms. But today we've created conditions in Europe where it's business that has decided these things. The result is that if we just allow this to continue, in ten years' time, no one will be able to guarantee the technological soundness of your cyber-systems, no one will be able to guarantee who processes the data and how, of citizens or companies. From what you're saying, it sounds as if you think your European partners are somewhat naive!

EM: I think Europe's agenda was imposed on it for years and years. We were too slow on many issues. We did discuss these issues. But it wasn't really a question we wanted to ask ourselves, because we lived in a trade-maximising world with secure alliances. The dominant ideology had a flavour of the end of history. So there will be no more great wars, tragedy has left the stage, all is wonderful. The overriding agenda is economic, no

longer strategic or political. In short, the underlying idea is that if we're all linked by business, all will be fine, we won't hurt each other. In a way, that the indefinite opening of world trade is an element of making peace.

Except that, within a few years, it became clear that the world was breaking up again, that tragedy had come back on stage, that the alliances we believed to be unbreakable could be upended, that people could decide to turn their backs, that we could have diverging interests. And that at a time of globalisation, the ultimate guarantor of world trade could become protectionist. Major players in world trade could have an agenda that was more an agenda of political sovereignty, or of adjusting the domestic to the international, than of trade.

We have to be clear-sighted. I'm trying to understand the world as it is, I'm not lecturing anyone. I may be wrong. Can we blame anyone for not having seen this five or ten years ago? The United States also has its weaknesses. Take 5G: huge country, the biggest technology market. They no longer have their own genuine 5G players. They are dependent on the technology of others, the Europeans or Chinese. So it's not easy for anyone. But what I mean by this is that it seems to me that Europe was driven by a logic whose primacy was economic, with an underlying belief that was, basically, that the market economy suits everyone well. And that's not true, or not any more. We have to draw conclusions: it's the return of a strategic agenda of sovereignty.

If we don't act, in five years' time I won't be able to tell my fellow citizens: "Your data is protected. You want your data to be protected in France? You have this system that ensures your information is private, I can guarantee it". If I tell them: "I can't guarantee it, I'm not the one who decides what shapes your life, from your relationship with your girlfriend, to managing your children's daily lives and your accounts, etc..." and if we just let things happen, everything that makes up your life will be managed, used, monitored by people who have nothing to do with the state. If you want proof of this, look at Google's attitude to the European directives on copyright policy, a subject that affects you.

But in defence and technology, you described a Europe that's failed to work together, a Europe that's too fragmented. Do you believe that Europe can act together, within the present constitution of the European Union? Does it require a big centralisation of power, of money?

EM: These are subjects which Europe hadn't previously taken on board. European defence was relaunched in the summer of 2017. It was something that hadn't been put on the table since the mid-1950s, despite various efforts that began in 1999. We've only thought about technology in Europe in terms of the single market, ie, how to remove barriers, roaming, etc. We haven't thought it through at all in terms of suppliers and the strategic aspect. Europe is divided on some issues, and it moves too slowly, notably on issues of economic stimulus, budgetary solidarity. It's more the issue of integrating the euro zone, banking union, which aren't moving fast enough, and which are a subject of division in Europe. Europe is also divided on the migration issue. Basically, Europe has been too slow to manage the two major crises it has experienced over the past ten years and to find joint solutions, on that you are right.

On the sovereignty agenda I've referred to, these are fairly new questions, and so we can move fast. On defence, Europe has moved quite quickly. Much more so than on other issues, because it's basically a new environment. We need to share this geopolitical awareness and make sure that everyone is on board. On many of these subjects, the European Commission has competence: digital, single market, and now defence under enhanced cooperation. This incidentally is the French portfolio in the next Commission. That's why it's so important for us, but these are subjects in which the Commission has a major role to play.

As to the question of whether we change constitution, personally I don't see the topic as closed, I've said that several times. But the question of whether we share the same agenda, in other words of pooling more in order to move towards a system that is somehow looser, softer, less and less strategic, I'm not in favour of that. I'm in favour of making things more effective, deciding more quickly, more clearly, changing the dogma and ideology that drive us collectively today. And to have a more sovereign, more ambitious project for Europe's future, which is more democratic, and which on both digital and climate issues goes much faster and is more powerful. But that depends on getting the major European players behind this agenda. Having said that, I think at some point of course Europe will need to be reformed, of course we'll need a Commission with fewer members, of course we'll need to have qualified majority voting on a range of issues.

When we interviewed you in July 2017, you already seemed quite frustrated by Europe's slow pace and especially by the Franco-German relationship and the Germans' ability to work alongside you, and keep pace with you. Who will you build this Europe with, if it's not the Germans?

EM: I've always said we must have the Germans alongside us, and that the British must be a partner on European defence. We're keeping the bilateral treaties we upheld at Sandhurst. I believe that the UK has an essential role to play. Actually, the UK will be faced with the same question because the UK will be even more affected than us if the nature of NATO changes. So I see the bilateral relationship as essential from a military perspective. What is true is that the UK, even prior to Brexit, was opting for a much more aggressive strategy. From a technological and many other standpoints, they decided to abandon sovereignty for a Singapore-type model, I would call it. Personally, I'm not so sure that's sustainable. I discussed this with Theresa May, and then with Boris Johnson, because I think it was the middle classes who reacted and voted for Brexit. I think the elites stand to gain from that type of model. I don't believe that the middle classes do. I think the British middle classes need a better-functioning European model, in which they are better protected. And with the Germans?

EM: And with the Germans you have to...

They don't share your strategic vision!

EM: I'm in no position to lecture the Germans. They handled the turn of the millennium far better than we did. Why is there an issue with Germany? Germany isn't at the same stage of its economic and political cycle as we are, so we need to rephrase. Firstly, they handled the first decade of this century very successfully. They introduced reforms at the right time, they succeeded in opening up, in having a very competitive economy. They are the big winners of the euro zone, including of its dysfunctions. Today, it's just that the German system needs to acknowledge that this situation is not sustainable. But as I said: persuading them, encouraging them to go in that direction, are the only means I have to bring them round to my position. I carry out my reforms, I'm not asking for their support or anything. But I tell them, even for you, this system is not sustainable. So at some point, they will be forced to readjust. Experience has shown that they sometimes take longer, but once they have made up their minds, they are better organised than many.

They don't show very much sign of wanting to make that effort. I mean they push you back all the time.

EM: That's not so true. On defence, they are with us, which was taboo. They are with us strategically, including on ambitious projects, including on arms exports, that's a real asset. They've also supported the mechanisms for integrating the euro zone. Now we have a problem of scale, and it's true that the taboo is the question of budget stimulus. That's true for the whole of Europe. We set our ratios in an environment which was a very different environment in terms of rates and liquidity.

I would widen the focus. We're in a geopolitical situation where no one can really describe China's budgetary state. We assume that they're going for it, they're investing massively. The United States has increased its deficit in order to invest in strategic issues and boost the middle-income brackets. As Europe is alone in consolidating, what is Europe's situation today? I've said this to other bosses in rather brutal terms, but it is a macroeconomic and financial reality. Europe is one of the continents with the highest levels of savings. A large part of those savings is used to buy American Treasury bonds. So with our savings, we're paying for America's future, and what's more we're exposing ourselves to vulnerability. It's absurd.

Given this context, we need to rethink our macroeconomic deal. We need more expansion, more investment. Europe can't be the only zone not to do so. I think that's also why the debate about the 3% of national budgets and the 1% for the European budget, belongs in the past century. This sort of debate won't enable us to develop this policy. This sort of debate won't allow us to prepare the future. When I look at our level of investment in artificial intelligence, compared with China or the United States, we're just not in the same league.

Could we come back to your diplomatic activity? We've seen a great deal of activity on the Iranian dossier, but also Ukraine. You put forward the idea of France as a balancing power, that's to say a power that can talk to others, have an open dialogue with all. Isn't there an element of contradiction between that ambition and the ambition to create a militarily powerful Europe?

EM: I don't believe so in the slightest. Quite the contrary. Europe in any case has to think of itself as a balancing power. But I think that it's France's role, as a permanent member of the Security Council, a nuclear power, founding member of the European Union, a country which is present through its overseas territories on every continent and which remains very present because of the French-speaking world. We have unparalleled reach. Basically, only the UK, via the Commonwealth, can claim a similar reach, although it's decided to follow a different path. But our traditions and our diplomatic history are different: we're less aligned with American diplomacy, which in this world gives us more room for manoeuvre.

When I say balancing power, that also raises the question of our allies. But to put it very simply, we have the right not to be outright enemies with our friends' enemies. In almost childish terms, that's what it means. That we can speak to people and therefore build balances to stop the whole world from catching fire.

I don't think it's in the least incompatible. Because it's first of all what enables us to be effective and have leverage in the European neighbourhood. It's also what allows us to enact the fact that, for me, the point of military power is not necessarily for it to be used. It's used in the fight against terrorism, in Africa, and as a partner in the international coalition. However, it essentially serves our diplomacy. I think it's very important to keep both levers, and therefore to seek to play this role of balancing power as well as to maintain military credibility. These days, if you don't have military credibility, in a world where authoritarian powers are on the rise again, it won't work.

And actually this is why what just happened in Syria is dramatic. We've enacted a military retreat. It's the opposite of what we obtained from the Americans on 13 April 2018, during the strikes against the Syrian chemical-weapons programme, which enhanced our credit in the region, including from a diplomatic standpoint. With Operation Hamilton, we carried out surgical strikes on chemical-weapons bases in Syria. We showed that the red line was being enforced. Which was not done in 2013-2014. So it's a combination of both, I think it's very complimentary.

You have spoken about the essential value of humanism as being the essence of what Europe brought to the world. And this evening you've spoken to us about a world that is more and more dominated by realpolitik, that the idea that Western values had permanently triumphed was false. Yet many of your European partners find it very difficult to act in a realpolitik way because it requires them to look the other way, to talk to Mr Putin for instance, or to deal with China despite what's happening to the Uighurs in Xinjiang. How do you reconcile that question of humanity and humanism and the requirements of realpolitik in a hostile and dangerous world?

EM: First of all, there's a factor which we may have underestimated, which is the principle of the sovereignty of the people. And I think that the spread of values, of the humanism that we hold high, and the universalisation of these values in which I believe, only work to the extent that you are able to convince the people. We've sometimes made mistakes by wanting to impose our values, by changing regimes, without popular support. It's what happened in Iraq or in Libya. It's perhaps what was envisaged at one point in Syria but failed. It's an element of the Western approach, I would say in generic terms, that was a mistake at the beginning of this century, undoubtedly fatal, and sprang from the union of two forces: the right to intervene with neo-conservatism. And these two forces intertwined and produced dramatic results. Because the sovereignty of the people is in my opinion an unsurpassable factor. It's what made us what we are, and it must be respected everywhere.

The great difficulty is that we are witnessing a sort of backlash, the return of other competing values. Non-democratic models, which are challenging European humanism like never before. I've often said that our model was built in the 18th century with the European Enlightenment, the market economy, individual freedom, democratic rule and the progress of the middle classes. The Chinese model is a model that brings together a market economy and an expanding middle class, but without freedom. Some people say it works, so there's some kind of living proof. I don't know whether it's sustainable, I don't think so. But I think that this non-sustainability is at some point demonstrated by the people in terms of the tension it creates.

The question now is whether our model is sustainable, because I see people everywhere in our countries who are willing to go back on some of these parameters. People who say: "Well, I'm having second thoughts about the market economy, maybe in fact we should withdraw from the world and move towards protectionism or isolationism." Others who say: "Well, I'm willing to give up certain freedoms to move towards a more authoritarian regime if it protects me more, and allows for growth and greater wealth." This crisis is right here among us, advocated by a number of parties in our democracies. It's emerging in Europe, and should lead us to question ourselves. And so I think it would be wrong simply to say: "I want humanism and I'm going to impose it on others." The question is how to pursue a strategic agenda while at the same time fostering an agenda for development, an economically open agenda, a political, cultural agenda, through which you can consolidate this humanism.

That's my firm belief for Africa and it's what I'm pushing for in African policy: a massive reinvestment in education, health, work, with Africans, a deep empowerment. It's also the reason why I want to work with new partners. I was for example the first to host the Sudanese prime minister, from the transitional government, we've provided a great deal of help to Prime Minister Abiy in Ethiopia, because they embody this model, in

countries we thought had turned their backs on this model. Basically, I think that European humanism, in order to win, needs to become sovereign once again and to rediscover a form of realpolitik.

We now need to think about this, to equip ourselves with the “grammar” of today, which is a grammar of power and sovereignty. This is also what justifies my cultural and copyright policy, for example. I want to defend European authors and European creativity, because this is how humanism spreads. Today the biggest threat to humanism is authoritarian regimes, but also political religious ideology. The rise of radical political Islam is undoubtedly the foremost enemy of European humanist values, which are based on the free and rational individual, equality between women and men, and emancipation. The model of subjugation and domination today is that of radical political Islam. How do you fight this? You can say, when they resort to terrorism, I’ll fight them. The other way is by fostering democracy, by demonstrating that other models, including cultural, economic and social models, can emerge.

On the subject of authoritarian regimes, you have called for a rapprochement with Russia, evoking in a way Obama's reset policy, which in the end was not a great success. What gives you reason to think that this time it will be different?

EM: I look at Russia and I ask myself what strategic choices it has. We’re talking about a country that is the size of a continent, with a vast land mass. With a declining and ageing population. A country whose GDP is the same size as Spain’s. Which is rearming at the double, more than any other European country. Which was legitimately the subject of sanctions over the Ukrainian crisis. And in my view this model is not sustainable. Russia is engaged in over-militarisation, in conflict multiplication, but has its own internal issues: demography, economy, etc. So what are its strategic options?

One option is: rebuild a superpower by itself. That will be extremely difficult, even if our own errors have given it some leverage. We showed ourselves to be weak in 2013-2014, and Ukraine happened. Today Russia is optimising its game in Syria because of our own errors. We’re giving it some breathing space, so it can still play that way. But all that is very tough, for the reasons I mentioned, along with a political and ideological model based on identity-based conservatism that prevents Russia from having a migration policy. Because the Russian population is composed of and surrounded by Muslim populations that worry it a lot. Given the size of the territory, it could have had a tremendous growth lever, namely a migration policy. But no, it’s an Orthodox conservative political project, so that won’t work. I don’t believe much in this stand-alone option.

A second path that Russia could have taken is the Eurasian model. Only it has a dominant country, namely China, and I don’t think that this model would ever be balanced. We’ve seen this in recent years. I look at the table plans that are laid out for meetings for the new Silk Road, and the Russian president is seated further and further away from President Xi Jinping. He can see things are changing, and I’m not sure he likes it. But the Russian president is a child of St Petersburg. He was born there; his elder brother died in the great famine and is buried in St Petersburg. I don’t believe for one second that his strategy is to be China’s vassal.

And so what other options does he have left? Re-establishing a policy of balance with Europe. Being respected. He’s hard-wired to think: “Europe was the vassal of the United States, the European Union is a kind of Trojan Horse for NATO, NATO was about expansion right up to my borders.” For him, the 1990 deal wasn’t respected; there was no “safe zone”. They tried to go as far as Ukraine, and he wanted to put a stop to it, but through traumatic dealings with us. His conservatism led him to develop an anti-European project, but I don’t see how, in the long term, his project can be anything other than a partnership project with Europe.

But you’re basing your analysis on logic, not on his behaviour?

EM: Yes I am. His behaviour in recent years has been that of a man who was trained by the [security] services with a state that is more disorganised than we realise. It’s a huge country with the logic of power at its centre. And a kind of obsessional fever, that’s to say the feeling of being besieged from everywhere. He experienced terrorism before we did. He strengthened the structure of the state at the time of the Chechen wars, and then he said: “it’s coming at us from the West”.

My idea is not in the least naive. I didn’t by the way talk about a “reset”, I said it might take ten years. If we want to build peace in Europe, to rebuild European strategic autonomy, we need to reconsider our position with Russia. That the United States is really tough with Russia, it’s their administrative, political and historic superego. But there’s a sea between the two of them. It’s our neighbourhood, we have the right to autonomy, not just to follow American sanctions, to rethink the strategic relationship with Russia, without being the slightest bit naive and remaining just as tough on the Minsk process and on what’s going on in Ukraine. It’s clear that we

need to rethink the strategic relationship. We have plenty of reasons to get angry with each other. There are frozen conflicts, energy issues, technology issues, cyber, defence, etc. What I've proposed is an exercise that consists of stating how we see the world, the risks we share, the common interests we could have, and how we rebuild what I've called an architecture of trust and security.

What does that mean in practical terms?

EM: It means, for example, that we're aligned on the terrorist issue, but we don't work enough on it together. How do we achieve that? We get our [intelligence] services to work together, we share a vision of the threat, we intervene perhaps in a more coordinated way against Islamist terrorism throughout our neighbourhood. We show that it's in our best interests to collaborate on cyber, which is where we're waging total war against one another. How it's in our interests to deconflict on many issues. How it's in our interests to resolve frozen conflicts, with perhaps a broader agenda than just the Ukrainian issue, so we look at all the frozen conflicts in the region and explain our position. What guarantee does he need? Is it in essence an EU and a NATO guarantee of no further advances on a given territory? That's what it means. It means: what are their main fears? What are ours? How do we approach them together? Which issues can we work on together? Which issues can we decide no longer to attack each other on, if I can put it that way? On which issues can we decide to reconcile? Already, sharing, we have more discussions. And I think it's very productive.

And when you speak to your counterparts in Poland and the Baltic States about this vision, what do they say?

EM: It depends on the country. In Poland, there's some concern. But I'm starting to talk to them. Obviously I've talked about it first with Germany, but I do have partners who are moving on this. Finland has moved significantly, they're in the European Intervention Initiative. I went to Finland, I was the first French President in more than 15 years to go there. President Niinistö and I spoke together, we made some progress. I've discussed it with Denmark, I've discussed it with the Baltic States—Estonia and Latvia. Things are moving forward. I'm not saying that everyone is on the same line. I had a very long discussion on this subject with Viktor Orban. He's quite close to our views and has a key intellectual and political role within the Visegrad group, which is important. That's also the way we may be able to convince the Poles a little more.

So, I think things are changing. I can't blame the Poles. They have a history, they have a relationship with Russia, and they wanted the American umbrella as soon as the wall fell. Things won't happen overnight. But once again, I am opening a track that I don't think will yield results in 18 or 24 months. But I have to start all these projects at the same time, in a coherent way, with some things that should have an immediate effect and others that may have an effect in five or ten years' time. If I don't take this path, it will never open up. And I think that would be a huge mistake for us. Having a strategic vision of Europe means thinking about its neighbourhood and its partnerships. Which is something we haven't yet done. During the debate over enlargement, it was clear that we are thinking about our neighbourhood above all in terms of access to the European Union, which is absurd.

Speaking of which, your policy towards North Macedonia and Albania has sparked a lot of criticism from your partners. How do you explain your position?

EM: But I've told them they're not being consistent...

But you yourself said that you wanted a strategic Europe with regard to its neighbourhood!

EM: But should we be the only ones to say: "the strategy is to integrate our neighbourhood"? That's a weird political purpose. In fact I'd urge you to examine the consistency of an approach that amounts to saying: "the heart of our foreign policy is enlargement". That would mean Europe thinks of its influence only in terms of access, notably to the single market. That's antagonistic to the idea of a powerful Europe. It's Europe as a market.

I've tried to be consistent, I've told them: "We have a problem. We can't make it work with 27 of us; 28 today, 27 tomorrow. Do you think it will work better if there are 30 or 32 of us?" And they tell me: "If we start talks now, it will be in ten or 15 years." That's not being honest with our citizens or with those countries. I've said to them: "Look at banking union". The crisis in 2008 with these big decisions; end of banking union in 2028. It's taking us 20 years to reform. So even if we open these negotiations now, we still won't have reformed our union if we carry on at today's pace.

So for me we need: one, a consistency test. If we want a powerful Europe, it has to move faster and be more integrated. That's not compatible with the opening of an enlargement process right now. Two, those who tell you that we must enlarge are the same who say we must keep the budget at 1%. That's the metaphor I used about toast the other day. Some want the piece of toast to keep getting bigger and bigger, but when it comes to spreading on more butter, they refuse. In the end Europe becomes a market, but there is no longer any solidarity, and no policy for the future. If we spend the same amount of money on something that's bigger, there's no longer any convergence policy, there's no longer any political project in the long run, and there's no longer any capacity to invest in relation to the outside world. So then they tell you: it's the only way to prevent Russia, Turkey and China from being the kingmakers in these countries. But these influences persist, and are increasing, in countries that are already in negotiations, or sometimes even already members.

At the very least if we said: "We'll make an effort, we'll invest, we'll tell our businesses to go full speed ahead, we'll spend on development, on culture, education", that would make sense. Opening a purely bureaucratic process is absurd.

I should add that most of them were in favour of opening up to North Macedonia, but nearly half of them were against opening up to Albania. Fatal error.

Do you think they're hiding behind France?

EM: I don't just think that, I know it. Ask them tomorrow whether they want to open the door to Albania. Half of them will say no. They want to open up to North Macedonia, it's small, it's changed its name and that's a real historic achievement. It doesn't frighten anyone. The reality is that if we don't open up to Albania, we'll inflict a terrible trauma on the region. There are Albanian-speaking communities everywhere. If you humiliate Albania, you will destabilise the region in a lasting way.

So my conviction is that, one, we need to reform our membership procedures, they're no longer fit for purpose. They're not strategic. They're not political, too bureaucratic and not reversible, whereas you have to be able at some point to consider the question of reversibility. Two, if you're concerned about this region, the first question is neither Macedonia, nor Albania, it's Bosnia-Herzegovina. The time-bomb that's ticking right next to Croatia, and which faces the problem of returning jihadists, is Bosnia-Herzegovina. The third issue is that we need to reform our membership procedures before we open negotiations. If we achieve this reform in the coming months, I'd be ready to open negotiations. If they've also made the few extra remaining efforts. But I don't want any further new members until we've reformed the European Union itself. In my opinion that's an honest, and indispensable, prerequisite.

One last question: it seems to me a corollary of what you are saying about Syria and Turkey that, in the long run, Turkey doesn't belong in NATO. Is that your view?

EM: I couldn't say. It's not in our interest to push them out but perhaps to reconsider what NATO is. I applied exactly the same reasoning to the Council of Europe and Russia. I was roundly criticised for that, but I believe it's a stronger message because the Council of Europe involves obligations. Keeping Russia in the Council of Europe was about giving greater protection to Russian citizens. In any case, I think the question that needs to be asked is: "What does it mean to belong to NATO?" I think that, in the current context, it's more in our interest to try to keep Turkey within the framework, and in a responsible mindset, but that also means that given the way NATO operates today, NATO's ultimate guarantee must be clear with regards to Turkey. And today, what's caused this friction? What we have seen, why I spoke about "brain death", is that NATO as a system doesn't regulate its members. So as soon as you have a member who feels they have a right to head off on their own, granted by the United States of America, they do it. And that's what happened.

Thank you very much

EM: Thank you

160,23

<https://www.faz.net/aktuell/politik/trumps-praesidentschaft/emmanuel-macron-hat-unrecht-die-nato-lebt-16474006.html>

MACRONS FEHLSCHLÜSSE

Die Nato lebt

- EIN KOMMENTAR VON THOMAS GUTSCHKER, BRÜSSEL AKTUALISIERT AM 07.11.2019-19:17



Frankreichs Präsident hat gute Gründe für seine ätzende Kritik am amerikanischen Präsidenten. Doch Amerika ist mehr als Trump. Ohne die Vormacht kann auch Paris wenig ausrichten.

Emmanuel [Macron](#) gefällt sich in der Rolle des visionären Weltpolitikers. Wenn Europa nicht endlich eine weltpolitische Rolle einnehme, so lautet seine jüngste, düstere Prognose, werde es bald nicht mehr Herr seines Schicksals sein. Von Amerika erwartet er keine Hilfe mehr. Für Präsident Trump sei die Nato zu einem „kommerziellen Projekt“ verkommen: Wer unter den nuklearen Schutzschirm der Amerikaner schlüpfe, müsse im Gegenzug amerikanische Waren kaufen. Europa erlebe, so Macron im „Economist“, den „Hirntod“ der Nato.

Das mag bestechend logisch klingen, beruht aber auf Fehlschlüssen. So berechtigt Macrons ätzende Kritik am amerikanischen Präsidenten auch ist, [Trump](#) sollte man nicht mit Amerika gleichsetzen. Paradoxerweise haben die Vereinigten Staaten gerade in den vergangenen drei Jahren immer mehr Milliarden Dollar in die Rückversicherung der Alliierten an der Ostflanke investiert.

Die amerikanischen Truppen haben Europa nicht verlassen – sie sind zurückgekehrt. Im nächsten Jahr werden 20.000 Soldaten zu einer Großübung über den Atlantik nach Europa kommen. Das hat es seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr gegeben. Dahinter steht nicht Trump, sondern der Wille im amerikanischen Kongress, an Europa als engstem Verbündeten festzuhalten.

Berechtigt ist Macrons Kritik an mangelnden Absprachen in Syrien. Als die Amerikaner im Sommer die Europäer um Truppen für eine Schutzzone an der Grenze zur Türkei baten, schüttelten die synchron mit dem Kopf. Jetzt, da die Amerikaner ihre Soldaten aus der Zone abziehen, ergreift plötzlich Deutschland die Initiative. Oder ist es nur die Verteidigungsministerin? Bei ihrer Grundsatzrede in München erwähnte sie den Vorstoß gar nicht mehr.

Zur Wahrheit gehört auch dies: Von der „strategischen Autonomie“, die Macron stets im Munde führt, sind die Europäer noch weit entfernt. Selbst das stolze Frankreich sieht da ziemlich schwach aus. Es musste gerade seine Spezialtruppen aus dem Nordosten Syriens abziehen, ebenso wie die Briten. Ohne amerikanische Unterstützung konnten sie dort nicht mehr operieren.

[Thomas Gutschker](#)

Politischer Korrespondent für die Europäische Union, die Nato und die Benelux-Länder mit Sitz in Brüssel.

Quelle: F.A.Z.

MIT VIDEO

<https://www.economist.com/briefing/2019/11/07/emmanuel-macron-on-europes-fragile-place-in-a-hostile-world>

Macron's view of the world

Emmanuel Macron on Europe's fragile place in a hostile world

In a blunt interview the French president laid out his thoughts on NATO, America and the future of the EU



[Print edition](#) | [Briefing](#)

Nov 7th 2019 | PARIS AND SHANGHAI

When Emmanuel Macron stepped from his presidential plane onto the red carpet at the airport in Shanghai on November 4th, two flags were fluttering in the warm air: one Chinese, the other the French *tricolore*. This was only to be expected for a visiting French president, whom President Xi Jinping treated to two banquets and a private dinner, in two different cities. Yet the absence of a European Union flag was a small visual reminder of the scale of the diplomatic challenge Mr Macron has set himself. For the French president went to China this week not just to speak for France, but for Europe.

Mr Macron's message was carefully calibrated. When Germany's Chancellor Angela Merkel jetted off to China in September, she took with her a large delegation of German chief executives. Mr Macron also flew French businessmen with him to China, and pushed hard for better access to Chinese markets for French stuff. To make the point, Mr Macron and Mr Xi tasted high-end Bordeaux and morsels of French beef together at the Shanghai trade fair.

Yet the French president also went "to show that Europe has a unified face". He brought with him an Irish European commissioner and a German minister, and included a clutch of German business bosses in the French delegation. In a speech on trade, Mr Macron framed the stakes as European, and scarcely mentioned *la France*. With China ready to exploit the slightest European division, Mr Macron hoped to show that a common, strategic, pan-European policy might be possible.

Shaking hands, shaping time

Shortly before his China trip, Mr Macron laid out this vision of a more "strategic" and "sovereign" Europe in a candid interview with *The Economist*. The conversation took place late in the evening on October 21st at the Elysée Palace in the president's gilt-decorated office, the *salon doré*, where Charles de Gaulle used to work. In the interview, Mr Macron is as bleak about the perils facing the continent as he is radical about his prescriptions.

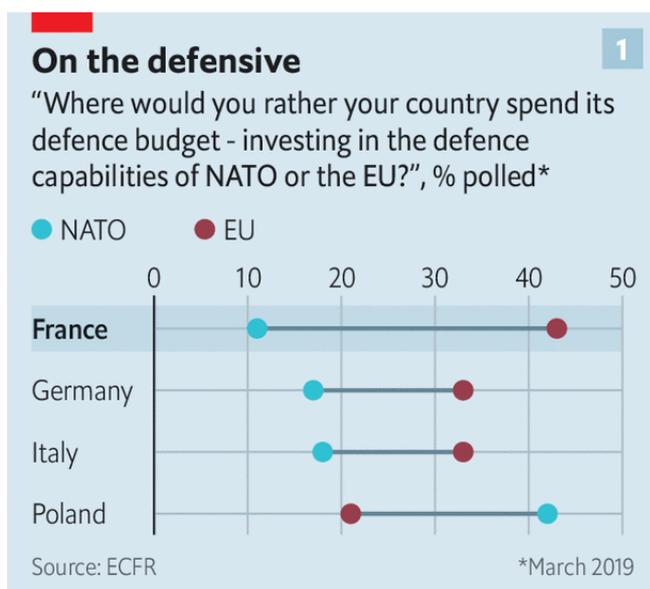
"Look at what is happening in the world. Things that were unthinkable five years ago," the French president declares. "To be wearing ourselves out over Brexit, to have Europe finding it so difficult to move forward, to have an American ally turning its back on us so quickly on strategic issues; nobody would have believed this possible." Europe is on "the edge of a precipice", he says. "If we don't wake

up...there's a considerable risk that in the long run we will disappear geopolitically, or at least that we will no longer be in control of our destiny. I believe that very deeply."

Since the 1990s, says Mr Macron, the European Union has progressively lost its political purpose. Its focus on market expansion and regulation, underpinned by the American defence guarantee, provided an illusion of eternal stability. America's gradual retreat from Europe and the Middle East, which he dates to before the election of President Donald Trump, combined with its new protectionism, has exposed Europe's vulnerability.

"But we find ourselves for the first time with an American president who doesn't share our idea of the European project," Mr Macron notes, and whose attitude to the risk of jihadist prisoners on the loose in Syria is that they will "be escaping to Europe". When Mr Trump tells the French president that "it's your neighbourhood, not mine", says Mr Macron, what he is really saying is: "Wake up!" With America turning its back, China rising, and authoritarian leaders on the EU's doorstep, the result is "the exceptional fragility of Europe", Mr Macron concludes, "which, if it can't think of itself as a global power, will disappear."

"What we are currently experiencing," he declares, with reference to the withdrawal of troops from Syria, is "the brain-death of nato". Pressed to explain, he argues: "You have no co-ordination whatsoever of strategic decision-making between the United States and its nato allies. None. You have an unco-ordinated aggressive action by another nato ally, Turkey, in an area where our interests are at stake." Did this mean that Article Five—the idea that if one nato member were attacked the others would come to its aid, which underpins the alliance's deterrence—is still functional? "I don't know," he replies. "But what will Article Five mean tomorrow?"



The Economist

The underlying message is brutal: Europe has to stop judging these times a historical anomaly, start asking whether nato is fit for purpose, and get its act together. This is a view broadly shared by his countrymen (see chart 1). "Even if we don't want to hear it," he says, "we cannot in all responsibility fail to draw the conclusions, or at least begin to think about them."

His business is philosophy

Mr Macron, a philosophy graduate as well as a former investment banker, is considered to be more of a thinker than most world leaders. He tries to read for an hour or two each day. In Shanghai he slipped off for a private lunch with Chinese artists to muse about freedom. Mr Macron's deliberations have led him to conclude that what is needed is "European sovereignty": the collective ability to defend Europe's interests—over security, privacy, artificial intelligence, data, the environment, industry, trade and so forth—in a strategic way.

During his interview, Mr Macron roams across topics, moving from a psychological portrait of Vladimir Putin one moment to the perils of a low-interest-rate economy the next. Europe faces an almost-existential moment, he argues, as the world shifts from a global order based on rules to one determined by muscular power politics. Yet he does not seem to be daunted. He has a more engaging manner than his aloof public persona, which has led to a reputation for haughtiness, would suggest. Moments such as when Mr Macron told off a teenager for not calling him “Monsieur” in 2018, or when he said in 2017 that railway stations were places where “one crosses people who succeed, and people who are nothing”, have added to this impression that he is arrogant and removed. **And, indeed, the bleakness of Mr Macron’s analysis is matched by an uncanny—and no doubt excessive—confidence in his own ability to do something about it.**

But can he? French Fifth-Republic presidents are fond of laying out sweeping visions of the world that appeal to the country’s grandeur. Over the years, when French leaders have called for a *Europe puissance* (European power), this has often sounded suspiciously like code for French hegemonic ambitions. Such efforts in the past have been dismissed in London or Washington as quaint, or dangerously undermining of nato, or both. In 2003 during the Iraq war, when France, Germany, Belgium and Luxembourg held talks on such matters, their get-together was dismissed as a second-rate “chocolate summit”.

Yet there are new reasons to try to understand the thinking in Paris. Mr Macron is an energetic diplomat, keen to shape the events he sees unfolding. For at least the next year, and possibly beyond, he will be the only ambitious leader of a liberal democracy who is also at the head of a nuclear power, with a military presence that reaches from Europe to the Pacific, a un Security Council seat, strong executive powers and a robust parliamentary majority. Compare this with the agonies of Brexit Britain, Germany’s dysfunctional coalition and faltering economy, or the political paralysis of Italy and Spain.

The result could be that leadership in Europe could pivot to France. By default as well as inclination, says Benjamin Haddad of the Atlantic Council in Washington, dc, **Mr Macron is well placed to become Europe’s new diplomatic leader.**

For sure, Mr Macron cannot compete with Mrs Merkel on experience. But, midway through his term, the 41-year-old French president has built up ties to many world leaders. Since taking office, Mr Macron has made 101 trips to over 50 different countries, including places (from Nigeria to India) outside France’s traditional sphere. His China trip was his second there as president. On his watch, Mr Trump has been four times to France. Even Mr Macron’s domestic standing has started to recover, having taken a bruising soon after coming into office. After the searing social unrest led by the *gilets jaunes* (yellow jackets) a year ago, his approval rating—still very low, at 34%—is at least back up to where it was before the protests began. (Mr Trump’s is at 41% and over the past three years has not slipped below 36%.)

Moreover, despite some clumsy footwork, Mr Macron has manoeuvred a number of France-friendly appointees into top eu jobs. They include Ursula von der Leyen, the new head of the European Commission; Charles Michel, the incoming European Council president; and Christine Lagarde, who now runs the ecb. And France has secured a hefty new commission portfolio spanning the single market, industrial policy, digital, defence and space—although he failed to secure Sylvie Goulard for the job, after she became the first French candidate to be rejected by meps in Brussels for being unfit to take office.

Some of the language in Europe has started to shift in Mr Macron’s direction, at least. Mrs von der Leyen says she wants to run a “geopolitical” commission. Mark Rutte, the Dutch prime minister, has argued that “the eu needs a reality check; power is not a dirty word.” **Mrs Merkel has told Europeans that, when it comes to their collective security, “the times when we could rely on others are over.”**

Flown east of the sun

By the third day of his trip, French officials were pleased that a deal to protect regional European food labels—such as Roquefort blue cheese—in China, and vice versa, had been signed and that China seemed supportive on climate change. But they were also candid about how difficult it all is.

China is a good test of whether Mr Macron can get Europe to speak as one voice, and whether Europe wants that voice to be Mr Macron's. He has been outspoken about “China's real diplomatic genius for playing on our divisions and weakening us”. He says he wants fellow Europeans to be less naive; he has argued it was “stupid” to sell essential infrastructure in southern Europe to the Chinese. He also wants the eu to insist on reciprocity in trade and market access, and to guard against technology transfer. To back this up with a show of limited muscle, France sails at least twice a year through the South China Sea.

The need for a credible common policy sounds sensible. Trying to forge one is a lot more difficult. Take the construction in Europe of 5g telecoms networks. “You have to grasp the sensitivity of what we're talking about,” Mr Macron argues, the pitch of his voice rising. Europe, he laments, has focused its technology policy almost exclusively on market issues, such as roaming or competition, at the expense of strategic thinking. He thinks Europeans should be worried that they cannot guarantee that sensitive technology will be neither Chinese nor American. France is taking a cautious approach to screening investment in its 5g network roll-out. Despite a warning from the head of its own foreign-intelligence service, Germany has taken a less restrictive approach.

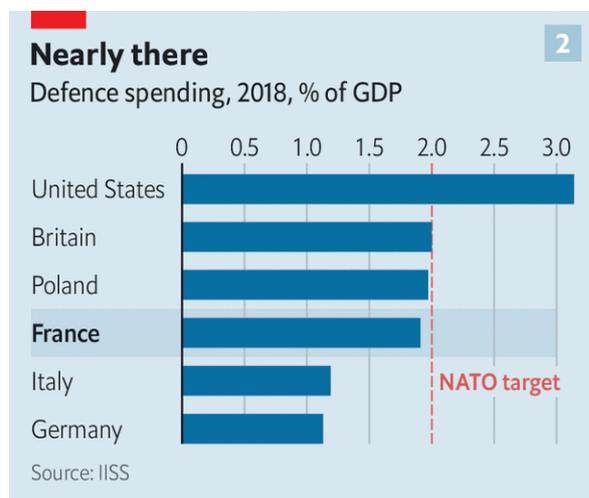
In some matters, the eu may become more willing to act in what Mr Macron considers to be a strategic fashion. The new European Commission could be more sympathetic to French desires to apply a global measure of market power to evaluate industrial mergers, which would enable pan-European champions to emerge. The idea of a sales tax on tech firms, which France introduced in July, prompting Mr Trump to tweet angrily about “Macron's foolishness”, is gaining ground in other countries. France has persuaded Germany to consider the idea of a European carbon border tax.

We live in an unsettled time

The really tough part of Mr Macron's vision, however, would involve a step change for Europe that is extremely difficult to see happening in a hurry. It would mean converting a bloc that uses the heft of its market to apply rules and standards—and deploys its defence capability primarily for the purposes of crisis management—into one that can project power and act collectively as a military force. “It is very tough,” Mr Macron concedes, acknowledging that “Europe hasn't demonstrated its credibility yet.” But, he insists, “we're making progress” and that “attitudes are changing.”

The French president cites his pet project, the European Intervention Initiative, a coalition of countries (including Britain), ready to act together in crises, as well as the German-favoured eu defence co-operation agreement, known as pesco. He also points to the hefty new €13bn (\$14bn) European Defence Fund to finance research and equipment, and a Franco-German agreement for a joint future-generation tank and fighter plane. All of these, Mr Macron insists, are “designed to be complementary to nato”. **France knows full well from its counter-terrorism operations in the Sahel the depth of its reliance on America.**

But is Europe really ready to undertake such a transformation? “I've been hearing about European strategic autonomy for so long,” sighs Philip Gordon of the Council on Foreign Relations, and formerly an adviser to Barack Obama. **Part of the problem is defence spending (see chart 2). If Europe's nato members are to meet their commitment to spend 2% of gdp on defence by 2024, this would mean spending an extra \$102bn—some 40% more than they currently do.**



The Economist

Tougher still is the need for a change of mindset. **Germany remains a defender of the status quo.** This is the case on **budgetary orthodoxy**, which Mr Macron has failed to influence, as well as the post-cold-war order, where he detects some change. **Germany is “very unambitious on the world scene, and so a very difficult partner for France,”** says Claudia Major, of the German Institute for International and Security Affairs, a think-tank. “We constantly feel that [the French] want something from us, and that this is so annoying.”

Germany is not alone. **In other European capitals there is unease at the prospect of French leadership, and a feeling that Mr Macron is all for co-operation, as long as it is on French terms.** Such misgivings were exposed by his recent veto over the start of accession talks with North Macedonia and Albania. Fellow Europeans roundly condemned this as exactly the sort of failure of geostrategic thinking that Mr Macron accuses others of.

This view infuriates the president. Enlargement without reform of the eu and of its accession rules, he says, is “absurd”. It prevents Europe from acting as a more integrated bloc. “Half” of the other eu countries agree with him on Albania, he claims, but hide behind France. And he rejects the idea that his veto leaves them vulnerable to rival powers, pointing to growing Russian and Chinese influence in Serbia, which is an accession candidate. If Europe reformed first, says Mr Macron, he would be “ready to open negotiations”.

Or consider Mr Macron’s Russia policy. He has long argued that rogue powers are more dangerous when isolated. To this end, he has hosted Vladimir Putin at both Versailles, near Paris, and Brégançon, on the Mediterranean. **But his call for a “rapprochement” with Russia, in order to keep it out of China’s arms, has alarmed Poland and the Baltics.** “My idea is not in the least naive,” argues Mr Macron. He insists that any movement would be conditional on respect for the Minsk peace accords in Ukraine. He has not called for sanctions to be lifted. And he sees this as a long-term strategy, that “might take ten years”. Mr Macron’s belief is that, eventually, Europe will need to try to find common ground with its near neighbour. Not doing so would be “a huge mistake”.

History holds her breath

The rest of the world is still not quite sure what to make of the French president. There is a dizzying amount of diplomatic activity now coming out of Paris. This has already led to false hopes, such as the prospect of a Macron-brokered meeting between the Iranians and Americans. Promises of four-way talks between Russia, Ukraine, France and Germany this autumn have yet to materialise. **Not unlike Mr Macron’s global showmanship and his theatrical handshakes with other world leaders, his foreign policy is generating both interest and disquiet in almost equal measure.**

It may be that despite all this energetic effort, **Mr Macron’s ambitions for “European sovereignty” are frustrated from within by a combination of European divisions, Brexit, German inertia and lingering suspicions of the French.** Or that his imperious behaviour curtails his influence. “Macron has everything in place to build a French-focused Europe,” says Ulrich Speck, of the German Marshall

Fund. “Strategically he’s right about so much, but operationally he doesn’t work enough with other partners.” Nor is it even clear that Europe needs to fill its leadership gap.

Yet, as Mr Macron displayed in China this week, he will seize the mantle if he can. The French president may overpromise and underdeliver. But he is unfazed by those who accuse him of being pushy or difficult, judging this to be the inevitable result of trying to upend the rules. “I’m trying to understand the world as it is, I’m not lecturing anyone. I may be wrong,” he insists, in a tone that hints he does not believe it for a second. The leader who describes such a bleak outlook for Europe is going to try to do something about it, whether others like it or not. As one of his advisers puts it, Mr Macron “is a realist, and a pragmatist, and he exposes himself by taking risks. But that’s how he is. That’s how he became president.” ■

6. November 2019, 18:34 Uhr

30 Jahre Mauerfall:

Sitzen ein Ossi und ein Wessi in einem Boot



Witz über die Stasi

"Die drei Briefe eines DDR-Bürgers an seinen Freund in Holland": "Brief Nummer eins: 'Lieber Jan, bitte schicke mir die Bombe in Einzelteile zerlegt, damit die Stasi das nicht erfährt.' Dann kommt der zweite Brief: 'Lieber Jan, die Bombe in Einzelteilen ist gut angekommen. Ich habe sie an verschiedenen Stellen im Garten vergraben, damit die Stasi davon nichts erfährt.' Wieder eine Woche später schickt er den dritten Brief: 'Lieber Jan, so, jetzt kannst du die Tulpenzwiebeln schicken. Die Stasi hat den Garten umgraben.'"

Witz über Honecker

"Mielke und Honecker sind immer montags früh in der Funktionärsiedlung in Wandlitz - eine abgeschlossene Siedlung in einem Park, militärisch gesichert, wo kein Mensch reinkam - spazieren gegangen und haben die weltpolitische Lage erörtert. Es ist Winter, eine frische Schneedecke liegt im Park. Auf einmal steht vor ihnen mit Urin in den Schnee geschrieben: 'Honecker ist doof.' Honecker regt sich furchtbar auf. Da sagt Mielke: 'Du, Genosse Honecker, ich habe den besten Geheimdienst der Welt. Morgen früh ist der Mann hinter Schloss und Riegel.' Am nächsten Tag treffen sie sich wieder und Honecker sagt: 'So und wer ist dieses Schwein, wer hat das gemacht?' Sagt Mielke: 'Genosse Honecker, wir haben den Urin analysiert. Es fällt mir schwer dir das zu sagen, aber es ist der Urin von Egon Krenz.' 'Was?! Dieses Schwein! Das sollte mein Nachfolger werden! Mein Kronprinz! Ich kann es gar nicht fassen!' Mielke klopf ihm auf die Schulter: 'Genosse Honecker, es kommt noch schlimmer. Wir haben die Handschrift analysiert. Es ist die Handschrift von Margot.'"

Witz aus der Sammlung von Bodo Müller über den Sozialismus

"Der Lehrer fragt in der Schule nach einer literarischen Metapher von Sozialismus. Es meldet sich eine Schülerin und sagt: 'Der Sozialismus ist wie ein Fels in der Brandung, das Meer tobt, aber der Fels steht unverrückbar.' Sagt der Lehrer: 'Tolles Bild! Hat noch jemand eine Metapher?' Meldet sich der nächste und sagt: 'Der Sozialismus ist wie ein fester Eichenbaum, tief im Erdreich verwurzelt strebt er dem Licht entgegen.' Der Lehrer ist entzückt und sagt: 'Das ist ja so eine schöne Metapher!' Da schnippt Fritzchen und sagt: 'Der Sozialismus ist wie ein Schiff auf schwerer See. Der Ozean tobt und die Wellen klatschen gegen den Bug. Aber das Schiff fährt konsequent weiter seinen Kurs.' Sagt der Lehrer: 'Fritzchen, das ist ja ein tolles Bild! Hätte ich dir gar nicht zugetraut.' 'Ja, Herr Lehrer, ich bin noch nicht fertig: Aber die Passagiere, die stehen an der Reling und kotzen.'"

Macron sur le déficit public: la règle des 3% du PIB est «un débat d'un autre siècle»

Dans une interview à *The Economist*, le président de la République invite à « *repenser le schéma macroéconomique* ».

Par Le Figaro avec AFP Publié hier à 13:09, mis à jour hier à 16:24

Le président français Emmanuel Macron, qui plaide pour une politique d'investissement active en Europe, a estimé jeudi que la règle sur le maintien du déficit public des pays de la zone sous la barre des 3% du PIB relevait d'un «*débat d'un autre siècle*».

«*Nous avons besoin de plus d'expansionnisme, de plus d'investissement. L'Europe ne peut pas être la seule zone à ne pas le faire*», a-t-il déclaré dans une interview à l'hebdomadaire *The Economist* publiée jeudi. «*Je pense que c'est pour ça que le débat autour du 3% dans les budgets nationaux, et du 1% du budget européen, est un débat d'un autre siècle*», a-t-il souligné en référence également aux discussions sur le niveau de contributions des pays de l'UE au budget européen.

Le président français a insisté sur la nécessité d'une relance budgétaire pour alimenter la croissance européenne, [une demande à laquelle l'Allemagne fait la sourde oreille](#). Les Chinois «*investissent massivement*», a-t-il dit. «*Les États-Unis ont creusé le déficit pour investir sur des éléments stratégiques et relancer sur les classes moyennes*» a-t-il ajouté.

Les Allemands «*sont les grands gagnants de la zone euro, y compris avec ses dysfonctionnements*», a poursuivi Emmanuel Macron. «*Aujourd'hui simplement il faut que le système allemand intègre que cette situation n'est pas durable*», a-t-il lancé. «*A un moment donné ils vont devoir repivoter*» a assuré Emmanuel Macron en concédant que le «*stimulus budgétaire*» restait pour l'heure un «*tabou*».

Le chef du gouvernement italien Giuseppe Conte a aussi estimé en septembre qu'il fallait «*améliorer le pacte de stabilité*», qui impose aux pays membres de la zone euro que leur déficit public ne dépasse pas les 3% du PIB et leur dette les 60% du PIB, afin de soutenir les investissements.

Paris et Rome ont toutefois promis en octobre de poursuivre leurs efforts pour assainir leurs finances publiques, après une mise de la Commission européenne sur leur budget 2020.

[À lire aussi : Dette, déficits publics: l'idée d'assouplir les règles européennes gagne du terrain](#)

» [À voir aussi - Comment la France n'a cessé de s'endetter](#)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macron-kritisiert-nato-und-die-eu-zur-falschen-zeit-16475006.html>

KRITIK AN NATO UND EU:

Macrons Äußerungen kommen zur Unzeit

In seiner Wut über die Zögerlichkeit der Bundesregierung hat der französische Präsident das gesamteuropäische Interesse aus dem Blick verloren. Er steht damit in einer unrühmlichen Tradition. Ein Kommentar.

- VON MICHAELA WIEGEL, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. AKTUALISIERT AM 08.11.2019-10:29

Just zum 30. Jahrestag des Mauerfalls nimmt sich Emmanuel Macron heraus, an zwei wesentlichen Errungenschaften des wiedervereinigten Europas zu rütteln. Kurz vor seinem Treffen mit Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier am Sonntag in Berlin zweifelt er in seinem Interview im britischen Nachrichtenmagazin „The Economist“ an der Verlässlichkeit des kollektiven Sicherheitssystems und an den Regeln für die gemeinsame Währung. Dem transatlantischen Verteidigungsbündnis Nato, das sich nach 1989 neu erfunden hat, bescheinigt er den „Hirntod“. Den Streit um die Einhaltung der Drei-Prozent-Defizitregel in der Euro-Zone nennt er „eine Debatte des vergangenen Jahrhunderts“. Schonungslos greift der französische Präsident just jene Ideen an, mit denen Bundeskanzlerin Angela Merkel mehr als ein Jahrzehnt lang diskret, aber bestimmt deutsche Interessen in Europa verteidigt hat.

In seiner Wut über die zögerliche Antwort der Bundesregierung auf die Ideen der Sorbonne-Rede hat Macron das gesamteuropäische Interesse aus dem Blick verloren. Er zeigt sich blind für die Bedeutung der Nato-Sicherheitsgarantien für jene EU-Partner, die früher hinter dem Eisernen Vorhang lagen und die sich vom russischen Revisionismus von neuem bedroht fühlen. Seine berechtigte Forderung nach verstärkten europäischen Verteidigungsanstrengungen verliert auf diese Weise an Glaubwürdigkeit.

Vielmehr knüpft ausgerechnet Macron an die unrühmliche französische Tradition an, Osteuropas Interessen zu übersehen. Diese befremdliche Haltung war schon bei seiner Russland-Initiative im August zu beobachten. Ohne sich mit den EU-Partnern abzustimmen, forderte er eine Annäherung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass vom Kreml die lauteste Zustimmung für seine jüngsten Äußerungen kommt.

Die Debatte über die Zukunft der Nato muss geführt werden, aber warum soll sie in einem Moment erzwungen werden, zu dem sich Amerika seiner Rolle für Europa wieder bewusst wird? Warum ignoriert er, wie sehr gerade die Bundesregierung mit sich ringt, größere verteidigungspolitische Verantwortung zu tragen?

Auch Frankreich hat sich eingestehen müssen, dass es ohne Amerika in Syrien nicht handlungsfähig ist. Die Erfahrung, von einem amerikanischen Präsidenten in Syrien nach der „Rote-Linien-Mobilisierung“ bloßgestellt zu werden, hatte bereits Macrons Vorgänger Francois Hollande geprägt. Macron wäre gut beraten gewesen, diesen Erfahrungsschatz auszuwerten.

Zur Unzeit kommt auch die Absage an das Drei-Prozent-Ziel. In der Bundesregierung entwickelt sich gerade Bereitschaft, von der Schwarzen Null Abstand zu nehmen. Aber Macrons Drängen könnte sich als kontraproduktiv erweisen, denn es verstärkt das Misstrauen in die Ernsthaftigkeit seiner Haushaltspolitik. „Ein Präsident sollte so nicht reden“, lautete der Titel des Buches, mit dem Hollande sich für eine neue Präsidentschaftskandidatur disqualifizierte. Macron hört sich jetzt streckenweise wie der Erbe Hollandes an.

DER FALL DER MAUER:

Es musste so kommen

- VON REINHARD MÜLLER
- -AKTUALISIERT AM 09.11.2019-08:45



Der Fall der Mauer war letztlich keine Überraschung. Der Druck wurde immer größer, die Menschen kämpften auf der Straße für ihre Freiheit. Und nicht zu vergessen: Manche haben immer an die Einheit geglaubt.

Nein, ein Versprecher führte nicht zum Fall der Mauer. Zwar hat die berühmte Pressekonferenz Günter Schabowskis am 9. November 1989, auf der eine schon beschlossene Ausreiseregulung gleichsam für sofort vollziehbar erklärt wurde, ohne Zweifel den Sturm auf die Grenze ausgelöst und zur Öffnung der Schlagbäume geführt. Die Äußerung war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Aber das Fass war eben schon zum Rand gefüllt.

Und zwar nicht nur in der Rückschau. Gerade in jenem Jahr war der Druck immer größer geworden. Tausende DDR-Bürger waren schon über Nachbarländer geflohen. In der Prager Botschaft der Bundesrepublik hatten zahlreiche DDR-Bürger Zuflucht gefunden. Die Züge mit ihnen fuhren schließlich durch die DDR in die Bundesrepublik. Das sorgte für Aufruhr. Der Dresdner Hauptbahnhof wurde blockiert. Autos brannten.

Die Lage war angespannt. Der Staat reagierte nicht wie in China, aber durchaus mit Gewalt. Dabei waren die Revolutionäre friedlich. Und die Revolution ging nicht von Berlin, sondern von Leipzig aus. Mancher erzählte, Autos aus nördlichen DDR-Bezirken seien im Süden nicht betankt worden, weil der Norden in der Wendezeit gleichsam ausgefallen sei. Entscheidend auch für die Grenzöffnung im November waren die Montagsdemonstrationen im Oktober in Leipzig. Was in der Kirche begann, wurde zur politischen Kundgebung auf der Straße.

Aufforderung richtet sich auch an staatliche Organe

Zwar war die Staatssicherheit überall. Doch irgendwann war das (West-)Fernsehen auch da. Und Millionen konnten sehen, wie kräftige Herren jungen Frauen Transparente aus den Händen rissen und sie verhafteten. Die Menschen forderten Freiheit. Und auch wenn stets das Damoklesschwert polizeilicher oder gar militärischer Gewalt über allem schwebte: Die Bürger waren auf der Straße – und blieben dort. Sie nahmen ihr Recht auf Selbstbestimmung wahr, das übrigens auch die DDR der Form nach anerkannt hatte.

Musste es so kommen? Wenn heute betont wird, die Wiedervereinigung habe niemand vorausgesehen und niemand voraussehen können, so wird vergessen: Die Vollendung der deutschen Einheit war Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Als Provisorium gegründet, lautete die alte Präambel des Grundgesetzes: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen

beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk. . ., um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Diese Aufforderung richtete sich auch an die staatlichen Organe. Die Präambel lässt natürlich offen, auf welchem Weg die Wiedervereinigung zu erreichen sei. Und es war mehr als verständlich, dass das Ziel der Einheit, die nach dem Krieg als selbstverständlich galt, in der Hoch-Zeit des Kalten Krieges in den Hintergrund rückte. Schließlich war nicht nur Deutschland geteilt – die innerdeutsche Grenze trennte zwei atomwaffenstarrende Blöcke.

Ohne Zweifel war die DDR ein Staat

Und doch gab es zu allen Zeiten Frauen und Männer, die den Glauben an die Einheit nicht verloren hatten und den Verfassungsauftrag ernst nahmen. Sogar nach dem Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR aus dem Jahr 1972. In ihm ist gleich zu Anfang davon die Rede, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik „normale gutnachbarliche Beziehungen“ zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung „entwickeln“.

Beide Staaten bekunden, sich von den Zielen und Prinzipien leiten zu lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung. Das konnte als Anerkennung der DDR als Staat durch die Bundesrepublik gewertet werden. Und zweifellos war die DDR ein Staat – sie verfügte über ein Staatsvolk, ein Staatsgebiet und eine Staatsgewalt, und sie wurde auch international mehr oder weniger anerkannt. Bald wurden beide deutsche Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen.

Dass daraus gleichwohl nicht das Ende aller Wiedervereinigungsträume wurde, lag nicht zuletzt an der bayerischen Staatsregierung und am Bundesverfassungsgericht. Der Zweite Senat sprach 1973 Leitsätze, die wie gemeißelt waren: „Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

Wiedervereinigungsgebot von Karlsruhe rückt in Fokus

Zudem hoben die Verfassungsrichter hervor, das Grundgesetz verbiete, dass die Bundesrepublik auf einen Rechtstitel verzichte, „mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann. . .“. Das Bundesverfassungsgericht nahm auch zum alten Artikel 23 des Grundgesetzes Stellung, der später verfassungsrechtlich eine reibungslose Wiedervereinigung ermöglichte. Er lautete: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Die Karlsruher Richter urteilten dazu 1973, diese Vorschrift verbiete, dass sich die Bundesregierung vertraglich in eine Abhängigkeit begeben, nach der sie rechtlich nicht mehr allein, sondern nur noch im Einverständnis mit dem Vertragspartner die Aufnahme anderer Teile Deutschlands verwirklichen könne. Und Karlsruhe stellte klar: Deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Grundgesetzes ist nicht nur der Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Jeder Deutsche habe, wann immer er in den Schutzbereich der

staatlichen Ordnung der Bundesrepublik gelangt, einen Anspruch auf den vollen Schutz der Gerichte der Bundesrepublik und alle Garantien des Grundgesetzes.

Und noch 1987, zwei Jahre vor dem Fall der Mauer, wurde das Wiedervereinigungsgebot von Karlsruhe hochgehalten: Das Gebot der Wahrung der Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit sei eine Konkretisierung des im Grundgesetz enthaltenen Wiedervereinigungsgebots. Und: Erst wenn eine Trennung der Deutschen Demokratischen Republik von Deutschland „durch eine freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts besiegelt wäre“, ließe sich die in der DDR ausgeübte Hoheitsgewalt aus der Sicht des Grundgesetzes „als eine von Deutschland abgelöste fremdstaatliche Gewalt qualifizieren.“ Das war – auch wenn viele es nicht glauben wollten – geltendes Verfassungsrecht.

Warum nur so wenige?

Und manche Politiker, aber auch Künstler haben immer an der Einheit festgehalten, auch als das längst nicht mehr en vogue war und sie für diese Haltung belächelt wurden. So hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann schon 1986 gefordert, die Wiedervereinigung in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen. Bundeskanzler [Helmut Kohl](#) sprach damals noch nicht von „blühenden Landschaften“, sondern von „blühendem Unsinn“. Friedmann hatte den Harmel-Bericht von 1967 in Erinnerung gerufen, der eine Entspannung in Europa an die Überwindung der Teilung Deutschlands geknüpft hatte.

Und im Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. März 1989 kritisierte Johann Georg Reißmüller einen Satz von Helmut Kohl, wonach die deutsche Einheit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte stehe: „Könnte man nicht vielleicht wie auf jede Tagesordnung, so auch auf die Weltgeschichte etwas schreiben?“ Und am Ende: Man solle niemandem einreden wollen, es sei schon ein gefährlicher deutscher Sonderweg, dass die Deutschen „in ihrer Mehrheit die widernatürliche Besonderheit loswerden wollen, die einzige mittendurch gespaltene Nation in Europa zu sein.“

Warum nur so wenige? Wer je die DDR bereist hat, empfand nicht nur das Grau-in-grau und den Wohlstands-Abstand zur Bundesrepublik als surreal. Es drängte sich schon der Eindruck auf, so etwas Unnatürliches, auch Gewalttätiges kann nicht ewig Bestand haben. Jedenfalls mit der Politik Gorbatschows wurde eine Entspannung und Bewegung auch für die deutsche Frage deutlich, die spüren konnte, wer es nur wollte.

Hätte eine echte Wiedervereinigung nicht mehr Zuhören erfordert?

Jede Fahrt in die DDR war zum einen wie eine Zeitreise – Jahrzehnte zurück, was etwa den technischen Standard anging. Aber auch eine Reise in eine Welt der Unterdrückung und der Vorsicht. Auch jeder, der nur am Bahnhof Friedrichstraße, dem „Tränenpalast“, seine Papiere vorlegte, bekam einen Eindruck von der Diktatur. Noch im Oktober 1989 machten Reserveoffiziersanwärter der Bundeswehr von der Offiziersschule des Heeres in Hannover (heute: Dresden) aus einen Ausflug an die innerdeutsche Grenze. In Zivil, das war Usus, offenbar um das nicht wie eine Provokation erscheinen zu lassen. Noch vor der befestigten Grenze trafen sie auf zwei Aufklärer der DDR-Grenztruppen. Man stand sich mit einem paar Metern Abstand gegenüber. Deutsche Soldaten, die rauchten und einander beobachteten. Es entwickelte sich zwar kein Gespräch; aber auch hier war die Lage so surreal, dass klar war: Das kann nicht lange halten.

Denn man kann kein Volk auf Dauer einsperren. Nordkorea ist eine Ausnahme, die bisher die Regel bestätigt. Aber auch dieses Regime wird nicht ewig währen. Durs Grünbein sagt mit Recht: „Die DDR war ein in Moskau erdachtes abstraktes Gebilde, eine Abstraktion von Stalinisten. In gewissem Sinn waren die Ostler dadurch von Beginn an kolonisiert.“

Das sagt aber noch nichts über Leben und Würde der Menschen, die in der DDR leben mussten. Und nichts darüber, ob der Prozess der Wiedervereinigung in allen Punkten glücklich verlaufen ist. Nicht in dem Sinne, dass der Beitritt der neu entstandenen Länder zum Grundgesetz nicht der richtige Weg gewesen wäre – das war der Wunsch der meisten, und es musste schnell gehen. Gleichwohl kann man

die Frage stellen, ob eine echte Wiedervereinigung nicht ein mehr echtes Zuhören und Aufeinanderzugehen erfordert hätte. Und hier gibt es bis heute Defizite.

Nicht ohne Grund wollen Politiker aus den neuen Bundesländern heute den Geist von 1989 wiederbeleben. Wenn etwa eine Aufarbeitung der Nachwendezeit auf Augenhöhe gefordert wird, so wird klar, dass es diese Augenhöhe aus der Sicht vieler nicht gegeben hat. Damit kann freilich keine Wiederbelebung einer DDR-Identität gemeint sein. Denn die DDR wollten ihre eigenen Bürger ja gerade hinter sich lassen.

Und wer ehrlich ist, muss zugeben, dass trotz mancher Mängel die Wiedervereinigung insgesamt eine Erfolgsgeschichte ist. Nicht mit Blick auf jede individuelle Laufbahn, auf den konkreten Arbeitsplatz, aber mit Blick auf Freiheit und Wohlstand geht es jedem besser. Aber objektiv kann das naturgemäß kaum jemand sehen. Man vergleicht sich mit dem Westen und verklärt die DDR, obwohl sie sich eigentlich kaum jemand zurückwünscht. So groß die Freude über die wiedergewonnene Einheit war, so tief war der Riss, der das Land teilte. Er ist noch nach 30 Jahren spürbar. Aber auch er wird vergehen.

Quelle: F.A.Z.

WIE ERKLÄRE ICH'S MEINEM KIND?

Warum immer noch so viel über die DDR geredet wird

- VON MADELEINE BRÜHL
- -AKTUALISIERT AM 08.11.2019-12:30



Vor dreißig Jahren demonstrierten immer mehr DDR-Bürger, bis die Regierung endlich die Grenzen öffnet. Aber warum war das so besonders? Und warum wollen manche Erwachsene heute in die DDR zurück?

Reisen zu können, wohin man möchte; sagen zu dürfen, wenn einem etwas nicht gefällt – für uns ist das heute selbstverständlich. Doch die Eltern des einen oder der anderen erinnern sich noch gut an eine Zeit, in der das anders war.

Die Deutsche Demokratische Republik – die DDR – wurde 1949 gegründet und bis zum Mauerfall 1989 von einer einzigen Partei regiert, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, kurz SED. Vierzig Jahre mit nur einer Partei klingt nicht demokratisch? War es auch nicht. Die Demokratie gab es nur auf dem Papier. In der Realität war es eine Diktatur der SED, die alle Entscheidungen allein traf, sie aber als Entscheidungen des Volkes darstellte. Wer damit nicht einverstanden war, wurde bestraft. Die DDR sollte ein „Arbeiter- und Bauernstaat“ mit einer sozialistischen Gesellschaft sein. Sozialismus bedeutet, dass Gleichheit, Zusammenhalt und Gerechtigkeit wichtiger sind als die Interessen jedes Einzelnen. Zur gleichen Zeit wurde in der Bundesrepublik Deutschland, der BRD, eine soziale Marktwirtschaft aufgebaut. Dort konnte jeder Unternehmer selbst entscheiden, was er produzieren möchte und was seine Waren kosten sollen.

In der DDR war das ein bisschen anders: Alle Gebäude, Maschinen, Werkzeuge und Materialien, die für die Produktion gebraucht wurden, gehörten nicht dem Besitzer des Unternehmens, sondern dem Staat. Die obersten Entscheider, die im sogenannten Zentralkomitee saßen, legten außerdem fest, was und wie viel produziert werden sollte. Die SED-Politiker erstellten genaue Pläne, welche Dinge in den nächsten Jahren hergestellt werden sollten und welche nicht. Diese Form der Wirtschaft heißt Planwirtschaft. Um alle Menschen möglichst gleich zu stellen, wurden auch die Löhne und Preise vom Zentralkomitee festgelegt: Alle verdienten ungefähr gleich viel, egal ob sie ein Studium oder eine Ausbildung hatten. Die Preise für lebensnotwendige Dinge wie Essen oder Wohnen wurden „staatlich gestützt“. Das bedeutet, dass die Regierung einen großen Teil der Herstellungskosten bezahlte und Alltagsdinge nur sehr wenig kosteten. So hatte jeder genug zu essen, und niemand musste auf der Straße leben.

Das führte jedoch dazu, dass die Bauern ihre Schweine mit Brötchen fütterten, weil ein Brötchen weniger kostete als das Getreide, aus dem es gebacken wurde. Alles, was nach Meinung der SED nicht lebensnotwendig war, galt als „Luxus“ und war entweder sehr teuer oder man musste sehr lange darauf

warten, manchmal auch beides. Auf ein Auto musste man in der DDR über zehn Jahre warten. Wenn man es dann bekam, musste man dafür fast so viel bezahlen, wie man in einem ganzen Jahr verdient hatte. Wohnungen waren zwar günstig, aber auch darauf konnte man schon mal zehn Jahre warten. Paare mit Kindern wurden bevorzugt und bekamen sofort eine Wohnung. Wo man dann wohnen durfte, konnte man sich aber nicht aussuchen. Das legte das Amt für Wohnungswesen fest.

Keine Sorgen um den Arbeitsplatz

Viele Dinge, die es in Westdeutschland gab, bekam man in der DDR überhaupt nicht und wenn, dann nur gegen D-Mark oder wenn die Verwandtschaft aus der Bundesrepublik etwas mit der Post schickte. Besonders begehrt waren Strumpfhosen, Musikgeräte und Zeitschriften. Andere Dinge gab es nur selten. Dann war es hilfreich, wenn man eine Verkäuferin kannte, die sich dann für einen nach Bananen oder Kaffee unter die Theke bückte. Deswegen hießen solche Sachen bei den Leuten in der DDR „Bückware“. Viele Menschen fanden sich mit der Zeit damit ab, dass es manche Sachen einfach nicht zu kaufen gab und sie politisch kein Mitspracherecht hatten. Also versuchte man, das Beste aus der Situation zu machen, und half sich gegenseitig. Zum Beispiel waren Schrebergärten sehr beliebt, um sich selbst mit Obst und Gemüse zu versorgen. Denn das Gemüse im Geschäft sah häufig schon recht traurig aus. Also bauten die Leute an. Und wer zu viel hatte, tauschte mit dem Nachbarn – oder mit jemandem, der begehrte Dinge wie Dosenananas oder Baumaterial hatte.

Weil alle Unternehmen vom Staat geführt wurden, musste sich auch niemand Sorgen um seinen Arbeitsplatz machen. Dafür gab es aber auch nicht viel, was man sich von seinem Geld kaufen konnte.

Im Visier der Stasi

Insgesamt war das Leben übersichtlicher, aber auch deutlich eingeschränkter. Wer in den Urlaub fahren wollte, durfte nur in sozialistische Länder reisen. Zum Beispiel nach Polen, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn. In der DDR hatten die Betriebe eigene Ferienheime. Die konnte man sich aber nicht aussuchen, stattdessen entschied die Ferienkommission der Betriebe, wer einen Urlaubsplatz bekam. Für alle, die leer ausgingen, blieb nur Camping oder Urlaub bei Verwandten.

Ob ein DDR-Bürger in den Urlaub fahren oder studieren konnte, war keine Frage des Geldes, sondern hing allein vom Willen des Zentralkomitees ab. Bevorzugt wurden Parteimitglieder und Menschen, die sich systemkonform verhielten. Das bedeutete zum Beispiel, sich aktiv in der Partei zu engagieren oder die Ansichten des Sozialismus zu verbreiten. Ob Mama oder Papa mit der Familie in ein Ferienheim fahren durften, hing also davon ab, wie sie über die DDR dachten und ob sie sich für den Staat engagierten. Sprach jemand kritisch über die DDR, konnte die SED ihn durch das Ministerium für Staatssicherheit überwachen lassen. Die Stasi, wie sie im Volksmund hieß, hörte Telefone ab und spionierte Menschen nach, die mit der DDR-Politik nicht einverstanden waren oder nach Westdeutschland flüchten wollten. Dafür konnte die Stasi auch schon mal Eltern ins Gefängnis und ihre Kinder ins Heim stecken.

Aber man konnte auch durch viel banalere Dinge ins Visier der Stasi rücken. Zum Beispiel durch das Anschauen von Fernsehsendungen aus Westdeutschland oder weil man Mitglied in der Kirche war. Auch hier versuchte die Stasi, die Mitglieder auszuspionieren, hatte dabei jedoch nur wenig Erfolg. Dem Zentralkomitee waren die Kirchen immer ein Dorn im Auge, weil sie den Menschen einen Freiraum boten, um diskutieren zu können oder Künstler zu sehen und zu hören, die sonst nicht auftreten durften.

Ein Raum, in dem sie reden konnten

In den achtziger Jahren bekam die DDR aber immer mehr Probleme. Viele Betriebe waren heruntergewirtschaftet und brauchten dringend neue Maschinen. Auch wenn die SED die Bundesrepublik als „Klassenfeind“ sah, ließ sie sich über die Jahre immer mehr Geld, damit weiter produziert werden konnte und die Versorgung nicht zusammenbrach. Viele DDR-Bürger flüchteten in dieser Zeit über Ungarn und Österreich oder auch über die innerdeutsche Grenze. Gleichzeitig

sprachen immer mehr Menschen über ihre Unzufriedenheit und überlegten, wie sie die Situation verändern könnten. Auch in Polen und im heutigen Tschechien forderten die Menschen zunehmend Reformen, also echte Veränderungen.

Am Anfang der Proteste versammelten sich DDR-Bürger zum Friedensgebet und für Gespräche in Kirchen. Dort trafen sie auf Menschen, die genauso dachten wie sie, und gründeten Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen wie „Demokratischer Aufbruch“ oder „Neues Forum“. Die Menschen waren verärgert, weil sie vom Staat unterdrückt wurden. Außerdem waren sie wütend darüber, dass die SED-Führung die Wahlergebnisse fälschte. Die Kirchen boten den Menschen besonders in dieser Zeit einen geschützten Raum, in dem sie sich treffen und reden konnten – auch wenn oft die Stasi unerkannt mit dabei war.

Endlich ohne Angst und in Freiheit leben

Die Menschen in Leipzig waren die Ersten, die nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche auf die Straße gingen, um friedlich zu protestieren. Zu diesen wöchentlichen Montagsdemonstrationen gingen bis zum 4. November 1989 Hunderttausende Menschen in der ganzen DDR auf die Straße – bis das Zentralkomitee dem Druck nicht mehr standhielt und am 9. November 1989 die Grenzen öffnete und ihre Bürger ausreisen ließ.

Nach dem Mauerfall hatten viele Menschen die Hoffnung, dass das Leben jetzt besser werden würde und sie ohne Angst und in Freiheit leben könnten. Man erhoffte sich mehr Rechte, aber auch endlich die Möglichkeit, alles kaufen zu können, was es in der DDR nicht gab, angefangen bei leckeren Orangen und Schokolade über schicke Klamotten bis hin zu Kassettenrecordern und modernen Autos. Für manche der früheren DDR-Bürger folgte jedoch bald die Ernüchterung.

Ein paar Jahre später kaum wiederzuerkennen

Einige Menschen sagen heute, es sei ja gar nicht alles schlecht gewesen in der DDR. Es gab mehr Gemeinschaft, Sicherheit, Übersichtlichkeit. Andere sind froh, weil sie sich an die Unterdrückung durch den Staat erinnern oder die Stasi ihnen die Kinder weggenommen hatte. Für wieder andere ist der Mauerfall mit gemischten Gefühlen verbunden. Nach der anfänglichen Begeisterung über die neu gewonnene Freiheit mussten manche dabei zusehen, wie auch ihre Welt zerfiel: Sie verloren ihren Arbeitsplatz, weil die Unternehmen heruntergewirtschaftet und ihre Produkte zu teuer waren. Um die staatlichen Betriebe in private Betriebe umzuwandeln, wurde in der Wendezeit die Treuhandanstalt gegründet. Ihre Aufgabe war es, dafür zu sorgen, dass die Betriebe wieder effizient arbeiten, also ihre Ziele erreichen, und wettbewerbsfähig im Vergleich zu den westdeutschen Betrieben sind, also ihre Produkte nicht teurer oder schlechter sind. Wenn das nicht möglich war, sollte das Unternehmen geschlossen werden. Um das zu erreichen, mussten, auch wenn das Unternehmen nicht geschlossen wurde, viele Mitarbeiter entlassen werden.

Manche Menschen fanden in ihren Berufen danach nie wieder Arbeit. Das macht wütend und traurig. Einige glauben, die Treuhand hätte alles kaputt gemacht. Sie können nicht verstehen, dass viele Gebäude marode waren und die Maschinen teilweise so heruntergewirtschaftet, dass die Arbeit dort gefährlich war. Auch die Gemeinschaft, die die Menschen so schätzten, löste sich teilweise auf. Viele Kinder mussten sich von ihren Freunden verabschieden, weil deren Eltern in Westdeutschland Arbeit gefunden hatten. Ein paar Jahre später waren manche Städte kaum wiederzuerkennen.

Ganz schön überkreuz

Bis heute sind sich die Erwachsenen nicht ganz einig, ob es die Wende gab, weil die Menschen nicht die Freiheit hatten zu reisen, oder weil ihnen Bürgerrechte wie freie Meinungsäußerung oder Mitspracherecht fehlten. Die Wahrheit liegt sicher irgendwo in der Mitte. Fest steht, dass die DDR 1989 kein Geld mehr hatte, um weiter Löhne, Renten, Schulen und andere Dinge zu bezahlen. Und da die Regierung sich weigerte, die von den Menschen geforderten Veränderungen durchzuführen, ist es

nicht überraschend, dass die Menschen das System ablehnten und nicht mehr in der DDR leben wollten.

Was vor dreißig Jahren passiert ist, hat das Leben von Millionen Menschen für immer verändert – und jedes einzelne dieser Leben auf eine eigene Weise. Manche haben trotz der Situation in der DDR vor dem Mauerfall ein glückliches Leben geführt, einige sogar genau deswegen. Viele haben erst danach ihr Glück gefunden, weil sie erst durch die friedliche Revolution in Freiheit und ohne Angst selbstbestimmt leben konnten. Da liegen Glück und Unglück, Hoffnungen und unerfüllte Erwartungen, aber auch Fragen von Schuld oder Dankbarkeit, ganz schön überkreuz. Wenn wir heute aus einem Abstand von dreißig Jahren darauf zurückschauen, mischen sich oft die geschichtlichen Ereignisse und deren Einordnung mit dem persönlichen Erleben. Und wenn es schon bei beidem für sich viele Unterschiede und Uneinigkeit gibt, ist klar, dass man bei der Mischung von alledem erst recht immer wieder feststellt, dass diese Münze mehr als zwei Seiten hat.

Quelle: FAZ.NET

160,41

https://www.lemonde.fr/economie/article/2019/11/09/nucleaire-le-programme-de-futurs-epr-pourrait-couter-au-moins-46-milliards-d-euros_6018571_3234.html

Nucléaire : le programme de futurs EPR pourrait coûter au moins 46 milliards d'euros

Dans un document présenté cet été au conseil d'administration, EDF détaille son projet de bâtir six nouveaux réacteurs dans les quinze prochaines années.

Par [Nabil Wakim](#) Publié aujourd'hui à 06h10, mis à jour à 09h36

La France n'a pas encore tranché si elle allait ou non construire de nouveaux réacteurs EPR, mais EDF se prépare à ce que le gouvernement prenne une décision en ce sens. Dans un document confidentiel présenté au conseil d'administration le 25 juillet, que *Le Monde* a pu consulter, le groupe détaille une première version de son projet « Nouveau nucléaire de France ».

Dans cette présentation, EDF calcule que six réacteurs EPR construits par paires, financés sur une durée d'environ vingt ans, coûteraient au moins 46 milliards d'euros. Soit entre 7,5 et 7,8 milliards d'euros par réacteur, selon ses estimations. Un montant nettement moins élevé que l'EPR de Flamanville (Manche), [chiffré aujourd'hui à 12,4 milliards d'euros](#), mais beaucoup plus important que le coût d'origine de l'EPR (3,3 milliards d'euros).

Pour chacun des réacteurs, des provisions pour démantèlement de 400 millions d'euros seraient incluses dans cette équation, et de 500 millions d'euros pour « *incertitudes* ».

Dérives

Officiellement, le gouvernement en est encore au stade de la réflexion sur l'éventualité d'un tel programme. La loi énergie climat, [votée en septembre par le Parlement](#), dessine une trajectoire dans laquelle la France diminue la part du nucléaire dans la production d'électricité à l'horizon 2035 (elle est actuellement de 75 %). Objectif : parvenir à un équilibre de 50 % d'atome et 50 % d'énergies renouvelables. A cette fin, la feuille de route énergétique du pays pour la décennie à venir – la programmation pluriannuelle de l'énergie (PPE) – prévoit de fermer quatorze réacteurs nucléaires d'ici à 2035 et de développer sensiblement le solaire et l'éolien.

La loi énergie climat n'évoque pas clairement la construction d'un nouveau parc de réacteurs. Emmanuel Macron a appelé la filière nucléaire à présenter, à la mi-2021, un plan permettant à l'exécutif de décider si oui ou non il était nécessaire d'en bâtir de nouveaux. Toutefois, dans une lettre envoyée début septembre au PDG d'EDF, Jean-Bernard Lévy, le gouvernement lui demande d'étudier de manière précise l'aménagement d'un parc de six réacteurs de type EPR en une quinzaine d'années.

Comment expliquer que, cette fois, coûts et délais seront respectés, quand l'EPR normand accuse déjà dix ans de retard, et que sa facture a été quadruplée ?

De fait, le groupe travaille depuis plusieurs mois à présenter au gouvernement un plan le plus complet possible. La tâche est ardue, tant les déboires s'accumulent sur le seul chantier du réacteur de troisième génération de l'Hexagone. Comment convaincre qu'il faut, dès 2021, lancer de nouveaux EPR, alors que celui de Flamanville ne devrait pas démarrer avant – au mieux – 2023 ? Comment expliquer que, cette fois, coûts et délais seront respectés, quand l'EPR normand accuse déjà dix ans de retard, et que sa facture a été quadruplée ?

Pour répondre à ces interrogations, la présentation de la direction d'EDF mentionne un certain nombre de critères nécessaires afin de pouvoir assurer le financement. A commencer par « *l'impact sur la*

maîtrise industrielle du programme », compte tenu des dérives survenues à Flamanville. Mais surtout la « *compatibilité avec la trajectoire financière d'EDF* ».

L'entreprise se trouve dans une situation difficile, avec plus de 33 milliards d'euros de dette, alors qu'elle doit investir plus de 50 milliards d'euros pour prolonger la durée de vie des réacteurs actuels. Dans le même temps, en raison de l'ouverture à la concurrence, elle perd 100 000 clients particuliers chaque mois depuis plus de deux ans.

Besoin d'une implication de l'Etat

Le document note ainsi « *le besoin partagé d'une implication de l'Etat* », en soulignant trois points fondamentaux : d'abord, une « *régulation tarifaire* », autrement dit un mécanisme qui permette à EDF de revendre son électricité à un prix que le groupe juge intéressant. Ensuite, « *un préfinancement en phase de construction* », formule qui ouvre la possibilité que l'Etat participe, directement ou indirectement, au financement d'un tel programme avant même son démarrage. Enfin, la nécessité d'« *une protection des investisseurs publics ou privés vis-à-vis des risques pour lesquels il n'existe pas d'appétence du marché* ». Cela pourrait signifier que l'Etat se porterait directement garant des investissements. D'après la présentation au conseil d'administration, l'analyse de ces « *scénarios de financement* » doit être terminée pour la fin de 2019.

En toile de fond, le document ne fait qu'évoquer le projet Hercule, défendu par la direction d'EDF à la demande du chef de l'Etat, qui consiste à séparer les activités nucléaires et les placer dans une structure 100 % publique. Une telle scission, si elle avait lieu, permettrait, à en croire ses promoteurs, d'assurer un meilleur financement du futur programme nucléaire. Mais quelles que soient les modalités choisies, pour permettre à EDF d'assurer cette charge financière, le coût devra d'une manière ou d'une autre être répercuté sur les factures d'électricité des Français, par une hausse des tarifs ou de la fiscalité.

Chez EDF, on relativise la portée de ce document, en assurant qu'il ne s'agit que d'un avant-projet, et que la décision appartiendra en définitive au président de la République et au gouvernement. Un projet plus précis devrait être soumis au premier semestre 2020 en conseil d'administration et pourrait donner lieu à un vote.

« *De notre côté, on souhaite une décision la plus rapide possible. Maintenant, c'est au gouvernement de trancher* », explique un haut dirigeant d'EDF, tout en rappelant que l'Etat est actionnaire du groupe à 83,7 % et qu'il jouit donc d'une place prépondérante au conseil d'administration. « *L'idée qu'EDF ferait des choses dans son coin est farfelue. L'Etat détient EDF et sait parfaitement ce qui se passe au conseil* », note de son côté une source syndicale.

Trente ans après la chute du mur de Berlin, l'héritage de la réunification continue de fragmenter l'identité allemande

La revendication d'une identité distincte de celle de l'Ouest est de plus en plus présente à l'Est où une majorité d'Allemands se considèrent comme des citoyens de seconde zone.

Par [Thomas Wieder](#) Publié hier à 15h41, mis à jour à 06h14

C'est [un mur de 3 mètres de haut et 100 mètres de long](#), bordé d'un côté par un ruisseau et de l'autre par une petite route de campagne. A l'endroit du cours d'eau, un écriteau indique que celui-ci servait jadis de tracé à la frontière séparant la République fédérale d'Allemagne (RFA) et la République démocratique allemande (RDA). Sur la route, on pouvait encore voir, il y a quelques jours, une série d'affiches électorales accrochées aux lampadaires ou posées à même le sol. Toutes étaient à l'effigie du parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD), en campagne pour les élections régionales du 27 octobre en Thuringe.

Toutes évoquaient la « révolution pacifique » de 1989, dont l'Allemagne, cet automne, célèbre le trentième anniversaire. L'occasion pour l'AfD de se présenter comme le porte-parole des Allemands de l'Est en colère, de dénoncer les engagements non tenus de la réunification et de promettre d'« *achever le tournant* » amorcé en 1989. L'un des slogans du parti d'extrême droite : « *Aujourd'hui comme hier : la liberté plutôt que le socialisme* ».

Klaus Grünzner et Marcel Zapf ne s'en cachent pas : ils sont atterrés par la façon dont le parti d'extrême droite instrumentalise l'histoire de l'Allemagne à des fins électoralistes. Les deux hommes ont grandi de part et d'autre de ce mur de béton qui, de 1966 à 1989, coupait en deux Mödlareuth, village de 40 habitants surnommé le « petit Berlin » au temps de la guerre froide et où s'est rendu le secrétaire d'Etat américain Mike Pompeo jeudi 7 novembre, deux jours avant de participer aux cérémonies du 30^e anniversaire de la chute du Mur dans la capitale allemande.

Les deux Allemagnes ont parfois tant de mal à se comprendre

Aujourd'hui, Klaus Grünzner est le maire de Töpen, la partie bavaroise de Mödlareuth jadis en Allemagne de l'Ouest ; Marcel Zapf, lui, est le maire de Gefell, la moitié du village autrefois en RDA et désormais dans le Land de Thuringe. De sensibilité conservatrice, les deux hommes reconnaissent volontiers que des erreurs ont pu être commises lors de la réunification. Mais ils ne comprennent pas qu'un parti comme l'AfD puisse en faire son fonds de commerce électoral, ni que, dans l'espace public, les discours négatifs l'emportent parfois sur les jugements positifs. Surtout, ils s'inquiètent de constater que, trente ans après, les deux Allemagnes ont parfois tant de mal à se comprendre.

Pour les deux maires, en effet, l'histoire a définitivement tranché : « *Il faut se souvenir de ce qu'était notre vie à l'époque. Ici, nous avons été élevés avec l'idée que nos voisins de l'Ouest, de l'autre côté du Mur, étaient les méchants. Bien sûr, la réunification a pu déstabiliser. Mais à trop parler des ratés, certains oublient l'essentiel, à savoir cette liberté que nous avons gagnée, nous, les gens de l'Est* », explique Marcel Zapf. Klaus Grünzner, lui, se souvient de « *la joie incroyable* » qui a explosé le 9 décembre 1989 quand, un mois après celui de Berlin, le mur de Mödlareuth s'est ouvert à son tour.

Un mur dont 100 mètres (sur 700) ont été conservés en guise de mémorial. Un mur dont le vestige, selon les deux maires, devrait inciter les quelque 80 000 visiteurs de passage chaque année à Mödlareuth à se féliciter du chemin parcouru plutôt qu'à ruminer les frustrations nées de la réunification.



Des écoliers visitent en avril un segment préservé du mur qui coupa en deux Mödlareuth, de 1966 à 1989, entre la Thuringe et la Bavière. JOHN MACDOUGALL / AFP

Comme tous les ans à l'approche du Jour de l'unité allemande, célébré le 3 octobre depuis 1990, la plupart des médias ont épluché les statistiques afin de brosser un comparatif entre les « deux » Allemagnes. Comme d'habitude, les mêmes chiffres ont donné lieu à des interprétations contrastées. A l'instar du taux de chômage, certains journaux se contentant d'observer que celui-ci reste aujourd'hui plus élevé à l'Est (6,6 %) qu'à l'Ouest (4,7 %), l'ex- RDA ayant perdu une bonne partie de ses forces vives. D'autres ont opté pour une lecture plus positive, soulignant que l'écart entre les deux parties de l'Allemagne s'est considérablement réduit en quinze ans. En 2005, le taux de chômage était ainsi de 18,7 % à l'Est et de 9,9 % à l'Ouest.

Moins de 40 % des Allemands de l'Est considèrent aujourd'hui la réunification comme un succès, un taux qui n'atteint pas 20 % chez les moins de 40 ans ; et moins de la moitié des habitants des nouveaux Länder se disent satisfaits du fonctionnement de la démocratie

Sans surprise, ce sont les dynamiques positives, plutôt que les disparités persistantes, que le délégué du gouvernement fédéral chargé des nouveaux Länder a choisi de mettre en lumière, le 25 septembre, lors de la présentation de son « Rapport annuel sur l'état de l'unité allemande ». Lors de sa traditionnelle conférence accompagnant la parution de ce document d'une grosse centaine de pages, le titulaire du poste, Christian Hirte, membre de l'Union chrétienne-démocrate (CDU), a dressé le même constat que les fois précédentes : « *La situation de l'Est est bien plus positive que ne l'est sa réputation (...). L'économie et la société [y] sont dans un bien meilleur état que ce qu'on pouvait attendre et imaginer il y a trente ans.* »

Huit jours plus tard, c'est pourtant un discours à la tonalité légèrement différente qu'a prononcé Angela Merkel à l'occasion des cérémonies officielles du Jour de l'unité allemande, qui avaient lieu, cette année, à Kiel (Schleswig-Holstein), au bord de la Baltique. « *En vingt-neuf ans, les succès enregistrés sont extraordinaires (...). Mais nous savons que ce n'est là qu'une partie de la vérité. Car le bilan des vingt-neuf années de réunification, c'est aussi le fait qu'une majorité d'Allemands de l'Est ont le sentiment d'être des citoyens de seconde classe au sein de la République fédérale, comme le montrent les sondages* », a rappelé la chancelière, avant de citer les chiffres suivants : [moins de 40 % des Allemands de l'Est considèrent aujourd'hui la réunification comme un succès](#), un taux qui n'atteint pas 20 % chez les moins de 40 ans ; et moins de la moitié des habitants des nouveaux Länder se disent satisfaits du fonctionnement de la démocratie.

Persistance de certains écarts

Comment expliquer un tel sentiment ? Il y a d'abord la persistance de certains écarts, que le temps n'a pas comblés et qui nourrissent les inquiétudes et les impatiences des Allemands de l'Est : les

déséquilibres entre les salaires, inférieurs en moyenne de 15 % à l'Est, ou encore le fait que, vingt-neuf ans après la réunification, seules 37 des 500 plus grandes entreprises du pays ont leur siège à l'Est.

Ces disparités, et la façon dont elles sont vécues, sont au cœur des travaux de l'historien Ilko-Sascha Kowalczyk, qui vient de publier un passionnant ouvrage sur le « *processus de réunification* » dans lequel il montre « *comment l'Allemagne de l'Est est devenue une partie de la République fédérale* » (*Die Übernahme, « La prise de contrôle », en français, C. H. Beck, non traduit*). Etudes d'opinion à l'appui, il observe que deux perceptions a priori contradictoires cohabitent bien souvent chez le même individu : « *Quand on demande aux Allemands de l'Est s'ils sont satisfaits de leur condition personnelle, c'est-à-dire en tant qu'individus, les deux tiers environ répondent oui. En même temps, ils sont de plus en plus nombreux à dire que ça ne va pas aussi bien que ce qu'ils avaient imaginé il y a trente ans.* »

Sentiment de déclassement

Pour comprendre ce qui nourrit ce sentiment de déclassement, il faut remonter aux premiers temps de la réunification. A la joie immense de la fin 1989 ont succédé les attentes immenses de l'année 1990, puis les premières désillusions. Celles-ci sont apparues après quelques mois seulement, quand les Allemands de l'Est ont réalisé qu'avant de profiter des « *paysages florissants* » promis par le chancelier Helmut Kohl en juillet 1990, la réunification allait d'abord chambouler leur vie, brouiller leurs repères et bousculer leurs certitudes. « *En 1994, seuls 18 % des quelque 10 millions d'actifs est-allemands avaient le même poste qu'à la veille de la réunification, alors que le chômage, lui, a explosé* », passant de 10 % à 16 % de la population active sur la même période, rappelle M. Kowalczyk.

Plus de deux décennies se sont écoulées depuis. Le chômage de masse des années 1990 n'est plus qu'un mauvais souvenir pour une majorité d'Allemands de l'Est, tandis que certains bassins d'emploi de l'ouest du pays – comme en Sarre ou en Rhénanie-du-Nord-Westphalie – connaissent des situations plus préoccupantes que nombre de territoires d'ex-RDA. Les chiffres ne reflètent cependant qu'une partie de la réalité et, outre les courbes et les diagrammes, c'est la forme concrète prise au quotidien par la réunification qui a laissé les traces les plus douloureuses. Parfois jusqu'à aujourd'hui, comme le montrent les débats sur le rôle de la Treuhand, ce fantôme des années 1990 revenu hanter l'actualité allemande à la faveur du 30^e anniversaire de la chute du Mur.

Créée en 1990 et dissoute en 1994, la Treuhand fut l'agence chargée de [privatiser l'économie de l'ex-RDA](#). Son nom est devenu le symbole de la transition souvent brutale du socialisme au capitalisme. Il sert aussi de « lieu de mémoire » négatif à ceux qui, depuis cette époque, voient la réunification davantage comme une annexion ou une entreprise de spoliation. Les débats politiques rejoignent ici les enjeux mémoriels. Ainsi, il n'est pas anodin que les deux partis qui prétendent défendre les intérêts des Allemands de l'Est, Die Linke, héritier du Parti socialiste unifié (SED) de RDA, d'un côté, et l'AfD de l'autre, aient récemment demandé l'ouverture d'une commission d'enquête parlementaire sur le rôle de la Treuhand.

Cette démarche s'inscrit dans un double calendrier : historique d'abord, avec l'ouverture en cours des 45 kilomètres d'archives de cette institution qui privatisa plus de 13 000 entreprises ; électoral ensuite, Die Linke et l'AfD ayant opportunément déposé leur demande de commission d'enquête au printemps, à quelques semaines de trois scrutins régionaux en ex-Allemagne de l'Est (Brandebourg, Saxe et Thuringe).

Débats sur la Treuhand

Les débats sur la Treuhand – à laquelle plusieurs reportages et documentaires ont été consacrés ces derniers mois en Allemagne – sont révélateurs d'un changement de perspective mémorielle. Au lendemain de la réunification, les années 1990 et 2000 furent avant tout celles de la découverte de l'histoire de la RDA, rendue possible notamment par l'accès aux archives de la Stasi, l'ancienne police

politique du régime. Mais le temps avançant, le regard s'est lui aussi déplacé en aval, de sorte qu'après la période de la RDA celle de la réunification est devenue à son tour un objet d'étude et un nouveau terrain de controverses.

Ce changement de focale explique en partie pourquoi les thèmes qui dominent le débat public en cette année du 30^e anniversaire de la chute du Mur ne sont pas tout à fait les mêmes qu'il y a cinq ou dix ans. Certes, l'approche des commémorations a donné lieu, comme les fois précédentes, à une avalanche de publications, d'expositions et d'émissions sur l'histoire de l'Allemagne de l'Est et la « révolution pacifique » de 1989. Mais les avancées de l'historiographie autant que l'évolution du climat politique dans les nouveaux Länder, marqué par la percée de l'AfD, ont fait émerger de nouvelles problématiques.

« Déséquilibres criants »

Parmi elles, la question de l'inégale représentation des Allemands de l'Est et de l'Ouest dans les postes de pouvoir du pays est sans doute celle qui a été la plus fortement mise en lumière ces derniers temps. Vingt-neuf ans après la réunification, « *les déséquilibres restent criants* », observe ainsi Raj Kollmorgen, professeur de sociologie à l'université de Zittau-Görlitz (Saxe), auteur de travaux de référence sur la question. Alors que les Allemands de l'Est – définis ici comme les personnes nées et/ou ayant grandi jusqu'à l'âge adulte dans les nouveaux Länder – représentent environ 17 % de la population totale, ils ne sont que 3 % dans les conseils d'administration des trente plus grandes entreprises allemandes et 2 % dans la haute magistrature, tandis qu'aucun d'entre eux n'est représenté parmi les quelque 80 présidents ou recteurs d'université du pays.

Masquée par quelques contre-exemples éclatants, à commencer par celui d'Angela Merkel, née à Hambourg, en RFA, en 1954, mais dont les parents se sont installés en RDA alors qu'elle n'avait que quelques semaines, cette sous-représentation des Allemands de l'Est au sein des élites du pays « *prendra nécessairement très longtemps pour être comblée* », explique Raj Kollmorgen. Or, il s'agit d'un des facteurs majeurs accréditant l'idée selon laquelle une barrière empêcherait les *Ossis* (Allemands de l'Est) d'appartenir à la même classe que ceux de l'Ouest. Politiquement, le thème est sensible. L'AfD l'a bien compris : aux dernières élections régionales, le parti d'extrême droite a habilement articulé l'affrontement peuple-élites et l'opposition Est-Ouest, choisissant de transformer un vieux problème social en nouvel enjeu identitaire.

« Prédateurs »

Ce choix de l'AfD d'appuyer sur les plaies de la réunification, en suggérant que les Allemands de l'Ouest continueraient de tenir délibérément sous tutelle ceux de l'Est, a fait l'objet de nombreuses réfutations, ces derniers temps, outre-Rhin. Plusieurs études ont ainsi montré qu'un grand nombre de dirigeants du parti d'extrême droite se présentant comme les porte-voix du « peuple » de l'Est avaient en réalité fait l'essentiel de leur carrière à l'Ouest. A l'instar d'Alexander Gauland, le coprésident de l'AfD, ou de Björn Höcke, son chef en Thuringe, où, le 27 octobre, le parti est arrivé à la deuxième place derrière Die Linke avec 23,4 % des voix. De ce point de vue, le parcours de ces responsables politiques ressemble à s'y méprendre à celui des chefs d'entreprise venus de RFA pour diriger les anciennes sociétés de RDA après la réunification, à ceux-là mêmes que les dirigeants de l'AfD dépeignent comme des « *prédateurs* » quand ils font campagne dans les nouveaux Länder.

Pour expliquer cette sous-représentation, certains chercheurs avancent enfin que la responsabilité n'en incombe pas nécessairement aux dirigeants venus de l'Ouest. « *Beaucoup d'Allemands de l'Est se sont mis hors jeu en refusant de participer à la course au pouvoir au nom de certaines valeurs ou parce qu'ils ont choisi la sécurité plutôt que le goût du risque* », explique ainsi Raj Kollmorgen.

Cette réflexion du sociologue fait écho à une problématique plus large, mais de plus en plus souvent mise en avant dans les débats sur la réunification allemande : l'affirmation nette, à l'Est, d'identités distinctes de celles de l'Ouest. Le phénomène prend plusieurs formes. La plus connue est la volonté de

sauvegarder un patrimoine – monuments ou simples objets du quotidien – hérité de l'époque de la RDA. Dans son livre *Le Pays disparu* (Gallimard, « Folio Histoire », 480 pages, 9 euros), l'historien Nicolas Offenstadt, professeur à l'université Paris-I-Panthéon-Sorbonne, explique que cette distance vis-à-vis de « l'iconoclasme » des années 1990 ne doit pas être lue comme « une réaction infantile face aux difficultés de l'unification » ou au « mépris souvent affiché par les Wessis [Allemands de l'Ouest] » à l'égard des Allemands de l'Est, mais davantage comme la volonté de se « réapproprier un passé » en l'inscrivant dans une « continuité biographique ».

« Ce beau récit s'est fissuré »

Pour Raj Kollmorgen, le cas du patrimoine illustre un phénomène plus large : le passage à une nouvelle phase mémorielle concernant le rapport de la société allemande aux événements de 1989-1990. « *La vingtaine d'années qui a suivi la chute du Mur a été dominée par un récit héroïque. On était passé de la nuit à la lumière, l'Ouest avait gagné, la démocratie avait triomphé et l'économie de marché l'avait emporté. Depuis une dizaine d'années, ce beau récit s'est fissuré*, explique le sociologue. *D'un côté, on a entrepris une relecture de l'histoire de la République démocratique allemande, plus nuancée et mettant en avant certaines réalisations, en matière de politique familiale par exemple. De l'autre, on a commencé à questionner la façon dont s'est opérée la réunification, en se rendant compte que, s'ils avaient beaucoup gagné, les Allemands de l'Est ont également beaucoup payé.* »

De ce point de vue, la tentative d'essentialisation par l'AfD d'une « identité » est-allemande irréductible à celle de l'Ouest n'est que l'expression extrême d'un phénomène diffus, mais dont la réalité est incontestable : les Allemands de l'Est sont de plus en plus visibles dans le débat public, la montée de l'extrême droite ayant eu à ce niveau-là un « effet positif », selon Raj Kollmorgen : « *Celui de braquer les projecteurs sur une partie du pays à laquelle on s'intéressait moins et que l'on regardait de façon souvent assez caricaturale.* »

Double héritage de la guerre froide et de la réunification

Cette évolution est très nette chez Angela Merkel. Pendant très longtemps, la chancelière allemande a scrupuleusement évité de se présenter comme une *Ossi*, au risque de passer pour indifférente au sort de ses concitoyens d'ex-RDA, ce dont l'AfD a, une fois de plus, parfaitement su jouer en l'accusant de « *trahison* ». Un tournant a eu lieu en début d'année, quand M^{me} Merkel a accordé un grand entretien à l'hebdomadaire *Die Zeit*, se faisant interroger pour l'occasion par Jana Hensel, journaliste et écrivaine née en RDA en 1976 et considérée comme porte-voix de cette génération d'Allemands de l'Est marqués par l'héritage de la réunification.

Mercredi 6 novembre, à trois jours de l'anniversaire de la chute du Mur, Angela Merkel a franchi un pas supplémentaire, en se confiant cette fois au *Spiegel* en des termes qu'elle n'avait jamais employés. Reconnaissant que « *tout est allé très vite* » et que « *des fautes* » ont été commises après le « tournant » de 1989. Admettant que « *pour les Allemands de l'Est d'une certaine génération, l'existence qui a suivi la "révolution pacifique", bien que libre, ne fut pas pour autant facile* ». Et rendant un vibrant hommage à la « *bravoure des citoyens de RDA* » lors de la chute du Mur, « *à une époque où tout le monde en Allemagne de l'Ouest ne faisait pas preuve d'un grand courage* ». Des propos qui collent incontestablement à un certain air du temps, en ce trentième anniversaire qui rappelle combien le double héritage de la guerre froide et de la réunification continue de fragmenter l'identité allemande.

MEZZOGIORNOS WIRTSCHAFT:

Südtalien tritt auf der Stelle

- VON TOBIAS PILLER, ROM
- -AKTUALISIERT AM 09.11.2019-17:35



30 Jahre nach dem Mauerfall haben sich die östlichen Bundesländer schneller entwickelt als der Mezzogiorno. Die einen machen Rom als Sündenbock aus, die anderen den Umgang mit den Fördermaßnahmen.

Die ostdeutschen Länder haben 29 Jahre nach der Wiedervereinigung den italienischen „Mezzogiorno“ schnell überholt und nun weit hinter sich gelassen. Noch 1991 lag etwa das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Sachsen mit 7700 Euro noch 14 Prozent unter dem Durchschnittswert für Südtalien. Inzwischen übertreffen Sachsen und Thüringen mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen auch den nationalen Durchschnitt ganz Italiens, der 2017 bei 28.690 Euro lag. Das Pro-Kopf-Einkommen Sachsens belief sich dagegen auf 29.900 Euro, während der Wert für Thüringen bei 28.900 Euro lag.

Noch größere Unterschiede ergeben sich beim Vergleich der Arbeitslosenzahlen des europäischen Statistikamts Eurostat. Diese liegen ab 1999 vor, sie unterscheiden sich allerdings von den – auf andere Weise berechneten – Werten der deutschen Arbeitsverwaltung. Nach Angaben von Eurostat ist die Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern von 20,3 Prozent im Jahr 2003 bis 2018 auf nur noch 4,9 Prozent gesunken. Dagegen gibt es in Südtalien kaum Verbesserungen. In Apulien, der Region, die sich relativ gesehen am besten entwickelt, war die Arbeitslosenquote von 19,5 Prozent im Jahr 1999 bis 2003 auf nur noch 13,6 Prozent gesunken, doch nun beträgt sie in der Statistik von 2018 immer noch 16,1 Prozent. In Sizilien und in Kalabrien lag die Arbeitslosenquote noch immer bei mehr als 20 Prozent.

Eine bessere Feineinstellung der Fördermaßnahmen gefordert

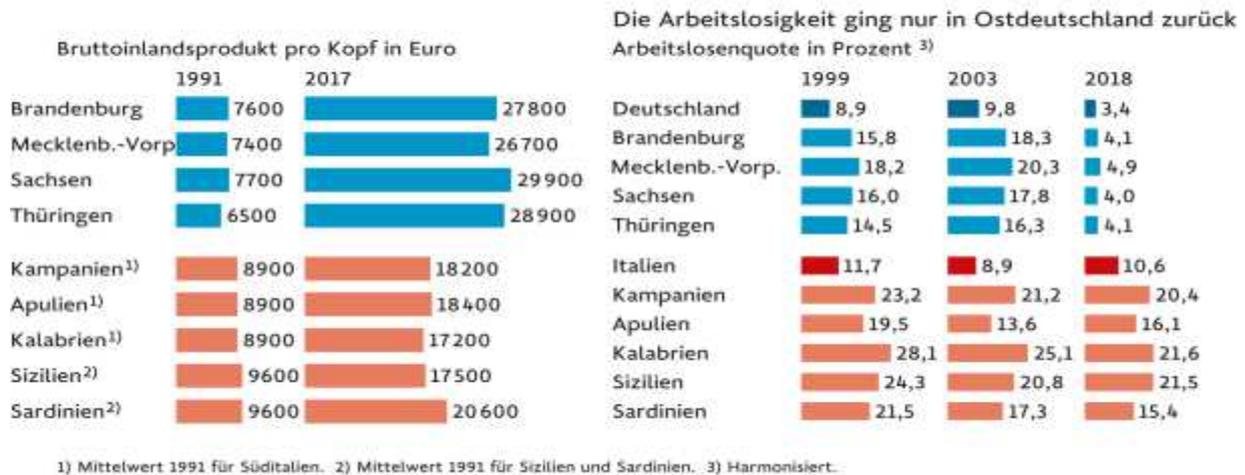
Der bevorstehende Rückzug des Stahlkonzerns Arcelor-Mittal aus Taranto oder die angekündigte Schließung eines Werks für Waschmaschinen von Whirlpool in Neapel werden nun in Italien als Ausdruck einer nationalen Krise angesehen. „In Südtalien ist es leider so, dass nach der Schließung einer Fabrik keine Aussicht besteht, dass je wieder ein Investor für neue Aktivitäten kommt“, kommentiert die Ökonomin und erfolgreiche Fernsehmoderatorin Myrta Merlina, die selbst aus Neapel stammt.

Die Italiener sind sich allerdings sehr uneinig bei der Analyse der Ursachen für den Stillstand und die Aussichtslosigkeit in Südtalien. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Svimez, das sich seit Jahrzehnten mit der wirtschaftlichen Entwicklung Südtaliens befasst, macht vor allem die Zentralregierung in Rom verantwortlich für die Probleme des Südens. Für den „Mezzogiorno“, also Südtalien und die beiden Inseln Sizilien und Sardinien, sieht Svimez 2019 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,2 Prozent und einen Rückgang der ohnehin spärlichen Beschäftigung um 27.000 Personen oder 0,14 Prozent voraus.

Der Mezzogiorno, 2017 mit 20,7 Millionen Einwohnern, verliere langfristige Chancen durch Abwanderung, heißt es. Seit 2000 hätten 2,015 Millionen Einwohner den Mezzogiorno verlassen, davon seien die Hälfte junge Italiener im Alter bis 34 Jahren gewesen, ein Fünftel habe Universitätsabschluss. Die Investitionen in Unternehmensanlagen stagnierten, und die öffentlichen Investitionen seien rückläufig. Die Kritiker sehen aber gerade in der bisherigen Politik mit der Gießkanne eine der Ursachen für die Unterentwicklung des Südens.

Ostdeutschland ist längst am Mezzogiorno vorbeigezogen

Das Pro-Kopf-Einkommen im Mezzogiorno blieb zurück



Quellen: Eurostat; Istat; Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern / F.A.Z.-Grafik Piron Bild:

F.A.Z.

Der liberale Kommentator Oscar Giannino urteilt, die Berichte von Svimez „verlangen immer nur Geld, Geld, Geld“. In einer Analyse der Hilfen für Süditalien des liberalen Instituts „Bruno Leoni“ heißt es, die jahrelangen Zuwendungen für Süditalien seien eigentlich nie auf ihre Wirksamkeit hin untersucht worden. Die Investitionszulagen für Unternehmen hätten nur mäßigen Erfolg gehabt, die in den neunziger Jahren eingeführten „Territorialpakete“ überhaupt keinen. Dafür gebe es vielerlei nicht wünschenswerte Effekte, denn die Verteilung von Subventionen habe einerseits die Mafia angelockt, andererseits zu vielerlei Korruption geführt. Der ehemalige linke Politiker und Wirtschaftsprofessor Nicola Rossi urteilt, die Subventionen für den Süden führten vor allem zu Abhängigkeit und dazu, „dass sich Politiker ein Feld von Unterstützern schaffen, die die Weiterführung der Subventionen zum Ziel hat, so unnützlich oder schädlich sie auch immer sein mögen“. Politiker würden daher nicht an ihrem Programm gemessen, sondern daran, wie viele Mittel sie zur Verteilung in Klientelkanäle heranschaffen könnten.

Während die Autoren der Studie des Instituts Bruno Leoni, Antonio Accetturo und Guido De Blasio, verbesserte Untersuchungen über die Wirkung der Hilfen für den Mezzogiorno und bessere Feineinstellung der Fördermaßnahmen fordern, besteht aus der Sicht von Nicola Rossi die einzige Konsequenz aus dem Misserfolg der Fördermaßnahmen darin, sie alle abzuschaffen, damit eine lokale Führungsschicht herangezogen werde, die nicht von der Gießkanne der Fördermittel abhängig sei.

160,50

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article203274146/Macrons-Europapolitik-27-Zwerge-ergeben-keinen-Riesen.html>

MEINUNG MACRONS EUROPAPOLITIK

Europa ohne Nato? 27 Zwerge ergeben keinen Riesen

8. November | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Jacques Schuster**

Chefkommentator

"Macron will dem Kontinent unter französischer Führung die Stellung verschaffen, die ihm seiner Ansicht nach gebührt", schreibt Jacques Schuster

Wenn Emmanuel Macron vom „Hirntod der Nato“ spricht, denkt er wie Charles de Gaulles, der Europa und die USA als gleichberechtigte Partner sah. Doch Europas Sicherheit ist nur in der Nato gewährleistet. In ihr muss Europa stärker werden – nicht neben ihr.

Die Freude über den Wahlsieg Emmanuel Macrons vor zwei Jahren hat in Deutschland dazu geführt, den eleganten, blitzgescheiten, weltmännisch gesitteten Staatspräsidenten als Visionär Europas zu feiern. Seither gilt Macron vielen Deutschen als ein Phänomen an sich, als einer, der gleichsam aus dem Nichts geboren wurde und sich fortan anschickt, am Rad des Schicksals zu drehen. Fast so, wie es Jacob Burckhardt in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ über die historische Größe schreibt: „Die Geschichte liebt es bisweilen, sich auf einmal in einem Menschen zu verdichten, welchem hierauf die Welt gehorcht.“

Dass Macron fest in der Tradition des Gaullismus steht, sich auf vielen Feldern ähnlich wie Charles de Gaulle verhält, sich folglich in bekannten Mustern bewegt, übersah man in dem allgemeinen Aufatmen über seinen Erfolg. Dabei stand schon Macrons Wahlkampf im Zeichen des legendären Generals.

Hatte de Gaulle 1957 nach seiner Rückkehr in die Politik als charismatischer Einzelner über die Parteien hinweg das Gespräch mit dem Volk gesucht, um mit ihm zusammen die V. Republik zu gründen, überschritt auch Macron sechs Jahrzehnte später die Parteigrenzen, um als Retter des Vaterlands seine Weihen direkt vom Volk zu empfangen. Macrons Wahlkampf war die bewusste Hinwendung zu den Grundlagen der V. Republik, genauso wie sie de Gaulle gewünscht hatte.

De Gaulles Außenpolitik unterschied sich von der der IV. Republik durch die Bedeutung des „Rangs“, den er für Frankreich beanspruchte. Beruhte die Europapolitik zehn Jahre zuvor auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Partner und dem Bewusstsein des amerikanischen Schutzes, so ging de Gaulle

davon aus, dass Frankreich in Europa eine Führungsrolle zufalle und die Vereinigten Staaten keinen beherrschenden Einfluss beanspruchen dürften.

Da Frankreich aber trotz eilig aufgebauter atomarer Bewaffnung niemals ohne den militärischen Beistand der Amerikaner in Europa hätte existieren können, begann de Gaulle ein meisterhaftes Spiel der Täuschung, bei dem er es verstand, mithilfe geschichtlicher Entwürfe, bedeutungsschwangerer Reden und der Idee von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural zu fesseln, mitzureißen, auch einzuschüchtern.

Mal gab de Gaulle den Visionär, mal den Machiavellisten. Machtpolitisch gesehen war er nur ein neuer Don Quijote, der die Amerikaner zur Weißglut trieb.

Und Macron? Viele seiner Reden zu Europa und der „European Strategic Autonomy“ hätten de Gaulle gefallen. Auch seine jüngsten Worte über den „Hirntod der Nato“ lassen sich aus dem Weltbild des Generals erklären. Zwar redet der heutige Herr im Élysée weniger von Frankreichs „Rang“, seine Gedanken zu Europa aber verfolgen dasselbe Ziel: dem Kontinent unter französischer Führung die Stellung zu verschaffen, die ihm seiner Ansicht nach gebührt. Drastischer formuliert: Wozu Paris allein schon lange nicht mehr in der Lage ist, soll mithilfe vor allem der Deutschen gelingen. Freilich nicht von gleich zu gleich.

Annegret Kramp-Karrenbauer bekam es zu spüren. Als die CDU-Vorsitzende im vergangenen Jahr in einem Beitrag für diese Zeitung Macrons Aufruf zur Zusammenarbeit ernst nahm und vorschlug, Frankreichs Sitz im Weltsicherheitsrat zu einem europäischen umzuwandeln, schwieg Paris eisig. Man mag sich nicht ausmalen, was geschehen wäre, hätte AKK gefordert, Frankreichs Atomraketen unter ein gemeinsames Kommando zu stellen.

In den Zeiten de Gaulles, nur 20 Jahre nach Kriegsende, wären solche Gedanken aberwitzig gewesen. Heute ist die Lage eine andere. Doch selbst wenn Berlin bereit wäre, Frankreichs Führung anzunehmen, bliebe die Schlüsselfrage: Wäre Paris in der Lage, das zu gewährleisten, was Washington bis heute garantiert? Trump hin oder her. Könnten französische Truppen im Kriegsfall Russland aus dem Baltikum vertreiben? Ist Paris mächtig genug, europäische Handelswege notfalls vor den Chinesen zu schützen? Reichen seine Atomraketen aus, um zum Gleichgewicht des Schreckens mit Moskau zu gelangen?

Macron steht davor, sich kleinlaut aus Syrien zurückzuziehen. Ohne amerikanische Logistik kann er nicht einmal den Schutz der eigenen Streitkräfte vor Ort gewährleisten. Selbst auf lange Sicht ist Paris einer militärischen Krise auf dem europäischen Kontinent zu keiner Zeit gewachsen. Daran wird sich auch im Verbund mit den übrigen Europäern nichts ändern. 27 Zwerge ergeben keinen Riesen.

Mit Blick auf den irrlüchternden Mann im Weißen Haus begeht Macron den Fehler, von seinen Parolen auszugehen, nicht von seinen Beständen. Doch selbst wenn Berlin seine atlantische Orientierung aufgäbe, Polen und Balten behielten sie bei. Europa ist schon lange nicht mehr der Zug, bei dem die Osteuropäer nur ihre Waggons angehängt haben und der in die von Frankreich gewünschte Richtung fährt. Notfalls ziehen sie die Notbremse. Europas Sicherheit ist nur innerhalb der Nato gewährleistet. In ihr muss Europa stärker werden – nicht neben ihr. Oder, wie die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Wochenende sagte: „Die Nato war und ist immer das, was ihre Mitgliedstaaten aus ihr machen.“

AUSSENPOLITI:

Außenminister Maas wirbt für Nato und Europäischen Sicherheitsrat

- AKTUALISIERT AM 10.11.2019-07:42



Heiko Maas hat die Kritik des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an der Nato zurückgewiesen. Bei einem Europäischen Sicherheitsrat möchte der deutsche Außenminister auch Großbritannien mit an Bord haben.

Bundesaußenminister Heiko Maas hat sich mit deutlichen Worten von der Nato-Kritik des französischen Präsidenten Emmanuel Macron abgegrenzt und für das Bündnis geworben. In einem am Sonntag veröffentlichten Gastbeitrag für das Onlineportal des „Spiegels“ schrieb der SPD-Politiker: „Auf viele Jahre werden wir die Nato brauchen. Sie steht für Lastenteilung, für internationale Kooperation, für Multilateralismus.“ Wenn Europa eines Tages fähig sein werde, seine Sicherheit selbst zu verteidigen, „dann sollten wir die Nato weiterhin wollen“. Ein starkes und souveränes Europa werde als Teil einer starken Nato und nicht als deren Ersatz gebraucht.

Macron, der an diesem Sonntag nach Deutschland kommt, hatte die Nato in der vergangenen Woche in einem Interview als „hirntot“ bezeichnet. Es gebe bei strategischen Entscheidungen keine Koordinierung zwischen den Nato-Ländern und den USA. Er forderte mehr europäische Eigenständigkeit und warnte, die USA seien kein zuverlässiger Partner mehr. Kanzlerin Angela Merkel hatte die Einlassung Macrons bereits zurückgewiesen.

Maas schrieb nun weiter, es wäre ein Fehler, „wenn wir die Nato unterminieren würden. Ohne die Vereinigten Staaten sind weder Deutschland noch Europa im Stand, sich wirkungsvoll zu schützen.“ Das habe zuletzt die russische Verletzung des INF-Vertrags über das Verbot landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen sehr deutlich gemacht. „Eine Außen- und Sicherheitspolitik ohne Washington wäre unverantwortlich, eine Entkopplung europäischer und amerikanischer Sicherheit gefährlich.“

Maas warb auf spiegel.de erneut für einen Europäischen Sicherheitsrat, in dem auch Großbritannien „mit von der Partie sein“ müsse. „Wir brauchen ein solches Gremium als den Ort, an dem die Europäer ihre außen- und sicherheitspolitische Arbeit bündeln, im institutionellen Gefüge der Europäischen Union und darüber hinaus. Großbritannien muss mit von der Partie sein, auch wenn es die Union verlässt.“

Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hatte bereits im März in einem Europa-Konzept dafür plädiert, in einem „Europäischen Sicherheitsrat unter Einbeziehung Großbritanniens“ über gemeinsame außenpolitische Positionen zu entscheiden und gemeinsames Handeln in der Sicherheitspolitik zu organisieren. In der vergangenen Woche hatte die Verteidigungsministerin dann unter anderem einen Nationalen Sicherheitsrat vorgeschlagen, um Deutschland auf größere militärische Aufgaben vorzubereiten. Damit könne schneller und effektiver auf Krisen reagiert werden.

NEUE UNTERSUCHUNG:

Die Klimaschutzbilanz fällt verheerend aus

- VON ANDREAS MIHM, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 11.11.2019-07:54

Die 20 wichtigsten Länder der Erde verantworten 80 Prozent der weltweiten Emissionen. Doch ein Bericht zeigt: Die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele werden sie wohl klar verfehlen.

Der Name des seit dem Jahr 2015 von mehr als einem Dutzend Umwelt- und Klimagruppen vorgelegten Berichts ist Programm: „Brown to Green“. Doch sein Name passt auch in der fünften Ausgabe so gar nicht zum Inhalt. Die Untersuchung zur Klimapolitik der 20 wichtigsten Staaten der Erde, der G 20, kommt vielmehr abermals zu ernüchternden Ergebnissen. Allen voran: Keiner der Staaten befindet sich auf einem Kurs, der geeignet erscheint, das im Pariser Klimaabkommen verabredete Limit des Temperaturanstiegs von 1,5, höchstens aber zwei Grad Celsius einzuhalten.

In der Bewahrung des Ökosystems spielt die G 20 eine Schlüsselrolle, denn sie verantwortet rund 80 Prozent der globalen Emissionen, mit wachsender Tendenz. Im vergangenen Jahr stießen die 20 größten Volkswirtschaften 1,8 Prozent mehr Klimagase aus als im Vorjahr. Zwei der drängendsten Problemfelder sind laut dem Report Gebäude und der Verkehr. In beiden Sektoren gehöre Deutschland zu den Negativbeispielen. Mit Emissionen im Gebäudesektor von mehr als drei Tonnen je Einwohner liege Deutschland fast 50 Prozent über dem EU-Schnitt und doppelt so hoch wie der G-20-Durchschnitt.

China punktet mit Bus- und Bahn-Plänen

Die Bundesregierung will die Herausforderung mit den neuen Klimagesetzen angehen, den Umweltgruppen reicht das aber nicht. So müsse die Rate der Sanierung des Gebäudebestands für einen klimafreundlichen Kurs verfünffacht werden. Nur bei Neubauten stellen sie Deutschland ein besseres Zeugnis aus. Insgesamt seien die Emissionen der G 20 in keinem anderen Sektor 2018 so stark gestiegen wie im Gebäudebereich – um 4,1 Prozent.

Wenig anders das Bild im Verkehrssektor. Hier habe der Abgasausstoß das Vorjahresniveau um 1,2 Prozent übertroffen. Deutschland liege dort bei den Pro-Kopf-Emissionen direkt hinter den großen Flächenstaaten Amerika, Kanada, Australien sowie Saudi-Arabien. Während die Deutschen im Schnitt 84 Prozent ihrer Reisen mit dem Auto machten, drohe das Land in der Elektromobilität den Anschluss zu verlieren.

Amerika, Kanada und Südkorea hätten das Autoland Deutschland mit seinen knapp 2 Prozent Marktanteil für neu zugelassene E-Autos in den vergangenen beiden Jahren überholt. Spitzenreiter China habe ihn binnen Jahresfrist sogar auf 4,5 Prozent fast verdoppelt. Lob für China, den weiter wachsenden größten Kohlendioxidemittenten der Welt, gibt es auch für dessen ambitionierte Bus- und Bahn-Pläne: In den Großstädten des Landes sollten schon nächstes Jahr 30 Prozent aller Fahrten mit Bus und Bahn absolviert werden.

Eine langjährige Forderung der Klimaschützer ist, die Subventionen für kohlendioxidhaltige Energieträger wie Kohle und Öl abzuschaffen. Aber auch hier sehen sie wenig Fortschritte. So seien nach letzten Zahlen im Jahr 2017 weiter 127 Milliarden Dollar an Subventionen in fossile Energien geflossen. Doch räumen sie ein, dass die Zahlen schwierig zu bewerten seien, weil darin auch „sinnvolle Subventionen“ etwa für den Kohleausstieg enthalten sein könnten.

Abhängig von fossiler Energie

Ungebrochen hängen die 20 wirtschaftlich stärksten Länder an fossilen Quellen. Vier Fünftel ihrer Energie bezogen sie aus Kohle, Öl und Gas. Zwar nahm der Anteil grüner Energien, vor allem in der Elektrizitätserzeugung, um 5 Prozent zu, doch blieb der Anteil fossiler Träger wegen einer insgesamt steigenden Nachfrage nach Energieleistungen mit 82 Prozent der Gesamtnachfrage hoch.

Der Ausbau des Grünstromangebots sorgte indes auch dafür, dass die Emissionen im Elektrizitätssektor „nur“ um 1,6 Prozent zulegten. Die Spannweite der Ökostromerzeugung unter den G-20-Staaten sei dabei groß. Während Brasilien mit seinem hohen Angebot an Wasserkraft 82,5 Prozent seines Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinne, seien es in Saudi-Arabien, Südkorea und Südafrika weniger als 5 Prozent. Deutschland schneide hier gut ab. Zuletzt lag der Öko-Anteil an der Stromerzeugung bei 43 Prozent.

Der Report listet auch Schäden und Verluste auf, die dem Klimawandel zugerechnet werden. Extremwetterereignisse hätten in den Jahren 1998 bis 2017 in den G-20-Staaten mehr als 260.000 Menschen das Leben gekostet. Die materiellen Schäden beliefen sich auf 2,65 Billionen Dollar. Deutschland gehöre in der G 20 neben Russland, Frankreich, Italien und Indien zu den am stärksten betroffenen Staaten.

Einen Lichtblick erkennen die Autoren des Reports trotz aller schlechten Botschaften. Immerhin sei etwa die Hälfte der G-20-Mitglieder auf einem guten Weg, selbstgesetzte Klimaziele zu erreichen oder zu überbieten. Zwar reichen die Versprechen nicht, um die Vorgaben des Pariser Protokolls zu erfüllen.

Die Umweltschützer wollen das gleichwohl zu einem politischen Vorteil nutzen. Staaten, die ihre Ziele überböten, könnten ihre bisherigen Zusagen demnach erhöhen – vertraglich und verbindlich. Darum soll es auf der Klimakonferenz im nächsten Jahr gehen, die im schottischen Glasgow stattfindet. Vorbereitungen dazu sollen auf dem von Chile nach Madrid verlegten Dezember-Gipfel getroffen werden.

Quelle: F.A.Z.

11. November 2019, 9:37 Uhr

Frankreich und Deutschland:

Macron tritt auf wie der Erbe eines Imperiums



Frankreichs Präsident Emmanuel Macron

Das außenpolitische Gebaren des französischen Präsidenten in den vergangenen Monaten ist unsensibel, unzuverlässig und übergriffig. Doch eines ist es nicht, und das ist entscheidend: uneuropäisch.

Kommentar von [Nadia Pantel](#), Paris

Wenn in Deutschland an diesem Montag der Gedenkrubel erst mal ein Ende hat, bleiben in Frankreich Schulen und Geschäfte geschlossen. Der 11. November, der Tag, an dem vor 101 Jahren der Erste Weltkrieg endete, ist in Frankreich Feiertag. Ein Anlass, Hunderttausender junger Männer zu gedenken, die im Kampf gegen die Deutschen ihr Leben ließen. Emmanuel Macron begeht den 11. November dieses Mal sehr unauffällig. Der Tag wird für ihn eingerahmt von einem Besuch in Berlin, wo er am Sonntagabend mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin [Angela Merkel](#) den Fall der Mauer feiert. Und von einer Friedenskonferenz, die Macron am 12. November in Paris veranstaltet.

Aus deutscher Perspektive mag es überraschen, dass die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Frankreich so lebendig bleibt. Nicht nur Geschichtslehrer halten an ihr fest, sondern Familien im ganzen Land. Nationale Gedenkkalender folgen unterschiedlichen Rhythmen. Es schadet nicht, sich das bewusst zu machen, wenn man verstehen will, wie ernst es Macron mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist. Und wie sehr seine Politik auf die Zukunft gerichtet ist.

Vergangenes Jahr, als sich das Ende des Ersten Weltkrieges zum 100. Mal jährte, absolvierte Macron eine einwöchige Historientour, die nicht nur die Vergangenheit, sondern auch ihn selbst, als Präsidenten, der Geschichte schreiben will, zum Thema hatte. Bescheiden war das nicht. Aber es war auch der Gegenentwurf zu einer veralteten Erinnerungspolitik, die Frankreich oft pflegt. Nationalstolz, chauvinistische Überlegenheitsgesten: All das fehlte. Selbstverständlich war das nicht. Die verschlankte Militärparade nahmen Generäle und Offiziere ihrem Präsidenten durchaus übel.

Nun, ein Jahr später, erscheint Macron auf den ersten Blick als ein anderer. Er tritt weniger wie ein gleichberechtigter Partner auf, sondern mehr wie der Erbe eines Imperiums. "Frankreich liebt Sie", hatte der Präsident früher den Abgeordneten des deutschen Bundestages zugerufen. Inzwischen fühlt sich Macrons Liebe eher an wie die Liebe von Eltern zum Kind: "Ich liebe dich, deshalb musst du eine Mütze aufsetzen" - oder deinen Rüstungsetat erhöhen. Macrons außenpolitisches Gebaren der letzten Monate ist unsensibel (die Nato "hirntot"), unzuverlässig (kein EU-Beitritt für Albanien und

Mazedonien) und übergriffig (das EU-Parlament soll gefälligst für seine Kandidatin stimmen). Doch eines ist es nicht, und das ist entscheidend: uneuropäisch.

Macron ist auf offener See im Schnellboot unterwegs

Zwei Jahre lang hat Macron dabei zugesehen, wie Deutschland sich nicht um seine Mütze kümmerte, weil es so beschäftigt mit seiner Frisur war. Die USA ziehen sich aus der transatlantischen Partnerschaft zurück? Okay, schwierig. Aber was, wenn Horst Seehofer die große Koalition sprengt? Wenn man sich auf die Art und Weise konzentriert, in der Macron aktuell seine außenpolitischen Pläne kommuniziert, hat man Anlass, sich zu ärgern. Gerade hat er in einem Interview die geopolitische Weltlage bewertet, als sei er der Einzige, der sie durchblickt. Das macht die Zusammenarbeit anstrengend. Gleichzeitig ist sie auch unkompliziert, denn Macron ist konsistent und klar. Er will nach wie vor ein Zusammenwachsen der Europäer auf militärischer, finanz- und sozialpolitischer Ebene. Er sieht sich dabei nicht nur als Ideengeber, sondern auch als Anführer.

Das Naserümpfen, das dieses Selbstbewusstsein in Deutschland auslöst, sagt weniger über Pariser Arroganz als über Berliner Bequemlichkeit. Man sollte sich ehrlich fragen, warum Macron so irritiert. Zu den Antworten gehört auch: Er ist der Vorbote einer fragilen Zukunft. In Deutschland agieren noch eineinhalb Großdampfer an der Spitze des Landes. CDU und SPD haben zwar bereits einige Löcher im Rumpf, doch noch fahren sie. In Frankreich hingegen sind die Volksparteien bereits untergegangen. Und Macron ist auf offener See im Schnellboot unterwegs. Rechts, links, Mitte, hin und her, Hauptsache er. Für Frankreichs Demokratie ist das gefährlich. Macrons Erfolg baut darauf auf, dass er die extreme Rechte zur einzigen Opposition adelt. Doch genau diese Radikalisierung der Diskurse droht auch Deutschland.

Macron will handeln. Im Interesse Frankreichs und gemeinsam mit Berlin. Innerhalb Europas gibt es keine zwei anderen Länder, die so eng um Abstimmung bemüht sind, wie Frankreich und Deutschland. Der Streit ist kein Zeichen des Auseinanderdriftens, sondern ein Beleg für die wachsende Nähe.

Frankreich selbst kann man hingegen nur wünschen, dass Macron möglichst bald eine ernst zu nehmende Opposition erwächst, die nicht nur in der Systemverachtung von Marine Le Pen besteht. Europa versteht gerade, wie irritierend Macrons Dominanz werden kann. Die Franzosen leben nun schon seit zweieinhalb Jahren mit ihr. Sie brauchen eine demokratische, wählbare Alternative.

NEUE UNTERSUCHUNG:

Warum es in Deutschland so viele Mieter gibt

• VON MAJA BRANKOVIC

• -AKTUALISIERT AM 11.11.2019-14:25

In kaum einer anderen Industrienation der Welt ist der Anteil der Wohneigentümer so niedrig. Das hat Folgen – auch für den Vermögensaufbau.

Es ist eine bemerkenswerte Statistik: In keinem anderen Land der **EU** und in kaum einer anderen Industrienation der Welt ist der Anteil der Wohneigentümer in der Bevölkerung so gering wie in Deutschland. Knapp 45 Prozent der Haushalte wohnen in ihren eigenen vier Wänden. Der Durchschnitt in der Industriestaatenorganisation OECD liegt dagegen weit oberhalb der deutschen Quote bei etwa 70 Prozent.

Dieser Umstand hat Folgen – für den Vermögensaufbau der Menschen und die Vermögensverteilung im Land. Denn die niedrige Wohneigentumsquote dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, warum es vielen Deutschen schwerfällt, Vermögen aufzubauen. Während aktuell die reichsten 30 Prozent der Haushalte zum Großteil Eigentümer sind, handelt es sich bei den untersten 50 Prozent in der Vermögensverteilung fast ausschließlich um Mieter.

Bemerkenswert ist der internationale Vergleich auch mit Blick auf die Vermögen. Wie die **Europäische Zentralbank** errechnet hat, lag das Nettovermögen – also das Gesamtvermögen abzüglich der Schulden – eines sogenannten Median-Haushaltes im Jahr 2014 bei etwa 61 000 Euro. Das heißt, die Hälfte aller Haushalte besaß mehr als 61 000 Euro, die andere Hälfte weniger. In allen anderen Ländern des Euroraumes mit Ausnahme der baltischen Republiken und der Slowakei ist das Medianvermögen höher.

Die Rolle der Wohnungspolitik

Warum aber ist die Wohneigentumsquote in Deutschland so gering? Dieser Frage ist eine Forschergruppe um den Makroökonom Leo Kaas von der Goethe-Universität Frankfurt nachgegangen. In einer noch unveröffentlichten Studie, die der F.A.Z. vorliegt, haben die Wissenschaftler untersucht, welche Rolle die Wohnungspolitik in Deutschland dabei spielt. Dafür machten sie drei politische Maßnahmen fest, die Mieter im Vergleich zu Wohneigentümern begünstigen: die vergleichsweise hohe Grunderwerbsteuer, die Tatsache, dass sich die Kosten von Immobiliendarlehen für selbstgenutztes Wohneigentum nicht von der Steuer absetzen lassen, und den sozialen Wohnungsbau.

Um zu beurteilen, welche Wirkung die jeweiligen politischen Instrumente auf das Wohneigentum haben, konzipierten die Forscher ein Modell, in dem sie Deutschland mit den Vereinigten Staaten verglichen, also mit einem Land mit einer deutlich höheren Wohneigentumsquote, sehr geringen Transaktionssteuern, steuerlicher Abzugsfähigkeit von Hypothekenzinsen und ohne nennenswerten sozialen Wohnungsbau. Ihre Modellrechnung brachte eindeutige Ergebnisse: Jede der drei Politikänderungen hatte demnach eine deutliche positive Wirkung auf die Wohneigentumsquote. Passte man alle drei Maßnahmen auf amerikanische Verhältnisse an, ließe sich demnach die Wohneigentumsquote in Deutschland auf insgesamt 58 Prozent erhöhen.

Auffällig war, dass die Änderung der Wohnungspolitik vor allem Haushalte in der Mitte der Vermögensverteilung zu Eigentümern machen könnte. Zwar sanken die Finanzvermögen zugunsten von Immobilienbesitz, die Haushalte würden sich stärker verschulden. Insgesamt stieg jedoch das gesamte Nettovermögen in der Modellrechnung um rund 11 Prozent an.

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Instrumente zeigten die Anpassungen allerdings sehr unterschiedliche Folgen. Demnach würden sich Steuererleichterungen unterm Strich negativ auf die Gesamtwohlfahrt der Haushalte auswirken. Grund dafür ist, dass zum einen der Staat die Steuermindereinnahmen an anderer Stelle, etwa in der Form höherer Einkommensteuern, eintreiben müsste und zum anderen die Mieten infolge der höheren Nachfrage auf dem Häusermarkt steigen dürften. Die größten positiven Wohlfahrtseffekte ließen sich dagegen erzielen, wenn man den sozialen Wohnungsbau abschaffen und durch direkte, von den Wohnkosten abhängige Transfers an einkommensschwache Haushalte ersetzt – oder anders gesagt: die Menschen statt die Immobilien förderte.

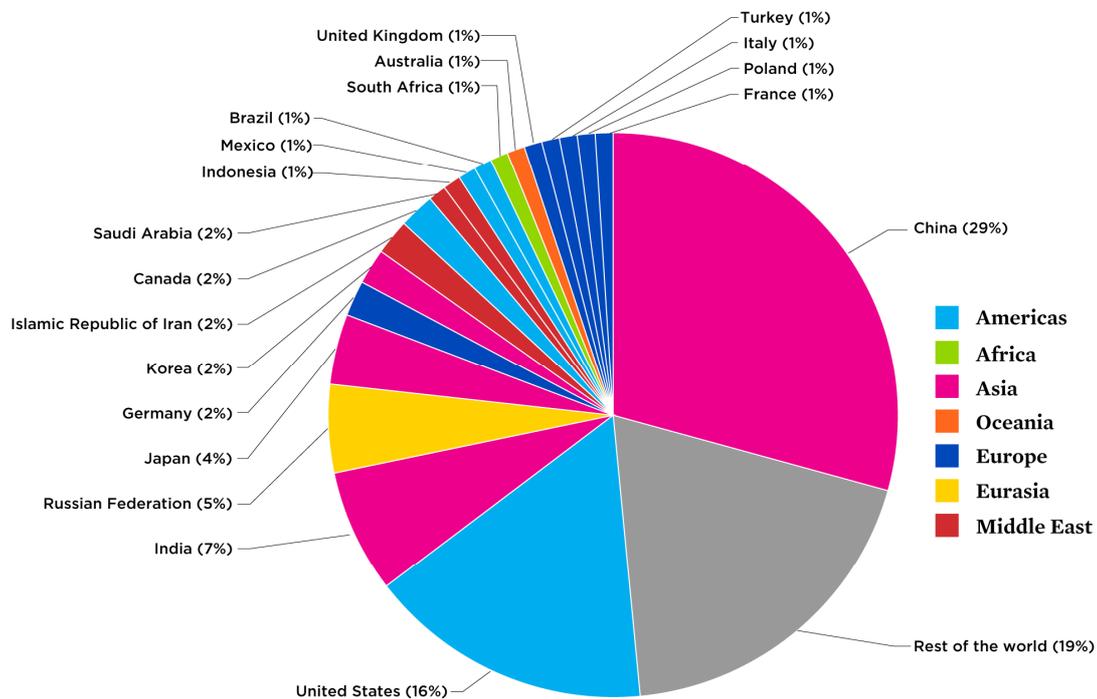
Es gäbe aber auch ganz andere Möglichkeiten, das Wohnen für ärmere Schichten zu fördern. Studienautor Kaas weist zum Beispiel auf das sogenannte Mietkaufmodell hin, wie es Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und der freie Finanzberater Peter Gründling vorschlagen. Anstelle einer Miete zahlt man dabei eine Monatsrate, mit der eine Kaufschuld abgetragen wird. Nach einer gewissen Zeit gehört den Mietern dann die Wohnung. Sie können im Alter mietfrei leben.

Solche Modelle gibt es zwar auch heute schon. In der Variante des DIW aber tritt der Staat als Projektentwickler in Vorleistung, indem er neue günstige Mehrfamilienhäuser errichtet. Zur Finanzierung könnten Anleihen begeben werden, für die der Staat zurzeit ohnehin kaum Zinsen zahlen muss. Die Wohnungen und der Nullzins werden dann an private Käufer weitergereicht, die in regelmäßigen Tilgungsraten die Schuld begleichen. Gerade für junge Familien mit kleinen und mittleren Einkommen könnte das ein Weg sein, sich vor immer stärker steigenden Wohnkosten zu schützen und gleichzeitig Vermögen aufzubauen, sagt Kaas.

Quelle: F.A.Z.

Each Country's Share of CO₂ Emissions

Published Oct 10, 2019



© 2019 Union of Concerned Scientists

The world's countries emit vastly different amounts of heat-trapping gases into the atmosphere. The chart above and table below both show data compiled by the [International Energy Agency](https://www.iea.org/), which estimates carbon dioxide (CO₂) emissions from the combustion of coal, natural gas, oil, and other fuels, including industrial waste and non-renewable municipal waste.

Here we rank the top 20 highest emitters of **cumulative** carbon dioxide in 2016 (the most recent available data).

The 20 countries that emitted the most carbon dioxide in 2016

Rank	Country	CO ₂ emissions (total)
1	China	9056.8MT
2	United States	4833.1MT
3	India	2076.8MT
4	Russian Federation	1438.6MT
5	Japan	1147.1MT

Rank	Country	CO₂ emissions (total)
6	Germany	731.6MT
7	South Korea	589.2MT
8	Islamic Republic of Iran	563.4MT
9	Canada	540.8MT
10	Saudi Arabia	527.2MT
11	Indonesia	454.9MT
12	Mexico	445.5MT
13	Brazil	416.7MT
14	South Africa	414.4MT
15	Australia	392.4MT
16	United Kingdom	371.1MT
17	Turkey	338.8MT
18	Italy	325.7MT
19	Poland	293.1MT
20	France	292.9MT

All emissions from 2016. Fuel combustion only. MT = Metric megatons. T = Metric tons

The rankings change when we account for the population of each country (ie, per capita emissions).

2016 rankings by per capita emissions

Rank	Country	
1	Saudi Arabia	16.3 T
2	Australia	16.2 T
3	United States	15.0 T
4	Canada	14.9 T
5	South Korea	11.6 T
6	Russian Federation	9.9T
7	Japan	9.0T
8	Germany	8.9T
9	Poland	7.7T
10	South Africa	7.4T
11	Islamic Republic of Iran	7.1T
12	China	6.4T
13	United Kingdom	5.6T
14	Italy	5.4T
15	France	4.5T
16	Turkey	4.2T
17	Mexico	3.6T
18	Brazil	2.0T

Rank	Country	
-------------	----------------	--

19	Indonesia	1.7T
----	-----------	------

20	India	1.6T
----	-------	------

All emissions from 2016. Fuel combustion only. MT = Metric megatons. T = Metric tons

The picture that emerges from these figures is one where—in general—developed countries and major emerging economy nations lead in total carbon dioxide emissions.

However, developed nations typically have high carbon dioxide emissions per capita, while some developing countries lead in the growth rate of carbon dioxide emissions. These uneven contributions to the climate crisis are at the core of the challenges the world community faces in finding effective and equitable [solutions to global warming](#).

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/im-ss-prozess-sagt-ein-ex-haeftling-des-kz-stutthof-aus-16482018.html?premium>

PROZESS UM SS-WACHMANN:

Eine große Umarmung

- VON MATTHIAS WYSSUWA, HAMBURG
- -AKTUALISIERT AM 12.11.2019-19:54



Im SS-Prozess in Hamburg sagt ein früherer Häftling des KZ Stutthof aus. Er berichtet von furchtbaren Taten und Erlebnissen. Und er will dem Angeklagten vergeben.

Als der Zeuge Moshe Peter Loth alle Fragen der Richterin beantwortet hat, darf auch er noch ein paar Fragen stellen. Er ist 76 Jahre alt und selbst Nebenkläger in dem Prozess gegen den früheren SS-Wachmann Bruno D. Von den ersten Monaten seines Lebens hat er einige in dem Konzentrationslager Stutthof verbracht, wo der heute 93 Jahre alte D. über die Gefangenen gewacht hatte.

Loths Mutter war schwanger verhaftet und später nach Stutthof deportiert worden. Erinnerungen an diese Zeit hat er nicht. Tiefe Spuren hat sie in seinem Leben trotzdem hinterlassen, auch nach dem Krieg folgten viele Jahre des Leids. Im Gericht aber spricht Loth von Vergebung. Seine letzte Frage richtet er direkt an den Angeklagten. Er fragt, ob er ihn umarmen dürfe. Der Angeklagte sagt ja.

Bruno D. ist in Hamburg der Beihilfe zum Mord in mindestens 5230 Fällen angeklagt. Er soll laut Anklage als Wachmann die „heimtückische und grausame Tötung insbesondere jüdischer Häftlinge“ unterstützt haben. Als Rädchen in der Tötungsmaschine. Am Dienstag ist mit Loth zum zweiten Mal ein Zeuge geladen, der Stutthof überlebt hat, wenn auch als Kleinkind. Heute lebt er in Florida. Die Richterin sagt, sie wolle nicht nach Erinnerung fragen, sondern welche Folgen das alles für sein Leben hatte. Loth erzählt die Geschichte seiner Familie, seine Geschichte. Stutthof ist eine frühe Station eines langen, schmerzhaften Wegs. An einer Stelle fragt die Richterin: „Wie kann man damit leben? Wie kann man nicht an der Menschheit verzweifeln?“ Loth sagt: „Das bin ich doch.“

„Ich bedaure alles, was da passiert ist“

Von seiner Mutter ist er getrennt worden. Nicht immer ist seinen Ausführungen so leicht zu folgen, nicht immer ganz klar, wann was genau war. Seine Mutter jedenfalls war verschwunden, lange sollte die Suche nach ihr dauern, eine polnische Frau half ihm dabei, so gut sie konnte. Nach dem Krieg hätten die Russen, erzählt er, ihn in Waisenhäuser gesteckt. Für sie war er ein Deutscher, so stand es in den Papieren. In der Nacht seien die Soldaten gekommen und hätten die Kinder missbraucht.



Zeuge Peter Loth :Bild: dpa

Er erzählt auch von Erschießungen. Erst Ende der fünfziger Jahre findet er seine Mutter, glücklich wird er aber in der neuen Familie auch nicht gleich. Nirgendwo scheint er hinzugehören. Er erzählt, was er später über seine frühere Familie herausfindet: Sein Großvater war ein Nazi, der seine jüdische Frau ermorden ließ und seine Tochter, die Mutter Loths, deportieren. Sein Onkel wurde ein SS-Mann. Er sagt, er habe Narben, er habe gelitten. Er habe eine Familie aus Nazis gehabt, er habe eine jüdische Familie. Dann fängt er an, über Vergebung zu sprechen. Er hat vergeben, und er hat um Vergebung gebeten für all die Wut, die er den Deutschen gegenüber empfunden hat. Dann stellt er dem Angeklagten Fragen.

Loth fragt, wo er gelebt habe, wie viele Wachmänner es gegeben habe. Bruno D. antwortet ruhig, so wie er es im ganzen Prozess schon getan hat. Als Loth ihn fragt, ob er bedaure, was dort passiert ist, sagt D.: „Ich bedaure alles, was da passiert ist.“ Er sagt, dass er nicht freiwillig da gewesen sei, er sei gezwungen worden. Bruno D. war 17 und für den Dienst an der Front untauglich, als er nach Stutthof kam. Er sagt: „Mir tut es leid, was Ihnen passiert ist. Ich bin erschüttert.“ Und er sagt, dass er nichts habe dagegen unternehmen können.

Ob es wirklich so ist, ob er sich nicht zumindest hätte versetzen lassen können, muss der Prozess klären. Loth fragt D. schließlich, ob er ihn umarmen darf. Er stellt sich in den Gerichtssaal und blickt in Richtung der Nebenklägervertreter und Zuschauer. „Ich werde ihn umarmen, ich werde ihm vergeben.“ Dann tritt er neben D., der im Rollstuhl sitzt, beugt sich zu ihm herunter, und sie liegen sich in den Armen für einige Sekunden. Als sie sich voneinander lösen, sieht man D. tief gerührt, mit seiner Hand hält er Loths Gesicht. Loth sagt: „Ich bin jetzt frei.“ Vor dem Gerichtssaal erzählt er, er habe so etwas nicht erwartet. D. habe geweint, habe ihn gefragt, ob er ihm vergeben könne. „Jetzt ist zumindest ein Kapitel für mich geschlossen“, sagt Loth.

Quelle: F.A.Z.

Lille: une conférence de Hollande annulée après une violente manifestation étudiante

Une cinquantaine de jeunes ont empêché l'ancien président de la République de s'exprimer, à Lille-2, sur la crise de la démocratie.



Par **Pierre Maurer** Publié il y a 2 heures, mis à jour il y a 2 heures

Des manifestants parfois cagoulés, forçant les portes d'un amphi, arrachant des pages du dernier livre de François Hollande et les jetant en l'air. C'est la scène qui s'est déroulée mardi après-midi à l'université de Lille-2, en amont d'une conférence sur la crise de la démocratie que devait donner François Hollande à 14h30, dans le cadre de [la promotion de son dernier livre Répondre à la crise démocratique](#) (Éd. Fayard). D'après le professeur de droit constitutionnel qui devait animer la conférence, Jean-Philippe Derosier, joint par *Le Figaro*, «une cinquantaine de manifestants» se sont introduits dans l'amphi «F», peu avant le début des échanges.

Pour Cyrille Macron, responsable étudiant du syndicat de droite UNI, «une bonne partie d'entre eux sont issus du syndicat de gauche radicale "Solidaires", et une petite partie sont des antifas et des syndiqués "Sud-Rail". Ils ont pénétré dans l'amphi par une entrée dérobée en prenant rapidement le dessus sur les deux ou trois agents du service d'ordre de l'université», détaille l'étudiant.

Sur les vidéos publiées par l'UNI sur Twitter, on distingue des manifestants brandir des drapeaux du syndicat «Solidaires». «Il y avait 1000 étudiants inscrits à la conférence qui attendaient de débattre avec le président Hollande dans deux amphis séparés», déplore Jean-Philippe Derosier. Il regrette que l'amphi ait été occupé pendant une heure, et que divers chants et slogans - «Anticapitalistes!», «Hollande assassin!» - aient été entonnés. «Le président Hollande ne venait pas pour créer la haine. Des ouvrages ont été arrachés, un amphi saccagé. C'est regrettable», peste le professeur.

Au même moment, l'ancien chef de l'État se trouvait dans une autre pièce de l'université. Face à la situation, il a préféré faire demi-tour: sa conférence a été annulée, sans qu'aucune autre date ne soit annoncée. *«(Il) ne souhaitait pas s'exprimer dans ces conditions»*, a indiqué son entourage au *Figaro*, ne souhaitant *«faire aucun commentaire»* sur les livres arrachés, qui avaient préalablement été installés sur une table dans l'amphithéâtre.

Dans un communiqué publié en fin d'après-midi, François Hollande a assuré qu'il avait *«toujours placé la jeunesse et la justice sociale au cœur de son quinquennat.»* S'il affirme *«comprendre l'émotion légitime»*, il regrette que *«cette émotion se soit transformée en violence»*. Le socialiste, en visite à Arras (Pas-de-Calais) le matin, devait débattre pendant près d'une heure et demie avec les étudiants à propos de la crise de la démocratie, sujet de son dernier ouvrage.

« Des sanctions seront prises »

Selon Jean-Philippe Derosier, la manifestation de ce mardi *«s'inscrit dans le contexte national, avec le drame Lyon de vendredi dernier»* - où un étudiant de 22 ans s'est immolé par le feu devant le bâtiment du centre régional des œuvres universitaires et scolaires (Crous). *«J'accuse Macron, Hollande, Sarkozy et l'Union européenne de m'avoir tué, en créant des incertitudes sur l'avenir de tous-tes»*, avait écrit Anas K., avant de passer à l'acte. *«Lyon, Lyon, ni oublié, ni pardon»*, ont scandé les manifestants bloquant la conférence de François Hollande.

Le matin même, une autre tentative de blocage avait eu lieu *«par le même groupe encore plus restreint»*, assure Cyrille Macron. Quelque 300 à 400 personnes se sont ensuite rassemblées à la mi-journée, devant le Crous de Lille, avec des pancartes disant: *«La précarité tue, la solidarité fait vivre»*. Les étudiants ont ensuite défilé dans les rues lilloises et certains ont pénétré la faculté de droit.

Contacté par *Le Figaro*, le président de l'université de Lille, Jean-Christophe Camart, s'est dit *«consterné»*. *«On est tous un peu abattu. Il y a eu des gestes que je condamne fermement.»* Concernant les manifestants, le président assure que les services de l'université vont *«essayer d'identifier les étudiants qui y ont participé»*. Et il promet que *«des sanctions seront prises.»*

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM IN AFRIKA:

Kinder als Altersvorsorge

- VON RAINER HERMANN, DOUALA
- -AKTUALISIERT AM 13.11.2019-15:23



Kamerun gilt als „Afrika im Kleinen“. Dort lässt sich beobachten, weshalb die Bevölkerung des Kontinents so schnell wächst. Der Gefahren dieser Entwicklung ist sich kaum jemand bewusst.

Derzeit lebt jeder sechste Erdbewohner in Afrika. Die [Vereinten Nationen](#) erwarten, dass es im Jahr 2050 bereits jeder vierte sein wird. Und zum Ende des Jahrhunderts werden vier von zehn Menschen auf dem afrikanischen Kontinent leben. Denn in ihrem jüngsten Bericht zur Entwicklung der Weltbevölkerung projizieren die Vereinten Nationen, dass Afrikas Bevölkerung von heute 1,3 Milliarden in den kommenden 80 Jahren auf 4,4 Milliarden wachsen wird. Allein der Zuwachs um 3,1 Milliarden Menschen wird dem Fünffachen der im Jahr 2100 erwarteten Bevölkerung Europas – einschließlich Russlands und der Ukraine – entsprechen.

Das größte Wachstum erwarten die Vereinten Nationen für Nigeria. Die Projektionen für das bevölkerungsreichste Land Afrikas sehen eine Verdopplung auf 400 Millionen bis zum Jahr 2050 vor und einen weiteren Anstieg auf 710 Millionen im Jahr 2100. Das wird dann um 75 Prozent über der Bevölkerungszahl liegen, die für den Süden, Westen und Norden Europas erwartet wird.

Fünf Kinder – mindestens

Da die meisten Länder Afrikas ihrer Bevölkerung bereits heute keine Arbeit und keine Zukunft geben können, werden die Konflikte und der Druck zur Migration zunehmen. So fürchten die Nachbarn Nigerias, dass eine Migration von Nigerianern in ihre Länder nicht friedlich verlaufen, sondern zu Konflikten führen wird. Davon wird auch Kamerun betroffen sein. Bereits heute beherbergt es eine halbe Million Flüchtlinge aus Nachbarstaaten, die zu den 26 Millionen Einwohnern Kameruns hinzukommen.

In Kamerun, das sich gerne als „Afrika im Kleinen“ bezeichnet, vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung wie auf dem ganzen Kontinent: Bis 2050 soll sich Kameruns Bevölkerung auf 52 Millionen verdoppeln, um danach bis zum Jahr 2100 auf 90 Millionen Einwohner weiter zu wachsen.

Auch in Kamerun zeigt sich, dass die Bevölkerungsentwicklung für einzelne Staaten und die Staatengemeinschaft dramatisch ist, dass sich die Einzelnen dabei jedoch rational verhalten. Denn solange es keine funktionierende staatliche [Altersvorsorge](#) und keine ausreichende medizinische Versorgung gibt, die die hohe Kindersterblichkeit senkt, werden junge Eltern unverändert mindestens fünf Kinder als Sicherheit für ihr Alter ansehen.

Der Präsident ist 86 – und klebt an der Macht

Ein Bewusstsein für die langfristigen Gefahren eines anhaltend hohen Bevölkerungswachstums ist nicht zu erkennen. Weder die Regierung noch gesellschaftliche Akteure wie die Kirchen – zwei Drittel der Bevölkerung Kameruns sind Christen – zeigen Verständnis für die Notwendigkeit von Familienplanung oder Verhütung. Lediglich zur Eindämmung von Aids werden Verhütungsmittel propagiert.

Vor allem in wenig entwickelten ländlichen Regionen werden viele Geburten und Todesfälle erst gar nicht registriert. Fachleute schätzen daher, dass die tatsächliche Bevölkerungszahl bereits über 30 Millionen liegt. Die Kindersterblichkeit ist zwar weiter hoch, sie geht aber zurück. Vor einem Jahrzehnt starben in Kamerun noch 124 von 1000 geborenen Kindern, derzeit sind es nur noch 84. Solche Statistiken bleiben jedoch ohne Wirkung, solange jede einzelne Familie damit rechnen muss, dass gerade ihre Kinder nicht überleben. Dabei spielt auch eine Rolle, dass vielen der Zugang zu medizinischer Versorgung faktisch versperrt bleibt, da sie das Bestechungsgeld für die Ärzte nicht bezahlen können.

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt in Kamerun nach Angaben der Weltbank bei 1500 Dollar und damit bei 12 Prozent des weltweiten Durchschnitts. Einheimische Gesprächspartner sagen, dass es dem Land heute schlechter gehe als noch vor zwanzig Jahren. Schlechter seien die Straßen und die Infrastruktur, ebenso die Schulen und das Gesundheitswesen.

Schuld an dem Niedergang ist jedoch nicht allein, dass die Bevölkerung seither um acht Millionen zugenommen hat. Auch die Stagnation des politischen Systems wird dafür verantwortlich gemacht. Präsident Paul Biya ist seit 1982 im Amt. Auch mit 86 Jahren gibt es keine Anzeichen dafür, dass er die Macht abgeben würde. Dabei hat die Opposition einen Hoffnungsträger: Maurice Kamtou. Erst jüngst wurde er wieder aus dem Gefängnis entlassen. Seit Biyas umstrittener und mutmaßlich manipulierter Wiederwahl im vergangenen Oktober nehmen zwar die Proteste von Kamerunern in der Diaspora zu, nicht aber im Land selbst, wo die Sicherheitskräfte Proteste nicht zulassen.

Kritisiert wird zum einen, dass im stark zentralisierten Präsidialsystem Kameruns alles auf den Präsidenten zuläuft. Er trifft alle Entscheidungen, er kontrolliert die Justiz ebenso wie – über seine verkrustete Regierungspartei – das zahnlose Parlament. Kritisiert wird ebenfalls, dass Biya lediglich der Kopf eines Systems ist, in dem Pfründe auf einzelne Familien verteilt sind. Einheimische schätzen, dass ein Zehntel das Land kontrolliert und unter sich aufteilt. Für Eigeninitiative und Wettbewerb bleibt da kein Raum. Wer nicht zum „System Biya“ gehört und etwas werden will, dem bleibt nur die Migration – und zwar nach Europa. Der Aufstieg in die „Elite“ bleibt ihm verwehrt.

Die „zweite Kolonisierung“

So haben 1960, als Frankreich Kamerun in die Unabhängigkeit entlassen hat, die Familien, die in führende Positionen aufstiegen, von der Kolonialmacht das Verständnis von Herrschaft und Politik übernommen: also das Land auszubeuten. Dazu gehört eine beispiellose Korruption. So kommt der Bau einer großen Zementfabrik durch einen Unternehmer aus Nigeria, der 10.000 Arbeitsplätze schaffen will, nicht zustande, weil der zuständige Minister für seine Unterschrift umgerechnet 20 Millionen Euro verlangt, die der Nigerianer Aliko Dangote aber nicht zahlt.



2009 besuchte Papst Benedikt Kamerun. Doch auch die Kirche zeigt kein Verständnis für die Notwendigkeit von Familienplanung oder Verhütung. :Bild: dpa

Von einer „zweiten Kolonisierung“ des Landes ist im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas die Rede. Denn China schafft Rohstoffe außer Landes, beschäftigt bei seinen Bauprojekten lediglich chinesische Arbeiter und trägt nichts zu einer lokalen Wertschöpfung bei.

Ein weiterer Mühlstein für das Land sind zwei Kriege: Im Norden terrorisiert Boko Haram die Zivilbevölkerung, und im Nordwesten begehren bewaffnete Rebellen gegen die Zentralregierung auf. In dem Konflikt zwischen dem frankophonen Zentralstaat und den zwei anglophonen Rebellenprovinzen, die eine Dezentralisierung fordern, sind bereits mehr als 3000 Menschen getötet worden. Ein Nationaler Dialog hat Anfang Oktober nichts zu einer Beilegung des Konflikts beigetragen. Schließlich wolle der Präsident alles in seiner Hand behalten, sagt ein Kameruner. Ohne eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung wird Kamerun aber seine Probleme nicht lösen. Auch da gilt wieder das Wort von Kamerun als dem „Afrika im Kleinen“.

Quelle: FAZ.NET

FRAUENERWERBSTÄTIGKEIT:

Die Teilzeitfalle ist noch da

- AKTUALISIERT AM 13.11.2019-15:49

Es arbeiten immer mehr Frauen. Was nach mehr Gleichberechtigung klingt, ist es aber nicht immer, wie Forscherinnen in einer neuen Studie zeigen.

Die Nachricht hört sich erst einmal gut an: Es arbeiten immer mehr Frauen. Allerdings sind immer mehr von ihnen in Teilzeit beschäftigt. Das zeigt eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), das Zahlen des sozio-oekonomischen Panels ausgewertet hat – also Längsschnittdaten analysiert hat, die beschreiben können, wie sich bestimmte Größen über die Zeit entwickeln.

Demnach arbeiteten 36 Prozent der erwerbstätigen Frauen im Jahr 2017 in Teilzeit; neuere Daten sind in der Studie nicht enthalten. Schon 2017 waren das allerdings mehr als 10 Prozentpunkte mehr als noch Mitte der Neunzigerjahre. Und Teilzeitarbeit hat nach wie vor große Nachteile: Die Stundenlohn-Lücke zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeiten – das Fachwort ist „Part-time Wage Gap“ – ist stark gestiegen. Lag sie Mitte der neunziger Jahre noch bei fünf Prozent, ist sie mittlerweile auf 17 Prozent angewachsen.

Die Gründe dafür, dass Teilzeitstellen oft schlechter bezahlt sind, deuten nicht unbedingt auf eine Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten hin. Sie zeigen zunächst einmal auf, dass viele Teilzeitstellen vor allem in schlechter bezahlten Berufen zu haben sind, wie die Autorinnen der Studie betonen. „Der Stundenlohn ist oft geringer, auch weil die Tätigkeiten öfter einfache und manuelle sind – diese Unterschiede sind zuletzt noch deutlich größer geworden“, sagt Katharina Wrohlich, eine der Autorinnen der Studie.

Teilzeit als Einbahnstraße

Mehr als 40 Prozent der erwerbsfähigen Frauen treten im Alter von 35 Jahren an kürzer und arbeiten nur noch in Teilzeit. In Westdeutschland ist das sogar bei mehr als jeder zweiten Frau der Fall. Das deutet den Studienautorinnen zufolge darauf hin, dass Frauen noch immer den Löwenteil der Kindererziehung und Haushaltsarbeit übernehmen.

Darüber hinaus ist die Teilzeit oft eine Einbahnstraße, wie die Mitautorin der Studie, Patricia Gallego Granados, sagt: „Frauen schaffen, selbst wenn die Kinder bereits älter sind, sehr oft keine Rückkehr in die Vollzeitarbeit.“

Grundsätzlich ist Teilzeiterwerbstätigkeit unter westdeutschen Frauen weiter verbreitet als in Ostdeutschland. Auch arbeiten Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen häufiger in Teilzeit als Frauen mit einem akademischen Abschluss.

LEHREN AUS DEUTSCHER GESCHICHTE:

Demokratie! Jetzt!

- VON HEINRICH AUGUST WINKLER
- -AKTUALISIERT AM 13.11.2019-10:48



Die Demokratie des wiedervereinigten Deutschlands tut gut daran, sich der Geschichte der ersten deutschen Republik, ihrer Kämpfe und ihres Scheiterns zu erinnern. Die Lehren aus diesem Kapitel sind bis heute gültig. Ein Gastbeitrag.

Der Reichsminister des Innern, der Sozialdemokrat Eduard David, sparte nicht mit Superlativen, als er am 31. Juli 1919 im Deutschen Nationaltheater in Weimar die Verabschiedung der Verfassung des Deutschen Reiches mit den Worten feierte, nirgends in der Welt sei die Demokratie konsequenter durchgeführt als in dieser Verfassung; die deutsche Republik sei die „demokratischste Demokratie der Welt“. Unter dem Eindruck des Scheiterns der Weimarer Republik in den Jahren 1930 bis 1933 fallen die Urteile der Historiker und Juristen meist sehr viel kritischer aus. Aber nur vom Ende her zu urteilen wäre einseitig, und das gilt erst recht für die Behauptung, die erste deutsche Republik sei vor allem an ihrer Verfassung gescheitert.

Die Weimarer Reichsverfassung ist der rechtsförmige Niederschlag der deutschen Revolution von 1918/19. Diese Revolution ist nicht als eine der großen, klassischen Revolutionen wie die Amerikanische Revolution von 1776 oder die **Französische Revolution** von 1789 in die Geschichte eingegangen. An sozialer und politischer Radikalität blieb sie weit hinter der Revolution der russischen Bolschewiki vom November 1917, der sogenannten Oktoberrevolution, zurück. Es konnte auch gar nicht anders sein.

Die Deutschen kannten die Demokratie

Für eine Politik der „tabula rasa“ war Deutschland nicht nur industriell viel zu entwickelt. Es war 1918 auch ein viel zu demokratisches Land. Die Deutschen kannten am Ende des **Ersten Weltkrieges** seit rund einem halben Jahrhundert das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht für Männer. Im Herbst 1918 ging es vor allem um eines: um mehr Demokratie. Es ging um das Frauenwahlrecht, um das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Einzelstaaten, Gemeinden und Kreisen, um die Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie in Reich und Ländern.

Das Deutsche Kaiserreich war bis zum Oktober 1918 eine konstitutionelle, aber keine parlamentarische Monarchie. Der Reichskanzler hing vom Vertrauen des Kaisers ab, nicht von dem des Reichstags. Die Verfassungsreform vom Oktober 1918 änderte diesen Zustand: Fortan bedurfte der Reichskanzler des Vertrauens des Reichstags.

Die späte Parlamentarisierung des Reiches war ein Zugeständnis an die westlichen Siegermächte, vor allem an die Vereinigten Staaten von Amerika. Von großen Teilen der militärischen Führung, oben an der Seekriegsleitung, wurde der Verfassungswandel ignoriert, so dass er mehr und minder nur auf dem Papier bestand. Deswegen folgte der „Revolution von oben“ im November die Revolution von unten.

Der zeitliche Zusammenfall von Demokratisierung und Niederlage wurde zur schwersten Hypothek der ersten deutschen Republik, ja zu einer der tieferen Ursachen ihres Scheiterns. Die nationalistische Opposition von rechts bekämpfte die Demokratie von Weimar von Anfang an als die Staatsform der Sieger und als ein undeutsches System: eine Diffamierung, die vor allem im Zeichen der Großen Depression der frühen dreißiger Jahre viel Anklang fand.

Die deutsche Revolution von 1918/19 trägt den Stempel der Zusammenarbeit der gemäßigten Teile von Arbeiterschaft und Bürgertum. Auf die Weimarer Verfassung trifft dasselbe zu. Sie war das Werk der seit Februar 1919 regierenden „Weimarer Parteien“: Die Sozialdemokraten, das katholische Zentrum und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei verfügten in der am 19. Januar 1919 gewählten Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung über eine Zweidrittelmehrheit.

Eine 71 Jahre verspätete Verfassung

Die Weimarer Reichsverfassung war nicht die erste demokratische Verfassung Deutschlands. Das war die Reichsverfassung vom März 1849, die von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt verabschiedet wurde, aber niemals effektive Geltung erlangte. Die Weimarer Verfassung verwirklichte, was die Revolutionäre von 1848 nicht erreichten: das alte liberale und demokratische Doppelziel von Einheit und Freiheit.

Der Grundrechtsteil der Verfassung von 1919 war auch im internationalen Maßstab mustergültig. Doch es gab auch viel zeitgenössische Kritik. Im Sommer 1932, also in der Endphase der Republik, schrieb der weit rechts stehende Staatsrechtler [Carl Schmitt](#), die Verfassung von 1919 und das Denken ihrer liberalen Verteidiger seien geprägt von einem „inhaltlich indifferenten, selbst gegen seine Geltung neutralen, von jeder materiellen Gerechtigkeit absehenden Legalitätsbegriff“ und infolgedessen „neutral bis zum Selbstmord“. Tatsächlich sah die Verfassung keine Barrieren gegen eine von der Mehrheit des Volkes gewollte, legale Abschaffung der Demokratie vor. Die Väter und Mütter der Weimarer Verfassung konnten sich eine solche Situation schlechterdings nicht vorstellen. Konstitutionelle Vorgaben, die dem Volkswillen Zügel anlegten, wären ihnen als Rückfall in den Obrigkeitsstaat erschienen.

Machtverschiebung im Jahr 1930

Zu den besonders umstrittenen Teilen der Reichsverfassung von 1919 gehörte die Machtverteilung zwischen der Legislative und der Exekutive, genauer gesagt: zwischen Reichstag und Reichspräsident. Der mit umfassenden Vollmachten ausgestattete Reichspräsident konnte sich wie der Reichstag auf ein direktes demokratisches Mandat stützen; er wurde, was 1925 erstmals geschah, direkt vom Volk gewählt. Er konnte im nicht genau definierten Krisenfall, gestützt auf den Notstandsartikel 48, quasi diktatorische Befugnisse ausüben. Unter dem ersten Reichspräsidenten, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, diente der Rückgriff auf den Artikel 48 der Stabilisierung der bedrohten Republik. Unter seinem im April 1925 gewählten Nachfolger, dem ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, sollte sich das ändern.

Die politische Rechte und wichtige Interessengruppen von Industrie und Landwirtschaft strebten seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine Machtverlagerung vom Reichstag zum Reichspräsidenten an. Von einem solchen stillen Verfassungswandel versprachen sich seine Befürworter eine wirtschaftsfreundlichere Politik als die bisherige – die Politik von Regierungen, die von parlamentarischen Mehrheiten abhängig waren.

Dass es 1930 zu dieser Machtverschiebung kam, lag auch an den prinzipiell verfassungsfreundlichen Parteien. Allzu oft hatten sie, wenn Kompromisse schwer fielen, sich darauf verlassen, dass notfalls der Reichspräsident in die Bresche springen würde. Als sich die in der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller vertretenen Parteien – außer den drei Weimarer Parteien die rechtsliberale Deutsche Volkspartei und die konservative Bayerische Volkspartei – im März 1930 nicht auf einen Kompromiss über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung einigen konnten, zerbrach die letzte parlamentarische Mehrheitsregierung.

Die Nachfolgeregierung, ein bürgerliches Minderheitskabinett unter dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, war zunächst ein verdecktes, seit Juli 1930 ein offenes, mit Notverordnungen regierendes Präsidialkabinett – toleriert von den Sozialdemokraten, die auf diese Weise einen noch schärferen Rechtsruck im Reich verhindern und ihre Machtposition in Preußen sichern wollten, wo Brünings Partei, das Zentrum, ihr Koalitionspartner war.

Mehr als zwei Millionen Stimmen verloren

Die Entparlamentarisierung, eine Folge der Selbstentmachtung des Reichstags, gab den antiparlamentarischen Kräften von rechts und links Auftrieb: den Nationalsozialisten, der nunmehr zweitstärksten Partei nach den Sozialdemokraten, noch sehr viel mehr als den Kommunisten. Hitler wurde zum Hauptnutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung Deutschlands vor 1918: der frühen Demokratisierung des Wahlrechts und der späten Parlamentarisierung des Regierungssystems. Er konnte fortan an beides appellieren: an das verbreitete Ressentiment gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die inzwischen tatsächlich gescheitert war, und an die Tradition der politischen Teilhabe in Gestalt des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, das von den Präsidialregierungen zunehmend um seine politische Wirkung gebracht wurde.

Bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 erhielten die Nationalsozialisten, die jetzt mit Abstand stärkste Partei, und die Kommunisten zusammen eine parlamentarische Mehrheit. Es war eine Mehrheit gegen die Demokratie. Deutschland befand sich in einer Staatskrise, aus der es keinen parlamentarischen Ausweg mehr gab.

Hitler ist nicht durch einen überragenden Wahlsieg an die Macht gekommen. Bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres 1932, am 6. November, verlor die NSDAP mehr als zwei Millionen Stimmen, während die KPD fast 700.000 Stimmen hinzugewann. An die Macht brachten Hitler Machenschaften der alten, wilhelminisch geprägten Machteliten um den greisen Reichspräsidenten von Hindenburg, obenan die ostelbischen Großagrarier, die im Führer der Nationalsozialisten einen Verbündeten in ihrem Kampf gegen die Linke aller Schattierungen sahen.



Reichspräsident Paul von Hindenburg am 1. Mai 1933 zusammen mit Reichskanzler Adolf Hitler bei einem Autokorso zum „Tag der Arbeit“ :Bild: AP

Zwangsläufig war die Machtübertragung an Hitler nicht. Die Weimarer Reichsverfassung kannte zwar kein konstruktives Misstrauensvotum wie das Bonner Grundgesetz, wonach das Parlament einen Kanzler nur durch die Wahl eines Nachfolgers stürzen kann. Aber der Reichspräsident hätte einen Reichskanzler, dem der Reichstag das Misstrauen ausgesprochen hatte, geschäftsführend im Amt

belassen oder durch einen nicht polarisierenden „unpolitischen“ Nachfolger ersetzen können. Doch die traditionelle Rechte wollte den radikalen Bruch mit Weimar und allem, wofür Weimar stand, und deshalb paktierte sie mit Hitler. Es war der Weg in die Katastrophe, den sie wählte.

Schaffung einer wehrhaften Demokratie?

Im Mai 1949, dreißig Jahre nach der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung und hundert Jahre nach der Verabschiedung der Reichsverfassung von 1849, erhielt ein Teil Deutschlands, der westliche, in Gestalt des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland eine neue, als Provisorium gedachte Verfassung. Es war der Versuch von weise gewordenen „Weimarern“, die die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland oder im Exil überlebt hatten, aus den Fehlern der ersten deutschen Republik zu lernen. Weimar war nicht an seiner Verfassung gescheitert, aber es gab Konstruktionsfehler der Verfassung, die das Scheitern erleichtert hatten. Die Möglichkeit, die politische Verantwortung vom Reichstag auf den Reichspräsidenten abzuschieben und einen Reichskanzler zu stürzen, ohne für die Folgen zu haften, war ein solcher Fehler. Der Untergang der ersten Republik hatte deutlich gemacht, dass auch Mehrheiten auf katastrophale Weise irren können. Demokratie lässt sich nicht auf das Mehrheitsprinzip reduzieren. Sie ist auf die Beachtung von bestimmten Staatsfundamentalnormen, namentlich den Grundgeboten der Rechtsstaatlichkeit, angewiesen – Erfordernissen, die mehrheitsfest sein müssen. Es war diese Einsicht, von der sich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates in Bonn, die Väter und Mütter des Grundgesetzes, 1948/49 leiten ließen.

Sie schufen eine wehrhafte Demokratie, die sich auch im Krisenfall als funktionstüchtig erweisen sollte. Nie wieder sollten Demokratie und Rechtsstaat unter Berufung auf den Mehrheitswillen abgeschafft werden können. Deshalb die Schaffung des Bundesverfassungsgerichts, das als Hüter der Verfassung auch die Kompetenz hatte, eine offen verfassungsfeindliche Partei äußerstenfalls zu verbieten. Deshalb die Stärkung des parlamentarisch verantwortlichen Regierungschefs, des Bundeskanzlers, gegenüber dem Staatsoberhaupt, dem Bundespräsidenten, der über sehr viel weniger Macht verfügt als der Reichspräsident und der nicht mehr vom Volk, sondern von einem eigenen Verfassungsorgan gewählt wird, der Bundesversammlung. Sie besteht aus den Abgeordneten des Deutschen **Bundestags** und einer gleich großen Zahl von Vertretern der Landtage. Der Bundestag kann den Bundeskanzler zwar stürzen, aber nur durch die Wahl eines Nachfolgers. Verglichen mit Weimar, ist die Bundesrepublik auch sehr viel föderaler aufgebaut: eine Antwort auf die Erfahrung des exzessiven Zentralismus des „Dritten Reiches“.

Beide Volksentscheide führten nicht zum Erfolg

Der Parlamentarische Rat stärkte die repräsentative Demokratie, indem er eine konkurrierende Gesetzgebung des Volkes ausschloss. Die Verfassung von 1919 hatte die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheiden vorgesehen: eine Form plebiszitärer Demokratie, die auf Reichsebene nur zweimal genutzt wurde: 1926 beim Volksentscheid über die Enteignung der Fürsten und 1929 beim Volksentscheid über den Young-Plan, einem Reparationsabkommen. Beide Volksentscheide führten nicht zum Erfolg, trugen aber zur Schwächung der parlamentarischen Demokratie bei.

Die Gefahr, dass es bei einem Volksentscheid zu einer Allianz der Antipoden, also einem Bündnis von Kräften kommen kann, die sich nur in der Negation einig sind, war im Sommer 1931 bei einem von der politischen Rechten initiierten Plebiszit zur Auflösung des Preußischen Landtags deutlich geworden. Damals hatten sich Nationalsozialisten, Kommunisten und andere Gegner der Weimarer Demokratie zusammengetan, um die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung des größten deutschen Staates zu Fall zu bringen. Der Versuch scheiterte; seine abschreckende Wirkung aber hielt auch noch nach dem **Zweiten Weltkrieg** an.

Es lag nicht so sehr am Text des Grundgesetzes, dass es trotz anfänglicher Skepsis nach wenigen Jahren weithin unumstritten war. Es war vielmehr die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, geprägt durch das „Wirtschaftswunder“ und die rasche Integration des jungen Staates in die

Gemeinschaft der westlichen Demokratien, die der politischen Ordnung der Bundesrepublik zu wachsender Akzeptanz verhalf, ja so etwas wie „Verfassungspatriotismus“ aufkommen ließ – ein Phänomen, das Weimar nur in unzureichendem Maß gekannt hat. 1986, auf dem Höhepunkt des „Historikerstreits“ um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, nannte der Philosoph **Jürgen Habermas** die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“ die „intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit, auf die gerade meine Generation stolz sein könnte“ – ein Verdikt, das sich im nachhinein als Gründungsdokument einer post humen Adenauerschen Linken interpretieren lässt.

Glück ist kein Verdienst

Die Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens war aber nur in einem Teil Deutschlands möglich – in jenem Teil, der das Glück hatte, 1945 von demokratischen Mächten besetzt zu werden. Glück ist kein Verdienst. Der andere Teil Deutschlands, die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR, konnte diese Öffnung erst nach der friedlichen Revolution von 1989 vollziehen. Die radikal unterschiedliche Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wirkt bis heute nach. Altdeutsche Vorbehalte gegenüber der westlichen Demokratie und ihrer politischen Kultur hatten bessere Überlebenschancen dort, wo es nicht die Möglichkeit gab, allmählich in das neue System hineinzuwachsen und frühere, eher obrigkeitlich geprägte deutsche Vorstellungen von politischer Ordnung in kontroversen gesellschaftlichen Debatten zu überwinden. Das Erstarken des Nationalpopulismus ist ein gesamtdeutsches, ja ein gesamteuropäisches und gesamtwestliches Phänomen. Aber dass eine Partei wie die AfD in den östlichen Bundesländern sehr viel mehr Zuspruch findet als in den westlichen, ist kein Zufall. Es hat viel zu tun mit den gegensätzlichen Bedingungen, unter denen sich die getrennten Teile Deutschlands viereinhalb Jahrzehnte lang entwickelt haben.

Siebzig Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes liegt die Frage nahe, ob es Bereiche gibt, in denen es der grundsätzlichen Überarbeitung bedarf. Am häufigsten wird in diesem Zusammenhang der Wunsch nach einer „Auflockerung“ oder Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente der direkten Demokratie genannt. Standen die Schöpfer des Grundgesetzes zu sehr unter dem Eindruck des katastrophalen Scheiterns der ersten Republik? Haben sie vielleicht sogar falsche Lehren aus Weimar gezogen, als sie das Mittel des Volksentscheids auf den Sektor Neugliederung des Bundesgebiets und die Verabschiedung einer neuen, gesamtdeutschen Verfassung beschränkten?

Was immer zugunsten direkter Demokratie auf kommunaler und Länderebene spricht, auf die Bundesebene lässt sich diese Variante von Demokratie nicht ohne weiteres übertragen. Politische Streitfragen auf ein schlichtes Ja oder Nein zu reduzieren ist häufig riskant. Gesetzentwürfe, die im Bundestag eingebracht werden, verlassen ihn nur selten unverändert. Ausschussberatungen und Plenardebatten führen häufig zu Änderungen, die meist Verbesserungen sind. Über die möglichen Folgen eines Beschlusses wird in der repräsentativen Demokratie oft heftig gestritten. Das Ergebnis ist im gar nicht so seltenen Idealfall das Resultat eines intensiven Austausches von Argumenten.

Plebiszite führen häufig zu einer politischen Polarisierung. Sie wirken emotionalisierend und keineswegs immer befriedend, wie das Brexit-Referendum vom Juni 2016 bis heute vor Augen führt. Wenn das Quorum, die Mindestbeteiligung bei einem Volksentscheid, niedrig ist (und ebendas fordern die Befürworter direkter Demokratie), ist die demokratische Legitimation eines Plebiszits keineswegs höher als die eines parlamentarisch verabschiedeten Gesetzes. Für die Ermöglichung von Bürgerinitiativen, die das Parlament zu bestimmten gesetzgeberischen Aktivitäten auffordern, gibt es gute Gründe. Gegen eine konkurrierende Gesetzgebung von Volk und Volksvertretung aber sprechen nicht nur die Weimarer Erfahrungen, sondern auch die aus jüngster Zeit. Nach wie vor gilt das Verdikt von Ernst Fraenkel, einem der führenden Arbeitsrechtler der Weimarer Republik, der nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil zu einem der Gründerväter der westdeutschen Politikwissenschaft wurde: „Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex.“

Erinnerung an Scheitern von Weimar wichtig

Aus Anlass der Wahl zum Europäischen Parlament ist im Sommer 2019 in Deutschland eine teilweise leidenschaftliche Debatte über die Parlamentarisierung der Europäischen Union geführt worden. Eine Frage ist dabei entschieden zu kurz gekommen: Kann man von demokratischen Wahlen sprechen, wenn diese zwar allgemein, frei, geheim und unmittelbar, aber nicht gleich sind? Das seit 1979 direkt gewählte Europäische Parlament geht nicht aus gleichen Wahlen hervor, und dafür gibt es gute, ja zwingende Gründe. Die Bürgerinnen und Bürger kleiner Staaten haben ein zehn- bis zwölfmal höheres Stimmgewicht als Bürgerinnen und Bürger großer Staaten. Wäre es anders, wären kleine Staaten wie Malta und Luxemburg entweder nicht im Straßburger Parlament vertreten, oder dem Hohen Haus müssten Tausende Abgeordneten angehören, so dass es nicht arbeitsfähig wäre.

Die Abweichung vom Gleichheitsprinzip sichert die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments. Aber seine demokratische Legitimation wird dadurch stark beeinträchtigt. Das ist hinnehmbar, solange seine Kompetenzen beschränkt sind. Das Straßburger Parlament erfüllt wichtige Aufgaben; es soll die Europäische Kommission kontrollieren und hat einen bedeutenden Anteil an der Gesetzgebung der EU. Wenn es aber dieselben Rechte wie ein demokratisch gewähltes nationales Parlament beansprucht und den Präsidenten der Europäischen Kommission faktisch im Alleingang bestimmen will, widerspricht das nicht nur dem Vertrag über die Europäische Union, sondern auch dem demokratischen Grundprinzip der Gleichwertigkeit jeder Stimme. In voller Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gelangt deshalb der frühere Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm zu dem Schluss, „dass die EU nach einer Vollparlamentarisierung demokratisch schwächer dastünde als vorher. Die Legitimationsprobleme würden sich verstärken, statt sich aufzulösen.“

Die EU ist noch immer ein Staatenverbund, und ihre Mitgliedstaaten sind die Herren der Verträge. Wer die Demokratie in der EU stärken will, muss die „Integrationsverantwortung“ der nationalen Parlamente stärken, von der das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über den Vertrag von Lissabon vom Juni 2009 spricht. Ein Mehr an Mitbestimmung der nationalen Parlamente, wo immer es um die großen Fragen der Europäischen Union geht, würde dem verbreiteten Gefühl entgegenwirken, es in „Brüssel“ mit der Macht einer verselbständigten Exekutivgewalt zu tun zu haben. Es ist ein Gefühl, an das die Nationalpopulisten – und nicht zuletzt die deutschen – mit beträchtlichem Erfolg appellieren. Wer die Demokratie in Europa stärken will, sollte nicht ungewollt Wasser auf die Mühlen der Nationalisten leiten.

Die Demokratie des wiedervereinigten Deutschlands tut hundert Jahre nach der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung gut daran, sich der Geschichte der ersten deutschen Republik, ihrer Kämpfe und ihres Scheiterns zu erinnern. Die Lehren, die das Grundgesetz aus diesem Kapitel der deutschen Geschichte gezogen hat, sind auch nach siebzig Jahren noch gültig. Die Verachtung der westlichen Demokratie hat Deutschland und die Welt in eine Katastrophe ohnegleichen geführt. Verblendeter Nationalismus kann sich auch in anderen als offen faschistischen oder nationalsozialistischen Formen zeigen, und militante Intoleranz gibt es nicht nur in rechtsradikaler, sondern auch in vorgeblich antifaschistischer Ausprägung. Es gilt, den Anfängen zu wehren – und es sind längst nicht nur Anfänge, mit denen wir es heute zu tun haben.

Der Verfasser lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im September ist sein Buch „Werte und Mächte. Eine Geschichte der westlichen Welt“ erschienen.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abschiedsrede-in-bruegge-donald-tusk-rechnet-mit-emmanuel-macron-ab-16484728.html>

ABSCHIEDSREDE IN BRÜGGE:

Donald Tusk rechnet mit Emmanuel Macron ab

- VON THOMAS GUTSCHKER, BRÜSSEL
- -AKTUALISIERT AM 13.11.2019-22:37



Der Pole wirft dem Franzosen vor, Russland gefährlich zu unterschätzen und Europa zu spalten. Auch den Brexiteers auf der Insel gibt der scheidende Ratspräsident noch einen mit.

Zwei Dinge wollte Donald Tusk unbedingt noch sagen, bevor er in zwei Wochen die europäische Bühne verlässt. Am Mittwochabend sprach der scheidende EU-Ratspräsident in Brügge zum neuen Studien-Jahrgang des Europakollegs, einer prestigereichen Einrichtung. Wenn er diese Dinge vor ein paar Monaten gesagt hätte, wäre er womöglich gefeuert worden, so leitete er den entscheidenden Teil seiner Abschiedsrede ein. Was dann folgte, war eine Abrechnung mit den Brexiteers auf der Insel und mit dem Mann, der selbst kein Blatt vor den Mund nimmt: Emmanuel Macron.

Tusk nahm Bezug auf das spektakuläre Interview, das Macron vor einer Woche dem „Economist“ gegeben hatte. Darin attestierte der **französische Präsident der Nato den „Hirntod“** und forderte die Europäer auf, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Den Traum von einem souveränen Europa teile er, sagte Tusk. Doch dann müsse Europa auch so handeln – und nicht so, wie Macron es kürzlich getan habe, als er im Alleingang verhinderte, dass Albanien und Nordmazedonien zu EU-Beitrittskandidaten heraufgestuft werden. „Es wird kein souveränes Europa geben ohne einen stabilen Balkan, der in Europa integriert ist“, sagte Tusk.

Dann knöpfte sich der frühere polnische Ministerpräsident Macrons Haltung zu Russland vor. Der französische Präsident fordert seit einigen Wochen, dass Europa diese Beziehung neu bewerten soll: weg von der Gegnerschaft, hin zu einer Partnerschaft. Macron hält die **Nato** auch deshalb für überholt, weil sie auf einer überholten Vorstellung aus dem Kalten Krieg beruhe – dass Moskau der Feind sei. Doch Tusk erinnerte an die russische Invasion auf der Krim im Jahr 2014, als er das Amt des Ratspräsidenten unternahm. Er zeigte sich stolz, dass die damals verhängten Sanktionen gegen Moskau unter seiner Führung immer wieder verlängert worden seien. „Unsere harte und nachdrückliche Haltung zu Russland war der erste Ausdruck unserer Souveränität, klar und unmissverständlich“, behauptete Tusk.

„Aber mich nicht, Emmanuel!“

Macron habe hingegen gerade erst gesagt, dass er das Russland-Bild des Ungarn **Viktor Orbán** teile und hoffe, dass Orbán die Polen umstimmen könne in ihrer Haltung zu Moskau. Vielleicht gelinge das, sagte Tusk und fügte hinzu: „Aber mich nicht, Emmanuel!“ Schon vorher hatte er sich in seiner Rede klar vom französischen Präsidenten abgesetzt, den er einen „lieben Freund“ und „unsere Hoffnung für die Zukunft“ nannte. Da ging es um Tusks eigenen Versuch, die Einheit der Europäischen Union in schwieriger Zeit zu wahren. Die Schuldenkrise der Griechen, die Migrationskrise, der Brexit – das waren die großen Herausforderungen dieses Ratspräsidenten. „In den vergangenen fünf Jahren war es nötig bei sogenannten kreativen Ideen und Initiativen auf die Bremse zu treten: ein kleiner Klub,

Kerneuropa und andere.“ Paris sei da besonders aktiv gewesen, „paradoxerweise gerade nach der Wahl Präsident Macrons“.

Er fügte einen scharfen Satz hinzu: „Die Einheit Europas wird weder von extremen Europaskeptikern geschaffen werden noch von radikalen Föderalisten.“ Damit warf er Macron indirekt vor, dass er Europa spalte – ganz im Gegensatz zum Anspruch des Franzosen.

An den Briten hat sich Tusk seit dem Brexit immer wieder gerieben. Den Brexiteers wünschte er einen „besonderen Platz in der Hölle“. In Brügge knüpfte er sich deren Behauptung vor, dass Großbritannien wieder zu einer globalen Macht aufsteige, wenn es die EU erst verlassen habe. „Ich habe überall dasselbe gehört, in Indien, Neuseeland, Australien, Kanada und Südafrika“, hob Tusk an – alles Mitglieder des Commonwealth. „Dass das Vereinigte Königreich nach seinem Abschied ein Außenseiter werde, ein zweitklassiger Spieler, während das Schlachtfeld von China, den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union besetzt sein wird.“ Er zitierte einen englischen Freund, der wohl recht habe, wenn er sage, „dass der Brexit das wahre Ende des Britischen Empire ist“. Klare, harte, unbequeme Sätze – dafür war Tusk in den vergangenen Jahren bekannt und manchmal auch berüchtigt. Er nahm sich die Freiheit, zu sagen, was er denkt, statt sich hinter Sprechformeln zu verstecken. Genau so hat er sich am Mittwochabend in Brügge aus der ersten Reihe der europäischen Politik verabschiedet.

Le Figaro, no. 23405

Le Figaro, jeudi 14 novembre 2019 631 mots, p. 18

Débats

Les présidents d'université doivent protéger la liberté d'expression !

Collective, Tribune

Alors que François Hollande vient d'être la cible de militants d'extrême gauche à l'université de Lille, plus de cent universitaires, intellectuels et essayistes* - dont le philosophe Michel Onfray ou encore l'ancien ministre de l'Éducation nationale Xavier Darcos - s'inquiètent de la multiplication de ces actes de violence et d'intimidation dans les universités et appellent

leurs présidents à assumer leurs responsabilités. Plusieurs événements récents démontrent que la liberté d'expression et de communication est entravée dans les universités françaises. Ces derniers mois, pas moins de cinq manifestations ont été annulées par des universités suite à des menaces émanant de groupes de pression divers et d'organisations d'extrême gauche. À chaque fois, les organisateurs ont renoncé au prétexte qu'ils ne seraient pas en mesure d'assurer la sécurité des participants et du public.

En janvier, la conférence sur la ruralité du député Jean Lassalle, à l'université de Lille, a été annulée sous la pression d'associations féministes et de SUD Solidaires, qui lui contestaient la faculté de parler en public à cause de son comportement jugé sexiste. À la Sorbonne, la représentation de la pièce *Les Suppliantes* d'Eschyle a été annulée en mars après l'appel au boycott d'associations dites antiracistes qui reprochaient à son metteur en scène d'avoir grimé les comédiens en personnes noires. Un mois plus tard, la conférence d'Alain Finkielkraut à Sciences Po a échappé de justesse à la censure après les menaces d'un groupuscule dénommé « Sciences Po en Lutte-Institut Clément Méric » .

Voilà peu, la formation consacrée aux signaux de la radicalisation, dispensée par Mohamed Sifaoui à l'université Paris-I, a été annulée à la suite des critiques proférées par des associations islamistes selon lesquelles l'essayiste « *stigmatise les musulmans* » . Et tout récemment, l'université de Bordeaux Montaigne a renoncé à la tenue de la conférence de la philosophe Sylviane Agacinski, opposée à la PMA pour toutes et à la GPA, à la suite d'un communiqué de plusieurs associations féministes et LGBT qui annonce que tout sera mis en oeuvre pour que la conférence n'ait pas lieu.

Chaque fois que les universités cèdent à ces menaces, elles se déshonorent et trahissent leur mission.

En effet, leur rôle est d'offrir un espace de confrontation des idées qui favorise la réflexion et non un espace où le conformisme intellectuel s'impose en maître. Elles doivent également favoriser l'émergence de l'esprit critique, qui suppose toujours d'analyser toutes les données d'un débat pour se forger ses propres convictions. C'est cet esprit critique qui permet de résister au dogmatisme, ce cancer de la pensée qui empêche toute découverte et asservit l'homme.

Nous ne pouvons pas accepter que nos universités cèdent plus longtemps, par lâcheté, à ce chantage idéologique et ces menaces liberticides. La liberté d'expression doit être garantie et défendue par les présidents d'université, quitte à mobiliser les moyens dont ils disposent pour en assurer le respect. Forts de leur pouvoir de police, ils peuvent et doivent assurer la tenue et la sécurité de ces conférences, en faisant, le cas échéant, appel aux forces de l'ordre.

Les universités françaises doivent rester le lieu privilégié de l'échange des idées, des connaissances, des questions, dont surgit, parfois, le génie humain.

** Cette tribune (dont l'initiative revient à Morgane Daury-Fauveau, professeur de droit privé à l'université d'Amiens, présidente du Ceru) a été cosignée par plus de cent universitaires, intellectuels et essayistes. Parmi ceux-ci figurent notamment Georges Bensoussan, historien ; Pascal Bruckner, philosophe et écrivain ; Laurent Bouvet, professeur de science politique à l'université de Versailles-Saint-Quentin ; Philippe d'Iribarne, sociologue ; Luc Ferry, philosophe ; Alain Finkielkraut, philosophe ; Olivier Gohin, professeur de droit public à l'université Paris-II-Assas ; Serge Guinchard, doyen honoraire de la faculté de droit de l'université de Lyon-III, recteur honoraire ; Anne-Marie Le Pourhiet, professeur de droit public à l'université de Rennes-II.*

La liste complète des personnalités signataires est à retrouver sur FigaroVox Premium.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bevoelkerungswachstum-ein-politisch-heikles-thema-16481923.html?premium=0x3a4a28feab5af94493b5e549e2e7e5ab&GEPC=s5>

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM:

„Ein politisch heikles Thema“

Die Demographie-Forscherin Alisa Kaps über die Weltbevölkerungskonferenz, schwierige Gespräche mit afrikanischen Regierungschefs, Gegenwind von Abtreibungsgegnern und darüber, wie Rechtspopulisten das Thema Bevölkerungswachstum besetzen.



- VON STEFAN TOMIK
- -AKTUALISIERT AM 12.11.2019-16:13

Schon 1994 haben die UN-Staaten das Recht jedes Einzelnen verbrieft, frei über seinen Körper und die Zahl seiner Kinder zu bestimmen, und zwar im Aktionsprogramm von Kairo. 25 Jahre später tagt nun die Weltbevölkerungskonferenz in Nairobi. Hat es zwischenzeitlich Fortschritte gegeben?

Das war ein Meilenstein, der damals in Kairo verabschiedet wurde: Das Recht auf reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung. Es ist seither schon viel passiert. Kinder- und Müttersterblichkeit konnten reduziert werden, mehr Frauen haben Zugang zur Bildung. Aber wir sehen weiterhin sehr viele Defizite. Noch immer haben Frauen in einigen Weltregionen keinen Zugang zu Schwangerschaftsfürsorge und –nachsorge. In den weniger entwickelten Staaten fehlen Verhütungsmittel für 200 Millionen Frauen, obwohl sie gerne Schwangerschaften vermeiden würden. Darum geht es jetzt in Nairobi.

Sehen Sie auch Nachholbedarf in entwickelten Ländern?

Auch in Europa ist die Lage teilweise noch schwierig. Beim Zugang zu Informationen, Beratung und Mitteln der Familienplanung sticht Polen besonders negativ heraus. Es ist das Schlusslicht in der EU.

Woher kommt der Widerstand?

In Europa und Amerika arbeiten „Anti-Choice“-Bewegungen gegen das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung. Der Vatikan lehnt auch unter dem als progressiv geltenden Papst Franziskus jegliche Form der modernen Familienplanung ab. Der Gegenwind hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen, auch in den Vereinten Nationen.

Die Vereinigten Staaten waren 1994 ein wichtiger Treiber des Aktionsprogramms von Kairo. Warum hat sich das mittlerweile gedreht?

Damals regierte Bill Clinton. Unter Donald Trump sperren sich die Vereinigten Staaten wieder dagegen, Entwicklungsgeld an ausländische Organisationen zu zahlen, wenn die in irgendeiner Form mit Abtreibung in Verbindung gebracht werden. Dafür reicht es schon, wenn sie Frauen, die in einer Notsituation eine Schwangerschaft beenden möchten, an einen Arzt vermitteln. Diese amerikanische Blockadepolitik hat einen enormen Effekt. Vorgeblich geht es nur um Abtreibung, aber es trifft auch Organisationen, die bloß Familienplanung und Schwangerschaftsbetreuung anbieten.

Auch in Nairobi wollen die Gegner der Konferenz laut sein. Religiös geprägte Organisationen haben bereits Widerstand angekündigt und die „Pro-Abtreibungs-Agenda“ kritisiert. Ist das berechtigt?

Es gibt natürlich progressive Stimmen, die fordern, dass Frauen das Recht haben sollen abzutreiben. Trotzdem wurde schon 1994 konkret festgehalten: Abtreibung soll auf keinen Fall ein Mittel zur Familienplanung sein, nur eine Notlösung. Aber wenn Frauen abtreiben, dann soll es sicher sein und nicht in irgend einem schäbigen Hinterzimmer stattfinden. Das kann man sicherlich nicht als „Pro-Abtreibungs-Agenda“ bezeichnen.

Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um etwa 80 Millionen Menschen – so viele wie Deutschland Einwohner hat...

Richtig, aber die Tendenz geht leicht zurück. Die absoluten Zuwächse werden kleiner, weil viele Staaten schon unter dem Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau liegen. Mehr als die Hälfte des Wachstums findet mittlerweile in Afrika statt. Natürlich wachsen auch einige asiatische Staaten noch, aber andere wie China schrumpfen schon.

Gerade viele afrikanische Staaten wollen sich nicht reinreden lassen. Ist das Bevölkerungswachstum ein Tabu-Thema?

Es ist ein politisch vermintes Thema in vielen Ländern, die noch sehr hohe Kinderzahlen haben. Man stößt bei afrikanischen Regierungschefs mitunter auf taube Ohren. Es heißt dann: Wer seid ihr eigentlich, dass ihr uns vorschreiben wollt, wie viele Kinder wir haben dürfen?

Wollen Sie das denn?

Im Gegenteil: Wir unterstützen die Selbstbestimmung. Wir wollen bloß, dass Länder mit starkem Bevölkerungswachstum an den richtigen Stellschrauben drehen: Gesundheit und Bildung verbessern, vor allem von Frauen, Gleichberechtigung stärken und Arbeitsplätze schaffen. Das alles führt dazu, dass die Zahl der Wunschkinder sinkt. Und dann muss es natürlich auch Verhütungsmittel geben, damit dieser Wunsch umgesetzt werden kann. Frauen stehen dabei im Mittelpunkt, weil sie in den meisten Gesellschaften die Verantwortung für die Familie tragen. Wenn sie Mitsprache haben, gebildet sind und in Politik und Arbeitsmarkt integriert, dann wünschen sie sich in der Regel viel weniger Kinder.

Auch Rechtspopulisten nutzen das Thema Bevölkerungswachstum für sich. Aus der Jugendorganisation der AfD etwa kommt der Vorschlag, unsere Entwicklungshilfe an die Einführung einer Ein-Kind-Politik zu koppeln, um den angeblichen Klimatreiber Bevölkerungswachstum zu bremsen. Was halten Sie davon?

Wir sehen das auf jeden Fall mit Sorge. Eine Ein-Kind-Politik ist nicht nur menschenrechtswidrig, sondern auch ineffektiv und politisch nicht zu vertreten. Nicht die afrikanischen Länder treiben den Klimawandel, sondern wir im globalen Norden mit unserem Konsum und Lebensstil. Doch Populisten stellen den Zusammenhang falsch dar. Umso mehr sehen wir es als unsere Aufgabe an, diese Diskussion faktenbasiert zu führen und die richtigen Maßnahmen abzuleiten. Afrikaner unter Druck zu setzen, um den von uns verursachten Klimawandel zu bekämpfen, kann nicht die Lösung sein.

Alisa Kaps ist Ressortleiterin für Internationale Demographie am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

NEGATIVE WAHRNEHMUNG:

Warum die Deutschen nicht so arm sind, wie sie denken

Immer mehr Menschen in Deutschland seien von Armut bedroht, heißt es oft. 84 Prozent der Bürger glauben das. Dabei sieht die Realität ganz anders aus – selbst für Ausländer, wie ein Blick auf die Statistik zeigt. Doch diese Feststellung ist unpopulär. Warum?

- VON DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 11.11.2019-18:33

Eine Bestandsaufnahme der sozialen Verhältnisse in Deutschland könnte mit folgenden Feststellungen beginnen: Die Armutsgefährdung der Deutschen befindet sich auf dem tiefsten Stand seit zehn Jahren. Der Anteil der Menschen, die hierzulande in absolut ärmlichen Verhältnissen leben, ist so gering wie noch nie seit dem Jahr 2005. Gleiches gilt auch für die Zahl der Deutschen, die für ihren Lebensunterhalt auf die Grundsicherung Hartz IV angewiesen sind. Sie ist so niedrig wie noch nie seit der Arbeitsmarktreform vor 15 Jahren. Alle drei Feststellungen sind durch Daten des Statistischen Bundesamts und der [Bundesagentur für Arbeit](#) gedeckt, stützen sich also nicht auf windige Quellen – sie sind jedoch sehr unpopulär.

In der öffentlichen Wahrnehmung spielen sie keine Rolle. Auch das ist übrigens offiziell belegt: Eine Untersuchung für den Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung von 2017 kam zu dem Ergebnis, dass der Anteil armer Menschen hierzulande nach Ansicht von 84 Prozent der Bürger in den vorangegangenen fünf Jahren gestiegen sei; nach Ansicht von 44 Prozent sogar stark. Dass der Anteil der Armen gesunken sei, glaubten weniger als 6 Prozent. Und nichts deutet darauf hin, dass sich daran seither viel geändert hat.

Diese negative Wahrnehmung ist allerdings nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie in einem starken Kontrast zu den statistischen Ergebnissen steht. Gleichzeitig steht sie auch in einem Kontrast zum Ausmaß sozialpolitischer Aktivität der Regierung. Denn die Summe aller Sozialausgaben in Deutschland ist laut Bundessozialministerium seit Beginn des Jahrzehnts um 29 Prozent auf 996 Milliarden Euro im Jahr 2018 gestiegen; auch inflationsbereinigt ist das ein Anstieg um 18 Prozent. Wie stark dieser zum Abbau statistisch messbarer [Armut](#) beigetragen hat, ist bisher kaum erforscht. Offensichtlich ist, dass mit den zusätzlichen 225 Milliarden Euro je Jahr nicht die wahrgenommene Armut gesunken ist.

2006 markiert den Höchststand der Armutsentwicklung

Für diese tiefen Klüfte gibt es wohl eine Reihe von Ursachen. Zwei davon scheinen indes eine besondere Rolle zu spielen. Das ist zum einen die sozialpolitische Diskussion unter dem Einfluss voller Staatskassen und verunsicherter Volksparteien. Zum anderen ist es die Migration – wobei sich deren Einfluss auf das Gesamtgeschehen etwas leichter bestimmen lässt, als er sich teilweise in den zitierten Statistiken niederschlägt und insoweit messen lässt. Das erfordert nur eine etwas genauere Betrachtung der Zahlenreihen, die beim Statistischen Bundesamt und der Bundesagentur für Arbeit für alle interessierten Bürger abrufbar sind.

Kurz gesagt: Die drei eingangs getroffenen Feststellungen beschreiben anhand dieser Statistiken die sozialen Verhältnisse für Deutsche und für Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben. Sie klammern hingegen Menschen mit ausländischem Pass aus und damit insbesondere Neuankömmlinge – unter ihnen Einwanderer aus dem östlichen Europa und Menschen, die in den vergangenen Jahren auf dem Asylweg angekommen sind. Betrachtet man die statistischen

Ergebnisse, in denen auch dieser Personenkreis berücksichtigt ist, sieht das Gesamtbild der Entwicklung etwas ungünstiger aus. Allerdings: Von stark steigenden Armutsziffern kann selbst dann keine Rede sein.

Sehr anschaulich zeigen dies die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zu [Hartz IV](#). Im Jahr 2006, das den Höchststand markiert, lebten insgesamt beinahe 7,5 Millionen Erwachsene und Kinder in Haushalten, die ihren Lebensunterhalt mit Grundsicherung für Arbeitssuchende bestritten; unter ihnen waren 6,1 Millionen Deutsche und knapp 1,4 Millionen Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit. Doch während die Zahl der betroffenen Deutschen bis 2018 um mehr als ein Drittel auf 3,9 Millionen gesunken ist, hat sich die Zahl der Ausländer im Hartz-IV-System im gleichen Zeitraum um mehr als 50 Prozent auf 2,1 Millionen erhöht. Deshalb ist die Gesamtzahl der Personen in Hartz-IV-Haushalten seither „nur“ um 1,4 Millionen oder 19 Prozent auf 6,1 Millionen gesunken.

Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen und Inländern

Außerdem lässt sich aus den Zahlenwerken der Arbeitsagentur ablesen, dass seit dem Jahr 2015 allein ungefähr 800.000 Menschen aus den Asylherkunftsländern – allen voran Syrien, Irak und Afghanistan – neu ins Hartz-IV-System gekommen sind. Weitere 70.000 aus Rumänien und Bulgarien kamen hinzu. Aber die Gesamtzahl ausländischer Hartz-IV-Bezieher ist seit dem Jahr 2015 dennoch weniger stark gestiegen, und zwar um 650.000. Daraus lässt sich schließen, dass in den vergangenen fünf Jahren auch viele schon länger in Deutschland lebende Ausländer den Ausstieg aus Hartz IV gefunden haben.

All dies ist sozialpolitisch bedeutsam. Denn es zeigt, dass eine sehr günstige Entwicklung dadurch überlagert wurde, dass binnen kurzer Zeit sehr viele Menschen neu nach Deutschland und nicht wenige auch neu ins Hartz-IV-System gekommen sind. Das kann einerseits den verbreiteten Eindruck erklären, dass die Zahl der Armen hierzulande gestiegen sei – andererseits widerspricht es der Deutung, dass große Teile der inländischen Bevölkerung im sozialen Gefüge abgerutscht seien. Und für Flüchtlinge aus Syrien oder Migranten aus Rumänien bedeuten Einreise nach Deutschland und Eintritt ins Hartz-IV-System nicht unbedingt eine Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse.

Sozialpolitisch bedeutsam sind solche Differenzierungen auch deshalb, weil die Integration von Einwanderern in den Arbeitsmarkt im Zweifel andere Maßnahmen erfordert als eine Politik zur Verbesserung von Lebensbedingungen oder Vermittlungschancen inländischer Langzeitarbeitsloser. In der jüngst vom Bundesverfassungsgericht und seinem Urteil über Sanktionen gegen Arbeitsverweigerung ausgelösten Debatte spielte dies aber zunächst keine erkennbare Rolle. Ein Bündnis von Sozialverbänden, Grünen, Linkspartei und Teilen der [SPD](#) fordert nun sogar, sämtliche Sanktionsdrohungen gegen Hartz-IV-Bezieher zu streichen, die Anweisungen der Jobcenter nicht folgen wollen. Mögliche Auswirkungen auf die Integrationsbereitschaft von Einwanderern wurden bisher kaum diskutiert.

All das gilt aber nicht nur für die Hartz-IV-Statistik, sondern genauso für die vielbeachteten Zahlenreihen zur sogenannten Armutsgefährdung. Diese misst, welcher Anteil der Bevölkerung als Einkommen weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Mittels (Medians) zur Verfügung hat. Und führt zu einigen – scheinbar – paradoxen Ergebnissen: So lag die Armutsgefährdungsquote von Menschen ohne Migrationshintergrund im vergangenen Jahr mit 11,4 Prozent etwas niedriger als im Jahr 2005. Gleichzeitig lag auch die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund mit 27,2 Prozent niedriger als im Jahr 2005. Trotzdem ist die Quote der Betroffenen in der Gesamtgesellschaft gestiegen – von 14,7 auf 15,5 Prozent. Dies liegt daran, dass in der Gesamtgesellschaft der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, einer Gruppe mit trotzdem noch überdurchschnittlich hoher Armutsgefährdungsquote, gestiegen ist.

Die Linke deutet um

Wie gut sich solche Befunde humanitär, europapolitisch und ökonomisch begründen lassen, ist ein eigenes Kapitel gesellschaftlicher Auseinandersetzung. In den auch in der schwarz-roten Koalition

eifrig geführten Gerechtigkeits- und Sozialstaatsdebatten spielen sie jedoch meist Nebenrollen. Das galt zuletzt auch für den Streit über die Grundrente – obwohl deren ursprüngliche Begründung einmal damit zu tun hatte: Sie sollte sicherstellen, dass langjährig rentenversicherte Arbeitnehmer später auch als Bezieher aufstockender Grundsicherung besser dastehen als – zum Beispiel – Einwanderer, die kaum Sozialbeiträge gezahlt haben (die frühere SPD-Chefin Andrea Nahles führte zur Illustration den „Balalaika-Spieler vom Balkan“ an). Das hätte aber keine erbitterte Streiterei über Bedürftigkeits- und Einkommensprüfungen erfordert.

Mittelbar allerdings spielen die statistischen Folgen der Migration sehr wohl eine große Rolle: Sie tun dies insofern, als Sozialverbände, Gewerkschaften, Linke, Grüne und Teile der SPD diese Folgen oft zu Belegen für ein Scheitern jener Sozialstaatsreformen umdeuten, die sie seit jeher bekämpfen – obwohl nach diesen Reformen die Zahl armutsgefährdeter und auf Hartz IV angewiesener Inländer gesunken ist. Nur vereinzelt sind Einwände zu hören, dass die von Sozialstatistiken erfasste Einwanderung in Teilen vielleicht ein Beleg für die Attraktivität des Sozialstaats sei. Träfen sie zu, könnte dies sogar bedeuten, dass sich die allgemeine Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse in Deutschland durch weitere Steigerungen der Sozialausgaben noch verschlechtert.

160,87

<https://www.zeit.de/2019/47/demografie-entwicklung-bevoelkerung-alter-armut-einwanderung/komplettansicht>

Demografie:

7,7 Milliarden Menschen ...

... leben auf der Welt. Jede Sekunde kommen zwei hinzu. Aber wie lange noch? In Zukunft könnte nicht mehr Überbevölkerung das Problem der Menschheit sein, sondern etwas ganz anderes.

Von **Bastian Berbner**

13. November 2019, 16:50 Uhr Editiert am 14. November 2019, 15:39 Uhr DIE ZEIT Nr. 47/2019, 14. November 2019 325 Kommentare



Ein Freibad im südkoreanischen Seoul. Die Hauptstadt ist das größte Ballungszentrum des Landes – aber auch eines der letzten. In der Provinz schrumpft die Bevölkerung schon seit Jahren. © Seunggu Kim/INSTITUTE

7,7 Milliarden Menschen ... – Seite 1

Nigeria

Während draußen auf den Straßen von Agege die Männer zusammenströmen und ihre Gebetsteppiche ausrollen, während sie in tausendfacher Gleichzeitigkeit ihre Häupter Richtung Mekka beugen und der Verkehr, der Lärm, das Gewusel dieser Stadt im Südwesten Nigerias für einen Moment zum Erliegen kommen, sitzt Hadizatu Ahmed hinter ihrem Haus und denkt laut darüber nach, wann sie ihr erstes Kind geboren hat.

Sie sei ungefähr 70 Jahre alt, sagt Hadizatu Ahmed, genau wisse sie das nicht. Geheiratet habe sie mit fünfzehn. Einen Schneider. Ein Jahr später habe sie ein Mädchen auf die Welt gebracht, Habiba. Ein Jahr später eine Fehlgeburt. Zwei Jahre später kam Danjuma, ein Junge.

Dann nahm sich ihr Mann eine zweite Frau. Hadizatu Ahmed bekam die beiden Räume rechts des Flures, die sie noch heute bewohnt. Die andere Frau die beiden links. Hadizatu Ahmed setzte sich zum Ziel, ihrem Mann mehr Kinder zu gebären als die andere.

Kurz darauf brachte sie Tiggani zur Welt, den zweiten Jungen. Noch im selben Jahr entband die andere Frau ein Mädchen.

Ein Jahr später bekam Hadizatu ein Mädchen, Ladi. Und die Zweitfrau einen Jungen.

Hadizatu: eine weitere Tochter, Teni. Dann noch eine, Mariam. Die Zweitfrau: einen Sohn, dann eine Tochter.

Hadizatu: wieder eine Tochter, die aber bald die Malaria holte. Die Zweitfrau: einen Jungen.

Hadizatu: wieder ein Mädchen, Fatima. Und die Zweitfrau kurz darauf das letzte Kind dieser Familie, ebenfalls ein Mädchen.

Hadizatu Ahmed hatte den familieninternen Wettbewerb gewonnen, acht zu sechs, aber es habe sich angefühlt wie eine Niederlage, sagt sie, weil sie nur zwei Söhne hatte und die andere drei.

Vierzehn Kinder – ihr Mann habe in der Nachbarschaft gut dagestanden, sagt sie, aber es war nichts gegen den alten Bello, der habe es auf dreißig gebracht, allerdings mit vier Frauen. Und schon gar nichts gegen Kabii, bei dem müssen es um die vierzig Kinder gewesen sein.

Nach dem Ende des Gebets werfen die Männer vor Hadizatu Ahmeds Haus wieder ihre Motorräder an. Frauen balancieren Plastikschalen auf dem Kopf. Kleine Kinder gehen an den Händen der größeren. Menschen hängen außen an einem gelben Sammeltaxi, das in die Schlaglöcher hinein- und wieder aus ihnen herausrumpelt. Menschen sitzen auf dem Dach eines Lastwagens. Menschen winken, Menschen lachen, Menschen schreien. Überall Menschen.

Als Hadizatu Ahmed jung war, stand hier Wald. Heute ist Agege Teil der 21-Millionen-Metropole Lagos, der größten Stadt Afrikas. Seit Hadizatu Ahmed ihr erstes Kind bekam, hat sich die Bevölkerung Nigerias vervierfacht, auf 200 Millionen.

Jede Nigerianerin bekommt durchschnittlich 5,4 Kinder.

Das ist nur Nigeria. In den Nachbarländern sind die Zahlen ähnlich. Niger hat die höchste Geburtenrate der Welt: 7,2 Kinder pro Frau. Mali: 5,9. Tschad: 5,8. Burkina Faso: 5,2.

Und das ist nur Afrika. Afghanistan: 4,4. Jemen: 3,8. Papua-Neuguinea: 3,6.

In jeder Sekunde werden irgendwo auf der Welt vier Kinder geboren, während zwei Menschen sterben. Seit Sie angefangen haben, dieses Dossier zu lesen, ist die Weltbevölkerung um etwa 200 Menschen angewachsen.

Schon lange ahnen die Menschen, sie könnten einmal zu viele werden. Maler haben die drohende Enge auf der Erde in Öl gebannt. Hollywood hat Filme gedreht, in denen Kolonien auf fernen Planeten entstehen, weil es auf der Erde nicht mehr genug Nahrung gibt. Der Schriftsteller Dan Brown hat in einem Roman eine Verschwörerbande beschrieben, die ein Virus verbreitet, das ein Drittel der Menschheit unfruchtbar macht. Das Buch heißt *Inferno*.

Es stimmt ja: Ein Mensch braucht Essen. Die Nahrung muss irgendwo gedeihen. Ein Mensch braucht Kleidung. Die Baumwolle muss irgendwo wachsen. Ein Mensch braucht ein Dach über dem Kopf. Das Haus muss irgendwo stehen.

Der Platz auf der Erde ist begrenzt. Sie kann nur eine endliche Zahl an Menschen tragen. Derzeit sind es 7,7 Milliarden.

New York

Im 19. Stock eines Hochhauses in Midtown Manhattan arbeiten zwölf Wissenschaftler daran, die Zukunft der Menschheit vorherzusagen. Ihr Chef, Frank Swiaczny, ist ein 52 Jahre alter Deutscher, der mal Fotograf für den *Mannheimer Morgen* war. Als er keine Lust mehr hatte, Bilder von Autounfällen zu knipsen, studierte er Geografie. Heute leitet er für die Vereinten Nationen ein Team aus Statistikern und Demografen, das berechnet, wie sich die Weltbevölkerung entwickeln wird.

Um die Zukunft vorherzusagen, müssen Swiacznys Leute erst einmal die Gegenwart verstehen – und die Vergangenheit.

Seit 1950 fließen jedes Jahr neue Angaben in die Datenbank der Vereinten Nationen, es sind Geburts- und Sterberaten, Ein- und Auswanderungszahlen aus 235 Ländern und Territorien. Manchmal sind die Daten sehr genau, wie jene aus Norwegen, wo man per Knopfdruck jederzeit nachsehen kann, wie viele Einwohner das Land aktuell hat. Manchmal sind die Daten sehr ungenau, wie jene aus dem Libanon – letzte Volkszählung 1932 – oder aus Syrien und dem Kongo, wo es Kriege seit Jahren unmöglich machen, die Einwohner zu zählen.

Swiacznys Leute verifizieren die Daten, bereinigen sie, wühlen sich sogar durch Erhebungen, die jene Menschen zu fassen versuchen, die schwer zu fassen sind, wie die Obdachlosen auf den Straßen New Yorks und die Nomaden in den Wüsten Arabiens.

All diese Zahlen formt der Computer zu Entwicklungslinien, und die zeigen meist nach oben.

Die Weltbevölkerung wächst, seit Jahrtausenden schon. Als die Jäger und Sammler vor 12.000 Jahren sesshaft wurden, lebten wahrscheinlich keine zehn Millionen Menschen auf der Welt. Jesus von Nazareth hatte bereits 300 Millionen Mitmenschen. William Shakespeare im 16. Jahrhundert 400 Millionen. Überall auf der Welt bekamen Frauen damals viele Kinder. Aber da viele von ihnen früh starben, blieb die Bevölkerungsgröße stabil. Manchmal sorgten Epidemien oder Kriege sogar für einen Rückgang.

Dann stiegen die Zahlen im 18. Jahrhundert auf einmal an, ausgehend von Europa. Dank produktiverer Landwirtschaft und besserer medizinischer Versorgung überlebten jetzt viel mehr Kinder. Um das Jahr 1800 gab es erstmals eine Milliarde Menschen auf der Welt. Es folgten Revolutionen, die den Menschen länger leben ließen: Impfungen, Krankenversicherung, Antibiotika.

1928 zwei Milliarden.

1959 drei Milliarden.

1973 vier Milliarden.

1986 fünf Milliarden.

1998 sechs Milliarden.

2010 sieben Milliarden.

Um die weitere Entwicklung der Weltbevölkerung vorherzusagen, benutzt Frank Swiacznys Team ein Modell, das im Detail sehr kompliziert, im Kern aber sehr einfach ist: Die Bevölkerungszahl des nächsten Jahres entspricht jener des derzeitigen Jahres plus Geburten minus Todesfälle. Das lässt sich dann, basierend auf Wahrscheinlichkeiten, Jahr für Jahr weiterrechnen. Die Vereinten Nationen prognostizieren die Zahlen bis ins Jahr 2100.

Alle zwei Jahre geben sie neue Vorhersagen bekannt, und so nimmt im Juni dieses Jahres Frank Swiaczny hinten im Pressezentrum der Vereinten Nationen Platz, während sein Chef vorn auf dem Podium sitzt. Zwei Dutzend Journalisten sind da, eine Kamera überträgt live ins Internet.

Swiacznys Chef sagt, die Weltbevölkerung werde weiterwachsen und um das Jahr 2100 elf Milliarden erreichen.

Elf Milliarden. Noch mal fast dreieinhalb Milliarden mehr.

Am nächsten Tag sitzt Frank Swiaczny in seinem Büro, da hat sich die Nachricht schon rund um die Welt verbreitet.

Euronews aus Frankreich: "Im letzten halben Jahrhundert ist die Zahl der Menschen regelrecht explodiert. Dieses Wachstum wird weitergehen."

RTVE aus Spanien: "Es gibt zwei Protagonisten in der demografischen Explosion: Afrika und Asien."

Spiegel Online aus Deutschland: "Die Weltbevölkerung wächst weiter rasant."

Allerdings: Das Wort "rasant" ist auf der Pressekonferenz nicht gefallen, auch nicht das Wort "Explosion". Es entspricht nicht den Prognosen, weshalb Frank Swiaczny darüber nur den Kopf schütteln kann.

Die Wahrheit steckt ja schon in den Zahlen der Vergangenheit, man muss nur ein wenig genauer hinschauen. Die Menschheit benötigte 128 Jahre, um von einer Milliarde auf zwei Milliarden zu kommen. Für die darauffolgende Milliarde brauchte sie 31 Jahre. Für die nächste noch 14, dann noch 13 und schließlich nur noch 12. Die Menschheit wuchs immer schneller. Aber dann brauchte sie für eine weitere Milliarde, jene, die sie auf sieben Milliarden brachte, erneut 12 Jahre. Bis zur nächsten Milliarde wird es wieder 13 Jahre dauern, bis zur darauffolgenden 14, dann sogar 20 Jahre.

Das Wachstum hat sich nicht beschleunigt, es hat sich verlangsamt.

Die elf Milliarden, auch das sagte Swiacznys Chef bei der Pressekonferenz, werden laut den Berechnungen der Vereinten Nationen keine weitere Zwischenstation auf dem Weg zu einer weiteren Rekordmarke sein.

Sie sind das Maximum.

Eines der größten Ereignisse der Menschheitsgeschichte steht bevor, der Moment, in dem Homo sapiens seine größte Ausbreitung erreicht haben wird. Über Jahrtausende wurden die Menschen immer mehr und mehr. Bald werden sie weniger.

Die Ursache dafür wird kein Krieg sein, auch keine Krankheit, keine Hungersnot, wie sie in der Vergangenheit das Bevölkerungswachstum mitunter gebremst haben, nein, die Ursache wird viel mächtiger sein als all das. Das Schrumpfen der Menschheit wird eine bewusste Entscheidung der Menschen sein. Oder besser: Es ist eine bewusste Entscheidung. Denn sie ist längst gefallen.

"Erst starb die Schule, dann das Dorf"

Südkorea

An der Mündung des Tamjin-Flusses, ganz im Süden der Koreanischen Halbinsel, steht, zweistöckig und knallgelb gestrichen, die Grundschule des Dorfes Daegu. Der Fußballplatz vor dem Gebäude ist verwaist, in den Strafräumen sprießt Unkraut. Im Gebäude lange Flure, seltsam still.

In einem Zimmer im Erdgeschoss sitzen die Schüler der zweiten Klasse vor ihrer Lehrerin und singen leise ein Lied. Sie sind zu fünft. Im ersten Stock die dritte Klasse (zwei Schüler), die vierte (einer), die fünfte (ebenfalls einer). Im Klassenzimmer der sechsten arbeiten fünf Kinder an Plakaten zum Thema Chrysanthemen.

14 Schüler – in einem Gebäude, ausgelegt für 200.

Hätte die neue Direktorin, Lee Ju Young, nicht diese Idee gehabt, wäre die Schule wahrscheinlich schon geschlossen. Als Lee, eine höfliche, feingliedrige Frau Mitte fünfzig, hier im vergangenen Jahr ihren Dienst antrat, war sie seit 30 Jahren Lehrerin. In dieser Zeit hat sie ein regelrechtes Schulsterben beobachtet. Allein in ihrem Landkreis seien es mindestens zehn gewesen, sagt sie, zweimal habe sie selbst an Schulen unterrichtet, die geschlossen wurden, weil es keine Schüler mehr gab.

Es sei immer dasselbe gewesen, sagt sie. Erst habe die Schule dichtgemacht, dann die Post und irgendwann der Supermarkt. "Erst starb die Schule, dann das Dorf."

Als sie ihren neuen Job begann, stellte Lee Ju Young fest: Für die erste Klasse gab es genau null Anmeldungen. Sie musste sich etwas überlegen.

Hier, im ländlichen Süden Koreas, der noch geprägt ist von Landwirtschaft und Fischerei, gibt es viele alte Frauen, die nie eine Schule besucht haben. Also schlug sie der Elternvertretung vor: Warum die Schule nicht öffnen für Senioren?

Als Erste meldete sich die Mutter des Elternsprechers, eine 70-Jährige, die ihr Leben lang auf Reisfeldern geschuftet hatte, eine Analphabetin. Sechs weitere Frauen kamen hinzu. Im März dieses Jahres begrüßte Lee Ju Young eine neue erste Klasse: sieben Schülerinnen, zwischen 70 und 82 Jahre alt.

An diesem Novembermorgen sitzen sie, während nebenan die Zweitklässler singen, in einer Reihe vor ihrer Lehrerin, schwarz gefärbte Haare, krumme Rücken und Beine, einige lachen mit unvollständigen Zahnreihen. Vorsichtig malen sie Schriftzeichen in ihre Hefte. Eine beschreibt ihr Wochenende: "Ich habe gefrühstückt. Dann bin ich zum Dorftreffpunkt gegangen." Eine andere übt ihren Namen: "Geum Hwang Gol".

Die Schulleiterin stemmt sich gegen einen Trend, von dem sie weiß, dass er nicht zu stoppen ist. Jedes Jahr schließen in Südkorea Dutzende Schulen. In einem Stadtteil der Provinzstadt Gwangju machten allein dieses Jahr 40 von 400 Kindergärten dicht. Seit 41 Monaten melden die Statistikbehörden jeden Monat einen Rückgang der Geburtenzahlen.

Will eine Gesellschaft ihre Bevölkerungszahl halten, müssen die Frauen durchschnittlich 2,1 Kinder gebären. In Südkorea sind es noch 0,98, so wenige wie nirgendwo sonst auf der Welt.

Das ist nur Südkorea. In den Nachbarländern sind die Zahlen ähnlich. Taiwan: 1,2. Singapur: 1,2. Hongkong: 1,3. Japan: 1,5.

Und das ist nur Asien. Portugal: 1,2. Deutschland: 1,5. Kanada: 1,6. Kuba: 1,7.

Mehr als die Hälfte aller Länder weltweit sind bereits unter das sogenannte Reproduktionsniveau gesunken, unter ihnen alle Industrienationen (außer Israel). Langfristig schrumpfen sie. All diese Länder haben ein Stadium erreicht, das Experten wie Frank Swiaczny als Stufe drei des demografischen Modells bezeichnen.

Stufe eins galt von Beginn der Menschheit an bis ins europäische 18. Jahrhundert: hohe Geburtenrate, hohe Sterberate. Die Bevölkerung ist stabil oder wächst nur langsam.

Stufe zwei tritt ein, wenn sich eine Gesellschaft modernisiert, bessere Medizin, bessere Ernährung: Die Geburtenrate ist noch hoch, aber die Sterberate sinkt. Die Bevölkerung wächst schnell.

In Stufe drei geht dann auch die Geburtenrate zurück, das Wachstum schwächt sich ab und kommt zum Erliegen. Warum?

In Europa begann dieser Prozess im 19. Jahrhundert. Die Industrialisierung zog die Menschen in die Städte, wo sie nicht mehr auf Feldern arbeiteten, sondern in Fabriken. Auf dem Land waren Kinder hilfreich gewesen. Zwei Hände mehr zum Säen und Ernten. Außerdem kosteten Kinder wenig, trugen aber, jedes für sich, die Chance auf eine große Zukunft in sich. Ein Kind zu bekommen war ein Investment.

In der Stadt lebten viele Arbeiter nun in winzigen Wohnungen, zu klein für große Familien. Beim Geldverdienen konnten die Kinder kaum helfen, essen mussten sie trotzdem. Kinder waren, ökonomisch gesehen, eine Last geworden.

In ganz Europa wuchsen Dörfer zu Städten und Städte zu Metropolen, und überall entschieden Paare nach langen Arbeitstagen für wenig Lohn: Sie können sich kein weiteres Kind leisten. Eins, zwei, vielleicht drei bekamen sie satt. Fünf oder sechs waren undenkbar geworden.

Überbevölkerung wird langfristig kein Problem sein

Luxemburg unterschritt in den 1950er-Jahren als erstes Land weltweit das Reproduktionsniveau. Es folgten der Rest Europas und dann, im Lauf des 20. Jahrhunderts, die Schwellen- und einige Entwicklungsländer. Überall zog das Versprechen auf Wohlstand die Bauern in die Städte. Seoul und Tokio wuchsen zu Megastädten, megagroß und megateuer. Rio de Janeiro und Mexico City expandierten wie im Zeitraffer. Genau wie Neu-Delhi und Dhaka.

2008 lebten weltweit erstmals mehr Menschen in der Stadt als auf dem Land.

In Südkorea, wo heute bereits 82 Prozent in Städten wohnen, könnte die Bevölkerung nach Berechnung der Vereinten Nationen innerhalb einer Generation um fast zehn Prozent schrumpfen. Chinas Einwohnerzahl könnte – verstärkt durch die jahrzehntelange Ein-Kind-Politik – regelrecht kollabieren. Auch das Milliardenland Indien liegt nur noch knapp über dem Reproduktionsniveau von 2,1. Brasilien, das bevölkerungsreichste Land Südamerikas, schon darunter – genau wie ganz Europa.

Dass die Weltbevölkerung pro Sekunde um zwei Menschen wächst, liegt allein daran, dass es zwei Regionen auf der Erde gibt, in denen noch immer sehr viele Kinder geboren werden: den Mittleren Osten und, vor allem, Afrika. Was nicht heißt, dass nicht auch dort bereits einige Länder Stufe drei erreicht haben.

Die Nigerianerin Hadizatu Ahmed hat acht erwachsene Kinder. Keines von ihnen hat ebenfalls acht Kinder. Die genaue Zahl ihrer Enkel hat sie nicht im Kopf. Ihr ältester Sohn, der im Hof neben ihr sitzt, versucht zu helfen, am Ende einigen sie sich auf "ungefähr 26". Das wären durchschnittlich drei.

Man nimmt es nicht wahr, wenn man durch Agege läuft, wo überall zu viele Menschen zu sein scheinen, zu viele Passagiere für ein Taxi, zu viele Betende für eine Moschee, zu viele Kinder für einen Fußballplatz, doch die Wahrheit ist: Die Frauen hier bekommen zwar noch immer viele Kinder, aber es sind weniger als früher.

Keine Region der Welt wird sich laut Prognosen der Vereinten Nationen schneller urbanisieren als Afrika. Lagos wird um das Jahr 2030 zu den größten Städten der Welt gehören, Ende des Jahrhunderts könnte es die größte von allen sein.

Doch dann, so wie Seoul, das erst explosionsartig wuchs, dieses Jahr aber erstmals wieder unter die Zehn-Millionen-Einwohner-Grenze sank, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch Lagos irgendwann wieder schrumpfen, genau wie Nigeria und ganz Afrika, der letzte Kontinent, der bis dahin noch Bevölkerungswachstum generiert hatte.

Das sollte es den Menschen der Zukunft leichter machen, mit dem endlichen Platz auf diesem Planeten auszukommen. Übervölkerung wird, langfristig betrachtet, kein Problem sein. Die Menschheit muss nur die Elf-Milliarden-Beule überstehen. Schafft sie das?

New York

In seinem Büro sagt Frank Swiaczny, Warnungen, die Erde könne nicht genug Nahrung produzieren für die vielen Menschen, die auf ihr lebten, habe es schon immer gegeben, und sie seien immer falsch gewesen.

Der britische Ökonom Robert Malthus prophezeite im 18. Jahrhundert, schon bald würden Hunger und Verelendung über die Welt kommen, weil die Nahrungsmittelproduktion langsamer wachse als die Bevölkerung. Es war genau umgekehrt. Noch zu Malthus' Lebzeiten entwickelten die Menschen besseres Saatgut, die Landmaschinen wurden leistungsfähiger, die Werkzeuge günstiger, dank effizienterer Zuchtverfahren stieg das durchschnittliche Gewicht einer Kuh von 370 auf 800 Pfund.

1968 schrieb der amerikanische Biologe Paul Ehrlich in seinem Bestseller *Die Bevölkerungsbombe*: "Der Kampf, die Menschheit zu ernähren, ist verloren. In den 1970ern und 1980ern werden Hunderte Millionen Menschen verhungern." Seither hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt, Hungersnöte gibt es kaum mehr. Im Gegenteil, heute sterben weit mehr Menschen an Fettleibigkeit als an Unterernährung. Neue Pestizide und Herbizide, noch besserer Dünger und noch leistungsfähigere Maschinen haben die Erträge der Felder rund um die Welt weiter erhöht. Schon heute wird genug Nahrung für elf Milliarden Menschen produziert.

"Sie müsste nur anders verteilt werden", sagt Frank Swiaczny. Elf Milliarden satt zu kriegen müsse kein Problem sein.

Aber werden nicht die zusätzlichen CO₂-Emissionen, die diese zusätzlichen Menschen verursachen werden, den Klimawandel weiter beschleunigen? Dort, wo die Bevölkerung wachse, sagt Swiaczny, werde wenig emittiert. Eine nigrische Familie mit sieben Kindern besitzt kein Auto, wird wahrscheinlich nie fliegen und lebt vom Ertrag ihrer eigenen Felder. Ihr CO₂-Ausstoß tendiert gegen null.

Der Großteil der weltweiten Treibhausgas-Emissionen fällt dort an, wo kaum Kinder geboren werden, in Südkorea, China, Deutschland, dort, wo die Fabriken stehen, wo jedes Jahr, obwohl es weniger Menschen gibt, mehr geflogen, mehr Auto gefahren und mehr Fleisch gegessen wird.

Sollte die Welt daran scheitern, den Klimawandel zu stoppen, dann wird es nicht an den zusätzlichen Menschen im Niger liegen, sondern daran, dass die Industrieländer es nicht schaffen, rechtzeitig ihre Emissionen zu senken.

Wien

An einem Oktoberabend federt Wolfgang Lutz auf die Bühne im Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die Wände: überbordender Stuck. Die Decke: ein gigantisches Gemälde der antiken Götterwelt. Das Licht: warm, aus kristallinen Leuchtern. In diesem Gebäude der Vergangenheit spricht Wolfgang Lutz von der Zukunft.

"Die Vereinten Nationen überschätzen das Wachstum"

Vor einem Publikum aus Wissenschaftlern, Regierungsbeamten und Journalisten erstellt Wolfgang Lutz eine Bestandsaufnahme der Nachhaltigkeitsziele, deren Einhaltung sich die Weltgemeinschaft vorgenommen hat. Säulen, Linien und Zahlenkolonnen zeigen den Fortschritt bei den Themen Klima, Ernährung und Wirtschaft an. Lutz' eigentlicher Fachbereich aber ist die Entwicklung der Weltbevölkerung.

Wolfgang Lutz, Professor an der Universität Wien, ist Demograf, einer der einflussreichsten weltweit. Seit Jahren publiziert er in den wichtigsten Fachzeitschriften. Auch Frank Swiaczny schätzt seine Expertise. Sogar Frank Swiaczny, muss man sagen. Denn im Kern machen beide dasselbe. Sie benutzen dieselben Zahlen und ein ähnliches Modell, um das Bevölkerungswachstum vorherzusagen – nur kommt Wolfgang Lutz zu anderen Ergebnissen.

"Die Vereinten Nationen überschätzen das Wachstum", sagt Lutz, "das tun sie seit Jahrzehnten, weil ihr Modell veraltet ist."

Wolfgang Lutz erklärt das an einem Beispiel. Man solle sich eine Gesellschaft von 1000 Menschen vorstellen, von der man weiß, dass sie zuletzt eine Wachstumsrate von zwei Prozent hatte. Vor dem Zweiten Weltkrieg, als die Demografie noch am Anfang stand, hätten Forscher gesagt: "Diese Gesellschaft wird nächstes Jahr aus 1020 Menschen bestehen."

Nach dem Zweiten Weltkrieg merkten die Wissenschaftler aber, dass das nicht unbedingt stimmt. Dann nämlich, wenn es in dieser Gesellschaft besonders wenige Frauen im gebärfähigen Alter gibt – oder besonders viele. Dann wird diese Gesellschaft im nächsten Jahr vielleicht nur 1010 Mitglieder haben oder schon 1040.

Die Demografen fügten also Alterskohorten in ihre Modelle ein, die Prognosen wurden genauer.

Das ist, grob vereinfacht, der Stand, auf dem Wissenschaftler noch heute rechnen, auch die Vereinten Nationen. Nicht aber Wolfgang Lutz.

Er sagt, neben dem Alter gebe es ein zweites Kriterium, das die Geburtenrate ebenso direkt beeinflusse. Eines, das von den Vereinten Nationen ignoriert werde, das aber, wenn man es berücksichtige, die Prognosen vielleicht sogar stärker verändere als damals die Einführung des Alters.

Nigeria

Ihr fünftes Kind gebar Hadizatu Ahmed an einem Montag, und da ihr und ihrem Mann kein Name einfiel, nannten sie das Mädchen Teni, "Montag". Heute ist Teni 42 Jahre alt und lebt in einer Zweizimmerwohnung im Zentrum von Lagos. Sie sitzt auf einem modrig riechenden Sofa und erzählt, dass das Leben, in das sie hineingeboren wurde, für Mädchen wenige Chancen vorsah.

Ihr Vater habe nur an zwei Formen der Mädchenbildung geglaubt, sagt Teni: an die Hausarbeit und den Koran. Teni ging trotzdem zur Grundschule, ihre Mutter wollte es so. Nach sechs Jahren bestand sie die Zulassungsprüfung für die weiterführende Schule. Sie konnte gut mit Zahlen umgehen, machte sich Hoffnung, einmal bei einer Bank zu arbeiten. Mit achtzehn war sie bereit für die Abschlussprüfung, aber ihr Vater sagte, er könne die Gebühr nicht bezahlen.

Teni blieb zu Hause, vier Jahre lang. Im Wesentlichen, sagt sie, habe sie diese Zeit damit verbracht, die Liebesgeschichten in einem Magazin namens *Super Story* zu lesen, das sie sich von ihrem Essensgeld kaufte. Sie verzichtete auf eine Mahlzeit und bekam dafür eine Traumwelt.

Ihre Freundinnen kriegten Kinder, manche schon das zweite oder dritte, aber anders als sie wollte Teni einen Mann, den sie liebte. Wie die Frauen in den Geschichten. Sie heiratete mit 24. Auch nicht die große Liebe, aber ihre Tante sagte, er sei ein Guter.

Sie zog mit ihm in den Norden und bat ihn um Geld, um endlich die Abschlussprüfung nachzuholen – er weigerte sich. Nach drei Jahren hatte sie selbst genug gespart. Sie bestand. Kurz darauf bekam sie einen Sohn und schrieb sich, er war erst wenige Wochen alt, an der Universität ein, Grundschullehramt.

Ihrem Mann gefiel das nicht. Manchmal habe er sie geschlagen, sagt sie. Aber ihr sei das Studium wichtig gewesen, sie habe etwas aus sich machen wollen. Also ließ sie sich scheiden. Und studierte

weiter. Nach sechs Jahren machte Teni das Examen. Sie war 33 Jahre alt, Grundschullehrerin und hatte ein Kind.

Heute, neun Jahre später, sagt sie: "Ein, zwei weitere Kinder wären schön, aber ich habe keinen Mann."

Die Unterschiede zwischen Hadizatu Ahmed, der Mutter, und Teni Ahmed, der Tochter, sind zahlreich: die Generation, die Anzahl der Kinder, die Lebensphilosophie. Wolfgang Lutz würde all das dennoch auf ein Wort runterbrechen – Bildung.

"Das Gehirn ist das wichtigste Reproduktionsorgan", sagt er. Schon wenig Bildung macht einen Unterschied. Wenn Frauen verstehen, dass Kinderkriegen nicht gottgegeben ist, sondern eine bewusste Entscheidung sein kann, *ihre* Entscheidung, bekommen sie automatisch weniger Kinder. Je besser sie die sozialen und ökonomischen Kosten verstehen, die ein Kind mit sich bringt, desto strategischer planen sie. Teenager-Schwangerschaften werden weniger, Frauen beginnen zu verhüten, und da sie ihrem Nachwuchs die besten Chancen ermöglichen wollen, fördern sie lieber wenige Kinder viel als viele Kinder wenig.

Je besser Frauen gebildet sind, desto später bekommen sie Kinder. Erst muss noch die Prüfung bestanden, der erste Job gesichert, der Studienkredit zurückgezahlt, das Ende der Probezeit oder die nächste Gehaltserhöhung abgewartet werden.

Bildung ist die beste Verhütung. Das ist vielfach belegt, zeigt sich aber nirgendwo so deutlich wie in der bildungshungrigsten Gesellschaft von allen – der südkoreanischen.

Schon Kindergartenkinder lernen hier lesen und schreiben. Grundschüler nehmen nach der Schule noch Privatstunden. Teenager bereiten sich jahrelang auf die Zulassungsprüfungen der Elite-Unis vor. 37 Prozent der Südkoreaner haben einen akademischen Abschluss, so viele wie nirgendwo sonst auf der Welt.

Noch vor etwa 20 Jahren waren es vor allem Männer, die auf die Universitäten gingen. Seither drängen die Frauen in den Bildungs- und Arbeitsmarkt. Heute arbeiten auch sie jahrelang hin auf die guten Jobs in den Regierungsbehörden und den Konzernzentralen von Samsung und Hyundai. Haben sie dann endlich einen dieser Jobs bekommen, sagen sie sich oft: Ich gebe das nicht auf für ein Kind.

In Südkorea kommen all die Effekte, die zu einem Rückgang der Bevölkerung führen, wie unter einem Brennglas zusammen. Bildungshunger. Aufstiegslust. Urbanisierung. Teure Wohnungen. Wohlstandsegoismus. Südkorea ist die extreme Ausprägung eines Effekts, der sich inzwischen fast überall auf der Welt zeigt.

"Diese Gesellschaft wird zerstört werden"

Die Philippinen, ein Land, in dem Frauen vor 60 Jahren noch durchschnittlich sieben Kinder bekamen, belegen im Global Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums mittlerweile Platz acht und sind damit noch vor Deutschland eine der geschlechteregalitärsten Gesellschaften der Welt. Heute werden dort noch drei Kinder pro Frau geboren.

Während die Geburtenraten in den Industrienationen über mehr als ein Jahrhundert hinweg langsam gefallen sind, brechen sie in manchen Entwicklungsländern regelrecht ein. Eine ähnliche Entwicklung erwartet Wolfgang Lutz im Laufe dieses Jahrhunderts für große Teile Afrikas. Mittlerweile gehen auch südlich der Sahara 80 Prozent aller Mädchen zur Schule. Fast überall sinken die Geburtenraten. In dieser Woche wurde auf der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi darüber gesprochen, wie die Gleichstellung der Frau vorangetrieben und die Bildung weiter verbessert werden kann.

Wolfgang Lutz unterscheidet in seinen Berechnungen zusätzlich zum Alter der Menschen nach sieben Bildungsgruppen, von "keine Schule besucht" bis "Hochschulabschluss". Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Weltbevölkerung die elf Milliarden nie erreichen wird, sondern nur etwas mehr als neun. Sie wird dieses Maximum auch nicht Ende des Jahrhunderts erreichen, sondern um das Jahr 2070. Ende des Jahrhunderts wird sie wieder abnehmen und vielleicht sogar schon fast das Niveau von heute erreicht haben.

Wenn Wolfgang Lutz' Prognosen stimmen, wird das Problem Überbevölkerung, langfristig betrachtet, auf eine sehr handhabbare Größe schrumpfen. Allerdings wird dann ein neues Problem auftauchen, das auf den ersten Blick wie eine Wohltat für den Planeten anmutet, aber ein geradezu revolutionäres Potenzial in sich trägt: Unterbevölkerung.

Südkorea

"Diese Gesellschaft wird zerstört werden", sagt Lee Sang Lim, ein Demograf des südkoreanischen Forschungsinstituts Kihasa. Um das Jahr 2050 werden mehr als 40 Prozent der Bevölkerung älter sein als 65. Derzeit wird die Rente der Senioren finanziert von den Jungen, die arbeiten. Genau wie die Krankenversicherung, die Hörgeräte, Rollatoren und Hüftoperationen. 2050 aber wird es nicht mehr genug Junge geben.

Die modernen Gesellschaften dieser Welt funktionieren alle nach dem gleichen Muster: Es gibt Versorger und Versorgte. Meist heißt das: Junge, die geben, und Alte, die nehmen. Dieses Prinzip ist so selbstverständlich – man vergisst leicht, dass es nur funktioniert, wenn das Verhältnis stimmt, wenn es also, grob vereinfacht, mehr Versorger als Versorgte gibt.

Seit Nationalstaaten existieren, war das immer und überall der Fall. Bald wird sich das ändern, und Südkorea wird wahrscheinlich das erste Land sein, in dem das Verhältnis kippt.

Das ist nicht nur eine schlechte Nachricht für die Alten. Es ist eine schlechte Nachricht für alle. Die südkoreanische Regierung fürchtet, die Wirtschaft könne zusammenbrechen, weil es zu wenige Menschen gibt, die noch Produkte herstellen können. Und Lee Sang Lim sagt, viele der verbliebenen Arbeitsfähigen werden dann die falschen Jobs haben. In Südkorea gibt es Hunderttausende Lehrer und Professoren, jedes Jahr kommen neue hinzu. Wen sollen sie in der Zukunft unterrichten?

"Eigentlich müsste man heute schon anfangen, massenhaft Lehrer umzuschulen, aber versuchen Sie das mal! Die klammern sich an ihre Jobs", sagt Lee.

In Südkorea ging es jahrzehntelang nur nach oben. Mehr Wachstum, größere Städte, bessere Bildung – mehr Menschen. Jetzt müsste sich das Land strategisch verkleinern. "Aber das haben wir nicht gelernt", sagt Lee. "Wie es überhaupt kein einziges Land gibt, das das gelernt hat, weil es diese Situation noch nie gab. Südkorea ist der Testballon für andere. Leider sieht es im Moment so aus, als werde er platzen."

Lee hat ausgerechnet, dass die Südkoreanerinnen heute zwischen 4,5 und 4,8 Kinder kriegen müssten, um bis zur Mitte des Jahrhunderts wieder ein gesundes Verhältnis von Alten und Jungen zu erreichen. Stattdessen fiel die Geburtenrate im vergangenen Jahr unter eins.

Seit 2006 hat die südkoreanische Regierung 270 Milliarden Dollar investiert, um die Bevölkerung zu motivieren, wieder mehr Kinder zu bekommen. Sie hat dafür gesorgt, dass Eltern die Entbindungskosten nicht mehr selbst zahlen müssen, wie es vorher üblich war, sie hat staatliche Krippen und Kindergärten gebaut, ein Elterngeld aufgelegt und ein Kindergeld von 150 Euro pro Kind. Der Mittwoch wurde zum "Familientag" ernannt. In vielen Behörden und Großunternehmen ertönt seither um 18 Uhr eine Durchsage, die Mitarbeiter sollten jetzt nach Hause gehen und sich um ihre Familie kümmern. In einem Bauunternehmen wird dann laute klassische Musik gespielt, in einer Behörde das Licht ausgeschaltet, um sicherzustellen, dass wirklich niemand im Büro bleibt (was häufig nicht funktioniert).

Egal, was die Regierung unternahm, die Geburtenrate sank weiter – ähnlich wie in anderen Staaten.

In Singapur finanzierte eine Behörde mit der Abkürzung SDU Salsa-Kurse, bei denen sich Menschen kennenlernen sollten. Sie hat außerdem die Nacht des 9. August zur "National Night" erklärt, in der Paare Sex haben sollen. In einem eigens angefertigten Rap-Song heißt es: "Ich weiß, du willst es. Die SDU will es auch."

Hat nichts gebracht.

In Spanien gab es eine "Regierungsbeauftragte für die demografische Herausforderung". Der Volksmund nannte sie "Sexzarin". Sie entwickelte eine nationale Strategie für mehr Nachwuchs.

Hat auch nichts gebracht.

Seit Sie angefangen haben, dieses Dossier zu lesen, sind in Spanien 21 Menschen geboren worden. Und 24 gestorben.

Egal, ob die Menschheit elf Milliarden erreicht oder nur neun, ob Frank Swiaczny recht hat oder Wolfgang Lutz, irgendwann wird die Bevölkerung der Erde schrumpfen. In einigen Regionen wird es dann noch Wachstum geben, während die meisten Gesellschaften schon mit der Alterung kämpfen. Spätestens dann dürfte ein Wettbewerb um Einwanderer einsetzen. Um die letzten jungen Leute. Die werden aus Afrika kommen. Auch aus Lagos, dann wahrscheinlich die größte Stadt der Welt. Die Kinder von Hadizatu Ahmeds etwa 26 Enkeln könnten Ende des 21. Jahrhunderts so umworben sein wie einst Fließbandarbeiter und heute Programmierer – zumindest für einige Jahrzehnte. Bis auch Afrika schrumpft.

GRÜNDUNGSIDEE:

Ein Schwimmbad für Muslime

- VON MARIE LISA KEHLER
- -AKTUALISIERT AM 15.11.2019-08:57



Durch den Bau eines Schwimmbads für Muslime will Abdullah Zeran die Integration vorantreiben. Was nach einem Widerspruch klingt, ist seiner Ansicht nach eine Chance.

Abdullah Zeran ist Frankfurter. Und er ist Muslim. „Ich habe einen anderen Blickwinkel auf die Sachen“, sagt er. Mit den „Sachen“ meint er Fragen der Integration und des Zusammenlebens. Und er meint das Gefühl, als Muslim oft missverstanden zu werden. Schwimmen war der Familienvater schon seit 25 Jahren nicht mehr. Denn der Besuch eines öffentlichen Bades widerspricht seinem Glauben. Zumindest so, wie er ihn auslegt und lebt. Der Bau eines „Islamischen Schwimmbads“ in Frankfurt ist seiner Meinung nach überfällig. Die Realisierung eines solchen Projekts könne die emotionale Bindung vieler Muslime positiv beeinflussen. „Denn nur wer sich verstanden und akzeptiert fühlt, wird sich auch beheimatet fühlen“, sagt Zeran.

Schon 2014 hat der Achtunddreißigjährige versucht, einen Verein zu gründen, um den Bau eines solchen Schwimmbades voranzutreiben. Aber ein Verein müsse immer auch gemeinnützig sein, und da Nichtmuslime zwar nicht grundsätzlich vom Schwimmbadbetrieb ausgeschlossen, sie aber auch nicht direkt angesprochen werden sollen, sei die Idee mit der Vereinsgründung schließlich wieder verworfen worden. „Das harmonierte nicht“, sagt Zeran. Auch dürfe der Verein keine Gewinne erzielen. Aber genau das ist das langfristige Ziel.

Umsichtige Auswahl der Investoren

Vor wenigen Wochen hat Zeran mit einem Bekannten, der öffentlich nicht in Erscheinung treten will, eine Unternehmensgesellschaft gegründet. Aktuell versuchen sie durch Spenden das notwendige Startkapital zusammenzubekommen. Dabei hat der Familienvater strenge Regeln aufgestellt: Er will weder Geld von Religionsgemeinschaften noch von ausländischen Investoren annehmen. Für das „islamisch geführte Unternehmen“ kämen auch Spenden der Tabak-, Porno-, Alkohol- oder Waffenindustrie nicht in Frage.

Zeran ist Kind türkischer Gastarbeiter, ist im Gallus aufgewachsen und ist der Überzeugung, dass das Miteinander der Kulturen in Frankfurt durchaus funktioniere – zumindest vordergründig. „Aber wenn wir alle zusammenleben, müssen wir auch versuchen, uns besser zu verstehen“, sagt er. Und das Thema „Schwimmbad-Kultur“ sei nun einmal eines, bei dem Welten aufeinanderprallen. Zu viel nackte Haut, zu viele Regeln, gegen die ein gläubiger Muslim verstoße, wenn er ein öffentliches Schwimmbad besuche: So sieht es Zeran.

Der verpflichtende Schwimmunterricht in der Schule setze zudem viele muslimische Familien unter Druck. Viele würden ihre Kinder, meist Mädchen, mit Hilfe eines ärztlichen Attests vom Unterricht befreien – und das sorge für Ärger mit der Schule. Nehme ein Kind gläubiger Eltern aber am

Schwimmunterricht teil, werde die eigene religiöse Überzeugung angegriffen. Viele Muslime würden gar nicht erst schwimmen lernen, fühlten sich ausgeschlossen, meint Zeran. Einzelne Stunden, in denen nur Frauen in öffentliche Bäder gehen dürfen, seien nicht ausreichend, um dieses Gefühl zu kompensieren. Zudem steigt seiner Meinung nach die Anzahl der muslimischen Männer, die aufgrund der Auslegung ihres Glaubens geschlechtergetrennt schwimmen wollten. „Wir müssen die Probleme benennen und uns an einen Tisch setzen.“ Dafür wolle er auch das Schulamt als Partner gewinnen.

Erste Entwürfe in der Schublade

Ein Sprecher von Bildungs- und Integrationsdezernentin [Sylvia Weber](#) (SPD) zeigte sich überrascht von den Plänen. Prinzipiell sehe man keinen Handlungsbedarf. „Die Teilnahme am Schwimmunterricht ist aber eine Pflichtveranstaltung.“ Dabei gehe es aber darum, Bedingungen herzustellen, damit sich alle Schüler wohl fühlten. So gebe es beispielsweise für gläubige Muslime die Möglichkeit, sich durch spezielle Bademode so zu kleiden, dass der Körper verhüllt sei. Zeran reicht diese Zusage nicht aus. Er ist überzeugt, dass nicht der Bau eines „Islamischen Schwimmbads“ die Integration behindere, sondern die Tatsache, dass sich viele Muslime in ihrem Glauben nicht ernstgenommen fühlten. „Wir müssen aus den Hinterhöfen rauskommen, die Probleme ansprechen und Alternativen schaffen.“

Er habe schon Kontakt zu mehreren Grundstücksbesitzern aufgenommen, die die Idee interessant fänden, sagt Zeran. Er rechnet mit Liegenschaftskosten in Höhe von bis zu drei Millionen Euro. Den Kosten für den Bau des Schwimmbads seien nach oben keine Grenzen gesetzt. Erste Entwürfe, wie das Bad aussehen könnte, habe er schon in der Schublade liegen. Mindestens ein Becken sowie einen Sauna- und Hamam-Bereich und einen Gebetsraum soll es geben. Außerdem spezielle Badetage für Männer und Frauen. Vormittags sollen Schüler die Möglichkeit erhalten, schwimmen zu lernen. „An der Kasse wird niemand fragen, ob die Gäste wirklich Muslime sind oder nicht“, sagt Zeran. Aber im Schwimmbad sollen feste Regeln gelten, an die sich alle halten müssten. „Wer das nicht will, der hat in Frankfurt genug Alternativen, auf die er ausweichen kann. Viele Muslime haben die nicht.“

Auch wenn noch viele Fragen ungeklärt sind, die Kleiderordnung steht schon fest. Sie soll laut Zeran für Männer und Frauen gleichermaßen gelten: Der Körper muss mindestens zwischen Knie und Bauchnabel verhüllt sein.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heftige-proteste-der-harte-kampf-um-jedes-einzelne-windrad-16491907.html>

NEUE ABSTANDSREGEL:

Der harte Kampf um jedes Windrad

Der Protest der Deutschen gegen Windräder wächst, und der Ausbau ist beinahe zum Erliegen gekommen. Kann der Mindestabstand von 1000 Metern für mehr Frieden sorgen – oder wird nun alles noch schwieriger?



- VON TIMO STEPPAT
- -AKTUALISIERT AM 19.11.2019-08:54

Erst trommelten die Branchenverbände. Sie sahen in der Abstandsregel von 1000 Metern zwischen Windkraftanlagen und Siedlungen einen „fatalen Fehler“, der den Ausbau der Windenergie verhindern würde. In der vergangenen Woche machte auch Umweltministerin [Svenja Schulze](#) (SPD) ihre Kritik öffentlich. Sie stieß sich daran, dass im Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) schon fünf Häuser als Siedlung bezeichnet werden. Das passe „überhaupt nicht“ zum Ausbauziel der Bundesregierung, monierte Schulze.

Im Klimakompromiss zwischen Union und [SPD](#), der die Abstandsregel im September festsetzte, war noch von „signifikanter Wohnbebauung“ die Rede. Die SPD hält fünf Häuser nicht für signifikant, die Union sehr wohl – eine Frage der Auslegung also, über die das Kabinett am Montag beriet. Der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, sagte der F.A.Z.: „Der rote Milan wird geschützt, aber Wohnanlagen nicht. Das bleibt bei den Leuten hängen, wenn wir nicht auch kleinere Siedlungen schützen.“

Macht der Abstand den Ausbau unmöglich?

Die Abstandsregel, die auch von der grünen Opposition scharf kritisiert wird, könnte laut einer Studie des Umweltbundesamtes dazu führen, dass sich die Zahl der Flächen, die für Windkraft zur Auswahl stehen, halbiert. Das Fraunhofer Institut, das im Auftrag des BMWi die Abstandsregel geprüft hat, geht hingegen von einer Flächenreduktion von zehn bis 15 Prozent aus. Die Frage, wie viel Abstand ein Windrad zu einer Gemeinde haben soll, zeigt das Spannungsfeld, in dem sich Klimapolitik derzeit bewegt. Einerseits muss die Politik um jedes Windrad kämpfen, das dazu beiträgt, die Quote erneuerbarer Energien im Stromsektor von 65 Prozent bis 2030 zu erreichen, andererseits muss sie die „Bürger mitnehmen“, wie es gerne heißt.

Eine Arbeitsgruppe innerhalb der Koalition sollte sich seit Anfang des Jahres auf Maßnahmen einigen, wie bei den Bürgern mehr Akzeptanz für die Energiewende erzielt werden kann. Im Diskussionspapier, das Ende Juni erstellt wurde, stehen eine Vielzahl von Maßnahmen. Einigen konnte man sich nicht – schon damals gab es in der SPD viel Widerspruch. Das Klimakabinett übernahm, und einigte sich auf die Abstandsregel von 1000 Metern. Für die [CSU](#) wurde vermerkt, dass in Bayern weiter die 10-H-Abstandsregel gelten soll (der Abstand muss mindestens zehnmal so groß sein wie die Höhe der Windräder), die Ende 2014 dazu geführt hatte, dass die meisten Protestbewegungen in sich zusammengefallen waren – allerdings auch der Ausbau von Windkraft im Land beinahe unmöglich wurde.

Im Rest Deutschlands soll der Mindestabstand für Klarheit sorgen. Windkraftanlagen sollen geplant, beschlossen und gebaut werden – derzeit werden sie meist durch Klagen behindert. Laut einer Branchenumfrage der Fachagentur Windenergie, die im Juli vorgenommen wurde, laufen gegen 325 Windenergieanlagen bundesweit Klagen. 70 Prozent sind eigentlich genehmigt, 30 Prozent sogar schon im Bau. Meist sind es Bürgerinitiativen, die auf dem Rechtsweg die Errichtung verhindern wollen. In etwa der Hälfte der Fälle wird der Vogel- und Fledermausschutz angeführt, in einem Drittel geht es um Verfahrensfehler, weitere 24 Prozent der Klagen berufen sich grundsätzlich auf Artenschutz. Blickt man auf die Zahl der Windanlagen, die laut Bundesnetzagentur in diesem Jahr fertiggestellt wurden, ist der Ausbau beinahe zum Erliegen gekommen.

Was zur Professionalisierung des Protests beigetragen hat

Der Widerstand gegen Windkraft ist dezentral. „Ob sich ein Protest bildet, hängt meistens davon ab, ob es vor Ort gut vernetzte Personen gibt, die ihn anführen“, sagt Eva Eichenauer, Forscherin am Leibniz Institut für Raumbezogene Sozialforschung. Die Gründe dafür, dass Bürger Anstoß an den Windanlagen nehmen, sind oft ähnlich: Sie haben das Gefühl, die Landschaft würde verschandelt, fürchten den Wertverlust ihres Hauses, gesundheitliche Risiken oder sie fühlen, wie die Klagen zeigen, den Artenschutz an. Häufig überschneiden sich die Gründe. „Hat sich einmal eine Bürgerinitiative gebildet, arbeitet sie meist nach Schema F“, sagt Eichenauer. Die Mitglieder informieren sich über das Internet und stoßen rasch auf die Angebote der Antiwindkraft-Lobby „Vernunftkraft“, die Informationsmaterial und rhetorisch versierte Redner anbieten. Bündnisse wie diese haben laut Eichenauer zur Professionalisierung des Protests beigetragen. Auf diesem Wege bekommen die Initiativen häufig auch Hilfe, wie sie Klagen einreichen können. Zugleich haben sich vielerorts politische Bürgerlisten gebildet, deren einziges Ziel es ist, in Gemeinderäten den Bau von Windkraftanlagen und Stromtrassen zu verhindern.

Sie fügen sich häufig in den Parteienkontext: In Mecklenburg-Vorpommern etwa gibt es mit „Freier Horizont“ eine Ein-Themen-Partei gegen Windkraft, die bei der Landtagswahl 2016 auf knapp ein Prozent der Stimmen kam. Ähnliche Parteien haben sich in Brandenburg und Niedersachsen gebildet. Seit geraumer Zeit hat auch die AfD das Thema für sich entdeckt und nutzt es gezielt in Landtagswahlkämpfen. Eichenauer stellt bei den Diskussionen in den betroffenen Orten fest, dass der Ton rauher und unversöhnlicher geworden ist. Sie hat Zweifel daran, dass die Abstandsregel allein zu höherer Akzeptanz führt.

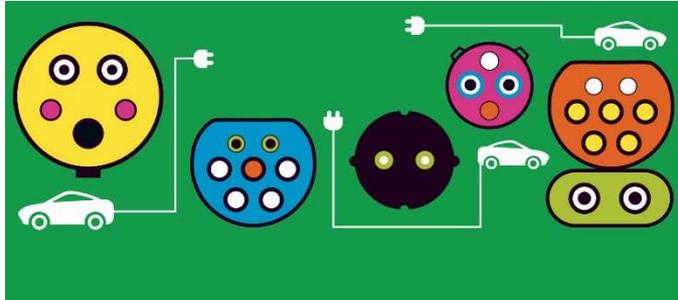
Eine Studie aus dem Jahr 2015, für die Bürgerinitiativen befragt wurden, hat die Auswirkungen von mehr Abstand auf die Akzeptanz der Anwohner untersucht. Der Effekt fiel gering aus. Stattdessen schlagen verschiedene Studien vor, dass Bürger stärker von den Projekten der Energiewende profitieren müssen, damit sie ihnen zustimmen. Mit dem Hebesteuersatz für Windkraftanlagen, der vergangenen Freitag im **Bundestag** beschlossen wurde, sollen Kommunen finanziell profitieren. In Brandenburg gibt es seit Juni den „Windkraft-Euro“ – Gemeinden verdienen an den Erträgen mit. **Verschiedene Gesetze sollen den Klageweg erschweren**: Die Instanzen bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen sollen gekürzt werden und ein bundesweit einheitliches Monitoring des Artenschutzes eingeführt werden. Auch Ausnahmegründe im Artenschutz zugunsten von Windkraft sollen zugelassen werden.

Quelle: F.A.Z.

ANTRIEB DER ZUKUNFT:

Elektroautos retten das Klima nicht

- VON [HOLGER APPEL](#)
- -AKTUALISIERT AM 19.11.2019-15:19



Mit welchem Antrieb wir in die Zukunft fahren, scheint politisch entschieden. Aber neue Untersuchungen nähren Zweifel. Demnach ist ein Elektroauto erst nach 219.000 Kilometern besser für das Klima. Der Plug-in-Hybrid ist erst recht kein Gewinn.

Die Rahmendaten stehen. Vom kommenden Jahr an dürfen Neuwagen im Durchschnitt nur noch 95 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen, das entspricht rund vier Liter Benzinverbrauch auf einhundert Kilometer. Bis zum Jahr 2030 muss dieser Wert um weitere 37,5 Prozent sinken. Wegen Anpassungsrechnungen lässt sich das Ziel noch nicht genau vorhersagen, die Industrie wird in Bereichen um 60 bis 70 Gramm landen müssen, also zwischen 2,5 und 3 Liter Benzinverbrauch. Das ist, nach allem, was die Ingenieure bislang wissen, nicht zu schaffen. Die Politik habe in der Hitze der Klimadebatte unrealistische Ziele vorgegeben, heißt es aus der Branche und etwa auch von der [FDP](#), deren verkehrspolitischer Sprecher Oliver Luksic sagt: „Die Grenzwerte sind zu streng.“ Der Industrie indes bleibt nichts übrig, als sich an ihnen zu orientieren, bei Überschreitung drohen Strafen, die existenzbedrohend werden können. Obgleich viele nach Technologieoffenheit rufen, sind faktisch die Weichen gestellt, es scheint nur einen Ausweg zu geben.

Es müssen Elektroautos her, rein batterieelektrische und an der Steckdose aufladbare Plug-in-Hybride, die in die Durchschnittsrechnung mit wenig oder null Gramm CO₂ eingehen. Hier taucht die Frage auf, ob das gerechtfertigt ist. Die Herstellung eines Elektroautos verursacht insbesondere wegen der energieintensiven Produktion des Akkus mehr von dem, was gemeinhin Treibhausgas genannt wird, als ein Auto mit Verbrennungsmotor. Maßgeblich für die Umweltbilanz ist zudem, wie der verbrauchte Strom gewonnen wird. In Deutschland stammt noch relativ viel aus Kohle, das belastet die Bilanz. Eine neue Studie des außeruniversitären Forschungsinstituts Joanneum Research aus Graz in Kooperation mit dem Automobilclub [ADAC](#) nährt nun Zweifel, ob die Konzentration auf das Elektroauto sinnvoll ist.

Die Forscher haben eine Lebenszyklusanalyse von der Rohstoffgewinnung bis zum Recycling angestellt und kommen zu beachtenswerten Ergebnissen. Das mit dem deutschen Strommix betriebene [Elektroauto](#) könne seinen Vorteil gegenüber dem Benziner erst nach 127.500 Kilometern oder achteinhalb Jahren Nutzungsdauer ausspielen, gegenüber dem Diesel erst nach 219.000 Kilometern oder fast 15 Jahren Nutzungsdauer, heißt es in der Untersuchung. Garantien der Hersteller für die Elektroantriebe in Personewagen, für deren Langlebigkeit bislang keine verlässlichen Erfahrungswerte aus dem Alltag vorliegen, sind dann an der Grenze oder abgelaufen. Sie umgreifen zumeist acht Jahre oder 150.000 Kilometer und beziehen sich auf die verbliebene Kapazität des Akkus, oft um 70 Prozent. Geht ein Akku außerhalb der Garantiezeit kaputt, wird es für den Kunden teuer, aus heutiger Sicht ist je nach Größe mit Kosten von bis zu mehreren zehntausend Euro zu rechnen.

Die Größe des „Klima-Rucksacks“

Joanneum hat sich unterdessen weiteren Antriebsarten zugewandt, geht es den Forschern doch darum, die beste Lösung zu eruieren. Über allem schwebt der Gedanke, dass sich der Straßenverkehr an der Verringerung der Emissionen beteiligen muss. Entscheidend für die Klimawirkung der Antriebstechnologien sei die Treibhausgasbilanz während Herstellung, Nutzung und Entsorgung von Fahrzeugen und von Kraftstoffen, heißt es in dem Bericht. Neben Kohlendioxid, das vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger anfalle, seien Methanemissionen von gasförmigen Kraftstoffen und Lachgas aus dem Anbau von Biomasse relevant. Auch die in Produktionsprozessen anfallenden Nebenprodukte seien zu berücksichtigen, wenn etwa Presskuchen aus der Verarbeitung von Raps in der Viehzucht sojabasiertes Kraftfutter ersetze. Die Größe des „Klima-Rucksacks“ wird mithin neben der Art der Stromgewinnung für den täglichen Gebrauch auch von der Fahrzeug- und Batterieproduktion bestimmt. Im Idealfall ist sie CO₂-neutral, wie es Volkswagen für sein Elektroauto ID 3 verspricht. Die Forscher warnen: „Batterieherstellung und deutscher Strommix sind ein Klimaproblem.“

Die Hintergrunddaten basieren laut Joanneum auf internationalen Studien und Datenbanken. Berechnet wurde ein durchschnittlicher Personenwagen der Golfklasse mit Verbrennungsmotor, Elektromotor, Brennstoffzelle und Plug-in-Hybrid. Als Energieträger wurden fossile Kraftstoffe (Diesel, Benzin, Erdgas, CNG Compressed Natural Gas), Biokraftstoffe, E-Fuels (mit Strom hergestellte flüssige oder gasförmige Kraftstoffe), Strom und Wasserstoff aus verschiedenen Quellen angenommen. Die Primärenergie stammt aus Öl, Gas, Kohle, Kernenergie, Biomasse aus Forst-, Landwirtschaft oder Reststoffen, Windenergie, Wasserkraft, Sonnenenergie. Angenommen werden 15.000 Kilometer jährliche Fahrleistung und 15 Jahre Nutzungsdauer. Für das Elektroauto wird die Lebensdauer der Batterie auf 150.000 Kilometer taxiert. Da dies für die Gesamtfahrleistung von 225.000 Kilometern nicht ausreicht, wird eine zweite Batterie anteilig angerechnet. Bei der Entsorgung wird die Wiederverwertung gewisser Materialien wie Stahl, Aluminium oder Kupfer berücksichtigt.

Die Brennstoffzelle spielt eine Randrolle

Die Auswertungen zeigen, dass in der Golfklasse das Erdgasfahrzeug mit 15 Prozent Biomethan die beste Treibhausgasbilanz aufweist, wobei die Betonung auf Bio liegt. Sonst ist es schlechter als ein Diesel. Die Emissionen des Bio-Erdgasautos über den Lebenszyklus liegen unter Berücksichtigung des deutschen Strommix unter dem des Elektroautos, als auch unter dem des Brennstoffzellenfahrzeugs, das mit Wasserstoff aus Dampfreformierung betrieben wird. Die Brennstoffzelle spielt weltweit wegen des hohen Energieeinsatzes eine Randrolle, vor allem Japan sieht darin aber trotzdem vielversprechende Ansätze.

■ AB WANN FÄHREN ELEKTROAUTOS KLIMAFREUNDLICHER?

Die Tabelle zeigt, dass das mit Strommix betriebene Elektroauto seine Vorteile im Vergleich zum Benziner erst etwa nach 127 500 Kilometern ausspielen kann, im Vergleich zum Diesel-Personenwagen sogar erst nach 219 000 Kilometern. Der Grund: Die aufwändige Produktion der Batterie und der hohe Anteil an Braun- und Steinkohle im deutschen Strommix verschlechtern die Klimabilanz der Elektroautos.

Kompaktklasse mit	Elektro (Strommix D)	Elektro (100% regenerativ)
Benzin (mit 5% Bioethanol)	ab 127 500 km	ab 37 500 km
Diesel (mit 7 % Biodiesel)	ab 219 000 km	ab 40 500 km
Erdgas (mit 15% Biomethan)	nie	ab 48 000 km
Wasserstoff H₂ (100% regenerativ)	nie	ab 115 500 km

Quelle: Joanneum Research, Graz. Datenbasis: Fahrzeug „Golfklasse“, Verbrauch Benzin (E5) 6l (0,52 kWh/km), Diesel (B7) 5,2 l (=0,50 kWh/km), CNG 4,1kg/100km (=0,63 kWh/km), H₂ 1,02 kg/100km (=0,34 kWh/km), Strom 0,19 kWh/km. Pkw-Lebensdauer 15 Jahre, jährliche Fahrleistung 15 000 km, Batteriekapazität 40 kWh, Batterie-Lebensdauer 150 000 km. CO₂-Äquivalenzwert 580 g/kWh (CO₂, Methan CH₄, Distickstoffmonoxid N₂)

Bild: F.A.Z.

Hierzulande werden deutliche Zuwachsraten von Plug-in-Hybriden erwartet. Dazu ist das Urteil der Forscher vernichtend: „Der Plug-in-Hybrid als Kombination eines Benzin- und Elektromotors erzielt mit Anwendung des deutschen Strommix im Vergleich zum herkömmlichen Benziner keine wesentliche Verbesserung.“ Das ist bemerkenswert, denn Plug-in-Hybride werden über Kaufprämien und eine niedrigere Dienstwagenbesteuerung gefördert und als ein Königsweg zur Rettung des Klimas angepriesen. Sie gelten als attraktiv, weil sie nach Norm 40 bis 50 Kilometer rein elektrisch fahren können und zugleich mit ihrem Verbrennungsmotor den Eignern die Angst vor zu geringer Reichweite nehmen. Es kommen, ebenfalls laut Norm, fabelhaft anmutende Verbräuche von 1,8 bis 2,5 Liter zustande, die dem Nutzungsverhalten in der Realität nicht standhalten. Wer lange Strecken fährt oder sich das ständige Nachladen aus Bequemlichkeit spart, muss mit signifikant höherem Kraftstoffverbrauch rechnen.

Wie rasch wird grüner Strom voranschreiten?

Die Rechnung ändert sich zugunsten des elektrifizierten Fahrzeugs mit dem Grad, in dem regenerative Energiequellen eingesetzt werden. Kurz gesagt: Um das Elektroauto zu einem Gewinn für die Umwelt werden zu lassen, müssen Wind-, Wasser- oder Sonnenstrom (erheblich) ausgebaut werden. „Erst mit Nutzung von regenerativem Strom weist das Elektrofahrzeug eine deutlich bessere Treibhausgasbilanz auf als alle anderen Antriebsarten. Hier erfolgt die Amortisation der Treibhausgasemissionen aus der Produktion schon nach 37.500 Kilometern gegenüber dem Benziner und nach 40.500 Kilometern gegenüber dem Diesel,“ heißt es in der Studie. Im Vergleich zum Erdgasfahrzeug mit 15 Prozent Biomethan rechne sich das Elektroauto mit regenerativem Strom ab 48.000 Kilometern.

Gegenüber dem Brennstoffzellenfahrzeug mit regenerativ erzeugtem Wasserstoff sei das Elektroauto mit regenerativem Strom von 115.500 Kilometern an besser, allerdings lägen beide über den Lebenszyklus eng beieinander. Auch synthetischen Kraftstoffen, bekannt als E-Fuels, wird eine gute Chance eingeräumt, vor allem deswegen, weil sie in angepassten Verbrennungsmotoren verfeuert werden könnten. Allerdings steht deren Einsatz noch die energieintensive Herstellung entgegen. Und wie rasch wird grüner Strom voranschreiten?

Deutlich unterhalb der Grenzwerte

Kritiker des Verbrennungsmotors mögen einwenden, es gehe in der Abgrenzung speziell zum Diesel nicht um CO₂ allein, auch Stickoxid (NO_x) mache den Menschen zu schaffen. Interessanterweise ist

die Debatte darüber in jüngster Zeit nahezu verstummt, was an neuesten Messergebnissen liegen könnte. Moderne Diesel weisen deutlich unterhalb der Grenzwerte liegende Stickoxidemissionen aus. So lässt – um nur ein Beispiel zu nennen, BMW mit seinen traditionell effizienten Motoren dürfte mindestens auf ähnlichem Niveau liegen – Daimler auf Anfrage wissen, dass die nach Euro 6d-Temp zertifizierten Diesel im Durchschnitt 40 bis 60 mg/km NO_x ausstoßen, und zwar im tatsächlichen Betrieb, der sogenannten RDE-Fahrt.

Erlaubt sind 168 mg. Schon nach der künftigen Norm Euro 6d gemessene Fahrzeuge von Mercedes-Benz zeigen Werte von 20 bis 30 mg als Durchschnitt über viele tausend im Alltag gefahrene Kilometer, auch, und das ist bedeutsam, im Stadtverkehr. Der Grenzwert gemäß Euro 6d beträgt 114 mg. Damit der Fortschritt eingeordnet werden kann: Die durchschnittlichen NO_x-Emissionen von Euro-6-Fahrzeugen mit älterer Reinigungstechnik lagen im Jahr 2016 unter Alltagsbedingungen auf der Straße bei 500 mg/km.

Bleibe noch der Feinstaub. Dem ist das Analyseunternehmen Emissions Analytics im Auftrag der Fachzeitschrift „auto, motor und sport“ nachgegangen. Getestet wurden verschiedene Modelle mit Partikelfilter, die Größe der Partikel in der Ansaugluft wurde variiert. Das kurios anmutende Ergebnis: „Ein Diesel holt häufig mehr Feinstaub aus der Umgebungsluft, als er hinzufügt. Bei Feinstaubalarm müsste es also heißen: Diesel raus aus den Garagen und ab durch die Stadt“. Das Ergebnis ist zusätzliches Wasser auf die Mühlen von Joanneum Research und ADAC, die folgern: „Die alleinige Förderung von Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen, wie derzeit mit dem Umweltbonus für Elektromobilität festgeschrieben, ist bei Nutzung des heutigen deutschen Strommix aus Sicht des Klimaschutzes nicht zielführend.“

Der Weg ist gleichwohl eingeschlagen und wirkt unumkehrbar. In der Branche werden erhebliche Verwerfungen befürchtet. Der nie um ein klares Wort verlegene Vorstandsvorsitzende von Peugeot-Citroën-Opel, Carlos Tavares, sagte dazu kürzlich in einem Gespräch mit der F.A.S.: „Die Politiker, die ein Minderungsziel von 37,5 Prozent beschlossen haben, haben keine Ahnung von der gesellschaftlichen Auswirkung. Die Industrie war für minus 20 Prozent, das wäre schon ambitioniert genug gewesen. Die Magnitude der geforderten Änderung ist zu groß. Elektroautos sind teurer in der Herstellung. Also haben wir zwei Möglichkeiten. Wir können teurer verkaufen, dann wird nachhaltige Mobilität eine für Eliten. Oder wir verkaufen billiger, dann müssen wir restrukturieren. Das wird Arbeitsplätze kosten.“

Quelle: F.A.S.

NACH TÖTUNG EINES FÖTUS:

Frauenärzte zu Bewährungsstrafen verurteilt

- VON MARLENE GRUNERT
- -AKTUALISIERT AM 19.11.2019-17:14

Zwei Frauenärzte in Berlin wollten eine aus medizinischen Gründen zulässige Spätabtreibung durchführen. Doch ihre Vorgehensweise bei dem Eingriff wertete das Landgericht in Berlin als Totschlag.

Das Landgericht Berlin hat am Dienstag zwei Frauenärzte, die bei einer Zwillingsgeburt einen der Föten mit einer Kaliumchlorid-Injektion getötet haben, wegen gemeinschaftlichen Totschlags verurteilt.

Im Sommer 2010 hatten die beiden Ärzte – eine heute Leitende Oberärztin und ein inzwischen pensionierter Chefarzt – einen Kaiserschnitt bei einer 27 Jahre alten Patientin durchgeführt. Sie erwartete Zwillinge und befand sich in der 32. Schwangerschaftswoche. Schon zu einem früheren Zeitpunkt war bei einem der Zwillingmädchen ein schwerer Hirnschaden festgestellt worden, woraufhin sich die Eltern für eine Spätabtreibung entschieden.

In einem solchen Fall wäre es rechtlich zulässig und medizinisch geboten gewesen, den Fötus vor der Geburt im Mutterleib zu töten, stellten die Richter fest. Die Ärzte warteten aber die Eröffnungswehen ab. Nachdem diese eingesetzt hatten, nahmen sie den Kaiserschnitt vor und brachten das gesunde Kind zur Welt. Das andere Kind töteten sie, obwohl es nach Angaben eines Sachverständigen lebensfähig war. Im strafrechtlichen Sinn beginnt menschliches Leben, sobald die Eröffnungswehen einsetzen. Der Vorsitzende Richter sprach deshalb von einem juristisch eindeutigen Fall.

In der mündlichen Verhandlung hatten die beiden Frauenärzte das Geschehen eingeräumt, aber auf Freispruch plädiert. Im Interesse des gesunden Fötus hätten sie in diesem besonderen Fall von einem sogenannten selektiven Fetozid – der gezielten Tötung im Mutterleib noch vor Beginn der Geburt – abgesehen. Weil sich das Kind noch im Mutterleib befunden habe, als sie ihm die tödliche Injektion verabreichten, seien sie auch davon ausgegangen, rechtmäßig zu handeln.

Vorsitzende sprach von „Aussortieren“

Diese Rechtfertigung hielt das Gericht nicht für glaubhaft. Beiden Angeklagten sei als erfahrenen Gynäkologen bewusst gewesen, dass sie zu einer Tötung während des Kaiserschnitts nicht befugt gewesen seien. Auch von einer Pflichtenkollision könne keine Rede sein. Als die Ärzte die Spritze gesetzt hätten, sei das gesunde Mädchen schließlich schon geboren und außer Gefahr gewesen. Die Ärzte hätten sich vielmehr vom Willen der Eltern leiten lassen, die nicht wollten, dass der kranke, aber lebensfähige Fötus zur Welt kommt. Ein derartiges „Aussortieren“ sei nach dem Willen des Gesetzgebers aber nicht zulässig, sagte der Vorsitzende.

Angesichts der Besonderheiten des Falles nahm die Schwurgerichtskammer allerdings einen minder schweren Fall an. Die Leitende Oberärztin wurde zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt, der ehemalige Chefarzt zu einem Jahr und neun Monaten. Beide Strafen setzte das Gericht zur Bewährung aus. Die etwas höhere Strafe für den ehemaligen Chefarzt begründete der Vorsitzende Richter damit, dass er den Eingriff als Vorgesetzter hätte verhindern können. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Es wird erwartet, dass beide Ärzte Revision einlegen.

EUROPÄISCHE SOUVERÄNITÄT:

Die Schockstrategie, mit der Macron die Deutschen wachrütteln will

- EIN KOMMENTAR VON MICHAELA WIEGEL
- -AKTUALISIERT AM 20.11.2019-06:39



Kanzlerin Merkel hat Macrons „Rundumschlag“ kritisiert. Doch der Führungsanspruch des Franzosen wirkt nur deshalb so übermächtig, weil der deutsche Ausgleich fehlt.

Anders als die Bundesregierung hat Emmanuel Macron keine Halbzeitbilanz vorgelegt. Der prüfende Blick auf das Erreichte liegt ihm nicht. Der französische Präsident blüht auf, wenn er „Visionen“ für die Zukunft entwerfen kann. Die „widerspenstigen Gallier“, wie er seine Landsleute einmal nannte, hat er zur Hälfte seiner Amtszeit nicht gezähmt. Dennoch wäre es falsch, den Wandel zu unterschätzen, den der junge Präsident angestoßen hat. Er ist nicht der Wunderheiler, den sich viele ersehnt hatten. Die Staatsverschuldung bleibt hoch, der Beamtenapparat aufgebläht. Aber Frankreich rüstet sich unter seiner Führung für die Zukunft, ob in den Schulen mit den Förderklassen in der Banlieue, auf dem flexibleren Arbeitsmarkt mit verstärkten Aus- und Weiterbildungsangeboten oder mit der umfassenden Digitalstrategie, die innovative Unternehmer anzieht.

Macron ist das Geschöpf des politischen Zusammenbruchs, der ihn 2017 an die Macht brachte. Er versagt sich den gewohnten Formen der Parteiendemokratie, den Abstimmungsprozessen und Einbindungszwängen. Gesellschaftliche Mittler wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen oder Vereine fühlen sich ungehört. Ein Auftritt vor Frankreichs Bürgermeistern ändert daran nichts. Macrons Stärke liegt im direkten Dialog mit den Bürgern, wie er während des „Grand Débat“ vorführte. Sein rednerisches Talent, sein Fachwissen und sein Wagemut retteten ihn aus der „Gelbwesten“-Krise.

Diese ungeteilte Machtausübung ist zugleich seine größte Schwäche. Zwischen dem Präsidenten und dem Bürger erstreckt sich eine politische Ruinenlandschaft. Die „Überlebenden“ der früheren Regierungsparteien haben ihre gestalterische Kraft in der Nationalversammlung eingebüßt. Den Neulingen der Präsidentenformation „La République en marche“ fehlt es an Erfahrung und Einfluss, um das politische Vakuum zu füllen. Auch das erklärt, warum viele enttäuschte Franzosen ihre Hoffnungen von neuem in die Rechtspopulistin Marine Le Pen setzen.

Auf die Dauer braucht eine lebendige Demokratie viele Mittler, die ein so ehrgeiziges gesellschaftliches Reformprojekt wie das Macrons tragen. Die aber fehlen, und so staut sich der Unmut. Er kann sich jederzeit entladen wie kürzlich beim wilden Bahnstreik oder bei den Protesten des Krankenhauspersonals. Der Präsident hat sich eine umfassende Rentenreform vorgenommen, obwohl die Stimmung explosiv bleibt. Sein Reformwille ist ungebrochen. Die Zweifel an seiner Methode wachsen.

Macrons disruptiver Stil

Von seinem disruptiven Stil und der Bereitschaft, alle gewachsenen Strukturen in Frage zu stellen, bleibt auch die Außen- und Europapolitik nicht länger verschont. So großsprecherisch wie Macron hat sich seit Charles de Gaulle kein französischer Präsident mehr an die Welt gewandt. Doch das verwandelt ihn noch lange nicht in einen Gaullisten. Macron bewundert den Begründer der Fünften Republik; für sein Amtsporträt ließ er sich mit dessen Kriegsmemoiren fotografieren. De Gaulles Europa der „Gallier und Germanen“, wie es der britische Historiker Julian Jackson in seiner herausragenden Biographie „A Certain Idea of France“ in Erinnerung ruft, hat mit Macrons Vision einer vertieften [EU](#) nur wenig gemein. Dem „Europa der Nationen“ setzt der junge Präsident eine „europäische Souveränität“ für Währung und Haushalt, Grenzsicherung und Armee, Klimaschutz und Innovation entgegen.

Macrons drastische Kritik an der „hirntoten“ [Nato](#) darf nicht als Wiederkehr eines gaullistischen Motivs missverstanden werden. Dem General ging es seinerzeit darum, Frankreichs Autonomie gegen mächtige, omnipräsente Amerikaner zu behaupten. Macron aber sieht sich als Vordenker eines Europas, das sich nach einem möglichen Rückzug der Schutzmacht selbst behaupten muss. Deshalb ist der Vorwurf der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer irreführend, Macron wolle die Nato „ersetzen“. Der Präsident strebt nicht das Ende der Nato an, er will deren europäischen Pfeiler stärken.

Dem Missverständnis hat der Arztsohn durch seine Wortwahl vom Hirntod allerdings selbst Vorschub geleistet. Im Elysée-Palast spricht man offen von einer „Schockstrategie“, mit der die EU-Partner und allen voran Deutschland „wachgerüttelt“ werden sollten. Aus der Erfahrung mit der Sorbonne-Rede hat der Präsident den Schluss gezogen, dass Abstimmungsbereitschaft wie die frühzeitige Einsicht in den Redetext in Berlin nicht belohnt wird. Seither stößt er Initiativen an, ohne sich vorher abzusprechen.

Die Schockeffekte seiner Nato-Kritik, der Westbalkan-Strategie und der Russland-Kehrtwende sind in der ganzen EU zu spüren. Macrons „Rundumschlag“, wie die Bundeskanzlerin es formulierte, war der ungestüme Versuch, Deutschland eine Klarstellung zu entlocken. So fragwürdig sein Stil, so berechtigt ist sein Anliegen, die [Bundesregierung](#) möge ihre Vorstellungen zur Zukunft der EU in einer sich rasend schnell verändernden Welt formulieren. Dann würde sich auch der Verdacht von selbst verflüchtigen, Macron wolle Europa seinen Willen aufzwingen. Frankreichs Führungsanspruch wirkt so übermächtig, weil der deutsche Ausgleich fehlt.

[Michaela Wiegel](#)

Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris.

Quelle: F.A.Z.

ÖSTERREICH ENTSCHIEDET:

Kommt das bedingungslose Grundeinkommen?

- VON CHRISTIAN GEINITZ, WIEN
- -AKTUALISIERT AM 20.11.2019-06:34



Eine Privatinitiative fordert ein monatliches Grundeinkommen von 1200 Euro. Sollte das Volksbegehren Erfolg haben, muss sich das Parlament mit dem Thema beschäftigen. Die Kosten wären höher als der gesamte Bundeshaushalt.

In Österreich hat am Montag ein Volksbegehren zur Einführung eines bedingungslosen **Grundeinkommens** begonnen. Bis zum 25. November können die Wahlberechtigten online oder in den Gemeindeämtern einen Antrag unterstützen, der die monatliche Auszahlung von 1200 Euro an jeden österreichischen Staatsbürger vorsieht. Angestrebt werde eine bundesverfassungsrechtliche Regelung, heißt es in der Initiative, die ein Privatmann aus Graz gemeinsam mit einigen Mitstreitern angestoßen hat. Parteien und Organisationen stünden nicht dahinter, heißt es, was auch erklärt, weshalb die Aktion relativ unbekannt ist; Werbung findet man dazu nicht.

Möglich wird das Begehren, weil die Gruppe im sogenannten Einleitungsverfahren fast 15.000 unterstützende Unterschriften gesammelt hat. Nötig gewesen wären nur etwa 8400 Befürworter, ein Promille der Bevölkerung. Die Petition hat Erfolg, sofern sie innerhalb einer Woche 100.000 Stimmberechtigte unterstützen. Das Volksbegehren würde dann den Nationalrat – das Parlament – verpflichten, sich mit dem Thema zu beschäftigen: Die Abgeordneten müssen darüber diskutieren, brauchen aber kein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten. In der Vergangenheit mussten von 44 Volksbegehren 36 im Parlament behandelt werden.

Österreich könne es sich ja leisten

Das bedingungslose Grundeinkommen taucht auch in Deutschland als Thema immer wieder auf. Die Idee dahinter ist, dass der Staat ohne Gegenleistung existenzsichernde Transfers auszahlt, und zwar nicht nur an Bedürftige wie in der heutigen Sozialhilfe, sondern an alle. Weitere Leistungen wie Arbeitslosen- und Kindergeld fielen dann ebenso weg wie aufwendige Prüfungen. Auch die Erwerbsbereitschaft wäre keine Voraussetzung für die Auszahlung.

Die Grazer Initiative begründet das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) damit, dass Österreich eines der reichsten Länder der Welt sei und es sich leisten könne, „allen seinen BürgerInnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen“. Das BGE erlaube es dem Einzelnen, sich aus „Lohnabhängigkeit“ zu befreien und sein Leben ohne Existenzangst zu gestalten. Zugleich stärke es den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da der Staat heutzutage keine Erwerbsarbeit mehr garantieren könne, würden immer mehr Menschen in „unwürdige soziale und wirtschaftliche Abhängigkeiten getrieben“. Mit dem BGE hätten sie auch dann ein Auskommen, wenn Automatisierung und Rationalisierung ihnen die Arbeit wegnähmen.

Kritiker halten diese Form des Bürgergelds für unbezahlbar und für volkswirtschaftlich schädlich, da es Nichtstun belohne und nur geringe Anreize setze, um nach Bildung und Erwerbsarbeit zu streben. Die österreichischen Befürworter haben errechnet, dass das Land rund 92 Milliarden Euro im Jahr für das BGE aufwenden müsste. Das wären zwei Milliarden mehr als der gesamte Bundeshaushalt. Finanziert werden soll der Vorstoß durch eine Finanztransaktionssteuer von 0,94 Prozent auf alle Finanzgeschäfte und durch Einsparungen in der Verwaltung.

In der Schweiz gab es vor dreieinhalb Jahren eine Abstimmung über ein Grundeinkommen, in der sich eine Minderheit von 23 Prozent dafür aussprach. Finnland hat einen Versuch begonnen, 2000 Arbeitslose mit einem BGE auszustatten, das Experiment nach zwei Jahren aber nicht verlängert. In Italien führte die letzte Regierung im März dieses Jahres ein Bürgergeld ein. Die schwarz-grün-gelbe Landesregierung in Schleswig-Holstein denkt ebenfalls über ein Bürgergeld oder ein Grundeinkommen nach.

https://www.lemonde.fr/idees/article/2019/11/20/macron-ne-construira-pas-tout-seul-l-europe-puissance-dont-il-reve_6019781_3232.html

« Macron ne construira pas tout seul “l’Europe puissance” dont il rêve »

Si l’expression « mort cérébrale » utilisée par le président pour décrire l’OTAN a tant ému les partenaires européens de la France, c’est que certains souffrent déjà de paralysie, relève Sylvie Kauffmann, éditorialiste au « Monde », dans sa chronique.

Publié aujourd’hui à 00h06, mis à jour à 07h01 Temps de Lecture 4 min.



Emmanuel Macron lors du congrès de l’Association des maires de France, mardi 19 novembre.

Chronique. En diplomatie comme en psychologie, il faut parfois un peu de recul pour identifier les événements précis à l’origine de profonds traumatismes. Dans les relations franco-américaines, trois moments récents remplissent clairement cette fonction ; ils concernent la guerre en Syrie, tragédie majeure de la décennie qui s’achève.

Le premier remonte au 31 août 2013. C’est la nuit où le président Barack Obama a renoncé à la « ligne rouge » qu’il avait lui-même tracée en menaçant Bachar Al-Assad d’intervenir s’il faisait usage d’armes chimiques contre sa population. L’usage était établi, la ligne rouge franchie, les avions français prêts à décoller. L’intervention n’eut pas lieu, la France étant incapable de la conduire seule. Moscou, Téhéran et Damas reçurent le message du renoncement occidental cinq sur cinq.

Le second événement date du 19 décembre 2018. Sans crier gare, Donald Trump, successeur d’Obama, annonce sur Twitter le retrait des 2 000 soldats américains de Syrie : « *Nous avons gagné contre l’Etat islamique [EI]* », proclame un peu prématurément le président américain. Paris et Londres, qui font partie de la coalition contre l’EI et ont aussi des troupes sur place, n’ont pas été informés. Furieuse, la ministre française de la défense, Florence Parly, rappelle à Washington les règles du jeu : « *On y va ensemble, on s’en va ensemble.* » [Après de multiples tergiversations, les Etats-Unis laissent quelques centaines d’hommes.](#)

Troisième blessure, le 6 octobre 2019 : Donald [Trump retire le reste de ses troupes](#) et laisse le champ libre au président turc, Recep Tayyip Erdogan, qui lance une offensive dans le nord de la Syrie. Les Kurdes, qui ont combattu pour les alliés occidentaux, sont abandonnés à leur sort. Une fois de plus, Français et Britanniques sont impuissants.

Un grand coup de pied dans la fourmilière

[Dans l’entretien qu’il a donné le 7 novembre](#) au magazine britannique *The Economist*, le président Emmanuel Macron qualifie la crise de 2013 de « *premier effondrement du bloc occidental* » et le troisième événement, en octobre, de « *dramatique* ». Dramatique parce qu’il en va de la « *crédibilité militaire* » de son pays ; dramatique aussi pour l’OTAN, dont la Turquie est membre, comme la France et le Royaume-Uni, et dont les Etats-Unis sont supposés être « *le garant en dernier ressort* ».

C'est pour cela, explique M. Macron, qu'il a parlé de « *mort cérébrale* » à propos de l'Alliance atlantique. Car ce qu'on a vu, « *c'est que l'OTAN en tant que système ne régule pas ses membres* ». En gros, chacun fait ce qu'il veut.

Pourquoi cette expression de « *mort cérébrale* » a-t-elle à ce point ému les partenaires européens de la France ? Parce que certains d'entre eux souffraient déjà de paralysie. Chacun connaissait les dysfonctionnements de l'OTAN comme organisation collective de défense : la brutalité de Donald Trump et ses éclats lors des derniers sommets, avec la chancelière Angela Merkel dans le rôle du souffre-douleur, ne permettaient plus de les ignorer. Mais à Bruxelles comme à Berlin, beaucoup vivent dans l'illusion que si M. Trump est chassé de la Maison Blanche en 2020, tout rentrera dans l'ordre. Cette désagréable parenthèse ne sera qu'un mauvais souvenir et le parapluie américain se rouvrira pour protéger l'Europe.

Emmanuel Macron, lui, n'y croit pas une seconde et il juge urgent de renforcer l'Europe que les Etats-Unis, accaparés par l'ascension de la Chine, ne voient plus que comme un partenaire commercial. L'idée d'un autre sommet de l'OTAN, les 3 et 4 décembre à Londres, où les Européens feraient le gros dos comme si de rien n'était en attendant que passe la colère du grand frère américain, lui est insupportable : il a donc donné un grand coup de pied dans la fourmilière afin de faire réagir. Sur ce plan-là au moins, l'opération a réussi.

Débat ouvert

Une fois de plus, on lui reproche le côté provocateur de sa formulation, la maladresse de la méthode et l'inévitable arrogance française. Il y a, bien sûr, un peu de tout cela. Mais les réactions montrent que l'effet recherché est au moins en partie atteint.

La chancelière allemande a désapprouvé ces « *jugements à l'emporte-pièce* » mais elle a reconnu l'existence de « *problèmes* » et la « *nécessité de se rassembler* ». Son ministre des affaires étrangères et sa ministre de la défense, qui appartiennent à des partis politiques opposés – autre forme de mort cérébrale – préparent chacun des propositions de réforme de l'OTAN. C'est nouveau. Et surtout, M. Macron, tout en irritant fortement, a ouvert un débat, comme l'a fait à l'automne son initiative très controversée de rapprochement avec la Russie.

Au-delà de l'OTAN, ce long entretien pose, parfois crûment, les termes d'un indispensable débat sur les nouveaux rapports de force entre l'Europe, les Etats-Unis, la Chine, la Russie, sur le géant chinois des télécommunications Huawei, sur l'intelligence artificielle, sur l'élargissement de l'Union européenne (UE) aux Balkans occidentaux. Le président français, disent ses critiques, est très doué pour démolir, moins pour construire. C'est d'autant plus vrai qu'il ne bâtira pas tout seul « *l'Europe puissance* » dont il rêve.

Peut-être pourra-t-il compter sur la future Commission européenne. Lorsque la présidente, Ursula von der Leyen, veut « *une Europe géopolitique tournée vers l'extérieur* », et non plus sur elle-même, lorsque le futur chef de la diplomatie Josep Borrell demande à l'UE, [dans *Le Monde*](#), « *d'apprendre à parler le langage de la puissance* », lorsque le futur président du Conseil européen, [Charles Michel, dit au *Financial Times*](#) que l'Europe doit « *renforcer ses capacités pour peser davantage* » à l'extérieur, ils sont sur la même ligne.

Europe et puissance, pourtant, ont un petit air d'oxymore : c'est pour conjurer la puissance que l'UE s'est construite. Et la puissance requiert l'unité. Autant dire une révolution.

Sylvie Kauffmann (Editorialiste)

https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/kritik-zu-susanne-scharnowskis-sachbuch-ueber-heimat-16438201.html?printPageArticle=true#pageIndex_3

SACHBUCH ÜBER HEIMAT:

Sehnsucht nach einem Raum aus Zeit

- VON THOMAS MACHO
- -AKTUALISIERT AM 20.11.2019-21:47
Allmählich wird es zu einem Kampfbegriff: Susanne Scharnowski spürt den Widersprüchen in den Beschwörungen von Heimat nach.



Fachwerkhäuser auf dem Frankfurter Römerberg

Heimat ist gegenwärtig zu einem Kampfbegriff avanciert. Vor den Europawahlen warb die AfD mit Slogans wie „Heimat bewahren“, und wer zu Herbstbeginn durch Wien streifte, stieß auf Wahlplakate für den neuen FPÖ-Chef [Norbert Hofer](#), auf denen seine „Heimattreue“ unterstrichen wurde. Auf der anderen Seite wird Heimat kritisch und ironisch kommentiert, etwa wenn die Dramaturgin und Performance-Künstlerin Barbara Ungepflegt, so ihr Pseudonym, ein mobiles Ministerium für Heimatschutz in Wien eröffnet und bespielt. Was aber ist Heimat überhaupt, und was soll sie sein? Ein Ausdruck für Nostalgie und Tradition oder gar eine Utopie? Der letzte Satz in Ernst Blochs monumentalem Werk vom „Prinzip Hoffnung“ schließt bekanntlich mit diesem Wort, Inbegriff der visionären Erwartung, dass in der Welt etwas entstehen könnte, „das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat“.

Susanne Scharnowski, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutsche und Niederländische Philologie der Freien Universität Berlin mit reicher Auslandserfahrung als DAAD-Lektorin und Gastdozentin, verwirft in ihrem Buch die scheinbar unausweichlichen Assoziationen des Heimatbegriffs mit Pathos, Ideologie oder kosmopolitisch inspirierter Kritik, um stattdessen die Widersprüche der Rede von Heimat aufzudecken. Ein erster Widerspruch wird bereits zu Beginn des Buchs, im Rückblick auf die Romantik, thematisiert. Diese wird zwar häufig mit der Geburt des modernen Heimatbegriffs in Zusammenhang gebracht; zugleich haben aber gerade Dichter wie Wilhelm Müller oder Joseph von Eichendorff – etwa in der Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts“ – nicht die Heimat verklärt, sondern die unendliche Reise. Auch [Alexander von Humboldt](#) habe sich kaum mit der Natur seiner märkischen Heimat befasst, sondern vielmehr mit Flora und Fauna in Latein- und Nordamerika, Russland oder Zentralasien. Selbst Caspar David Friedrichs bekanntes Gemälde vom Wanderer über dem Nebelmeer (1818) zeige keine Heimat, sondern ferne Berggipfel, die mit dem Himmel zu verschmelzen scheinen.



Susanne Scharnowski: „Heimat“. Geschichte eines Missverständnisses. Wbg Academic, Darmstadt 2019. 272 S., geb., 40 €.

Diese Widersprüche verschärften sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts im Zuge von Industrialisierung, Urbanisierung und Landflucht oder von Wellen der Auswanderung. Zwischen 1841 und 1910 haben rund fünf Millionen Deutsche ihre Heimat verlassen, um vorwiegend nach Amerika zu emigrieren; im Mittelpunkt der ersten Dorfgeschichte Berthold Auerbachs steht daher nicht umsonst der Amerika-Auswanderer Aloys. Just in der Ferne wird ihm die Heimat, die verlassene Welt, zu einer Art von Heimsuchung; so hat sie noch Roger Willemssen in seinen Reiseberichten von den Enden der Welt 2010 beschrieben: „Reisen, so kam es mir in diesem Moment vor, das war wie die Projektion der Heimat auf die fremde Tapete. Dort findet man das Haus, das man verlässt und auslöscht, fühlt die Verankerung, die man vergessen machen wollte. Man stürzt die Regale um, man reißt die Vorhänge herunter, aber es hilft nichts. In der Fremde baut sich das Zuhause immer theatralischer auf: Verlass mich, sagt es, zerstör mich! Finde etwas, das nicht das Alte, Vertraute ist! Und dann liegt man in einem Hotelzimmer in Hongkong und fühlt, dass man sein Zuhause noch gar nicht verlassen hat, sondern alles ins Kinderzimmer verwandelt, und schließlich findet sich auf der Speisekarte des Etagenkellners die Bezeichnung ‚Winterliche Salate‘, und man bricht in Tränen aus.“

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wird Heimat allmählich als Kampfbegriff eingesetzt, als Waffe gegen Modernisierung, Zivilisation und Fortschritt. Doch Ideologie und Propaganda des Kolonialismus, danach des NS-Regimes, suchen die Heimat in neuen Ländern und Kontinenten; Auswanderung und Krieg verfolgen bald das Projekt einer gewalttätigen Expansion der Heimat, angeblich für ein Volk, dem es an Lebensraum mangelt. Spätestens nach dem Ersten Weltkrieg sind die deutschen Kolonien verschwunden, bis auf einige Siedlungen und Höfe, deren Besuch Bartholomäus Grill unlängst dokumentiert hat (F.A.Z. vom 17. April); nach dem Zweiten Weltkrieg liegt die deutsche Heimat, Städte und Landschaften, in Trümmern.

Heimweh, ursprünglich die Sehnsucht nach einer räumlich entfernten Herkunftswelt, wird gleichsam verzeitlicht: als Sehnsucht nach einer ungreifbaren, womöglich besseren Vergangenheit. „Heimat ist ein Raum aus Zeit“, so heißt der Ende September angelaufene Dokumentarfilm von Thomas Heise, eine vier Generationen umfassende Chronik seiner Familie. In den fünfziger Jahren wird Heimat zum kitschig-nostalgischen Begriff, Topos einer neuen Heimatliteratur und von einschlägigen Filmen.

In den letzten drei Kapiteln ihres Buchs beleuchtet Susanne Scharnowski aktuelle Widersprüche der Berufung auf Heimat. Sie kommentiert die intellektuelle Faszination für das Nomadische, die seit den achtziger Jahren – etwa in den Werken Bruce Chatwins, Vilém Flussers oder Zygmunt Baumans – zum Ausdruck kam, im Kontrast zum „touristischen Zeitalter“, das Marco d’Eramo kürzlich porträtiert hat (F.A.Z. vom 8. Juni 2018). Sie fragt nach der Entdeckung der Erde als bedrohte Heimat in den Kontexten der Ökologie-Bewegung, und Marc Augés Unterscheidung zwischen spät-modernen „Nicht-Orten“, den Räumen der Supermärkte, Autobahnen, Bahnhöfe, Hotels oder Flughäfen, und den „anthropologischen Orten“, die sich auf historische und soziale Relationen gründen, fungiert als Brücke zum Schlusskapitel, in dem die Autorin für einen „kosmopolitischen Provinzialismus“ plädiert: für eine Wahrnehmung der Heimat als Ort, nicht als Nation oder Territorium.

Verknüpft ist dieses Plädoyer mit der Forderung, eingespielte Dichotomien aufzugeben, die „nur das Entweder-Oder von Weltoffenheit oder Abschottung“ kennen. Gewiss, zum Ende bleiben viele Fragen offen. Doch vielleicht gelingt es diesem Plädoyer für einen nicht nationalistisch geprägten Heimatbegriff, der auch das Bedürfnis nach Begrenzung und Bewahrung respektiert, neue Debatten anzustoßen, die jenseits von den üblichen politischen Kontroversen geführt werden können.

«Facebook ist phantastisch für die Demokratie»



Michal Kosinski plädiert für ein radikales Umdenken in Sachen Privatsphäre

Der in Stanford lehrende Psychologieprofessor Michal Kosinski fordert, dass wir uns endlich von der Privatsphäre verabschieden. Und uns der wahren Bedrohung zuwenden: Künstlicher Intelligenz.

Christiane Hanna Henkel 21.11.2019, 05:30 Uhr

Michal Kosinski könnte Donald Trump zum Sieg verholfen haben. Nur indirekt, aber mit dem Vorwurf muss er seit Trumps Wahlsieg im Jahr 2016 leben. Denn Kosinski ist ein Psychologe, der mithilfe des Analysierens von Daten in das Innere unserer Herzen und Köpfe vordringt.

Die ganze Geschichte beginnt Mitte der 2010er Jahre, als Kosinski am renommierten Zentrum für Psychometrie an der Universität Cambridge arbeitet. Er findet heraus, dass Algorithmen mit nur wenigen auf Facebook gegebenen Likes ein umfassendes Persönlichkeitsprofil des Nutzers erstellen können.

Diese Methode wendet später die Wahlkampfirma Cambridge Analytica für Trump in abgewandelter Form an. Sie nutzt für die Kampagne widerrechtlich über Facebook gewonnene persönliche Daten. Das kommt im Rahmen der Cambridge-Analytica-Affäre im Frühjahr letzten Jahres an die Öffentlichkeit. Die Empörung über Facebooks legeren Umgang mit Nutzerdaten ist gross. Kosinski wird unfreiwillig in den Strudel der Ereignisse mit hineingerissen. Heute lehrt und forscht der gebürtige Pole an der Universität Stanford.

Herr Kosinski, Sie fordern, die Privatsphäre aufzugeben. Was bedeutet Privatsphäre eigentlich für uns Menschen?

Für den grössten Teil der Menschheitsgeschichte gab es so etwas wie Privatsphäre nicht. Wir lebten in kleinen Gruppen in der Savanne, und es gab keine Rückzugsmöglichkeiten. Alles, was in der Gemeinschaft geschah, spielte sich vor den Augen aller ab. So ähnlich war – und ist noch heute – das Leben auf dem Land. Erst das Leben in der Stadt hat uns Privatsphäre ermöglicht. Das hat seine Vorteile im Vergleich zum Leben in der Gruppe in der Savanne. Wenn wir zum Beispiel Ansichten vertreten, die von einer Gruppe nicht geteilt werden, wären wir in der Savanne möglicherweise ausgegrenzt worden. Das Stadtleben hingegen bietet den Schutz der Anonymität und damit enorme Freiheiten.

Warum sollten wir diese Freiheiten aufgeben?

Zum einen müssen wir aufhören, diese Thematik schwarz-weiß zu betrachten. So ist das Individuum in der Dorfgemeinschaft zwar weniger frei, aber die Gemeinschaft wird zusammengehalten durch eine Art sozialen Klebstoff: Inakzeptables Fehlverhalten kann relativ schnell erkannt und geahndet werden. Im Stadtleben ist dieser soziale Klebstoff weniger vorhanden, und Menschen neigen mehr zu Fehlverhalten wie Diebstahl. Dafür haben sie aber auch mehr Freiheiten. Es ist immer ein Trade-off. Zum andern aber müssen wir uns bewusst werden, dass es keinen Weg mehr zurück gibt. Das realisiert man erst, wenn man versteht, wie moderne Technologie funktioniert und welche Vorteile Big Data und Algorithmen uns bieten.

Warum gibt es keinen Weg mehr zurück?

Die aufkommende Landwirtschaft beispielsweise hatte für die Gesellschaft nebst Vorteilen auch sehr hohe Kosten. So konnten sich die Menschen nun ausreichend ernähren, die Bevölkerung wuchs. Auf der anderen Seite führte die Sesshaftigkeit dazu, dass es nun verstärkt Kriege gab: Die Bauern konnten den Feinden ja nicht entfliehen, sonst hätten sie ihr Land verlassen müssen. Auch waren sie schlechtem Wetter ausgesetzt, dem sie ja nicht ausweichen konnten. Und so ist und war es mit vielen neuen Technologien: Zunächst bringen sie uns Nachteile. Aber es gibt keinen Weg zurück. Die sesshafte Landbevölkerung konnte nicht mehr zu Nomaden werden, dazu war sie viel zu gross geworden.

Heisst das, dass wir erst durch eine lange Periode der Misere gehen müssen, bevor sich neue Technologien wie Big Data und KI auszahlen?

Ja, wir werden die Schattenseiten der Technologien zu spüren bekommen. Aber es gibt keinen Weg zurück, auch nicht für Europa. Was, meinen Sie, wird in China, Russland oder in den USA passieren? Dieser Fehler ist schon einmal in Europa begangen worden, und das ist der Grund, warum es Firmen wie Google oder Facebook eben nicht in Europa, sondern in den USA gibt. Und da die USA in Regulierungsfragen Europa folgen wollen, werden die Firmen bald nach China ziehen beziehungsweise dort gegründet werden. Wenn wir nicht aufpassen, werden die Amerikaner und die Europäer bald chinesische Tech-Dienstleistungen nutzen – weil die dank den generierten Datenmengen einfach besser sein werden. Amerika und Europa drohen zu den Verlierern der Digitalisierung zu werden, weil sie etwas versuchen zu schützen, was man nicht mehr schützen kann: die Privatsphäre.

Was bekämen wir dafür, wenn wir unsere Privatsphäre aufgäben?

Die neuen Dienstleistungen und Produkte, die auf dem Sammeln von Daten basieren, bereichern unser Leben enorm. Natürlich ist es unheimlich, wenn unsere genetischen Daten gesammelt werden, aber auf der anderen Seiten können so Krankheiten leichter erkannt und behandelt werden. Anstatt das Unausweichliche zu bekämpfen, sollten wir es gestalten.

Wie sollen wir eine Gesellschaft gestalten, in der uns unsere Daten nicht mehr gehören?

Das Problem ist eben nicht, dass unsere persönlichen Daten nicht mehr in Datenbanken versteckt sind, sondern was mit ihnen gemacht werden kann. Versicherungskonzerne könnten DNA-Daten nutzen, um Kunden mit genetischen Defekten vom Versicherungsschutz auszuschliessen. Wenn nun aber die Branche so reguliert wäre, dass die Versicherung verpflichtet wäre, alle Kunden zu versichern, dann wäre es im Interesse der Versicherung, die Interessen des Kunden zu vertreten und dem Kunden zu helfen, mit dem Gesundheitsrisiko bestmöglich umzugehen. Wie viele Menschenleben könnte man retten, wie viele Kinder schützen, wenn man Zugang hätte zu den Suchanfragen auf Google: Wenn dort jemand nach Methoden sucht, um sich umzubringen, oder ein Kind fragt, ob es normal sei, dass es von einem Erwachsenen an den Genitalien angefasst worden sei, dann könnte die Suizid- und Missbrauchsprävention einschreiten. Aber das gäbe natürlich einen riesigen Aufschrei der Datenschützer.

Wir würden uns schnell in Richtung Überwachungsstaat bewegen.

Es herrscht in der Diskussion eine grosse Scheinheiligkeit. Wir dürfen solche Daten nicht nutzen, um Leben zu retten. Aber Facebook und Google dürfen die Daten nutzen, um uns allen möglichen Mist zu verkaufen.

Lassen Sie uns über die Präsidentenwahlen in den USA im kommenden Jahr sprechen. Befürchten Sie, dass die Wähler über die sozialen Netzwerke von den Kandidaten, anderen Politikern oder gar dunklen Kräften aus dem Ausland manipuliert werden?

Nein, die sozialen Netzwerke sind phantastisch für die Demokratie. Diese Angst, dass etwa Facebook zum Werkzeug der Massenmanipulation wird, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass sich heute viele über Probleme aufregen, die gar keine sind, und die Leute die wirklichen Probleme ausser acht lassen. Nehmen wir Fake-News. Natürlich gibt es Falschnachrichten. Es gibt davon sehr viel mehr als früher, weil jeder im Internet diese zum Besten geben und sie etwa über die sozialen Netzwerke hundert- oder millionenfach verbreiten kann. Die Frage ist doch aber, ob ein Bürger im Durchschnitt heute mehr diesen Falschnachrichten glaubt, als er es früher getan hätte. Die Menschen sind heute so gut informiert wie noch nie zuvor. Natürlich gibt es immer auch einmal einen Rückschlag, wie es die Anti-Impf-Kampagne gezeigt hat; aber der Trend ist eindeutig.

Dann gehen Sie davon aus, dass es ebenfalls ein Mythos ist, dass Menschen über das Internet und Plattformen wie Facebook oder Twitter radikalisiert werden?

Ja, weltweite Umfragen über Werte und Ansichten zeigen, dass die Menschen generell in diesem Bereich in eine Richtung gehen: Immer mehr Menschen setzen sich für Menschenrechte ein, für Demokratie oder für die Rechte von Homosexuellen. Und das auch, dank den im Internet vorhandenen Informationen. Das ist ein enormer Fortschritt.

Wenn man nach Amerika schaut oder auf den Populismus, dann deutet das doch auf eine gewisse Spaltung hin.

Dann schauen Sie einmal fünfzig Jahre zurück. Da hatten wir in Europa noch den Eisernen Vorhang. Das war eine echte Spaltung. Oder blicken wir nach Amerika. Es ist noch nicht lange her, dass es in dem Land zwei Fraktionen gab, von denen die eine der Minderheit der Afroamerikaner die vollen Bürgerrechte vorenthalten wollte. Diese fundamentale Spaltung ist überwunden. Heute diskutiert Amerika darüber, ob die Gesundheitsversorgung 80 oder 100 Prozent der Bürger abdecken soll. Das sind doch Nuancen. Natürlich wird heute sehr laut gestritten. Aber das kommt daher, dass der Zugang zu Kommunikationskanälen durch die sozialen Netzwerke und das Internet im Allgemeinen demokratisiert ist.

In Ihrer Forschung haben Sie gezeigt, dass es nur wenig Datenpunkte braucht, um wesentliche Merkmale einer Persönlichkeit herauszufinden. Wie gross schätzen Sie die Gefahr ein, dass diese Erkenntnisse im nächsten amerikanischen Wahlkampf missbraucht werden und die Kandidaten oder ausländische Akteure mit auf das Individuum abgestimmten Falschinformationen eine Art Gehirnwäsche vornehmen?

Das ist doch lächerlich. Es ist eine gute Sache, wenn sich die Politiker an jeden einzelnen Wähler mit einer individuellen Botschaft wenden können. Stellen Sie sich vor, ein Politiker hätte die Möglichkeit, im Wahlkampf an fast jede Haustüre zu klopfen und mit dem Bürger ein Gespräch zu beginnen? Das ist im realen Leben nicht möglich, aber auf Facebook und anderen sozialen Netzwerken sehr wohl. Die sozialen Netzwerke sind gut für die Demokratie.

Was sind denn die tatsächlichen Risiken, die wir in der Diskussion Ihrer Meinung nach übersehen?

Wir ignorieren die Gefahr, dass Algorithmen unsere Demokratien vollständig umkrepeln werden. Stellen wir uns einmal zwei Politiker vor. Der eine bedient sich der Algorithmen, um seine Wahlbotschaft zu übermitteln, der andere nicht. Ersterer wird mit höherer Wahrscheinlichkeit die Wahlen gewinnen. Der Wahlsieger wird sich wieder der Algorithmen bedienen, um seine politischen Anliegen durchzubringen. Und damit wird er erfolgreicher sein als ein Amtsinhaber, der Algorithmen nicht nutzt. Die Algorithmen werden dann aufgrund der Daten immer besser. Und das führt eines Tages dazu, dass der Politiker nicht mehr der Akteur, sondern nur noch die Schnittstelle ist für einen Algorithmus, der eigenständig handelt und entscheidet. Gleiches könnte für Konzernchefs, Generäle oder Ärzte gelten: Sie alle geben ihre Entscheidungsbefugnis freiwillig ab. Das ist ein enormes Risiko.

Wohin führt das?

Erstens laufen wir Gefahr, als Gesellschaft von Algorithmen gesteuert und nicht von Menschen regiert oder geführt zu werden. Zweitens würden wir dabei Algorithmen folgen, die wir nicht mehr verstehen. Unsere Gehirne sind für die Komplexität der Algorithmen nicht gemacht. Die Zeit wird kommen, in der die Algorithmen Entscheidungen treffen, die für uns als Homo sapiens sehr schlecht sind, und wir Menschen werden einfach die entsprechenden Befehle ausführen.

Das hört sich an wie Science-Fiction

Das ist zum Teil schon Realität. Wenn die Zentralbank Zinsentscheidungen fällt, dann basiert das auf Algorithmen, die Terabytes an Daten verarbeitet haben. Die Händler an der Wall Street stützen ihre Käufe und Verkäufe bereits zum überwiegenden Teil auf Algorithmen.

Sie selbst wenden als Psychiater auch Algorithmen an, um aus Daten auf die Persönlichkeit von Menschen zu schliessen. Vertrauen Sie diesen?

Es ist sehr einfach, mit nur wenigen Daten zu berechnen, ob jemand an Depressionen leidet. Aber wie die Algorithmen zu ihrem Schluss kommen, das durchschaue ich oft erst nach wochen- oder gar monatelangen Untersuchungen – obwohl es vergleichsweise einfache Algorithmen sind. Und nun stellen Sie sich einen Ingenieur bei Google vor. Der will einfach nur immer bessere Algorithmen machen. Den interessiert es wahrscheinlich nicht, wie der Algorithmus zu einer Entscheidung gelangt. Das ist sehr gefährlich.

Wie können wir das Risiko mindern, eines Tages von Algorithmen gesteuert zu werden?

Zunächst müssen wir dieses Risiko überhaupt erst einmal erkennen, und aufhören, uns wegen Fake-News oder Radikalisierung die Köpfe rot zu reden. Und dann müssen wir einsehen, dass es keinen Weg zurück gibt. Es gibt immer mehr Daten, die Algorithmen werden immer besser, und wir werden sie immer stärker nutzen. Der Fortschritt lässt sich nicht aufhalten. Schliesslich müssen wir fordern, dass künstliche Intelligenz transparent und nachvollziehbar ist.

Le nécessaire débat sur la dette

ÉDITORIAL

Le Monde

Editorial. L'Etat a annoncé, mercredi 20 novembre, réduire la dette de l'hôpital public. Une mesure déjà employée pour la SNCF en 2018. Ce choix assumé d'être de moins en moins sourcilieux avec les déficits n'exonère pas l'exécutif d'une franche explication.

Publié aujourd'hui à 12h20 Temps de Lecture 2 min.

Editorial du « Monde ». Parmi les mesures les plus emblématiques du plan d'urgence en faveur de l'hôpital, dévoilé mercredi 20 novembre par le premier ministre, figure une reprise partielle de dette. L'Etat va sur trois ans reprendre à sa charge 10 des 33 milliards d'euros de dette qui pèsent sur le bilan des hôpitaux publics. L'objectif est bien d'alléger leurs frais financiers et de leur redonner des marges de manœuvre, alors que leur niveau d'investissement a été divisé par deux en une décennie. D'abord réticent, le ministère de l'économie s'est laissé convaincre pour ne pas laisser dire que les grands argentiers restaient de marbre face aux difficultés de l'hôpital public.

Ce n'est pas la première fois depuis le début du quinquennat que l'Etat vole de cette manière au secours de services publics en grande difficulté. En 2018, déjà, il s'était engagé à reprendre à son compte 35 des 54,5 milliards d'euros de dette de la SNCF d'ici à 2022, au prix d'une légère aggravation du déficit public. Le discours à chaque fois est le même : il s'agit d'alléger le fardeau du passé pour regarder avec confiance l'avenir et permettre un nouveau départ.

L'allègement de la dette de l'hôpital public s'inscrit dans un vaste plan de rénovation de la santé voté en 2018. Celui de la SNCF coïncide avec la réforme du statut de cheminot et avec l'ouverture du rail à la concurrence. Cependant, rien, à ce stade, ne garantit que soulager le poids de la dette aboutira à une amélioration du service public.

Dans un rapport sur la gestion des ressources humaines à la SNCF publié le 18 novembre, la Cour des comptes dénonce les lenteurs d'adaptation de l'entreprise et préconise d'accélérer le processus, alors que le climat social y est très tendu. A l'hôpital, les tensions restent aussi fortes, [certains syndicats qualifiant de « mesurette » le plan qui vient d'être annoncé](#).

Tentation du saupoudrage

L'Etat se rassure en se disant que le jeu de bonneteau auquel il procède sur la dette ne l'affectera guère : sa signature reste bonne et le contexte inédit de taux d'intérêt négatifs lui permet d'alléger la charge des intérêts, tout en continuant d'emprunter. Pourquoi se gênerait-il ? De fait, même si la Commission européenne met en garde Paris sur un « *risque de non-conformité* » aux règles budgétaires de l'union monétaire, les marchés financiers gardent confiance en la dette publique française, qui atteint 2 400 milliards d'euros et frôle les 100 % du PIB.

Cela n'exonère cependant pas le gouvernement d'une franche explication. Car, depuis le début du quinquennat, une inflexion majeure s'est produite : l'exécutif est de moins en moins sourcilieux avec les déficits. A l'issue du mouvement des « gilets jaunes », il n'a cherché qu'à la marge à compenser les 17 milliards d'euros de mesures en faveur du pouvoir d'achat. Et, dans une récente interview à *The Economist*, Emmanuel Macron dénonce un débat, selon lui « dépassé », sur la règle des 3 % de déficit

public. « *Nous avons besoin de plus d'expansionnisme, de plus d'investissement* », lance-t-il, alors que la croissance ralentit dangereusement dans la zone euro.

Le débat, en réalité, mérite d'être mené. La France a incontestablement besoin de financer de grands projets d'avenir pour s'adapter aux transformations en cours et moderniser ses services publics, afin de gagner en efficacité. Mais il serait dangereux de céder à la tentation du saupoudrage, qui ne fait que nourrir les frustrations et les revendications sans fin, sans pour autant régler les problèmes sur le long terme.

Le Monde

ZUSTAND DER BUNDESWEHR:

Militärisches Leichtgewicht

- VON PETER CARSTENS, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 22.11.2019-11:09



Künftig soll die Bundeswehr nach dem Willen der Verteidigungsministerin Seite an Seite mit den Verbündeten auch kämpfen. Ist die Truppe darauf wirklich vorbereitet? Eine Analyse.

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat in den vergangenen Wochen mehrere Kurswechsel der Sicherheitspolitik und eine Neubewertung der Bundeswehr als Streitkraft initiiert. Allerdings stellt sich die Frage, ob Heer, Luftwaffe und Marine dazu überhaupt in der Lage wären. Zunächst schlug die CDU-Vorsitzende Ende Oktober die Einrichtung einer Sicherheitszone im umkämpften Norden Syriens vor.

Sie brachte dafür auch die Bundeswehr ins Spiel als aktiven Teil einer heiklen Mission zwischen türkischen, syrischen, kurdischen und nicht zuletzt russischen Kräften in einer der gefährlichsten Gegenden der Erde. Mindestens eine Kampfbrigade wäre dazu als deutscher Beitrag notwendig. Außenminister Heiko Maas und die SPD waren empört, aber international sorgte die Aktion doch für Aufsehen: Die Deutschen wollen raus aus der Komfortzone der Weltpolitik? Keine Ausreden mehr bei heiklen Einsätzen? Das wäre eine Neuigkeit.

Wenige Tage später kündigte Kramp-Karrenbauer vor jungen Offizieren in der Bundeswehruniversität in München an, dass die deutschen Streitkräfte in Zukunft mutiger und engagierter in Auslandseinsätze gehen sollen. Als Beispiele nannte sie den Konflikt in Mali, wo die Arbeitsteilung mit den dort ebenfalls stationierten französischen Truppen darauf hinausläuft, dass die Hauptlast der Kämpfe gegen den Islamisten-Terror bei den Franzosen liegt. Hohen Blutzoll entrichten auch Soldaten anderer UN-Mitgliedsländer, vor allem Afrikaner.

Das Spektrum militärischer Mittel ausschöpfen

„Haben wir“, fragt sich Kramp-Karrenbauer, „wirklich überzeugende Gründe, unseren Beitrag auf Aufklärung und Unterstützung zu beschränken?“ Sie findet nein. Und man übertreibt nicht, wenn man sagt, dass die französischen Mitstreiter schon etwas länger der Auffassung sind, es sei an der Zeit. Auch von Amerikanern, Briten oder Niederländern und Polen gäbe es keine Beschwerden, falls die Mittelmacht Deutschland sich nicht nur diplomatisch und bei zivilem Aufbau, sondern auch militärisch stärker engagieren würde. Im Gegenteil.

Kramp-Karrenbauer ist jedenfalls dafür. Es gelte, sagte sie, „das Spektrum unserer militärischen Mittel wenn nötig auszuschöpfen“. Das klingt nach einer ganz neuen Härte im Einsatz, in Afrika, aber auch in Syrien oder in Afghanistan. Die Verteidigungsministerin gab außerdem zu bedenken, westliche Solidarität könne nicht als Einbahnstraße darin bestehen, dass kanadische Soldaten innerhalb einer Nato-Mission das Baltikum schützen.

Sondern auch Deutschland solle dort Präsenz zeigen, wo sich entlegene Partner bedroht fühlen, etwa an den Rändern der chinesischen Einflusszone. Auch da witterte die SPD gleich Kanonenbootpolitik. Ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich sagte: „Die Idee eines deutschen Engagements im Indopazifik erinnert mich an das wilhelminische Weltbild eines ‚Platzes an der Sonne‘. Natürlich bedeutet das nicht Kolonien, aber die militärische Präsenz in weit entfernten Räumen.“ Das, so Mützenich, „widerspricht allen sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD“.

Kann die Bundeswehr überhaupt mehr leisten?

Abgesehen vom politischen Streit über die neue Gangart, müssen aber zunächst die militärischen Fähigkeiten betrachtet werden. Kann die Bundeswehr überhaupt mehr leisten als heute? Hat sie zu Lande, zu Wasser und in der Luft die militärischen Werkzeuge, die zu einer neuen Einsatzpolitik passen? Die Antwort: Nein. In einer (weiteren) Rede sagte die Ministerin vergangene Woche: „Mein Ziel ist es, dass wir die Lücke zwischen unserem oft formulierten Anspruch und dem tatsächlichen Handeln in der Sicherheitspolitik schließen.“ Und sie nannte ein Datum dafür: Bis 2031 solle der Verteidigungsetat auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. So wie es der [Nato](#) 2014 zugesagt wurde.

Könnte Deutschland schon heute das leisten, was etwa Franzosen und Briten tun? Auf den ersten Blick sieht es danach nicht aus: Während Frankreich und Großbritannien neben Atomwaffen immerhin noch über einigermaßen weltweit einsatzfähige Streitkräfte und auch jeweils Flugzeugträger verfügen, hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten 90 Prozent seiner Panzer und 75 Prozent seiner Kriegsschiffe verkauft oder verschrottet, Luftwaffe und Luftverteidigung stark reduziert und die Wehrpflicht ausgesetzt.

Kurzum, es fehlt an Personal und Material. Ähnlich wie bei dem Segelschulschiff Gorch Fock, das seit Jahren nicht segelt, gingen in den Streitkräften außerdem handwerkliche Fähigkeiten verloren, weil sie nicht mehr geübt wurden. Kampferfahrung gibt es, abgesehen von Jahre zurückliegenden Gefechten in Afghanistan, in der gesamten Bundeswehr fast keine mehr. Das ist im Sinne des Friedens wunderbar, für eine Armee aber natürlich auch ein Problem.

Viele Fähigkeiten für größere kriegerische Auseinandersetzungen wurden ganz aufgegeben, etwa die Luftverteidigung, oder, ein Beispiel von vielen, das Anlanden mit amphibischen Truppen. 22 Landungsboote hatte die Marine zum Ende des Kalten Krieges. Eines ist noch im Dienst, Baujahr 1966. In der Ostsee mit ihren oft flachen Gewässern operierten früher ein halbes Dutzend schnelle deutsche Zerstörer. Die Schiffe wurden ganz abgeschafft. Heute fahren nur noch Korvetten und Fregatten, konzeptionell ausgerichtet auf humanitäre Einsätze in fernen Ländern. Das nächste Schiff, das schon dem Namen nach wieder dem eventuellen Kampf dienen soll, ist das „Mehrzweckkampfschiff 180“. Es ist noch nicht einmal bestellt.

Viele der großen und extrem teuren militärischen Systeme sind an ihre zeitlichen Grenzen gekommen, Kampfflugzeuge, Transporthubschrauber, schwere Panzer, die Luftabwehr. Jedes einzelne System kostet enorme Summen, etwa fünf Milliarden die immer noch nicht ausgereiften Schützenpanzer Puma, fast zehn Milliarden für rund fünfzig Transportflugzeuge. Für das geplante Luftverteidigungssystem mit kurzer und mittlerer Reichweite (TLVS) werden bis zu acht, neun Milliarden Euro veranschlagt, also siebenmal Grundrente, allein für ein Verteidigungsprojekt unter vielen. Dass die Soldatinnen und Soldaten neue, moderne Sturmgewehre von einem seriösen Anbieter bräuchten, gilt da schon als finanzielle Kleinigkeit.

Die Bundeswehr bewegt sind in einem anderen Rahmen

Doch es geht nicht nur um Waffen und Ausrüstung, zumal die große Koalition seit fünf Jahren mit einem stark und überdurchschnittlich wachsenden Etat viele Milliarden Euro investiert. Eine Armee besteht aus Einzelverbänden, die zusammen eine durchsetzungsfähige Streitmacht bilden können, wenn alle zusammenwirken, von der Kompanie bis zur Division. Doch seit den Strukturreformen aus

der Amtszeit von Verteidigungsminister Thomas de Maizière ([CDU](#)) sind größere Kampfverbände nicht mehr einsatzbereit.

An Brigaden, der kleinsten Großformation mit rund 5000 Soldaten, hält die Bundeswehr derzeit keine einzige mit Vollausrüstung, also allem Personal, Fahrzeugen und Waffen, bereit. Zum Vergleich: Das amerikanische Heer unterhält derzeit etwa zehn aktive Divisionen mit jeweils etwa vier Brigaden und acht Reservedivisionen. Aber auch Frankreich und Großbritannien verfügen jeweils über mehrere Divisionen im Heer, darunter kampferprobte Verbände. Und außerdem haben sie Truppen, die nicht vergleichbar sind mit irgendeiner Formation, die in Deutschland existent oder erwünscht wäre: die französische Fremdenlegion mit rund 8500 ausländischen Soldaten oder die nepalesischen Gurkhas, gefürchtete Kämpfer in der britischen Armee.

Wenn sie fallen, trauern weder französische noch britische Eltern. Abgesehen davon, dass die Streitkräfte dort jeweils ein höheres Ansehen als in Deutschland haben, wo selbst ein halböffentliches Gelöbnis von einigen hundert Rekruten als politischer Problemfall gilt und das Ereignis, wie vorige Woche in Berlin, fern der Stadtbewohner und bewacht von Hundertschaften der Polizei stattfindet.

Schon diese kurzen Blicke hinüber zu den Nachbarstaaten zeigen, dass sich die Bundeswehr in anderen Bahnen bewegt als die anderen großen europäischen Streitkräfte. Zudem unterhalten sowohl Frankreich als auch Großbritannien dauerhafte Stützpunkte rund um den Globus in ehemaligen Kolonien oder Überseegebieten, die britische Marine hat etwa in Gibraltar, Zypern, Bahrein, Brunei, auf den Falkland-Inseln und Diego Garcia im Indischen Ozean sichere Anlaufpunkte. Frankreich verfügt über zahlreiche Übersee-Territorien, in denen jederzeit mehr als 7000 Soldaten stationiert sind, dazu feste Präsenzen etwa in der Elfenbeinküste oder Gabun. Die deutsche Marine ist hingegen ausschließlich an Nord- und Ostsee zu Hause und erwartet, nur ein Beispiel aus der Mängelliste, erst 2024 Ersatz für ihre beiden rund 50 Jahre alten Tankschiffe.

Trotz all dieser Einschränkungen ließe sich auch unter den bestehenden Bedingungen mehr machen. Viele Waffensysteme, der Leopard-Panzer vorneweg, die Puma-Schützenpanzer, die Panzer-Haubitze 2000, aber auch andere Produkte der wehrtechnischen Industrie nötigen jedem potentiellen Gegner Respekt ab. Nach dem Fähigkeitsprofil von 2018 soll die Bundeswehr bis 2031 in der Lage sein, alle Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung und ihrer Auslandsmissionen zu erfüllen.

Ein erster Zwischenschritt dazu war die Bereitstellung einer Nato-Kampfbrigade (VJTF), die derzeit noch mit Leihmaterial, 2023 aber voll ausgestattet sein soll. In rund acht Jahren, bis Ende 2027, sollen es drei Brigaden sein, was einer Division entspricht. Vier Jahre später sollen alle drei Divisionen des Heeres ausgestattet sein. Bei der Marine und der Luftwaffe wurden ähnliche Ziele festgelegt. Auch das Cyber-Kommando wird massiv ausgebaut. Klappen kann das nur mit einem weiter steigenden Etat. Würde das Zwei-Prozent-Ziel bis 2031 tatsächlich erreicht, könnte die Bundeswehr zehn Prozent der Nato-Fähigkeiten stellen, so wie es den Partnern im Bündnis zugesagt ist.

Quelle: F.A.Z.

AUSSTELLUNG ÜBER DIE HUMBOLDTS:

Odyssee im Weltwissensraum

- VON ANDREAS KILB
- -AKTUALISIERT AM 23.11.2019-08:43

Die einander ergänzenden enzyklopädischen Interessen, die Wilhelm und Alexander verfolgten – Sprachforschung, Bildungs- und Realpolitik, Naturgeschichte und Kosmologie –, machten die Arbeit der Kuratoren zur Odyssee im Weltwissensraum. Ein Großteil der Ausstellung besteht aus Flachware, Zeichnungen, Karten, Bücher, Briefe, Manuskripte. Trotzdem findet man immer kleine Wunder an Anschaulichkeit. In einem baskischen Museum haben Savoy und Blankenstein einen der Tragsättel gefunden, auf denen Caroline und Wilhelm von Humboldt die Pyrenäen überquerten; ein französischer Maler hat die beiden auf ihrer Spanienreise gezeichnet. Die Gipsreplik des Medaillons vom aztekischen Sonnenstein in Mexiko City stammt aus dem schottischen Nationalmuseum in Edinburgh. Alexander von Humboldt hat den Stein, der erst kurz zuvor entdeckt worden war, auf seiner Amerikareise als Verzeichnis der astronomischen und kalendarischen Kenntnisse der Azteken beschrieben.

Die Zunge, die der Sonnengott Tonatiuh auf dem Medaillon herausstreckt, fehlt dem Krokodil aus den Vatikanischen Sammlungen, das Alexander auf einem Besuch bei seinem Bruder in Rom betrachtete und wegen seiner Naturferne verwarf. Humboldt urteilte als Experte, denn er hatte selbst am Rio Magdalena ein Krokodil seziiert; seine Anatomiezeichnung des aufgeklappten Brustkorbs hängt in der Ausstellung direkt neben der antiken Marmorskulptur.

Ein Brief von Simón Bolívar

Man muss den Katalog aufschlagen, um Spuren der vom „Spiegel“ versprochenen postkolonialen Abrechnung zu finden. Zwischen klugen Aufsätzen von Lorraine Daston, Peter Burke, Jürgen Osterhammel und anderen finden sich Passagen, bei denen man sich fragt, ob ihre Verfasser bei Trost waren, als sie sie schrieben. „Die Tatsache, dass sowohl Alexander als auch Wilhelm von Humboldt klar Position bezogen gegen die Sklaverei“, heißt es da, dürfe „nicht vergessen machen, dass die hochgehaltenen Begriffe des Fortschritts, der Zivilisation und der wirtschaftlichen Entwicklung von Europa aus definiert“ waren. Hat das Eintreten für Menschenrechte ein ethnisches Profil? Hätte Humboldt anstelle der Zivilisation die Barbarei der Minenbesitzer hochhalten sollen?

Auf seiner Karte der Hochebene von Mexiko City überschrieb er, wie Tobias Kraft in seinem Katalogaufsatz zeigt, die spanischen Ortsnamen mit den alten aztekischen Wörtern. Für die politische Elite in den spanischen Kolonien war die Botschaft klar. Ein Jahrzehnt nach Alexanders Reise begann sie damit, ihren Begriff von Zivilisation in die historische Wirklichkeit einzuschreiben, und wiederum zehn Jahre später bedankte sich Simón Bolívar brieflich bei Humboldt, der seinen Kontinent „mit seinen Augen der Unwissenheit entrissen“ habe. Beides, Karte und Brief, muss man zusammendenken, und so geschieht es im DHM.

Jede historische Ausstellung hat ihren blinden Fleck. Hier ist es, ausgerechnet, das Verhältnis der Brüder zueinander. Erst im letzten Raum sieht man sie gemeinsam, auf zwei in Paris und London gemalten Porträts. Aber acht Jahre lang, von Alexanders Rückkehr nach Berlin bis zu Wilhelms Tod, lebten und lehrten sie in derselben Stadt, und man fragt sich, ob der Ältere jemals vor dem auf Rollen ruhenden Schreibtisch gestanden hat, an dem der Jüngere die Bände seines „Kosmos“ schrieb. Das Berlin-Panorama von Eduard Gärtner, das hier endlich wieder öffentlich gezeigt wird, gibt darauf keine Antwort, es hält nur einen kurzen Moment in Alexanders Leben fest. Er steht auf dem Dach der Friedrichwerderschen Kirche und zeigt in die Ferne. Dort, irgendwo im Westen, liegt Amerika, die neue Welt. Im Vordergrund aber, greifbar nah, leuchtet der Bau der Königlichen Bibliothek, das Reich des Geistes. Die Berliner Ausstellung bewahrt seinen Abglanz für uns auf.

Wilhelm und Alexander von Humboldt. Deutsches Historisches Museum, bis 19. April 2020. Der Katalog kostet 28 Euro.

« Pourquoi ne pas investir dans des usines photovoltaïques plutôt que dans de nouveaux EPR ? »

TRIBUNE

Daniel Lincot Chimiste

Les projets de nouvelles centrales nucléaires montrent que la prise de conscience du potentiel des énergies renouvelables est encore fragile dans les cercles dirigeants, dénonce le chercheur Daniel Lincot dans une tribune au « Monde ».

Publié hier à 15h28, mis à jour à 06h34 Temps de Lecture 5 min.

Tribune. Alors que se multiplient les appels à la relance d'un programme électronucléaire en France, allant de la construction de nouveaux EPR à la mise en service de mini-réacteurs pour faire face à l'incapacité supposée des énergies renouvelables de répondre efficacement aux enjeux de la transition énergétique, il est utile de rappeler que ces dernières représentent au contraire aujourd'hui un véritable espoir.

Un des premiers savants à avoir pris toute la mesure du potentiel immense de l'énergie solaire pour répondre aux besoins de l'humanité est Augustin Mouchot (1825-1912), professeur de mathématiques au lycée de Tours, qui se lance en 1860 dans la création de machines « *suffisamment puissantes transformant la chaleur en énergie mécanique* ». Il crée alors des machines à vapeur fonctionnant grâce à la concentration de la lumière solaire, dont le symbole est l'imprimerie solaire présentée à l'Exposition universelle de 1878, pour laquelle il reçoit la médaille d'or et qui suscite une immense ferveur populaire. Il publiera en 1879 un ouvrage visionnaire, intitulé *La Chaleur solaire et ses applications industrielles*, véritable texte fondateur des applications industrielles de l'énergie solaire.

Il faudra attendre la moitié du XX^e siècle pour que les applications industrielles de l'énergie solaire thermique reviennent sur le devant de la scène, en particulier en France, grâce à une personnalité hors du commun, Félix Trombe (1906-1985). C'est à son retour de détention en 1941 (il avait été fait prisonnier le 20 juin 1940) qu'il reprend le concept des fours solaires d'Augustin Mouchot pour atteindre de très hautes températures. Il mène ensuite, dans son laboratoire du CNRS à Meudon, des expériences à plus de 3 000 °C grâce, ironie de l'histoire, à un four utilisant un concentrateur solaire fabriqué à partir d'un ancien miroir de la DCA allemande.

Un grand programme pionnier

Puis, sous la conduite du CNRS, de grands projets sont lancés à partir de 1958 avec la construction, à Odeillo (Pyrénées-Orientales), d'un grand four solaire de 1 MW, qui fut inauguré en 1969. C'était alors la logique des grands projets chers au général de Gaulle, au même titre que le Concorde ou la conquête spatiale. Le programme de solaire thermique connaîtra son apogée avec le premier choc pétrolier, qui verra le lancement, en 1976, du programme Thémis, une centrale visant cette fois à produire de l'électricité, dont la construction fut achevée en 1983 à Targassonne, non loin d'Odeillo, avec le CNRS et EDF. A la pointe des technologies mondiales, le programme fut cependant brutalement arrêté en

mai 1986, pour cause de pétrole peu cher et de nucléaire triomphant. On assiste aujourd'hui à son redémarrage au niveau international.

Une autre voie permettant de capter et de transformer directement l'énergie solaire en électricité a été ouverte également au début du XIX^e siècle avec la découverte, par Edmond Becquerel (1820-1891), en 1839 au Muséum d'histoire naturelle à Paris, de l'effet photovoltaïque. Ce n'est que plus d'un siècle plus tard, avec la mise au point des premières cellules solaires photovoltaïques efficaces au silicium, en 1954 aux Etats-Unis, que cette découverte a pris son envol pour la conversion d'énergie. Son utilisation industrielle ne s'est pas fait attendre, dès 1958, avec l'alimentation des premiers satellites en énergie.

« Dès la fin des années 1950, avec le CNES et le CNRS, le développement d'une industrie photovoltaïque nationale fut une priorité. Les entreprises françaises étaient alors parmi les premières mondiales »

La volonté de la France d'être présente dans ce domaine stratégique fit que, dès la fin des années 1950, avec le CNES et le CNRS, le développement d'une industrie photovoltaïque nationale fut une priorité. Les entreprises françaises étaient alors parmi les premières mondiales et le restèrent jusqu'au début des années 2000, avant que n'intervienne le décollage industriel du photovoltaïque terrestre. Le décrochage des ambitions françaises dans ce domaine se situe au début des années 1980, encore une fois en raison de l'écrasante domination du nucléaire. Elles ne renaîtront qu'autour de 2006 avec le Grenelle de l'environnement et la mise en place d'une politique de soutien volontariste par des tarifs d'achat, prolongée aujourd'hui par la loi sur la programmation pluriannuelle de l'énergie (PPE). La France a ainsi commencé à combler son retard dans le domaine.

Des énergies renouvelables compétitives

L'irruption dans le débat de l'hypothèse d'un nouveau programme électronucléaire doit nous alerter car il montre que la prise de conscience du potentiel des énergies renouvelables est encore fragile dans les cercles dirigeants. Les énergies renouvelables, solaires et éoliennes, sont pourtant devenues compétitives, et la sûreté d'un recours massif au nucléaire est remise en cause par les accidents de Tchernobyl et de Fukushima.

Le développement à grande échelle, en particulier du photovoltaïque, inimaginable il y a dix ans, est maintenant enclenché, avec 100 GW installés annuellement, qui pourraient atteindre plusieurs centaines de GW durant la prochaine décennie. Cette croissance est boostée par le prix en sortie d'usine de modules à environ 30 centimes de dollar par watt, conduisant à des prix de vente de 64 euros le MWh en France en moyenne pour le dernier appel d'offres de la Commission de régulation de l'énergie (CRE), et autour de 20 dollars ou moins dans plusieurs régions du monde. Elle entraîne également un cercle vertueux sur le développement des technologies de stockage, de réseau intelligent et de numérisation.

Pourquoi ne pas décider de mettre en place un programme de création d'usines photovoltaïques en France, comme on parle de construire de nouveaux EPR ? Cela aurait du sens quand on sait qu'une usine de fabrication de panneaux solaires coûte aujourd'hui environ 200 millions d'euros pour une production de 1 GW par an, soit l'équivalent d'une tranche nucléaire, et que, si l'on tient compte de l'équivalence en énergie produite, il faudrait environ 5 GW, soit 1 milliard d'euros. Chaque usine de 5 GW fabriquerait en un an des installations solaires qui pourraient être mises en place en quelques mois et produiraient l'équivalent en énergie d'une tranche de centrale nucléaire. Ne serait-il pas plus judicieux que l'Etat investisse dans un plan de création de telles usines plutôt que pour de nouveaux EPR ?

Daniel Lincot est directeur de recherche au CNRS. Il a coécrit, avec Wolfgang Palz, *Le Triomphe du soleil. L'Energie du nouveau siècle, en France et dans le monde* (à paraître).

L'arrêt de Fessenheim et des centrales à charbon va peser sur le réseau électrique lors des prochains hivers

Les retards du réacteur EPR forcent la France à conserver au moins une de ses centrales à charbon, ce qui contreviendrait à la promesse d'Emmanuel Macron de fermer la totalité des centrales à charbon françaises avant 2022.

Par [Nabil Wakim](#) Publié le 20 novembre 2019 à 09h48 - Mis à jour le 20 novembre 2019 à 12h30



Sur le site de la centrale à charbon de Cordemais (Loire-Atlantique), en mars. Stéphane Mahe / REUTERS

Le président du directoire du Réseau de transport d'électricité (RTE), [François Brottes](#), le reconnaît sans détour : « *La transition énergétique française rentre dans une période charnière, qui demande une vigilance de notre part.* » RTE – filiale d'EDF à 50,1 %, mais autonome dans son fonctionnement – a présenté, mardi 19 novembre, son bilan prévisionnel pour le système électrique français à l'horizon 2025. « *Il y a trois sujets centraux pour les Français qu'il faut conjuguer : le changement climatique, la continuité de service et la maîtrise des tarifs* », détaille le dirigeant de RTE au *Monde*. Un numéro d'équilibriste difficile à tenir, puisqu'il faut éviter le risque de coupure, tout en baissant les émissions de gaz à effet de serre et sans augmenter le coût de l'électricité pour les usagers du réseau...

Si, ces dernières années, la France a arrêté plusieurs centrales à charbon et au fioul, elle est loin d'avoir achevé sa transition énergétique. D'ici à 2022, les quatre dernières centrales à charbon du pays vont également devoir fermer, de manière totale ou partielle. Surtout, dès le premier semestre 2020, [les deux réacteurs de la plus ancienne centrale nucléaire](#), à Fessenheim (Haut-Rhin), vont être stoppés, conformément aux engagements pris par le précédent gouvernement et confirmés par Emmanuel Macron...

Les parcs éoliens offshore opérationnels au mieux en 2022

Cependant, les nouveaux moyens de production censés prendre le relais se font attendre. Le réacteur nucléaire EPR de Flamanville (Manche) connaît d'importants retards et ne sera pas opérationnel avant 2023, au mieux. Or la mise sur le réseau de ce réacteur de troisième génération aurait pu compenser la fermeture de Fessenheim, sans accroître les émissions de CO₂ de l'Hexagone, puisque le nucléaire émet très peu de gaz à effet de serre. Quant aux grands parcs éoliens offshore, au large de la Normandie et des Pays de la Loire, ils ne seront pas opérationnels avant 2022, alors que les appels d'offres ont été lancés en 2011 et 2012.

Au cours des prochaines années, le parc nucléaire, dont les installations sont anciennes, va connaître de nombreux arrêts

Certes, la consommation d'électricité nationale stagne depuis six ans, mais les efforts déployés en matière d'efficacité énergétique, en particulier dans le bâtiment, restent trop faibles. Résultat : la période entre fin 2021 et fin 2023 risque d'être particulièrement tendue pour le réseau électrique. *« Les hivers 2020 et 2021 devraient bien se passer, rassure M. Brottes, mais la période suivante demande une grande attention de notre part. »*

Un autre élément d'importance est à prendre en considération : au cours des prochaines années, le parc nucléaire, dont les installations sont anciennes, va connaître de nombreux arrêts du fait des « visites décennales », périodes de travaux pendant lesquelles l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN) délivre ou non une autorisation de fonctionner dix ans de plus.

L'analyse de RTE montre que le calendrier de ces visites déborde de manière quasiment systématique. Le transporteur d'électricité demande donc à EDF *« l'optimisation du placement dans l'année et de la durée des arrêts des réacteurs nucléaires »*. Une manière polie de demander à l'exploitant du parc nucléaire de mieux respecter ses calendriers et de ne pas arrêter ses réacteurs en plein hiver.

Réduire la consommation pendant les périodes de pointe

Surtout, le travail de RTE souligne de nouveau une faiblesse régionale importante du système français : l'alimentation électrique de la Bretagne demeure fragile. En l'absence de la mise sur le réseau de l'EPR de Flamanville, l'entreprise recommande de ne pas fermer totalement la [centrale à charbon EDF de Cordemais](#) (Loire-Atlantique) et de la faire fonctionner un nombre d'heures limitées, pour passer la pointe hivernale. Une telle option, si elle était confirmée, contreviendrait à la promesse d'Emmanuel Macron de fermer la totalité des centrales à charbon françaises avant la fin de son quinquennat.

Les trois autres centrales françaises pourraient en revanche fermer leurs portes sans incidence sur le réseau électrique. Celle du Havre, exploitée par EDF, doit cesser son activité en 2021. Les deux autres, récemment rachetées par le groupe EPH de l'industriel tchèque Daniel Kretinsky (également actionnaire indirect du *Monde*), devraient arrêter de fonctionner, pour l'une en 2020, pour l'autre en 2022.

Enfin, RTE espère généraliser à moyen terme « EcoWatt », un dispositif jusqu'ici utilisé uniquement en Bretagne et en PACA, qui envoie des SMS aux habitants pour leur proposer de réduire leur consommation durant les périodes de pointe. *« C'est un appel à la responsabilité collective des citoyens. Dans ces régions, on peut faire baisser la consommation de 2 %, ce qui est loin d'être négligeable »*, assure M. Brottes.

Ces difficultés à venir illustrent l'une des fragilités du réseau électrique français, qui est particulièrement sensible aux périodes hivernales, bien plus que les pays voisins. En cause : la très forte utilisation du chauffage électrique dans les bâtiments, qui provoque un pic de consommation dès que la température baisse.

Nabil Wakim

Merkel and Macron Publicly Clash Over NATO

With relations at a new low, Chancellor Angela Merkel berated President Emmanuel Macron over his comments about the alliance's "brain death."



The German and French leaders are at odds over policy and style ahead of a NATO gathering outside London next month. Credit...Guillaume Horcajuelo/EPA, via Shutterstock

By Steven Erlanger

- Nov. 23, 2019

BRUSSELS — Angela Merkel, the German chancellor, was uncharacteristically furious. At a dinner to celebrate the 30th anniversary of the fall of the Berlin Wall, she huddled with President Emmanuel Macron of France, who had just given [an interview](#) in which he cited the "brain death" of NATO and wondered whether its commitment to collective defense still held.

Mr. Macron had also been the sole leader to veto the start of lengthy membership talks for North Macedonia to join the European Union, despite Skopje's having done everything Brussels had asked of it, including changing the country's name.

"I understand your desire for disruptive politics," Ms. Merkel said. "But I'm tired of picking up the pieces. Over and over, I have to glue together the cups you have broken so that we can then sit down and have a cup of tea together."

Mr. Macron defended himself, saying that he could not simply go to a NATO meeting in London in early December and pretend that [the United States and Turkey had behaved in the collective interest in Syria](#).

"I cannot sit there and act like nothing has happened," he said.

The conversation underscores the serious strains in the Franco-German relationship and the tensions surrounding the abbreviated NATO meeting on the outskirts of London, which was carefully downgraded from a summit to a gathering of leaders to celebrate the alliance's 70th anniversary.

"I haven't seen Franco-German relations at such a low point in a very long time," said Claudia Major, a security analyst with the German Institute for International and Security Affairs. "I've rarely seen such bitterness and misunderstanding."

Mr. Macron, as an ambitious French president with nearly royal powers, is increasingly impatient with Ms. Merkel's slow pragmatism and Germany's federalism and coalition government, Ms. Major said.

His wish, "in his impatient and almost nervous style," to lead and disrupt "clashes with the German system, which is very slow with Merkel in her last term and a coalition just trying to survive," she said.

Mr. Macron is eager to put forward longer-term strategic proposals, but is increasingly impatient with a more stagnant Germany and a divided coalition in that country, where the left-leaning Social Democrats block his European military and security proposals and the conservative Christian Democrats block his proposals for more economic integration, higher spending and eurozone reform.

Mr. Macron misread Ms. Merkel, thinking that in her last term she would want to create a historical legacy for the European project, as Chancellor Helmut Kohl did by accepting the euro, and the French leader feels almost betrayed by her caution, a senior French official said.

But that is to misunderstand Ms. Merkel, who "does not have big visions and is as pragmatic as you can get, and she is not going to change after 10 years," Ms. Major said.

Then there is NATO, which Germany relies on for deterrence along with the countries of Central and Eastern Europe, whose leaders have been sharply critical of Mr. Macron's musings about the alliance's weaknesses. Ms. Merkel refused to publicly accept Mr. Macron's "brain death" criticism, calling his words "drastic."

While many agree privately with Mr. Macron that President Trump's unpredictability and moodiness have hurt NATO, made worse by his special dealings with an increasingly authoritarian and Moscow-leaning Turkish president, Recep Tayyip Erdogan, they believe it was wrong to state those doubts publicly.

Poland's prime minister, Mateusz Morawiecki, called Mr. Macron irresponsible, describing his comments questioning NATO's commitment to collective defense, known as Article Five, as dangerous. Mr. Morawiecki [told his Parliament](#) that any moves to question the guarantee included in the NATO treaty were a threat to the future of the European Union and the military alliance.

As François Heisbourg, a French defense analyst, put it, Mr. Macron was "talking like a think tanker" instead of as the leader of a key NATO ally and nuclear power. But there are divisions in NATO, he said, and "at least Macron is trying to address the problem at hand."

NATO officials are struggling to agree on a joint statement, something less than a formal communiqué, celebrating the anniversary and recommitting NATO members to more military spending.

French officials are pressing for a reference to the need for a new strategic review of NATO's mission, to [replace the last one](#), which was completed in 2010 and is severely outdated, while most countries prefer to wait to see whether Mr. Trump is re-elected before broaching such a fundamental discussion of NATO's purpose.

Germany's foreign minister, Heiko Maas, trying to prevent a clash in London like the one that marred a tempestuous NATO summit meeting in Brussels nearly two years ago, has proposed [an "expert group"](#) to strengthen NATO's political thinking.

The idea would be to put the group under the consensual direction of NATO's secretary general, Jens Stoltenberg, who works hard to maintain good relations with Mr. Trump.

Mr. Stoltenberg is also traveling to Paris next week to meet Mr. Macron, presumably to discuss the French president's interview comments calling into question the continuing validity of Article Five.

To question it aloud is to undermine it, something Mr. Trump was criticized heavily for doing early in his presidency, when he initially hesitated to endorse the provision and then mused over whether America would fight for Montenegro, a NATO member.

All of that has brought some glee to Russia's ambassador to the European Union, Vladimir Chizhov, who praised Mr. Macron's remarks and his veto of accession talks to the European Union of North Macedonia and Albania, something Moscow has been working for years to forestall.

Moscow has also worked to undermine NATO and keep it from enlarging to the Balkans, Georgia and Ukraine.

"In the light of President Macron's statement," [Mr. Chizhov told The Financial Times](#), NATO "has a lot to discuss in close format" in London next month. He added: "We all know what President Trump had to say about NATO at different stages of his presidency."

There are also concerns among allies that Mr. Macron is considering a speech about creating a nuclear deterrence based on Europe, so as not to rely on the Americans.

That idea will further infuriate Berlin and the Central Europeans, in part because no one believes that France's nuclear deterrent is capable of covering the Continent, and the British nuclear deterrent is almost entirely dependent on American nuclear missiles.

Mr. Macron loves being disruptive and asking questions that others do not ask, at least in public. But if he does that on the question of nuclear deterrence, Ms. Major said, "it will be champagne on ice in Moscow."

Europäer kaufen verstärkt Waffen in den USA

Stand: 23.11.2019 | Lesedauer: 2 Minuten

Von **Gerhard Hegmann**

Wirtschaftsredakteur



Amerikanische Kampfflugzeuge von Lockheed Martin

Quelle: picture alliance / ZUMAPRESS.com

Die Verteidigungsausgaben in Europa steigen wieder. Davon profitieren vor allem Konzerne in den USA, zeigt eine neue Studie. Das könnte ein Zeichen für mangelndes Vertrauen in die eigene Rüstungsindustrie sein.

Von den in Europa wieder steigenden Verteidigungsausgaben profitieren vor allem US-Konzerne. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Beratungsgesellschaft AlixPartners, die WELT AM SONNTAG vorliegt. Inzwischen importieren die Europäer mehr Rüstungsgüter aus dem Ausland, als sie in Europa selbst beschaffen.

„Die Europäer kauften in der Tendenz mehr im außereuropäischen Ausland ein als bei ihren eigenen Partnerländern“, sagt AlixPartners-Rüstungsexperte Stefan Ohl. In den Jahren 2014 bis 2018 stieg dieser Anteil auf 58 Prozent. „Entweder sind die europäischen Produkte zu teuer – oder aber dies ist ein Zeichen für ein mangelndes Vertrauen in die eigene Rüstungsindustrie“, sagt der Experte. Weltweit dominieren US-Rüstungskonzerne mit inzwischen 36 Prozent Anteil die Gesamtbranche.

Die Verteidigungsbudgets der europäischen Länder ohne Russland beliefen sich 2018 auf rund 256 Milliarden Euro, ein Plus von 2,6 Prozent zum Vorjahr. Regierungen in Osteuropa erhöhten ihre Ausgaben teilweise zweistellig. Deutschland gehört mit einem Budget von 38,5 Milliarden Euro neben Großbritannien und Frankreich aktuell zu den zehn Ländern mit den größten Militärhaushalten weltweit.

Erstmals haben im vergangenen Jahr sieben der 26 europäischen Nato-Staaten rund zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben, also die angestrebte Zielmarke in dem Verteidigungsbündnis erreicht. 2017 waren es erst drei Staaten.

Damit die europäischen Rüstungskonzerne in Zukunft wieder Marktanteile zurückgewinnen, müssten die Anbieter ihre Kosten senken, heißt es bei AlixPartners. Oberste Priorität habe ein klares Anforderungsmanagement, das mehr auf Machbarkeit und Exportfähigkeit ausgerichtet sei, sagt Berater Ohl.

Damit meint er: Die Konzerne sollten sich weniger an Spezialwünschen einzelner Länder abarbeiten. Als Paradebeispiel sieht er den Militärtransporter A400M, der konzipiert wurde wie ein „multifunktionales Schweizer Armeemesser mit Zeitreisefunktion“. Auch eine Konsolidierung, also Fusionen und Übernahmen, könnte Europas Rüstungsindustrie stärken, so AlixPartners.

Wie notwendig es ist, dass die europäische Rüstungsindustrie zusammenrückt, zeigt sich für die Berater an wenigen Zahlen. In Europa gebe es bei den Landstreitkräften 37 unterschiedliche Kampf- und Schützenpanzermodelle, in den USA nur drei. Bei der Marine nutzen die Europäer 29 verschiedene Zerstörer- und Fregattenmodelle, die Amerikaner vier.

Ähnlich fällt der Unterschied bei den Luftwaffensystemen aus: In Europa gebe es 20 unterschiedliche Kampfflugzeugmodelle, in den USA sechs. „Europa muss die Anzahl seiner Waffensysteme verringern. Andernfalls ist das in Zukunft nicht mehr finanzierbar“, fordert Berater Ohl.

GASTBEITRAG:

Deutschlands Dilemma als halber Hegemon

- VON HANS KUNDNANI
- -AKTUALISIERT AM 25.11.2019-20:16



Amerika zieht sich zurück, China trumpft auf. Deutschland muss nicht nur mehr für Sicherheit tun, sondern auch das eigene Wirtschaftssystem infrage stellen, bevor es zu spät ist. Ein Gastbeitrag.

Noch vor zehn Jahren schien Deutschlands Platz in der Welt klar definiert zu sein. Außenpolitische Debatten betrafen damals vor allem die Beteiligung Deutschlands an den sogenannten Out-of-Area-Einsätzen der [Nato](#). Während der 1990er schien sich Deutschland in der Frage von Militäreinsätzen allmählich in Richtung „Normalität“ zu bewegen, ein Prozess, der in den Einsätzen in Serbien 1999 und Afghanistan ab 2001 kulminierte. Ab den 2000ern jedoch begann auch Deutschland Militäreinsätze im Zuge der den gesamten Westen erfassenden Zweifel gegenüber Militärinterventionen wieder zunehmend skeptischer zu sehen, vor allem nach der fehlgeschlagenen Invasion des Irak 2003.

Mit Ausbruch der Eurokrise 2010 jedoch ist Deutschlands Zukunft zunehmend unsicher geworden. Die Krise löste eine abermalige Debatte über die deutsche „Hegemonie“ in Europa aus, die sich in Folge der Flüchtlingskrise 2015 intensivierte. Seit der Wahl [Donald Trumps](#) zum Präsidenten der Vereinigten Staaten 2016 ist die Zukunft der transatlantischen Allianz und der „liberalen internationalen Ordnung“ an sich ungewiss geworden. Wie wird Deutschland in einer Zeit agieren, in der scheinbar alles in Bewegung geraten ist – und die Analysten wie Wolfgang Streeck als ein Interregnum im Sinne Gramscis beschreiben?

Regelmäßig haben außenpolitischen Analysten die Probleme ignoriert, die im Verlauf der [Eurokrise](#) aufgetaucht sind. Was allerdings nicht heißt, dass diese gelöst worden wären. Zwar provozierte das britische Chaos ein erneuertes rhetorisches Bekenntnis zum europäischen Projekt, aber die weitere Integration ist zum Stehen gekommen. Derweil verharrt Deutschland in einer problematischen Position der Halbhegemonie. In der Praxis bedeutet dies, dass das Land zwar die Kraft zur Festlegung der Regeln hat, nicht aber, um sie durchzusetzen. Andere Staaten sind derweil stark genug, um die Regeln zu brechen, nicht aber sie zu ändern.

Die Serie von Krisen, denen sich die [EU](#) seit 2010 gegenübersteht, hätten eine Chance sein können. Während der Eurokrise warfen die Länder Südeuropas Deutschland mangelnde „Solidarität“ vor. Aber in der Flüchtlingskrise forderte dann auf einmal Deutschland „Solidarität“ von den anderen Mitgliedsstaaten. Dies hätte durchaus eine Grundlage für einen umfassenden Deal sein können, basierend auf einem gemeinsamen Verständnis von Rechten und Pflichten zwischen EU Mitgliedsstaaten, die sowohl Teil des Euroraums als auch von Schengen sind, also eines de facto „europäischen Kerns“. Doch statt sie miteinander zu verbinden, suchte Deutschland beide Fragen zu entkoppeln. Europa ist in der Falle, wie Claus Offe es formuliert hat.

Die Wahl Donald Trumps könnte sich als der größte strategische Schock für ganz Europa herausstellen. Für Berlin stellt er ein besonderes schwieriges Dilemma dar. Deutschlands Position der Halbhegemonie innerhalb Europas war von einer bestimmten Konfiguration der liberalen internationalen Ordnung abhängig, in der Deutschland einen Freifahrtschein genoss. Gemeint sind hierbei insbesondere die Sicherheitszusagen der Vereinigten Staaten, die Fragen militärischer Macht in den innereuropäischen Beziehungen im Prinzip irrelevant machten, und die Rolle Amerikas als endlos verfügbarer Konsument zu nennen. Heute ist Washington hierzu weniger willens und könnten die eigene Hegemoniestellung aufgeben.

Die Unwägbarkeiten in Bezug auf die amerikanischen Sicherheitszusagen an Europa führten zu einer Spaltung der strategischen Gemeinde in Deutschland zwischen Atlantikern und Post-Atlantikern. Während Atlantiker dazu neigen, die strukturelle Verschiebung in der amerikanischen Außenpolitik zu unterschätzen, verkennen die Post-Atlantiker das Ausmaß der Schwierigkeiten vor denen Europa bei der Entwicklung strategischer Autonomie als Alternative zu den amerikanischen Sicherheitsgarantien steht. Problematisch ist dabei, dass selbst vorsichtige Schritte Europas in Richtung Unabhängigkeit das amerikanische Engagement weiter schwächen könnten.

Die Deutschen fühlen sich einfach nicht bedroht

Während aber sowohl Atlantiker als auch Post-Atlantiker über die Notwendigkeit sprechen, auf neue Gefahren in einer zunehmend gefährlichen Welt zu reagieren, scheint die deutsche Bevölkerung mehr über den potentiellen Verlust ihrer Identität als Friedensmacht besorgt zu sein. Trotz der Unsicherheiten in Bezug auf die amerikanischen Sicherheitsgarantien, fühlen sich die Deutschen einfach nicht bedroht. Viele sähen heute die Übernahme größerer „Verantwortung“ und dabei insbesondere eine drastische Steigerung der Verteidigungsausgaben, als ein Zugeständnis an Trump und seine Politik.

Die zukünftigen Beziehungen Deutschlands zu China sind auch mit der Rolle Deutschlands in Europa und der Beziehung zu den Vereinigten Staaten verknüpft. Während der vergangenen Dekade ist Deutschland zunehmend abhängig von China als Exportmarkt geworden – insbesondere nachdem im Verlauf der Eurokrise die Nachfrage aus Europa zurückging. Es entwickelte sich in der Folge eine enge politische Beziehung zwischen Berlin und Peking. Die Krise hat den Westen in Überschuss- und Defizitländer gespalten und China und Deutschland zusammengeführt.

Als China unter Xi Jinping mittelständige Unternehmen aufzukaufen und zunehmend autoritär zu werden begann, schien Deutschland chinaskeptischer und offener für ein härteres Vorgehen basierend auf einer stärkeren transatlantischen Koordination zu werden. Doch die Wahl Donald Trumps gab der Vorstellung von Europa als einem eigenständigen Pol in einer multipolaren Welt in einem Dreieck mit China und den Vereinigten Staaten neuen Auftrieb. In China sehen viele insbesondere in Fragen des Klimawandels den vielversprechenderen Partner – und jüngst schien die deutsche Regierung sogar das Interesse an einer noch im Entstehen begriffenen härteren europäischen Gangart zu verlieren.

Deutschland muss sein Wirtschaftsmodell überdenken

Hinter diesen verschränkten außenpolitischen Herausforderungen steht Deutschlands ungebrochenes Bekenntnis zu einem exportbasierten Wirtschaftsmodell, dass trotz seiner im letzten Jahrzehnt sichtbar gewordenen Schwächen weiterhin als erfolgreich angesehen wird. Dieses Wirtschaftsmodell hat eine Korrektur der makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone erschwert und steht dem langfristigen Bestand einer gemeinsamen Währung im Weg. Zudem hat es die Amerikaner erbost und Deutschland besonders verwundbar für Trumps Angriffe und so abhängig von einem autoritären China gemacht.

Ein Überdenken des eigenen Wirtschaftsmodells ist daher die vielleicht größte Herausforderung, vor der Deutschland steht. Das wäre nicht nur für Deutschlands Partner in der Nato und der EU gut, die von einer steigenden Binnennachfrage profitieren würden, sondern auch für Deutschland selbst. Deutschlands Wettbewerbsbesessenheit hat die Ungleichheit und die politische Unsicherheit gefördert.

Die bröselnde Infrastruktur des Landes verlangt dringend Investitionen. Allerdings verbietet der politische Konsens in Bezug auf Deutschlands Identität als Exportnation ein solches Umdenken.

Die Frage ist, ob Deutschland zum Umdenken fähig ist, bevor es zu spät ist. Ganz allmählich ziehen sich die Vereinigten Staaten von ihrer Rolle als Hegemon zurück, die sie seit dem Zweiten Weltkrieg innehatten. Zunehmend scheinen sie nicht mehr zur Bereitstellung globaler Gemeinschaftsgüter wie Sicherheit und ökonomischer Nachfrage willens zu sein – insbesondere für Europa, von dem sie zu Recht glauben, dass es in der Lage sein sollte, für sich selbst zu sorgen. Während alles um sie herum in Bewegung gerät, scheinen die Deutschen zu glauben, sie könnten dennoch einfach so weitermachen wie bisher.

Viele sehen hierin einen Ausdruck von Deutschlands Bekenntnis zum Liberalismus – und sogar zu einer deutschen Führungsrolle in einer Situation, wo sich das Land zunehmend von „illiberalen“ Kräften umzingelt sieht. Solch ein binäres Schwarz-Weiß-Denken ist jedoch ein Fehler. Will Deutschland die liberale internationale Ordnung wirklich retten, muss das Land seine eigene Rolle innerhalb dieser Ordnung ändern. Auf ökonomischer Ebene würde dies eine Ankurbelung der Binnennachfrage und eine Minderung der Exportabhängigkeit bedeuten. In Sicherheitsfragen bedeutete es, weit mehr für die Sicherheit Europas zu tun, oder, sollte Deutschland hierzu nicht bereit sein, sich die Frage zu stellen, welchen Preis das Land bereit ist, anderen im Gegenzug für diese Sicherheit zu zahlen.

Die englische Version dieses Gastbeitrages ist in der diesjährigen Ausgabe von „[The Berlin Pulse](#)“ erschienen, dem Begleitheft zum Berliner Forum Außenpolitik der Körber-Stiftung.

Quelle: F.A.Z.



I am a Senior Research Fellow at the [Royal Institute of International Affairs](#) in London. I am also an associate fellow at the [Institute for German Studies](#) at Birmingham University. I was previously a Senior Transatlantic Fellow at the [German Marshall Fund of the United States](#), a Bosch Public Policy Fellow at the [Transatlantic Academy](#), and the research director at the [European Council on Foreign Relations](#). Before that I was a full-time journalist and still write regularly for [Prospect](#), [The Guardian](#), the [New Statesman](#) and the [Times Literary Supplement](#). I have also written for various other newspapers and magazines including *The Observer*, *Financial Times*, *The Times*, *The Wall Street Journal*, *Die Zeit* and *Le Monde*. I also write for foreign-policy journals including [Foreign Affairs](#), [Foreign Policy](#), [Internationale Politik](#), [Berlin Policy Journal](#) and *The Washington Quarterly*. My first book, [Utopia or Auschwitz: Germany's 1968 generation and the Holocaust](#), was published in 2009. You can order it at [Amazon.co.uk](#) or [Amazon.com](#). My second book, [The Paradox of German Power](#), was published in 2014. You can order it at [Amazon.co.uk](#) and [Amazon.com](#). I studied philosophy and German at [Oxford University](#) and journalism at [Columbia University Graduate School of Journalism](#) in New York. As an undergraduate, I also spent a year at the [Freie Universität Berlin](#).

MALTESER-BERICHT ZUR MIGRATION

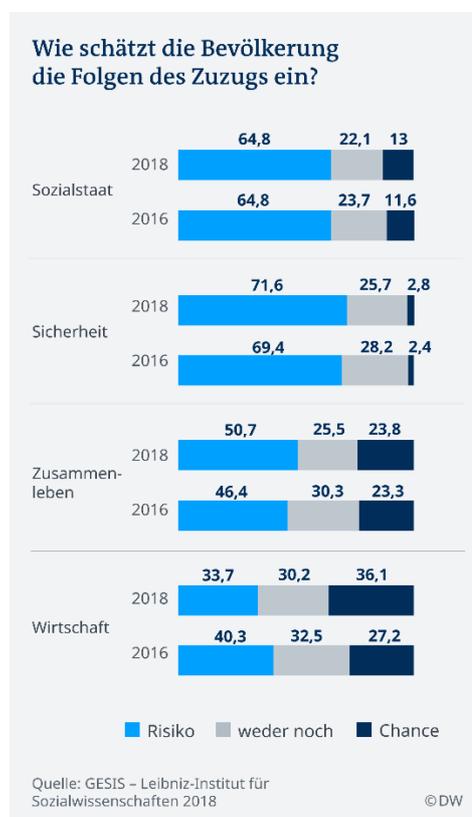
Integration in Arbeitsmarkt "besser als vorhergesagt"

130 Seiten voller Fakten: Der katholische Malteser-Hilfsdienst hat einen neuen Migrationsbericht vorgelegt. Gute Nachrichten kommen vor allem aus der Wirtschaft.

Auf dem Titelblatt des druckfrischen Malteser-Integrationsberichts steht ein junger Mann in blauer Latzhose vor einer Werkbank. Er sieht zufrieden aus. Und laut des 130 Seiten langen Reports kann er das auch sein. Von "erstaunlichen Fortschritten" ist die Rede, wenn es um die Lage der Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt geht.

In der aufgeheizten Debatte um Migration will der [Bericht](#) vor allem eines: Fakten liefern. Herausgeber ist der katholische Malteser-Hilfsdienst. Für den wissenschaftlichen Teil ist das Walter-Eucken-Institut verantwortlich. Dessen Direktor Lars Feld kommt zu dem Schluss: "Die Integration der jüngeren Jahre, nicht zuletzt die Flüchtlingsintegration, ist besser gelungen als anfangs gedacht."

Gute Nachrichten, die vor allem die Eingliederung in den Arbeitsmarkt betreffen. Besonders Zuwanderer aus den acht Hauptfluchtländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien) schneiden überraschend gut ab.



Verglichen mit April 2017 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Gruppe mehr als verdoppelt. Sie lag damit im April 2019 bei rund 312.000 Personen.

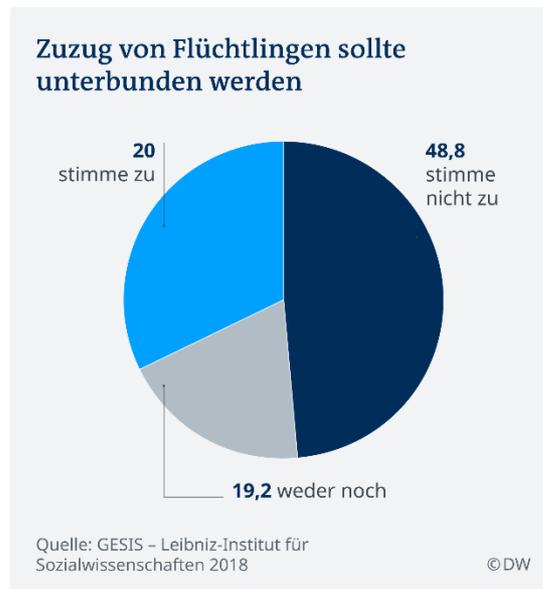
Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, wertet das als Erfolg. "Die Entwicklung in den vergangenen vier Jahren ist deutlich besser als es die Arbeitsmarktexperten vorhergesagt haben", sagte sie der "Rheinischen Post".

Deutschland sicherer als eingeschätzt

Auch in der Bevölkerung wächst der Optimismus - zumindest was die wirtschaftlichen Folgen der Zuwanderung angeht. 36,1 Prozent sehen den Zuzug von Schutzsuchenden als Chance für die Wirtschaft. Das sind 9 Prozent mehr als noch im Jahr 2016. Grund dafür seien dem Bericht zufolge die voranschreitende Integration in den deutschen Arbeitsmarkt und die abnehmende Anzahl an Asylsuchenden.

Doch zeitgleich ist die Zahl der Menschen, die sich um die Sicherheit des Landes sorgen, weiter gestiegen. Im letzten Jahr schätzten 71,6 Prozent den Zuzug von Asylsuchenden als Risiko ein. Das sind rund zwei Prozent mehr als 2016.

Dabei sei Deutschland sehr viel sicherer als ein Großteil der Bevölkerung es einschätze - nicht nur im Kontext von Migration, sondern auch allgemein. Die Kriminalitätsrate ist auf mehrere Jahre gesehen rückläufig. Während im Jahr 2009 knapp sechs Millionen Straftaten polizeilich erfasst wurden, waren es 2018 noch etwa 5,4 Millionen Vergehen. Im vergangenen Jahr wurden dabei insgesamt 1,93 Millionen Tatverdächtige ermittelt. 69,5 Prozent davon waren deutsche Staatsbürger, 30,5 Prozent Nichtdeutsche.



Immigration ist "bewältigbar"

Der erste Malteser Migrationsbericht erschien im Jahr 2017. Er untersuchte unter anderem, welche Auswirkungen die Aufnahme der Geflüchteten auf das Finanzsystem habe. Demnach würden die Asylsuchenden dann zur zusätzlichen Belastung, wenn ihr Potenzial nicht in den Arbeitsmarkt eingebracht werde. Drei Jahre später folgt nun eine erste Bilanz: Die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt geht schneller voran als geplant. Außerdem hätten die damaligen Modelle mit einer zu hohen Zuwanderungsrate gerechnet.

Dadurch verringern sich die Sozialausgaben zusätzlich. Karl Prinz zu Löwenstein vom Malteserorden fasst zusammen: Der Bericht spreche dafür, "dass die Immigration - nicht nur, aber insbesondere auch die von Geflüchteten - für Deutschland zu bewältigen ist. Dies gilt insbesondere für die Finanzen."

In deutschen Städten sieht die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen

Frankfurt am Main, Offenbach, Heilbronn, Sindelfingen – in diesen und anderen Städten sind Deutsche ohne Migrationshintergrund nur noch die grösste Gruppe, stellen aber keine absolute Mehrheit mehr dar. Das betrifft Westdeutschland stärker als den Osten und eher Städte als das Land.

Michael Rasch, Frankfurt 9.7.2019

Bereits in den 1980er Jahren propagierten die Grünen «Multikulti», also eine multikulturelle Gesellschaft. Damals standen vielen bürgerlichen Wählern bei dem Gedanken die Haare zu Berge, obwohl Multikulti längst begonnen hatte. Diese Realität hat sich in den vergangenen Jahrzehnten akzentuiert. Der Begriff ist allerdings aus der Mode gekommen. Heutzutage spricht man von Vielfalt und bunter Gesellschaft. In deutschen Grossstädten geht inzwischen die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen – das bedeutet, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund (nach Definition des Statistischen Bundesamts) nicht mehr die absolute Mehrheit (>50%) sind, sondern neben Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern lediglich noch die grösste Gruppe darstellen.

Frankfurt ist Vorreiter

[In Frankfurt am Main gibt es die Mehrheitsgesellschaft bereits nicht mehr.](#) Dasselbe gelte für kleinere Städte wie Offenbach (nur noch 37% Deutsche ohne Migrationshintergrund), Heilbronn, Sindelfingen und Pforzheim, erklärt der [Migrationsexperte Jens Schneider, der an der Universität Osnabrück forscht](#). In zahlreichen anderen deutschen Städten werde bald das Gleiche passieren. Anfang 2018 lebten in Frankfurt laut dem statistischen Jahrbuch der Stadt 46,9% Deutsche ohne Migrationshintergrund. Deutsche mit Migrationshintergrund kamen auf 23,6% und Ausländer auf 29,5%, zusammen also 53,1%. Der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die Schwelle von 50% wurde erstmals im Jahr 2015 mit 48,8% unterschritten. Schneider wehrt sich allerdings dagegen, Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer quasi in einen Topf zu werfen, und plädiert wie viele seiner Kollegen dafür, die Kategorien zu überarbeiten. Der Begriff Mehrheitsgesellschaft transportiere ein falsches Bild, schliesslich seien rund zwei Drittel aller Kinder von Deutschen mit Migrationshintergrund (inklusive Kindern von Ausländern) in Deutschland geboren. Sie seien damit Deutsche und hätten oft eine berufliche Karriere vor sich, die sehr viel besser sei als etwa diejenige ihrer Eltern.

Nach der bisherigen Kategorisierung ist Frankfurt am Main bis jetzt wohl die einzige Grossstadt, in der sich mit 53,1% Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern die Mehrheitsgesellschaft umgekehrt hat. [Laut dem «Interkulturellen Integrationsbericht 2017» der Stadt München](#) weisen beispielsweise Nürnberg (44,6%), Stuttgart (44,1%), München (43,2%) und Düsseldorf (40,2%) ebenfalls hohe Anteile von Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern auf.

Wirtschaftskraft zieht Migranten an

In Stuttgart beträgt der derzeitige Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und von Ausländern 46%. Laut der Pressestelle der baden-württembergischen Landeshauptstadt haben allerdings bereits fast 60% der unter 18-jährigen Stuttgarter einen Migrationshintergrund (inklusive Ausländern). Daher werde sich auch das gesamte

Verhältnis in den kommenden Jahren ändern, so dass es keine ethnisch definierte Mehrheit mehr geben werde, wie dies in anderen Kommunen bereits heute der Fall sei.

Betroffen vom Ende der Mehrheitsgesellschaft sind fast ausschliesslich westdeutsche Städte sowie oftmals Städte im süddeutschen Raum, was an der Wirtschaftskraft des Südens und am damit verbundenen Bedarf an Arbeitskräften liegt. Allerdings gibt es auch zahlreiche Städte, in denen der Anteil der genannten Einwohnergruppen deutlich geringer ist, sie liegen tendenziell im Osten und im Norden Deutschlands. So beträgt der Anteil beispielsweise in Hannover und Berlin nur rund 30%, in Kiel 24%, in Potsdam 12% und in Dresden 11% (Zahlen von Ende 2016). Die ostdeutschen Bundesländer hatten vor der Wiedervereinigung eine sehr viel geringere Zuwanderung als die westdeutschen Länder, was sich bis heute in den Zahlen spiegelt.

Definition Migrationshintergrund

Eine Person hat laut dem Statistischem Bundesamt dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen: Erstens zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zweitens zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, drittens (Spät-)Aussiedler und viertens mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen. In einzelnen Bundesländern gibt es allerdings leicht abweichende Definitionen.

[Betrachtet man das gesamte Bundesgebiet, hatte Deutschland im Jahr 2017 laut Statistischem Bundesamt 81,7 Mio. Einwohner, unter ihnen 62,5 Mio. Deutsche ohne Migrationshintergrund \(76,5%\).](#) Auf Bundesebene bleiben Deutsche ohne Migrationshintergrund somit auf absehbare Zeit in der absoluten Mehrheit. Deutsche mit Migrationshintergrund kommen derzeit auf einen Anteil von 12,5% (9,8 Mio.) an der Gesamtbevölkerung und Ausländer auf einen von 11,9% (9,4 Mio.). Doch auch hier dürfte der sinkende Trend beim Anteil von Deutschen ohne Migrationshintergrund kontinuierlich anhalten. Bei Kindern zwischen 0 und 10 Jahren beträgt der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund noch gut 60%, bei den 10- bis 15-Jährigen liegt er bei 64%.

Die beiden Gruppen Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer sind sehr heterogen. Zuerst kamen nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertriebenen. Bereits 1955 schloss die Bundesrepublik das erste Anwerbeabkommen mit Italien und Ländern wie Spanien und Portugal, wie Schneider sagt. Zuwanderung sei ein ständiger Fluss. Den ersten europäischen Arbeitsmigranten folgten später vor allem Türken, aber auch Marokkaner und Südkoreaner, die ebenfalls als Arbeitskräfte ins Land geholt wurden. Danach kamen die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion dazu, die in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehrten, sowie während des Balkankrieges Flüchtlinge aus dieser Region. Mit der Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union zog Deutschland viele Menschen aus anderen Mitgliedstaaten an, nicht zuletzt aus Kroatien, Rumänien und Bulgarien. Die Flüchtlingswelle Mitte dieses Jahrzehnts sorgte schliesslich für einen weiteren Schub bei der Gruppe der Ausländer.

Ein Phänomen in ganz Europa

Städte wie Frankfurt am Main, in denen es mehrheitlich Minderheiten gibt, sind alles andere als ein deutsches Phänomen. In amerikanischen Grossstädten kennt man dies schon seit vielen Jahren. Auch in Europa gibt es in Städten wie Amsterdam, Brüssel oder London keine Mehrheit der «Ureinwohner» mehr. In Amsterdam sind die Niederländer ohne Migrationshintergrund bereits seit dem Jahr 2011 in der Minderheit. Marokkaner bilden dort mit 9% die grösste Ausländergruppe. Bei Kindern unter 15 Jahren ist sogar nur noch eines von drei Kindern rein niederländischer Herkunft. Integration finde in manchen dieser Städte nicht mehr statt, sondern man organisiere im Prinzip schlichtweg das Zusammenleben, sagte der niederländische Integrationsforscher Maurice Crul im Jahr 2018 in einem Interview mit der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung». Diversität sei die neue Norm, was allerdings zu kultureller Verunsicherung in der Mehrheitsgesellschaft führen könne.

Zum demografischen Wandel in Deutschland

Auf diesen Artikel in der NZZ (<https://www.nzz.ch/international/in-deutschen-staedten-geht-die-mehrheitsgesellschaft-zu-ende-ld.1492568>) bin ich über Twitter aufmerksam geworden. Dort wurde er heftig kritisiert als Meinungsmache gegen Migration und Ausländer. Insofern ist es ein heikles Thema auch für *bto*. Für mich geht es um die rein ökonomischen Folgen. Bekanntlich habe ich vorgerechnet, dass sich der gesamte statistische Anstieg der Armut in Deutschland mit der Verschiebung der Bevölkerungsstruktur zu Migranten erklären lässt. Diese nehmen weniger am Erwerbsleben teil, verdienen weniger und beziehen überproportional Sozialleistungen.

Der Artikel der NZZ zeigt nun, dass sich die Zuwanderung vor allem auf die Städte konzentriert. Was zu weiteren Folgen führt:

- Zunächst verschärft sich dadurch die Mietsituation. Wie Armut sind auch Mietenanstieg und Wohnungsknappheit eine Folge der Zuwanderung.
- Es führt zu einer Konzentration der relativen Armut in den Städten und verschärft so die Probleme der Integration und befördert Parallelgesellschaften.
- Wir nähern uns in Deutschland französischen Verhältnissen der „drei Kreise“: Eliten in den Städten, umgeben von Migranten, die einfache Arbeiten ausführen oder vom Staat alimentiert werden und dem dritten Kreis der Nicht-Stadt-Bevölkerung, die zunehmend abgehängt wird (auch wegen CO2-Steuerung etc.) und mit massiven Abgaben den Kreis zwei versorgen muss.

Alles Themen, über die wir uns unaufgeregt Gedanken machen müssen, weshalb es sich lohnt, die Analyse der NZZ hier zu diskutieren:

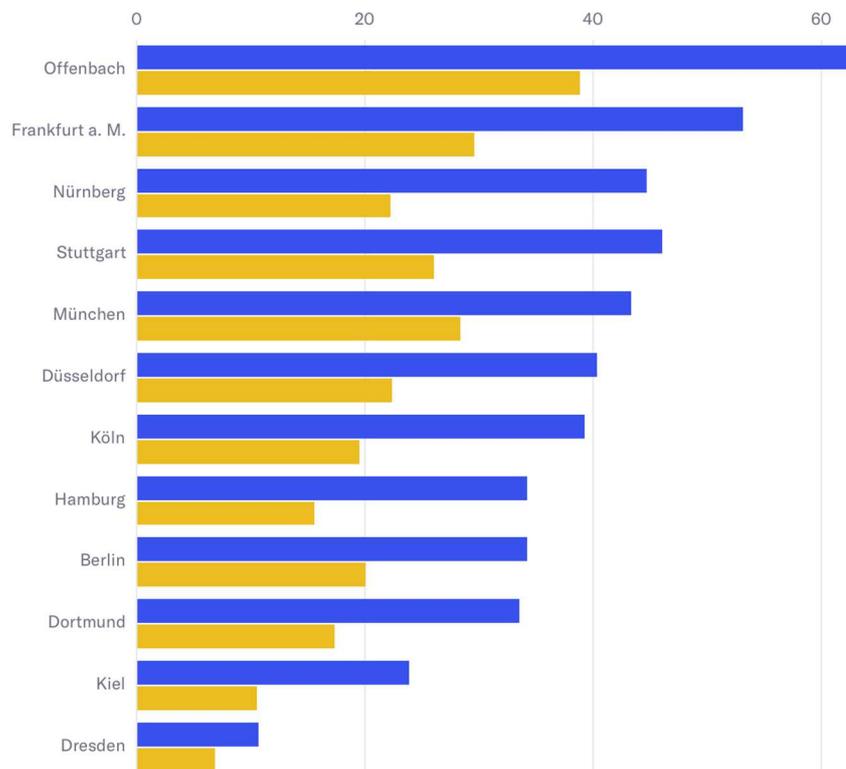
- „In deutschen Grossstädten geht inzwischen die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen – das bedeutet, dass **Deutsche ohne Migrationshintergrund (nach Definition des Statistischen Bundesamts) nicht mehr die absolute Mehrheit (>50 %) sind**, sondern neben Deutschen mit Migrationshintergrund und Ausländern lediglich noch die grösste Gruppe darstellen.“ – *bto*: was man schon bei einem Gang durch die Stadt merkt.
- „In Frankfurt am Main gibt es die Mehrheitsgesellschaft bereits nicht mehr. Dasselbe gelte für kleinere Städte wie Offenbach (nur noch 37 % Deutsche ohne Migrationshintergrund), Heilbronn, Sindelfingen und Pforzheim, erklärt der Migrationsexperte Jens Schneider, der an der Universität Osnabrück forscht. In zahlreichen anderen deutschen Städten werde bald das Gleiche passieren.“ – *bto*: Und das hat die oben genannten Folgen. Interessanterweise werden zugleich diese Bevölkerungsgruppen von der Politik als die „Bedürftigen“ identifiziert und es wird immer mehr Politik für diese Klientel gemacht. Fragt sich nur, warum eigentlich?

- „Anfang 2018 lebten in Frankfurt laut dem statistischen Jahrbuch der Stadt 46,9 % Deutsche ohne Migrationshintergrund. Deutsche mit Migrationshintergrund kamen auf 23,6 % und Ausländer auf 29,5 %, zusammen also 53,1 %. Der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken.“

•

Die Mehrheitsgesellschaft gibt es bald nicht mehr

● Bevölkerung mit Migrationshintergrund ● Davon Ausländer



Quelle: Stadt München, einzelne Städte – Grafik: ra.

Quelle: NZZ

- In Wahrheit stellt sich die Lage noch dramatischer dar: „In Stuttgart beträgt der derzeitige Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und von Ausländern 46 %. Laut der Pressestelle der baden-württembergischen Landeshauptstadt haben allerdings **bereits fast 60 % der unter 18-jährigen Stuttgarter einen Migrationshintergrund** (inklusive Ausländern). Daher werde sich auch das gesamte Verhältnis in den kommenden Jahren ändern, so dass es keine ethnisch definierte Mehrheit mehr geben werde, wie dies in anderen Kommunen bereits heute der Fall sei.“ – *bto*: Damit ist der Trend unumkehrbar.
- „Betroffen vom Ende der Mehrheitsgesellschaft sind fast ausschließlich westdeutsche Städte (...) So beträgt der Anteil beispielsweise in Hannover und Berlin nur rund 30 %, in Kiel 24 %, in Potsdam 12 % und in Dresden 11 % (Zahlen von Ende 2016). Die ostdeutschen Bundesländer hatten vor der Wiedervereinigung eine sehr viel geringere Zuwanderung als die westdeutschen Länder, was sich bis heute in den Zahlen spiegelt.“ – *bto*: Die Berliner Zahlen sind durch den

ehemaligen Osten der Stadt verzerrt. Im Westteil dürften wir uns auf westdeutschem Niveau befinden, wurden doch jahrelang gezielt Zuwanderer in die geteilte Stadt gelockt.

- „Betrachtet man das gesamte Bundesgebiet, hatte Deutschland im Jahr 2017 laut Statistischem Bundesamt 81,7 Mio. Einwohner, unter ihnen 62,5 Mio. Deutsche ohne Migrationshintergrund (76,5%). Auf Bundesebene bleiben Deutsche ohne Migrationshintergrund somit auf absehbare Zeit in der absoluten Mehrheit. Deutsche mit Migrationshintergrund kommen derzeit auf einen Anteil von 12,5 % (9,8 Mio.) an der Gesamtbevölkerung und Ausländer auf einen von 11,9 % (9,4 Mio.). Doch auch hier dürfte der sinkende Trend beim Anteil von Deutschen ohne Migrationshintergrund kontinuierlich anhalten. **Bei Kindern zwischen 0 und 10 Jahren beträgt der Anteil der Deutschen ohne Migrationshintergrund noch gut 60 %, bei den 10- bis 15-Jährigen liegt er bei 64 %.**“ – *bto*: Wir sind eben künftig ein Landvolk. Interessante Perspektive.

- „Städte wie Frankfurt am Main, in denen es mehrheitlich Minderheiten gibt, sind alles andere als ein deutsches Phänomen. In amerikanischen Grossstädten kennt man dies schon seit vielen Jahren. Auch in Europa gibt es in Städten wie Amsterdam, Brüssel oder London keine Mehrheit der «Ureinwohner» mehr. In Amsterdam sind die Niederländer ohne Migrationshintergrund bereits seit dem Jahr 2011 in der Minderheit. Marokkaner bilden dort mit 9% die grösste Ausländergruppe. **Bei Kindern unter 15 Jahren ist sogar nur noch eines von drei Kindern rein niederländischer Herkunft.**“ – *bto*: Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Politik durch jahrelange Miswirtschaft eine Grundfeste der Gesellschaft verändert, ohne die Wirkung offen diskutiert zu haben. Bestimmte politische Kräfte wollten diese Entwicklung, andere haben es „geschehen lassen“.

- **„Integration finde in manchen dieser Städte nicht mehr statt, sondern man organisiere im Prinzip schlichtweg das Zusammenleben, sagte der niederländische Integrationsforscher Maurice Crul im Jahr 2018 in einem Interview mit der ‘Frankfurter Allgemeinen Zeitung’. Diversität sei die neue Norm, was allerdings zu kultureller Verunsicherung in der Mehrheitsgesellschaft führen könne.**“ – *bto*: was für eine Beschreibung! Ich würde sagen, es führt zu Parallelgesellschaften, weniger Vertrauen und damit weniger Wohlstand. Wir unterschätzen, wie wichtig **kulturelle Kompatibilität für wirtschaftlichen Wohlstand ist**. In den USA haben wir zudem einen anderen Mix – viel mehr Asiaten – und soziologisch eher Zuwanderer, die aufstiegsorientiert sind. Genau die machen einen großen Bogen um Deutschland.

→ nzz.ch: „In deutschen Städten sieht die Mehrheitsgesellschaft ihrem Ende entgegen“, 9. Juli 2019

Deutschland – hilflos gefangen in der Demografiefalle

Veröffentlicht am 27.06.2019 | Lesedauer: 5 Minuten

Von **Dorothea Siems**

Chefökonomin

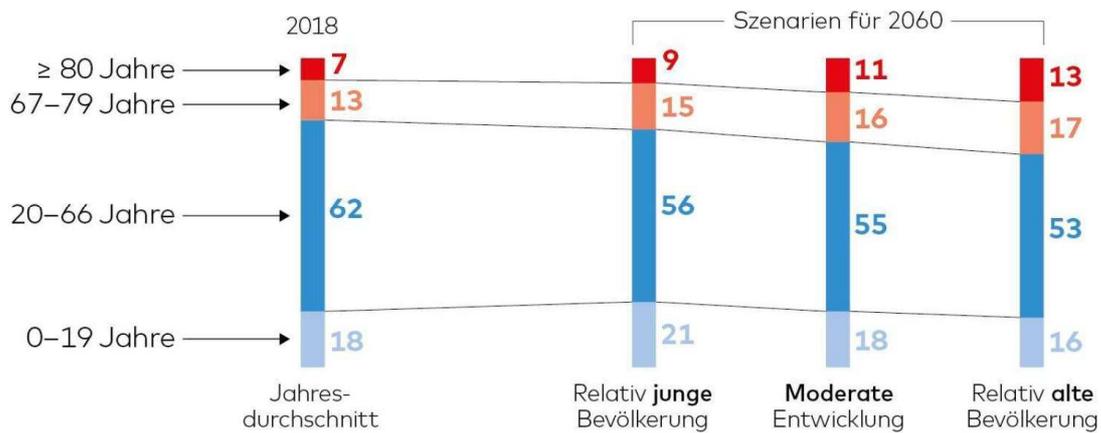
Deutschland kann der Demografiefalle nicht mehr entkommen. Trotz der starken Zuwanderung in den vergangenen Jahren und des Anstiegs der Geburtenzahlen wird die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten dramatisch altern. Dies zeigt die 14. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (destatis).

Selbst wenn die hohe Nettozuwanderung künftig anhielte, wäre der Effekt auf die längerfristige demografische Entwicklung relativ gering. Denn der bevorstehende Eintritt der geburtenstarken Babyboomer ins Rentenalter hat eine weitaus größere Wirkung.

In der Vorausberechnung, die nur alle vier Jahre erfolgt und bis 2060 reicht, stellen die Statistiker verschiedene Szenarien einander gegenüber. Dabei werden für die Nettozuwanderung, die Geburtenrate und die Entwicklung der Lebenserwartung jeweils mehrere Annahmen durchgerechnet und miteinander kombiniert. Dadurch ergeben sich unterschiedliche Szenarien für die bevorstehende demografische Entwicklung.

Klar ist jedoch, dass bei all diesen Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung ab 2030 eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung einen rasch zunehmenden Anteil der Bevölkerung wird alimentieren müssen. Während derzeit noch fast 52 Millionen Menschen im erwerbstätigen Alter sind, rechnen die Statistiker bis 2035 mit einer Schrumpfung um rund vier bis sechs Millionen. Bis 2060 könnte die Zahl der Erwerbspersonen dann sogar auf 40 Millionen absacken. Auf die Sozialkassen und den Staatshaushalt insgesamt kommt somit in jedem Fall eine enorme Belastungsprobe zu.

Bevölkerung nach Altersgruppen 2018 und 2060, in Prozent



WELT

Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt. Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle:

Infografik WELT

Die Alterung der Gesellschaft ist bereits weit vorangeschritten, wie die Statistik zeigt. So betrug das Durchschnittsalter der Bevölkerung im vergangenen Jahr 44 Jahre und lag damit fünf Jahre über dem Niveau des Jahres 1990. Im Jahr der Wiedervereinigung standen viele der zwischen 1955 und 1970 geborenen Babyboomer am Anfang ihrer Berufskarriere. Jetzt nähert sich diese zahlenmäßig größte Generation, die es hierzulande je gegeben hat, dem Ruhestand. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der über 70-Jährigen von acht auf 13 Millionen an.

Seit Jahren übersteigt die Zahl der Todesfälle die der Geburten. Und nur dank der außergewöhnlich starken Zuwanderung schrumpft die Bevölkerung bisher nicht. Im Gegenteil: 2018 wurde mit 83 Millionen Menschen ein neuer Höchststand erreicht. Zwischen 2014 und 2017 kamen im Saldo 2,6 Millionen überwiegend junge Menschen nach Deutschland. Neun von zehn Migranten waren jünger als 40 Jahre, mehr als ein Drittel sogar jünger als 20 Jahre. Weil die Netto-Zuwanderung mit über 400.000 derzeit weiterhin hoch ist, rechnen die Statistiker mindestens bis 2024 mit einem weiteren Bevölkerungsanstieg. Erst dann dürfte sich der Trend aufgrund steigender Todesfälle umkehren.

Der starke Zustrom an Migranten, die zum überwiegenden Teil aus Ost- und Südeuropa kommen, hat zu einer Verjüngung des Erwerbspersonenpotenzials geführt. „Auf die Alterung der Gesamtbevölkerung hatte die Zuwanderung aber kaum Einfluss“, sagte die Destatis-Expertin Sabine Bechtold. Und so sind die beiden Kernbotschaften der diesjährigen Vorausberechnung die gleichen wie schon vor vier Jahren: Erstens wird die Zahl der Menschen im Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren in den nächsten zwei Jahrzehnten abnehmen.

Und zweitens altert Deutschland – ungeachtet der starken Zuwanderung und der zuletzt etwas höheren Geburtenrate. In 30 Jahren wird denn auch jeder Zehnte hierzulande mindestens 80 Jahre alt sein. Da

in dieser Altersgruppe das Risiko der Pflegebedürftigkeit erheblich steigt, wird der entsprechende Versorgungsbedarf enorm zunehmen.

Zuwanderung forcierte Trend zu mehr Kindern

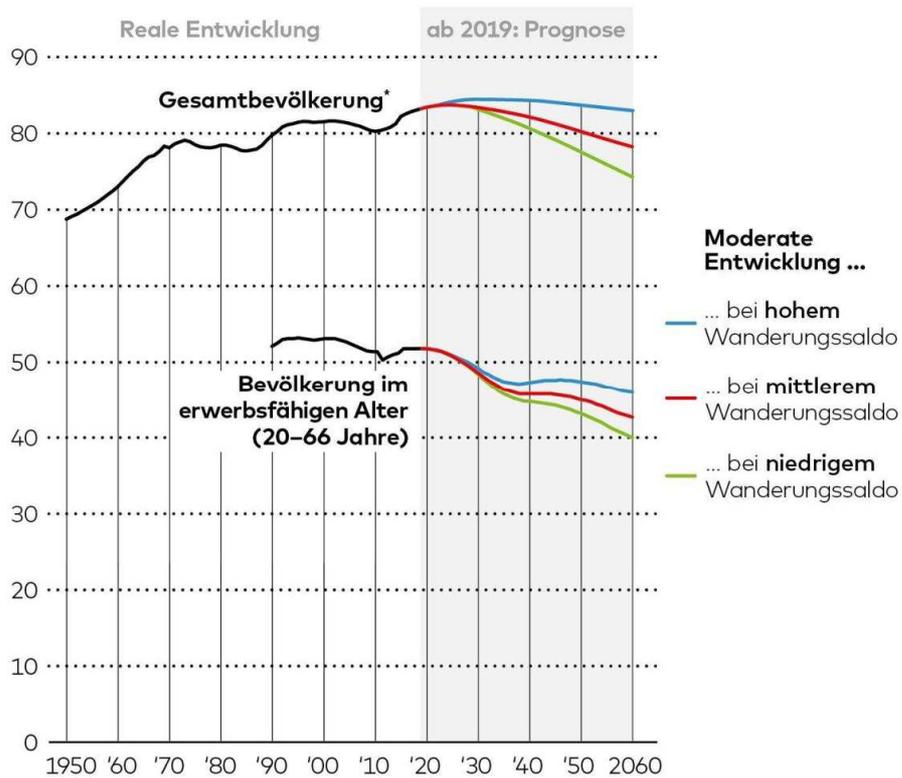
In den vergangenen Jahren ist indes nicht nur die Zahl der Älteren gestiegen. Auch die Geburten legten nach Jahrzehnten des Rückgangs seit 2012 wieder zu. Zuletzt lag die Geburtenziffer bei 1,57 Kindern je Frau; 2011 hatte sie noch 1,39 betragen. Die Zuwanderung forcierte den Trend zu mehr Kindern, da in diesem Zeitraum vor allem unter den Flüchtlingen viele junge Frauen aus Regionen stammen, in denen große Familien die Norm sind.

EU-Migrantinnen bekommen dagegen nicht mehr Kinder als die hier lebenden Frauen. Insgesamt entfielen knapp 60 Prozent des registrierten Geburtenanstiegs zwischen 2011 und 2017 auf ausländische Mütter. Erfahrungsgemäß passen sich allerdings Migranten über die Generationen bei der Familiengröße der hier vorherrschenden gesellschaftlichen Norm an.

In jedem Fall ändert der kleine Babyboom der letzten Jahre die absehbare demografische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten kaum. Denn trotz des Geburtenanstiegs bleibt es dabei, dass in den 50er- und 60er-Jahren in Deutschland doppelt so viele Kinder auf die Welt kamen. Die damals Geborenen haben selbst ein Drittel weniger Nachwuchs bekommen als ihre Eltern.

Weil nicht nur in der Rentenversicherung, sondern auch in Kranken- und Pflegeversicherung die Jungen die Leistungen für die Älteren finanzieren, ist das hiesige Sozialsystem extrem stark von der Demografie abhängig. Und selbst ein spürbarer Anstieg der Geburtenrate brächte allenfalls sehr langfristig eine Entlastung.

Entwicklung der Bevölkerungszahl in Mio.



WELT

*inkl. Rückrechnungen auf Basis früherer Zählungen. Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle: Infografik WELT

Der Demografieexperte Werding hat kürzlich in einer Studie für die Bertelsmann-Stiftung aufgezeigt, wie gewaltig der Anpassungsbedarf in den Sozialkassen ist. Die Berechnungen des Ökonomen zeigen, dass eine stärkere Zuwanderung sowie eine höhere Geburtenrate alleine kaum eine Entlastung bei der Bewältigung der alterungsbedingten Herausforderung für die Sozialkassen bringen, sondern nur in Kombination mit echten Reformen.

Angesichts der aktuellen Debatten über die Zukunft der Rente und der Pflegeversicherung ist diese Erkenntnis von politischer Brisanz. Denn es geht um die Verteilung der demografischen Lasten auf Jung und Alt. In der Rentenversicherung gibt es vor allem drei Stellschrauben: den Beitragssatz, das Rentenniveau und die Altersgrenze. Höhere Steuerzuschüsse für die Rentenkasse, wie sie vor allem von der SPD gefordert werden, sind nur auf den ersten Blick eine Lösung.

Denn der demografische Wandel schlägt auch auf die Staatseinnahmen durch. Da Rentner im Durchschnitt weniger Steuern zahlen als die Erwerbstätigen, dämpft die Alterung auch die Entwicklung des Steueraufkommens. Weil der demografische Trend für die kommenden vier Jahrzehnte im Wesentlichen nicht mehr zu korrigieren ist, bleibt der Gesellschaft nur die Anpassung an die Veränderung.

INVESTITIONSDEBATTE:

Die schwarze Null ist richtig

- EIN KOMMENTAR VON [MANFRED SCHÄFERS](#)
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-09:10



Wie wichtig gesunde Staatsfinanzen sind, konnte man zweimal beobachten, erst im Zuge der Wiedervereinigung, dann in der Finanzkrise. Die Lehre lautet: Reserven sind wichtig.

Schwarze Null, Schuldenbremse, Investitionen: Um diese Begriffe kreist die Debatte, bei der sich eine denkwürdige Allianz gebildet hat. Einerseits gehören dazu Leute aus dem eher linken Parteienspektrum und aus dem Gewerkschaftslager, andererseits zählen dazu Vertreter des arbeitgebernahen [Instituts der deutschen Wirtschaft](#) und renommierte Ökonomen. Sie alle dringen darauf, die Restriktionen zu lockern, um massiv in die Zukunft investieren zu können, was immer man darunter versteht: mehr Klimaschutz, mehr Datenautobahnen, mehr Forschung, mehr Geld für Schulen und Universitäten – im Zweifel völlig losgelöst von der im Grundgesetz festgeschriebenen Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Aber das ist ein eigenes Kapitel. Die übergeordnete Frage lautet: Fehlt dem Staat das Geld, das Nötige zu tun? Vor diesem Hintergrund beraten nun die Abgeordneten vier Tage abschließend über den Bundeshaushalt 2020.

Wer sich die Mühe macht, auf die Entwicklung der Steuereinnahmen zu schauen, der erkennt schnell, dass der Staat kaum ein Einnahmeproblem haben kann. In zehn Jahren hat sich das Steueraufkommen um mehr als die Hälfte erhöht. Es dürfte kräftig weiter wachsen, von zuletzt 776 Milliarden Euro auf 935 Milliarden Euro im Jahr 2024. Für mehr Finanzspielraum sorgen die negativen Zinsen. Was der Bund an Ausgaben für seine Schulden spart, hätte locker gereicht, um den Solidaritätszuschlag zur Gänze abzuschaffen.

Die schwarz-rote Koalition hat finanzielle Spielräume immer wieder genutzt, um neue soziale Leistungen zu schaffen. Mehr als 100 Milliarden Euro fließen nächstes Jahr aus dem Bundeshaushalt in die Rentenversicherung. Tendenz steigend. Die gesamten Sozialausgaben machen mehr als die Hälfte aller Ausgaben aus. Dabei ist das Kindergeld nicht berücksichtigt, da es als Steuermindereinnahme verbucht wird. Teilweise zu Recht, weil es ein Abschlag auf den Kinderfreibetrag ist. Teilweise aber auch nicht, da es häufig eine reine soziale Leistung ist. Das Ergebnis ist eindeutig: Man hat zu lange Investitionen vernachlässigt. Zuletzt hat die Regierung die Investitionsausgaben gesteigert – auf 40 Milliarden Euro im Jahr. Das ist ein Rekordwert, wie Finanzminister [Olaf Scholz](#) nicht müde wird hervorzuheben. Aber nur, wenn man diese Ausgaben nicht ins Verhältnis zum Gesamthaushalt setzt. Dann zeigt sich: Früher wurde mehr in die Zukunft investiert.

Nichts spricht dafür, die schwarze Null aufzugeben

Also führt doch kein Weg daran vorbei, die Ansätze für Investitionen spürbar zu erhöhen? Ganz so einfach ist es nicht. Denn das, was da ist, fließt oft nicht ab. Es fehlt an Kapazitäten, also Leuten, die diese Projekte planen, aber auch an Unternehmen, die Luft haben, Aufträge anzunehmen. Doch genau

das wird als Argument für einen festen hohen Investitionsbetrag genutzt: Nur wenn klar sei, dass dauerhaft viel Geld fließe, würden die notwendigen Kapazitäten aufgebaut, lautet es. Doch das erinnert gefährlich an die Tonnenideologie aus planwirtschaftlichen Zeiten. Es sollte dabei bleiben, dass es nur für wirklich notwendige Investitionen Geld gibt. Was dazu gehört, ist jedes Jahr aufs Neue zu entscheiden.

Hinter dem Ruf nach dem neuen Investitionsprimat steht das Ideal eines Staates, das wenig mit der Realität zu tun hat. Wo dieser wirtschaftet, tun sich oft Abgründe auf. Die Dauerbaustelle Hauptstadtflughafen spricht für sich. Oder die Bundeswehr mit Flugzeugen, die nicht fliegen, U-Booten, die nicht tauchen, Gewehren, die nicht richtig schießen. Oder die Schulen: Da fehlen plötzlich massenhaft Lehrer, obwohl es kaum einen Bereich gibt, in dem sich der Personalbedarf so gut auf Jahre im Voraus vorhersagen lässt. Wer für ein Abrücken vom Haushaltsausgleich, wer für ein Aufweichen der Schuldenbremse plädiert, sollte bessere Gründe vorbringen als Investitionsdefizite.

Die Schuldenbremse ist in das Grundgesetz geschrieben worden, weil die alte Regel Mängel hatte: Weder den Investitionsstau noch den Anstieg der Kreditlast hat sie verhindert. Wie wichtig gesunde Staatsfinanzen sind, konnte man zweimal beobachten: erst im Zuge der Wiedervereinigung, dann in der Finanzkrise. Die Lehre lautet: Reserven sind wichtig. Es ist zudem wenig sinnvoll, alle paar Jahre die Verfassung zu ändern, zumal die neue Regelung nicht so dumm-starr ist, wie oft getan wird. Sie erlaubt es durchaus, in einer Krise Schulden zu machen, um eine Rezession nicht durch Ausgabenkürzungen zu verschärfen.

Aktuell spricht nichts dafür, die schwarze Null aufzugeben. Es kann eine Zeit kommen, in der das anders ist. Eins ist aber auch klar: Man sollte nicht auf diese Situation hinarbeiten. Fatalerweise gewinnt man immer öfter den Eindruck, dass die Koalition mit dem Finanzminister an der Spitze genau dies macht.

MAAS KONTERT MACRON:

„Die Nato lebt – und zwar von Kopf bis Fuß“

- VON LORENZ HEMICKER, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-12:22



Der deutsche Außenminister wendet sich gegen die harsche Kritik des französischen Präsidenten am Zustand der Allianz – und den toxischen Einfluss „disruptiver“ Politik.

Deutschlands Außenminister Heiko Maas (SPD) hat am Dienstag die harsche Kritik des französischen Präsidenten am Zustand der nordatlantischen Allianz zurückgewiesen. „Die Nato lebt – und zwar von Kopf bis Fuß“, sagte Maas zur Eröffnung des Berliner Forums Außenpolitik. Emmanuel Macron hatte Anfang November in einem Interview die Zukunft des Verteidigungsbündnisses infrage gestellt. „Was wir gegenwärtig erleben, ist der Hirntod der Nato“, sagte Macron der britischen Zeitschrift „The Economist“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatten Macrons Aussage zurückgewiesen. Die „New York Times“ hatte am vergangenen Freitag berichtet, dass es zwischen Merkel und Macron wegen der Hirntod-Diagnose gar zum Streit gekommen sei. Die Kanzlerin, hieß es, habe Macron zwar Verständnis für sein „Bedürfnis nach disruptiver Politik“ entgegengebracht. Aber sie sei es leid, die Scherben aufzuheben.

Nicht nur ein Gegenpol zu Macron

Regierungssprecher Steffen Seibert hatte es am Montag abgelehnt, zu dem Gespräch zwischen dem französischen Präsidenten und der Kanzlerin Stellung zu nehmen. Man berichte grundsätzlich nicht aus vertraulichen Gesprächen, so Seibert. Die Bundeskanzlerin könne sich jedoch an keinen Streit erinnern.

Maas nahm das Vokabular aus dem Bericht der „New York Times“ über das Treffen zwischen Macron und Merkel am Dienstag wieder auf. Deutschlands Außenpolitik sei nicht disruptiv. Die Bundesregierung habe eine „fast schon toxische Debatte“ in geordnete Bahnen gelenkt. Maas hatte vergangene Woche beim Treffen der Nato-Außenminister vorgeschlagen, das Bündnis grundlegend zu reformieren. Der innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Vorschlag sieht vor, dass eine Gruppe von Fachleuten unter Vorsitz Stoltenbergs binnen eines Jahres entsprechende Vorschläge erarbeitet.

Hinter dem Vorschlag steckt nicht nur der Versuch, einen Gegenpol zur konfrontativen Haltung Macrons aufzubauen. Auch wenn Deutschland die harte Wortwahl des französischen Präsidenten zurückgewiesen hat, teilen Paris und Berlin in vielerlei Hinsicht die Sorge um den Zustand des Bündnisses; sei es hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten oder des Zustands der europäischen Streitkräfte.

Etwaigen Bestrebungen aus Europa, sich militärisch von den Vereinigten Staaten stärker unabhängig zu machen, erteilte Maas eine Absage. An eine Entkopplung sei nicht zu denken. Ohne Amerika sei Europa schlicht nicht dazu in der Lage, sich zu verteidigen.

„Der Multilateralismus ist nicht tot“

In einer Umfrage, die am Dienstag veröffentlicht wurde, hatte sich eine Mehrheit der Deutschen dafür ausgesprochen, den deutschen Verteidigungshaushalt auf 86 Milliarden Euro zu verdoppeln, sollte es dadurch gelingen, dass Deutschland von den Vereinigten Staaten unabhängiger würde. Eine relative Mehrheit gab zudem an, künftig lieber unter einem europäischen als unter einem amerikanischen Nuklearschirm leben zu wollen.

F.A.Z. EXKLUSIV:

Wer die AfD wählt, kennt kaum Ausländer

- VON KIM BJÖRN BECKER
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-18:10



Die migrationskritische Partei ist vor allem dort stark, wo wenige Migranten leben. Das belegt eine neue Studie. Doch es gibt eine Ausnahme.

Sucht man Belege dafür, dass die **AfD** Ausländern grundsätzlich ablehnend und bisweilen sogar offen feindselig gegenübersteht, wird man rasch fündig. Im Landkreis Rostock wollte die AfD vor einigen Wochen wegen „Überfremdung“ den Notstand erklären lassen. Im niedersächsischen Landtag verlangte kürzlich ein Abgeordneter der Partei, die Bundeswehr solle bei Abschiebungen helfen. Die hessische Landtagsfraktion warnte dieser Tage in einem Bericht: „Bald gibt es in den Städten keine deutsche Mehrheitsgesellschaft mehr.“ In Kenntnis dieser Forderungen läge der Schluss nahe, dass vor allem jene Wahlberechtigten ihr Kreuz bei der AfD machen müssten, die von besonders vielen Ausländern umgeben sind und sich in ihrer kulturellen Identität bedroht fühlen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

In einer neuen Studie der Mercator-Stiftung, die in Zusammenarbeit mit zwei Universitäten entstand, wird deutlich, dass die Partei vor allem dort stark ist, wo besonders wenige Ausländer leben. Die Studie, die am Mittwoch vorgestellt werden soll, liegt der F.A.Z. bereits vor. Demnach zeigt eine Auswertung der Ergebnisse der **Bundestagswahl** 2017, bei der die AfD 12,6 Prozent der Stimmen erhielt, dass die AfD dort umso erfolgreicher war, je weniger Ausländer von außerhalb der Europäischen Union in dem Gebiet lebten. Die Wissenschaftler konnten das nicht nur auf der Ebene der Städte und Landkreise nachweisen, sondern auch für die Gemeinden. „Die bloße Präsenz von Migrantengruppen begünstigt also kein starkes AfD-Wahlergebnis, sondern vermindert es“, heißt es in der Studie.

Liegt der Ausländeranteil um einen Prozentpunkt höher, fuhr die AfD ein um 0,15 Prozentpunkte schlechteres Ergebnis ein. Bei den Gemeinden ist dieser Trend vor allem in dünn besiedelten Gebieten deutlich. Dort verringert ein entsprechender Anstieg der Migranten den Stimmenanteil der Rechtspopulisten sogar um 0,34 Prozentpunkte. Die Autoren der Studie führen dieses Phänomen auf die sogenannte Kontakthypothese aus den Sozialwissenschaften zurück. Sie besagt, dass negative Einstellungen der Bevölkerung gegenüber einer bestimmten Gruppe dann zurückgehen, wenn die Bürger mehr Kontakt zu Vertretern der entsprechenden Gruppe haben.

Im Osten weniger Aufgeschlossenheit

Es gibt nach den Erkenntnissen der Forscher jedoch einen speziellen Fall, in dem eine stärkere Präsenz von Zuwanderern ein höheres AfD-Wahlergebnis begünstigt. Nämlich dann, wenn es einen schnellen Anstieg der Zuwanderung von außerhalb Europas gab. Das gelte insbesondere für Orte, in denen bis dahin nur ein geringer Anteil von Migranten lebte. Steigt ihr Anteil dann um einen Prozentpunkt, führt das zu einem um 0,9 Prozentpunkte besseren Abschneiden der AfD bei Wahlen. Dieser Befund

widerspricht der Kontakthypothese, deckt sich aber mit den Annahmen einer anderen Perspektive. Die „Group Threat“-Vermutung besagt, dass eine fremde Minderheit vor allem dann gefürchtet wird, wenn sie als Bedrohung für den eigenen Wohlstand angesehen wird. Das könne der Fall sein, wenn – wie die Studie zeigt – in einem Ort mit bislang nur wenigen Migranten plötzlich einige wenige hinzukommen.

Darüber hinaus stellten die Wissenschaftler fest, dass Deutschland – wie auch Europa – zweigeteilt ist, wenn es um die Haltung der Menschen gegenüber Ausländern von außerhalb der Union geht. Ganz grundsätzlich gilt, dass die Aufgeschlossenheit in Westdeutschland größer ist als in Ostdeutschland und in Westeuropa größer als in Osteuropa. Allerdings steht die Bundesrepublik da statistisch besser da als gedacht. In Ostdeutschland entspricht die Ablehnung in etwa dem Niveau, das für Westeuropa insgesamt gilt. In Westdeutschland wiederum sind die Einstellungen positiver als im Westen des Kontinents; in Mittel- und Osteuropa sind sie dagegen besonders negativ.

„Was die Einstellung zu Migration angeht, gehört Ostdeutschland genauso wenig zu Osteuropa wie Westdeutschland zu Westeuropa“, sagt Hans Vorländer. Er ist Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden und leitet das Forschungsprojekt. Das „Mercator Forum Migration und Demokratie“, kurz Midem, kooperiert darüber hinaus mit der Universität Duisburg-Essen.

Quelle: F.A.Z.

DIGITALES LERNEN:

Digitalisierung? Ja, aber ...!

- VON JESSICA VON BLAZEKOVIC
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-10:27



Deutschland bildet das Schlusslicht der EU, was digitales Lernen angeht. Oft besteht „E-Learning“ an den Unis nur aus Powerpoint und PDF. Dabei ist der gute Wille doch da.

Trifft sich eine Gruppe von Menschen, die an Hochschulen arbeiten, um über die digitale Lehre zu diskutieren – und der Raum füllt sich mit Fragezeichen. Diese Situation hat nicht etwa im Jahr 1995 stattgefunden, also lange Zeit vor den ersten Smartphones und Tablets, sondern erst kürzlich in Frankfurt. In den hippen Räumen der „Design Offices“ am Wiesenhüttenplatz kamen Lehrende aus ganz Deutschland zusammen, um mehr zu erfahren über die Digitalisierung an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes. Vor allem aber lernten sie, dass sie nicht allein sind mit ihrer Überforderung.

Zum Warmwerden macht Stefan Ludwigs von der Rheinischen Fachhochschule Köln erst mal einen Witz: Sein 18 Jahre alter Sohn habe gerade sein Abitur bestanden – seine Kompetenzen in der Wissensaneignung über das Internet reichten aber gerade mal für [Wikipedia](#). Das Publikum lacht. Dann der Stimmungsdämpfer: Ludwigs präsentiert erste Ergebnisse aus einer Studie des Pearson-Verlags über den Status quo des „E-Learnings“ an deutschen Hochschulen, die im Frühjahr 2020 veröffentlicht werden soll. Befragt wurden dazu 951 Hochschuldozierende. Zwar gaben 85 Prozent der Teilnehmer der Umfrage an, mit E-Learning-Angeboten die Lehrqualität verbessern zu wollen – sprich: Der Großteil glaubt, dass E-Learning für den Lehrauftrag von Vorteil ist. Doch nur 18 Prozent der Befragten setzen digitale Lehrmethoden auch häufig ein. Mehr als die Hälfte greift demnach nur gelegentlich darauf zurück. Als Gründe dafür werden fehlende finanzielle Mittel (53 Prozent), mangelndes Fachpersonal (47 Prozent) und zu wenig Zeit (44 Prozent) angegeben.

Alle finden es super, doch kaum einer macht was

Wer trotz dieser Hindernisse digitale Formate in seinen Vorlesungen und Seminaren einsetzt, nutzt der Studie zufolge am liebsten interaktive Übungen oder Videos und kann der digitalen Lehre durchaus einiges Positives abgewinnen: eine höhere Lernaktivität der Studierenden zum Beispiel (62 Prozent) und auch eine höhere Zufriedenheit (66 Prozent), höhere Motivation (57 Prozent) und einen höheren Lernerfolg (56 Prozent). Das etwas ratlose Fazit des Studienautors lautet deshalb: Die Dozierenden in Deutschland finden E-Learning super, die meisten machen aber trotzdem einen großen Bogen darum. Ludwigs zeigt sich selbst „irritiert von der Diffusität“ seiner Ergebnisse – etwa, dass es in den gesammelten Daten keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen dem Einsatz von E-Learning und den einzelnen Fachbereichen gibt. „Alle meine Hypothesen sind in die Hose gegangen“, sagt Ludwigs und kann dabei immerhin über sich selbst lachen.

Doch dann ist es auch schon wieder vorbei mit dem Spaß. Denn nach Ludwigs tritt Jürgen Handke vor das Publikum. Wer den Anglistik-Professor von der Philipps-Universität Marburg kennt, weiß, dass

sein Vortrag bestimmt schmissig wird, aber wohl kaum für bessere Stimmung im Raum sorgen kann: Handke gilt als einer der Vordenker der digitalisierten Hochschullehre, eckt mit seiner Meinung dazu aber regelmäßig an. Auch diesmal bleibt er sich treu: „Ich werde eine Einführung in das digitale Lernen in Deutschland geben – und massive Kritik am Fortschritt üben“, warnt er die Zuschauer vor.

Schlusslicht Deutschland

Auch Handke hat Zahlen mitgebracht, die kein gutes Licht auf Deutschland werfen: In dem vom Centre for European Policy Studies (CEPS) im November veröffentlichten „Index of Readiness for Digital Lifelong Learning“ bildet die Bundesrepublik das traurige Schlusslicht der 27 untersuchten EU-Staaten. Der Index gibt an, wie gut ein Land auf dem Gebiet der digitalen Lehre aufgestellt ist. „Wir sind bereits abgehängt“, sagt Handke, der an der Studie mitgewirkt hat, „und es ist völlig klar, warum wir den letzten Platz belegen.“ Die Hochschulen in Deutschland würden seit zehn Jahren ihre Hausaufgaben nicht machen. Die Digitalisierung der Lehre habe sich bislang darauf beschränkt, alle möglichen Dokumente zu „pdf-isieren“ oder in Powerpoint-Präsentationen zu packen und das Material dann in „irgendwelche Lernplattformen“ hochzuladen. Dort geselle es sich zu 90 Minuten langen Videos von Dozierenden, die sich bei ihren Vorlesungen haben filmen lassen. Gäh! Diese wenig innovative Herangehensweise erzielt trotzdem einen Effekt, allerdings nicht unbedingt den gewünschten: „Die Studenten kommen einfach nicht mehr in die Uni“, sagt Handke. Ist ja alles im Netz zu haben. Dass einige Bundesländer deshalb die Präsenzpflcht wiedereinführen wollten, sei sinnlos: „Dann haben Sie Studenten, die physisch anwesend sind, aber nur ihren Whatsapp-Account pflegen.“

Handke schlägt stattdessen vor, was er schon lange predigt: den „Inverted Classroom“. Hier wird die klassische Lehre, wie sie in Deutschland seit mehr als 500 Jahren praktiziert wird, auf den Kopf gestellt. Die Studierenden eignen sich das Wissen über ein Thema mit Hilfe digitaler Angebote (zum Beispiel Youtube-Videos) zunächst selbst an, und erst nach einem bestandenen Online-Test dürfen sie zur Inhaltsvertiefung ein Seminar besuchen. Darin treten die Dozierenden nicht als Lehrer, sondern als Mentoren auf, betreuen die Studierenden, statt sie zu belehren. Der Anglistik-Professor fordert die Hochschulen auf, nicht länger an Strategien zu basteln, sondern „einfach zu machen“. Da meldet sich eine Frau aus dem Publikum zu Wort: Sie soll an der Hochschule Osnabrück in den kommenden vier Jahren eine Digitalstrategie erarbeiten. Sie möchte wissen, was sie denn nun in diesen vier Jahren tun solle, wenn doch Strategien nutzlos sind? Sich die Absicherung von der Hochschulleitung einholen, dass es in Ordnung ist, zu scheitern, entgegnet Handke. „Wir brauchen ein neues Mindset.“ Zum Beispiel teilten deutsche Dozierende ihr Material nicht gerne – diskutierten dafür aber umso freudiger über die Risiken der Digitalisierung.

So auch einige Teilnehmer dieser Runde. Sie warnen etwa davor, Handkes Empfehlung zu folgen und Lehrmaterial zu verwenden, das im Netz für alle verfügbar herumgeistert. Die Qualität sei meistens fragwürdig, sagt einer. Wo bleibe da die Qualitätssicherung? Ob Bücher in Zukunft wirklich überflüssig seien, will ein anderer wissen. Aus Verlagsperspektive sei das alles sehr spannend, sagt ein Verlagsvertreter: „Ich sitze hier auf heißen Kohlen.“ Mancher Student lasse sich aber auch gerne berieseln, lautet eine weitere Wortmeldung. Wie können denn alle verschiedenen Lerntypen mit dem E-Learning abgeholt werden? Dann platzt einer Teilnehmerin der Kragen: Sie fühle sich hier an ihr Kollegium an der Hochschule erinnert: „Da heißt es immer: ‚Ja, aber ...‘. Und nicht: ‚Wie kriege ich das hin‘.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fuer-geld-allein-aendern-muetter-ihre-arbeitszeit-kaum-16505104.html>

GUTE-KITA-GESETZ:

Für Geld allein ändern Mütter ihre Arbeitszeit kaum

- VON JULIA LÖHR, BERLIN
- -AKTUALISIERT AM 26.11.2019-18:18



Mit zusätzlichen Mitteln soll das Gute-Kita-Gesetz die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Neue Daten zeigen, dass dieser Plan wohl nicht aufgeht.

Das Gute-Kita-Gesetz gehört zu den Vorzeigeprojekten von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). 5,5 Milliarden Euro stellt die Bundesregierung bis zum Jahr 2022 bereit, damit soll sowohl die Qualität der Kitas als auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden.

Doch eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Schluss: Das ist nicht der Fall. Denn einerseits würden die meisten Bundesländer die Mittel nicht in die Betreuungsqualität investieren, sondern die Kita-Gebühren weiter senken. Dies hat jedoch kaum einen Effekt auf die Erwerbstätigkeit der Mütter. Wer vorher nicht gearbeitet hat, tut das auch weiter nicht. Und die Mütter, die arbeiten, erhöhen ihre Arbeitszeit lediglich um durchschnittlich 0,8 Stunden in der Woche, so das Fazit der Forscher.

Für die Studie analysierte das Wirtschaftsforschungsinstitut Daten des Mikrozensus' und frühere Gebührensenkungen aus den Jahren 2006 und 2011, wie es sie etwa in Rheinland-Pfalz, Berlin, Niedersachsen und Hessen gab. Die Annahme, dass Eltern ihr Kind bei niedrigeren oder ganz wegfallenden Kita-Gebühren eher in die Betreuung geben und wieder mehr arbeiten, erwies sich demnach als Trugschluss.

Betreuungskosten besser steuerlich absetzbar machen

Zwar zeigte sich in der Untersuchung, dass Eltern ihre Kinder tatsächlich häufiger ganztags betreuen lassen, wenn das letzte Kita-Jahr gebührenfrei ist. Doch die Erwerbsquote der Mütter verändert sich dadurch so gut wie nicht, sie verharrt unter 70 Prozent. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Mütter stieg nur geringfügig an, von etwas mehr als 21 auf 22 Stunden in der Woche.

„Auch die Gebührenbefreiungen im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes dürften nur sehr kleine Effekte auf das Erwerbsleben der Mütter haben“, sagt Studienautor Mathias Huebener. Das Fazit der Studie: Wenn es das Ziel sei, dass Mütter mehr arbeiteten, seien Gebührenbefreiungen „auch aufgrund hoher Mitnahmeeffekte ineffizient“. Die zusätzlichen Steuereinnahmen aufgrund der leicht gesteigerten Arbeitszeit seien weitaus geringer als die Kosten.

Die Autoren empfehlen stattdessen, dass Kinderbetreuungskosten besser steuerlich absetzbar sein sollten. Ob niedrigere Kita-Gebühren dazu führen, dass mehr Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss ihr Kind betreuen lassen und ihm so bessere Startchancen ermöglichen, untersuchte diese Studie nicht.